ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 1 (65) Januar 2020/ Tewet – Schwat 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €

Großbritannien sagt seiner jüdischen Bevölkerung: Remain!

Erdrutschsieg für Boris Johnson

SEITE 3

„Möge die Zukunft über uns richten!“

Vor 75 Jahren: Der Aufstand und die Befreiung von Auschwitz

SEITE 42-43

Bündnis gegen Antisemitismus

Die neue Koalition Österreichs einigt sich auf israelfreundliches Regierungsprogramm.

SEITE 5

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

den Jahreswechsel zum Jahr 2020, haben Sie alle hoffentlich friedlich und fröhlich und vor allem wohlbehalten begangen.

Das ist keinesfalls mehr selbstverständlich und geht auch nur noch bedingt in unserer vormals so friedlichen, lebens- und liebenswerten, säkularen, Religions-toleranten und Religions-getrennten Nachkriegsgeläuterten Bundesrepublik Deutschland, die sich nunmehr ohne jede äußere Not von Jahr zu Jahr mit nicht nur zunehmender Geschwindigkeit, sondern mit wachsender Beschleunigung selbst abschafft und entleibt.

Von ihrer bislang weltweit bewunderten und beneideten Lebensart, ihren demokratischen Grundwerte, ihrem freiheitlichen egalitären Rechtssystems und ihrem überaus erfolgreichen liberalen Marktwirtschafts-Modell bleibt dank der gegenwärtigen, offensichtlich von jedem letzten Funken politischer Vernunft und gesunden Menschenverstandes verlassenen hiesigen Politik zunehmend weniger übrig.

Dazu kommt der geradezu allgegengewärtige Tsunami an quasi in Serie gegangener nahezu täglicher Gewalt auf den Straßen und öffentlichen Räumen unserer Städte – ein Phänomen, von dem vor allem, bewerte man es wie man wolle, diejenigen Gegenden und Staaten weitestgehend verschont bleiben, in denen es, um es wertneutral auszudrücken, dank der dortigen Politik keinen signifikanten islamischen Bevölkerungsanteil gibt, sei es beispielsweise Osteuropa oder etwa auch Japan.

Kaum nötig zu erwähnen, dass auch hier wieder der Zusammenhang mit der Unkultur der von unserer ausgerechnet an dieser Stelle ideologisch zahnlosen Justiz leicht gemachten islamischen Rechtsverachtung und rassistischen islamischen Gewalt gegen alle und jeden, besonders aber gegen die Juden entgegen besserem Wissen krampfhaft und dogmatisch von unserer linken Politik und ihren bestens alimentierten Staats-Medien geleugnet oder zumindest kleingeredet wird.

„Früher war einfach weniger Messer“ titelt einer unserer Autoren seinen Artikel in dieser Ausgabe. Stimmt, aber während Sie und ich auch weiterhin besonders intensiv kontrolliert werden, war früher ja auch weniger selektive Open-Border-Politik gegenüber dem bevorzugten Einlass allgemeiner islamischer Rechtsverachtung und islamischen Judenhasses.

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

4 198807 003709 01

Der Tod eines Terroristen

HO / KHAMENEI.IR , AFP

Von Laila Mirzo

Mit der Unart des systematischen Framings deutscher Medienhäuser kann man in der Zwischenzeit von einer bewussten und strukturellen Manipulation der Bevölkerung sprechen. Gerade wenn es um die Berichterstattung zu Israel, Russland oder den USA geht, sucht man vergebens nach journalistischer Neutralität. So verhält es sich auch mit dem „Zeit“-Artikel des Journalisten Michael Thumann über die militärische Intervention der USA im Irak, bei der der iranische General Kasim Soleimani gezielt getötet wurde. Soleimani war Oberbefehlshaber der Al-Quds-Brigaden, die für Auslandseinsätze des Mullah-Regimes zuständig waren – ein iranischer Staatsterrorist, der diverse „Spezialeinsätze“ im Nahen Osten befehligte und mit der Ausweitung des Einflusses der schiitischen Diktatur in der Region beauftragt war. Ziel ist die Errichtung eines „schiitischen Halbmondes“, eine Terrorstraße von Teheran über Bagdad und Damaskus bis nach Beirut.

Bei der präzisen Operation mit der „Sensenmann“-Drohne wurde auch seine rechte Hand, der irakische Milizen-Anführer Ibrahimi (auch bekannt unter seinem Kampfnamen Abu Mahdi al-Muhandis) ausgeschaltet. Der Begründer der Kataib Hisbollah, die u.a. Raketenangriffe auf amerikanische Stützpunkte durchführte, bei denen zuletzt ein US-Militärberater getötet worden war, war auch Kommandant der irakischen Volksmobilisierungstruppen. Beide werden direkt vom Iran bezahlt. Etwa 150.000 Milizionäre kämpfen im Irak unter iranischer Flagge.

Soleimani oder der „iranische Rommel“, wie ihn britische und amerikanische Militärs nannten, war verantwortlich für eine Vielzahl von Attentaten und Terroranschlägen, die Tausende von Menschen das Leben kosteten – darunter auch amerikanische Soldaten.

Die gezielte Tötung dieses Kriegsverbrechers beschreibt der „Zeit“-Journalist Thumann nun als „Attentat“ und „Kriegserklärung“ durch Donald Trump. Der amerikanische Präsident hätte sich seine Handlungsoptionen im Nahen Osten „extrem verengt“, sein Militärschlag könnte sich als „große Dummheit herausstellen“. Beim Lesen des Artikels „Das Attentat ist eine Kriegserklärung“ erscheint jedoch eher die Einschätzung Michael Thumanns als „große Dummheit“. Ein Attentat, egal ob politisch oder religiös motiviert, gilt gemeinhin als heimtückischer Mord. Die Bekämpfung verbrecherischer Demagogen, an deren Händen das Blut tausender Menschen klebt und von denen weiterhin eine akute Gefahr für Menschenleben ausgeht, als „Attentat“ zu bezeichnen, wirft Fragen zur ideologischen Heimat des Autors auf.

Thumann vergleicht mit einer beispiellosen Theatralik die Tötung des Milizgenerals mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger im Jahr 1914 in Sarajevo und stellt sich damit selbst ein Armutszeugnis in Geschichte aus. Es offenbart eklatante Defizite im Verständnis geopolitischer Zusammenhänge. Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine ebenfalls ermordete Frau waren keine Terroristen.

Soleimani hingegen war ein bekennender Anhänger der Islamischen Revolution. Im Irak, Syrien, Jemen und im Libanon wiegelte Soleimani schiitische Gruppierungen gegen den Westen auf. Er koordinierte Angriffe der Milizen auf amerikanische Einrichtungen und zog als Hintermann die Strippen bei Raketenangriffen der Hisbollah aus dem Libanon auf Israel.

Der „Zeit“-Journalist zählt die Untaten Kassim Soleimanis selbst auf: Er habe dem syrischen Diktator Baschar al-Assad „Feuerunterstützung“ gegen sein eigenes Volk gegeben, er soll die Hisbollah im Kampf gegen Israel beraten haben und wäre „direkt oder indirekt“ für Zehntausende tote Araber verantwortlich. Michael Thumann scheint über die Notwendigkeit „ihn deswegen zu töten“ verwundert zu sein. Er begründet seine Sorge mit dem Argument, an Soleimanis Stelle würden „Dümmere“ und „Brutalere“ treten, Trump hätte eine „strategische Dummheit“ begangen.

Kassim Soleimani war ein gefährlicher Strippenzieher im Nahen Osten, ein Mann, der die schmutzige Arbeit gemacht hat, wohlgemerkt auch im Auftrag des sogenannten „Reform-Präsidenten“ Hassan Ruhani. Mit der gezielten Tötung dieses „Troublemakers“ hat Donald Trump die zögerliche Haltung des Westens durchbrochen und der iranischen Medusa einen giftigen Kopf abgeschlagen. Eine „strategische Dummheit“ wäre gewesen, noch länger untätig zuzusehen, wie der Iran im Nahen Osten ein Feuer nach dem anderen legt.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Der Tod eines Terroristen

Ohne General Soleimani ist der Nahe Osten besser dran. Die Appeasement-Phrasendrescher in den deutschen Redaktionsstuben vergleichen die Tötung des Mörders Soleimanis mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand.

Iranische Provokation: Der Angriff auf die US-Botschaft

Die demagogischen Aktivitäten Soleimanis gipfelten zuletzt im Angriff auf die US-Botschaft in Bagdad. Am 31. Dezember war ein aggressiver Mob aus hunderten gewaltbereiten pro-iranischen „Demonstranten" in die eigentlich besonders geschützte „Grüne Zone" eingedrungen und zur amerikanischen Botschaft marschiert. Sie skandierten „Tod den USA" als sie mit Steinen und Vorschlaghämmern das Sicherheitsglas der Wachhäuser zu zerstören versuchten. Als Brandsätze dann den Empfangsbereich der Botschaft entzündeten und der Mob in das Areal eindrang und auf den Mauern Flaggen schiitischer Milizen hissten, kamen Apache-Kampfhubschrauber zum Einsatz, die zur Abschreckung Signalraketen abfeuerten. Das zuvor eingesetzte Tränengas hatte die Angreifer nicht abwehren können.

Dieser koordinierte Angriff auf die US-Botschaft war eine schwere Verletzung der territorialen Integrität der USA, im Grunde eine eindeutige Kriegserklärung. Der Iran hat die Eskalation auf die Spitze getrieben, die USA haben geantwortet. Trumps Eingreifen war die logische und konsequente Antwort auf vorangegangene militärische Provokationen des Iran, eine legitime Reaktion auf Anschläge auf Schiffe im Persischen Golf und ein Präventivschlag, um weitere Angriffe auf amerikanische Soldaten zu verhindern.

Michael Thumann schreibt weiter, Donald Trump hätte „das Gewand des Friedenspräsidenten gegen die Rüstung des Kriegstreibers" getauscht. Mit der Diffamierung des amerikanischen Präsidenten als Kriegstreiber ist Thumann unter seinen Kollegen nicht allein. Dabei eskaliert die Lage im Nahen Osten nicht, weil Präsident Trump den Befehl zur Tötung eines Staatsterroristen gegeben hat – der Tötungsbefehl kam, weil die Lage bereits gefährlich eskaliert war. Wenn ein gezielter Schlag gegen führende Kommandeure und Kriegsverbrecher einer Kriegserklärung gleichkommt, was sind dann die tausenden Raketenangriffe auf Israel und seine Zivilbevölkerung?

Thumann scheint überhaupt eine ganz eigene Sicht auf die Weltpolitik zu haben. In einem Interview von 2011 mit der SPD-Parteizeitung „Vorwärts" meinte Thumann noch, die AKP sei „die einzige Volkspartei in der Türkei". Auf die Frage, ob die Befürchtung des Westens, dass die AKP die Türkei islamisieren würde, antwortet der Journalist und Buchautor, die Angst sei „wenig begründet" und sei „Teil unseres Islam-Irrtums". Die AKP sei ein „Musterbeispiel für eine Partei, die sich aus einer islamischen Bewegung heraus zu einer pragmatischen, konservativen Partei" entwickelt hätte. Es bleibt zu befürchten, dass Her Thumann auch in Zukunft seine scharfsinnigen Analysen an die deutsche Leserschaft herantragen wird.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Dabei ist für jeden, der diese Erkenntnis nicht vorsätzlich erblindet verweigert, vollkommen offensichtlich: Es ist genau die Vernunft-verlassene Politik unserer Regierung und ihrer Staats-gelenkten medialen und sonstigen Unterstützer, die uns in diese unseren Lebensalltag zunehmend negativ beeinträchtigende Situation gebracht hat:

Eine Open-Border-Politik für vornehmlich islamische Frauen- und Rechtsverachtung vor allem junger männlicher Migranten sowie der links-ideologische Verzicht auf Abschiebung vorwiegend islamischer Straftäter führen im Interesse der Sicherheit – solange deren Aufrechterhaltung überhaupt noch möglich sein wird – zu derweil einbetonierten Weihnachtsmärkten und zu inneren Grenzen, d.h. zu einer notgedrungenen Verlegung der eigentlich unverzichtbaren Außengrenzen nach innen. Während in strikt Grenz-geschützten Staaten unbeschwerte Menschen fröhliche Events besuchen, überziehen jede Menge einbetonierter Weihnachtsmärkte und anderer Event-Locations unser Land.

Seit den islamischen Massenvergewaltigungen nichtmuslimischer Frauen in der Kölner Neujahrsnacht des Jahres 2015/16 haben wir zwar quasi so gut wie keinen der muslimischen Vergewaltiger verurteilt, dafür ist seither an jedem Jahreswechsel die gesamte Kölner Dom-Gegend eine Schutzzone.

„Schutzzonen" überall

Auch wenn es nicht viel geholfen hat, weil es das Übel nicht an der Wurzel behandelt – in Berlin-Neukölln etwa und anderen Muslim-dominierten Gegenden inszenierten junge Männer mit vorwiegend muslimischen Migrationshintergrund Bürgerkriegs-ähnliche und versetzten ausweislich von Videoaufnahmen Passanten mit Kindern mit „schießt auf Sie"-Rufen und anderen militanten Gesten in Todesangst, Gewalt gegen Polizei wie in Leipzig stellt kein Tabu mehr da – das Silvesterfeuerwerk am Brandenburger Tor war auch dieses Jahr eine Schutzzone, der Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche und viele andere im ganzen Land sind heute Schutzzonen, sämtliche unserer Großveranstaltungen sind Schutzzonen, jüdische Kindergärten und alle anderen jüdischen Einrichtungen sind unverzichtbare Schutzzonen. Auch unsere Flughäfen sind ganz selbstverständlich Schutzzonen. Kurzum unsere ganze Republik ist durchzogen von einer immer größer werdenden Zahl an Schutzzonen.

Das ist heute einfach so und gehört zwischenzeitlich so sehr zu unserem Leben, dass der Grund dafür nicht einmal mehr in Frage gestellt wird, schon gar nicht von unserer etablierten, am Wohl ihrer Wähler Islam-affin und Ideologie-verblendet vorbeiregierenden politischen Führung.

Das alles ist mittlerweile so unglaublich absurd, dass es nicht einmal in Schilda erdacht werden könnte: Benötigt dieses Land doch tatsächlich in wachsender Zahl Schutzzonen für die originäre Bevölkerung dieses Staates. Mit anderen Worten, wir benötigen heute und hier im eigenen Land Schutzzonen für die Schutzgebenden, die zunehmend vor den Schutzsuchenden Schutz suchen müssen. Mehr enthirnte Perversion geht nicht.

Aber was soll's, ganz andere Probleme scheinen den deutschen Wähler mehr zu beschäftigen. Immer noch zaudert er die Strukturauflösungs-Politik der kaum noch von einem Drittel der Wahlberechtigten gewählten KleiKo endgültig und nachhaltig abzustrafen. Eine asiatische Redenswendung sagt sinngemäß – einmal betrogen zu werden, ist Schuld des Betrügers. Ein weiteres Mal betrogen zu werden ist Schuld des Betrogenen. Jedes Wahlvolk erhält die Regierung, die es verdient.

> Wir benötigen heute und hier im eigenen Land Schutzzonen für die Schutzgebenden, die zunehmend vor den Schutzsuchenden Schutz suchen müssen. Mehr enthirnte Perversion geht nicht.

Hauptsache, die Geschenke sind verteilt und nach Möglichkeit umgetauscht und die Festgans ist gegessen.

Auch die weniger als halbherzigen und wohl selbst nicht geglaubten, Themen-verfehlten und Wirklichkeit-ausblendenden Volks-Verdummungsansprachen des noch rechtzeitig vor dem Verfall seiner ursprünglichen Partei ins viel zu große Amt geretteten Bundespräsidenten und der ewigen Wir-schaffen-das-Bundeskanzlerin sind gehalten und haben ganz offensichtlich ihren Zweck erfüllt.

Der weitere Niedergang unserer bereits deutlich beschädigten wundervollen westlichen Wertewelt schreitet mit sichtbarem Erfolg voran.

Happy New Year 2020! Wir sollten alle versuchen das Beste draus zu machen – die mit diesem Jahr ebenfalls eingeleitete Dekade der alles andere als Roaring Twenties dieses Jahrhunderts wird voraussichtlich noch weit schlimmer werden als die soeben hinter uns gelassenen Zehner-Jahre.

Die eigentlich zu unserem und zum Wohl unseres Staates von uns bestellten politischen Sachverwalter tun nämlich alles andere als zu unserem und zum Wohl unseres Staates zu sachwalten.

Jede Kritik an der gegenwärtigen Politik der regierenden Wahlstimmenminderheit wird nach rechts verortet und die Kritiker daran als rechte Hardliner diffamiert. Selbst Ur-Liberale wie etwa Alexander von Schaumburg, der sich kürzlich auf Facebook darüber beklagt hat, und unmittelbare Nachkommen von Holocaust-Überlebenden wie Broder oder ich, werden diffamiert und massiv von der linken Seite gemobbt.

Wenn der Zustand in diesem Land wie vorauszusehen noch desolater und unruhiger wird, dann werden unsere sozialistischen Systemveränderer auf die Idee kommen, tatsächlich die Grenzen Deutschlands zu schließen – aber nach „DDR"-Style: von innen nach außen. Keine Ausreise für Steuersklaven mehr. Heute kann man auch das nicht mehr für unmöglich halten. Eine Idee wäre auch das chinesische Wohlverhaltenspunktesystem. Hat den Grünen jedenfalls gut gefallen.

Die SPD macht jetzt bald den letzten Schritt zur Wiedervereinigung mit der SED-Nachfolgerin, indem sie nach dem programmierten Scheitern der jetzigen Grusel-Doppelspitze etwa das Duo infernal Stegner und Kühnert in Führungspositionen bringt.

Wahnsinn ohne Zukunft. How dare you? Das hätte ich gern mal junge Leute in Bezug auf ihre Zukunfts-Vernichtung schreien hören. Aber die werden mit Gender-Müll und Schulentzug verblödet. Und die Eltern sind entweder genauso gepolt oder haben schon für den Fall der Fälle woanders etwas vorbereitet. Können natürlich nur die, die es können. Der Rest muss dann hinnehmen, was er bis zum bitteren Ende gewählt hat und durch Feigheit, Neid und Dummheit mit herbeigeführt hat.

Berlin als „Failed State"

Ist es schon für die Bundesrepublik grauslich, so darf man das Bundesland und die Hauptstadt Berlin unter der rot-rot-grünen Führung getrost als failed state bezeichnen. Von der Stadt geförderte Drogen-Parks, Bürgerkriegs-ähnliche Gewalt in Islam- und Antifa-dominierten No-Go Areas, arabische Clan-Kriminalität, Klima-Hysterie, Wirtschaftsfeindlichkeit, Enteignungs-Gelüste, Dauerkrieg gegen die Autofahrer und nahezu 2.000 kaum noch berichtete Messerattacken pro Jahr mit wachsender Tendenz.

Angesichts des vorsätzlichen Versagens der bestens Zwangs-alimentierten Staatsmedien jede Menge Aufklärungsarbeit für die JÜDISCHE RUNDSCHAU.

Es erfüllt uns hier mit Stolz, Dankbarkeit und Freude, dass die JÜDISCHE RUNDSCHAU inzwischen für viele unserer Leser unverzichtbar zum festen Bestandteil ihres monatlichen Informationsbedarfs geworden ist.

Angesichts der Vielfalt an Themen und teilweise existentiellen Probleme, denen sich ganz besonders jüdisches Leben und der Staat Israel in dieser konfliktreichen Zeit weltweit zunehmend ausgesetzt sehen, können und wollen wir dabei nicht auf den ständigen Austausch mit unseren Lesern verzichten.

Jüdisches Leben in Deutschland – das war – nach dem schrecklichen deutschen Massenmord und der nahezu vollständigen Vernichtung der deutschen und europäischen Juden – angefangenen bei nahezu Null – eine Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus einer fast verschwundenen jüdischen Population, die nicht zuletzt auch das Ansehen und das politische Gewicht Nachkriegs-Deutschlands in der Welt erheblich aufgewertet hat.

Jüdisches Leben in Deutschland, das bedeutete eine – auch die Bundesrepublik Deutschland auf vielen Gebieten wiederbelebende – kulturelle und kreative Vielfalt, die angesichts der nach dem Nazi-Genozid kaum noch existenten deutschen Judenheit, besonders auch der gelungenen Integration von Demokratie- und Rechtstaats-bejahenden, unserer freiheitlich-westlichen Werteordnung vorbehaltlos zugetanen jüdischen Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu verdanken ist.

Dieses jüdische Leben wird ganz besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung bis zur steigenden Verunmöglichung durch deutlich zunehmende, hauptsächlich Islam-generierte Anfeindung zumindest schwieriger und unsicherer.

Dazu haben vor allem der geringe Widerstand und die weitgehende sympathisierend-rechtfertigende Duldung geführt, die der hiesige Islam-affine politische Mainstream und die Islam-Appeasement-Presse selbst schlimmsten antisemitischen Hasseruptionen und Auswüchsen des muslimischen Bevölkerungsteils bei gleichzeitiger weitestgehender Nichtverfolgung antijüdischer Straftaten entgegenbringen.

Fortsetzung auf Seite 12 ▶▶

Die Chanukka-Ansprache des britischen Premierministers Boris Johnson

Der konservative Wahlsieger profiliert sich nicht nur als überzeugter Freund Israels, sondern auch als profunder Kenner der jüdischen Geschichte. Seine Rede sollte richtungsweisend für die europäische Israel-Politik sein.

An alle unsere jüdischen Freunde, Nachbarn und Verwandten, wo immer Ihr seid auf der Welt, lasst mich Euch ein frohes Chanukkah wünschen!

Und es gibt jeden Grund, in dieser Jahreszeit glücklich zu sein. Und abgesehen von den Freuden der Latkes und Doughnuts – ich hatte bereits das Vergnügen, einige davon selber zu backen als ich Golders Green während des Wahlkampfs besuchte – wer kann gegen ein Fest argumentieren, zu dem die Kinder jeden Tag Geschenke erhalten, und das mehr als eine Woche lang?

Es ist eine Zeit, nicht nur das Wunder des Öls, sondern auch Eure ganz besondere Identität zu feiern. Eine Menora ins Fenster zu stellen und der Welt zu sagen, wie schon Juda und seine kleine Gruppe schlecht ausgerüsteter Makkabäer zu Antiochus III. und seiner mächtigen griechischen Armee vor all diesen Jahren sagten: Ich bin Jude, und ich bin stolz darauf!

Und das ist gerade heute wirklich wichtig, weil ich weiß, dass die letzten Jahre nicht leicht waren für britische Juden. In den Medien, auf den Straßen und besonders im Internet haben Antisemiten in alarmierender Zahl sich ermutigt gefühlt, unter ihren Steinen hervorzukriechen und wieder einmal, einmal mehr, ihre Art von krankhaftem Hass weit und breit zu streuen.

Doch während Ihr das Licht von Chanukkah heute Abend und in den kommenden Nächten entfacht, will ich, dass Ihr Euch an dies hier erinnert: Als die Makkabäer die Kräfte der Dunkelheit aus Jerusalem hinaustrieben, mussten sie das alleine tun, auf sich allein gestellt.

Hat überragend gewonnen: Boris Johnson.

Heute, während britische Juden versuchen, die Dunkelheit des sich wieder aufrichtenden Antisemitismus zurückzutreiben, steht jeder anständige Mensch in diesem Land an Eurer Seite und kämpft mit Euch. Weil Großbritannien nicht Großbritannien wäre ohne seine jüdische Gemeinschaft.

Und wir werden bei euch sein und mit euch feiern – zu Chanukka und das ganze Jahr über.

Chag Chanukka Sameach!

Großbritannien sagt seiner jüdischen Bevölkerung: Remain!

Der klare Sieg Boris Johnsons ist nicht nur ein Votum für den Brexit, sondern auch ein Zeichen, dass man in dem von der EU unabhängigen Großbritannien mit Antisemitismus keine Wahl gewinnt.

Von Thomas M. Eppinger

Mit Erleichterung und Wachsamkeit quittierte die Mehrheit der britischen Juden das gestrige Wahlergebnis. Stephen Pollard, Herausgeber des „Jewish Chronicle“, twitterte: „Die Erleichterung in der jüdischen Gemeinde ist spürbar. Und die Dankbarkeit. Aber im Laufe der Tage und Wochen werden wir über etwas nachdenken: über die Bereitschaft so vieler unserer sogenannten Verbündeten, Hand in Hand mit Jeremy Corbyn zu kämpfen.“

Für viele Juden des Landes war es eine Schicksalswahl. Die Vorstellung, dass ausgerechnet jener Mann, der es kürzlich auf Platz 1 der Antisemitismus-Liste des Wiesenthal-Centers geschafft hat, Premierminister werden könnte, hatte die Juden Großbritanniens mit Furcht erfüllt. Denn unter Jeremy Corbyn taten sich in der britischen Labour Party dermaßen tiefe antisemitische Abgründe auf, dass selbst ein Tweet, der vom Account der Labour Party gesendet wurde, die eigene Partei „institutionell rassistisch“ nannte.

Erleichterung auch in Israel

In Israel äußerten sich Politiker von rechts bis links erleichtert. „Johnsons Sieg über Corbyn ist ein Segen für Israel“, schrieb der Likud-Abgeordnete Miki Zohar. „Trotz einiger umstrittener Positionen von Johnson zu den Palästinensern haben wir in ihm einen wichtigen Partner, der in ausgezeichnetem Kontakt mit unserem Premierminister steht.“

Itzik Shmuli, Abgeordneter der Arbeiterpartei, sagte: „Ich hätte nie gedacht, dass ich mich einmal über Labours Niederlage so freuen würde.“ Der Sprecher der Knesset, Yuli Edelstein, betonte, der Sieg Johnsons sei ein Verlust für diejenigen, die Israel hassen: „Ein überwältigender Sieg für Israels Freund Boris Johnson in Großbritannien. Eine glorreiche Niederlage für seinen antisemitischen Rivalen Corbyn und die Israelhasser.“

Vladimir Sloutsker, Präsident des Israelisch-Jüdischen Kongresses, drückte seine Hoffnung aus, dass „der Politik der Spaltung, des Hasses und des Antisemitismus von Mr. Corbyn und seinen Verbündeten nun endlich ein Ende gesetzt werden kann.“

Das Ende von Corbyns politischer Karriere

Die Wahl hat die politische Karriere Jeremy Corbyns beendet. Der Hinterbänkler, der es an die Spitze der Labour Party geschafft hatte, entwickelte sich als Parteivorsitzender zum „Posterboy des Antisemitismus“, wie ihn Abgeordnete der eigenen Partei nannten. Sein unerwartet gutes Abschneiden bei den Wahlen im Jahr 2017 – er hatte zwar die Wahl verloren, aber eine absolute Mehrheit Theresa Mays verhindert – machte ihn zum Vorbild für weite Teile der europäischen Sozialdemokratie, die immer mehr erodiert.

So wurde Corbyn „Großbritanniens gefährlichster Export“, wie ihn James Kirchick, Fellow der Brookings Institution in Washington, nannte. „Der Corbynismus ist in wirtschaftlicher Hinsicht sozialistisch und in der Außenpolitik reflexhaft antiwestlich“, schrieb er 2018 in einem in der FAZ auf Deutsch veröffentlichten Text, der auch Corbyns Antisemitismus thematisierte: „Corbyn ist ein dogmatischer Linker, der den Rassismus ausschließlich durch das Prisma der Macht betrachtet – die in seinem simplen vulgärmarxistischen Weltbild die Juden besitzen.“ Kirchicks Schlussfolgerung: Corbyn sei ein nützlicher Idiot Moskaus.

A vote to remain

So manch einen deutschen Kommentator scheint nichts davon zu stören. „Die eigentlichen Verlierer sind Anstand, Aufrichtigkeit und Integrität“, kommentiert Jörg Schindler im „Spiegel“ das Wahlergebnis und gießt einen Kübel voller Häme über den britischen Wählerinnen und Wählern aus. Anstelle des demokratischen Wettstreits sei „nun auch im selbsternannten Mutterland der modernen Demokratie das Recht des Stärkeren, die Macht der Lüge und die Eliminierung von Widerspruch um jeden Preis getreten.“ Die Gänse hätten für Weihnachten gestimmt.

Selbsternannt? Wie anmaßend von diesem Inselvolk, eine Demokratie zu errichten, ohne die Ernennung durch einen „Spiegel“-Redakteur abzuwarten, der Wähler mit Gänsen vergleicht, wenn sie nicht so abstimmen, wie er es für richtig hält.

Einerlei. Zumindest in Großbritannien und zumindest vorläufig ist das Kalkül krachend gescheitert, die jüdischen Stimmen für jene der vierzehnmal größeren muslimischen Community zu opfern. Nachdem in den letzten Jahren tausende britische Juden europäische Pässe beantragt haben, nicht zuletzt aus Angst vor dem zunehmenden Antisemitismus und der Aussicht, dass Jeremy Corbyn an die Macht kommen könnte, ist das Wahlergebnis zumindest in einer Hinsicht „a vote to remain“: ein Aufruf an die 290.000 Juden im Vereinigten Königreich, im Land zu bleiben.

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn als Anti-Israel-Aktivist

Die EU startet eine neue Initiative für eine im Kern israel-feindliche „Zweistaatenlösung“.

Von Yoni Ben Menachem (Redaktion Audiatur)

Europa hat nicht die Absicht, die amerikanische Anerkennung der Legalität der Siedlungen im Westjordanland einfach passiv zu tolerieren. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hat jüngst eine Initiative gestartet, nach der alle EU-Staaten als Reaktion auf die Erklärung des amerikanischen Außenministers Mike Pompeo einen „Palästinenser“-Staat anerkennen sollen.

Ende November verschickte Asselborn einen Brief an den neuen Außenminister der EU, Josep Borrell, und die 27 Außenminister der Mitgliedsstaaten. In dem hieß es, dass die Rettung der „Zweistaatenlösung“ möglich wäre, wenn man eine politisch „ausgeglichenere Situation“ zwischen Israel und den „Palästinensern“ schaffen könnte. Er forderte die europäischen Staaten dazu auf, so schnell es geht unter Teilnahme aller EU-Staaten die mögliche Anerkennung eines „Palästinenser“-Staates zu diskutieren.

„In keiner Weise darf dies als gegen Israel gerichtet verstanden werden. Wenn es uns tatsächlich um eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina geht, dürfen wir die Sicherheitslage Israels genauso wenig vergessen wie Gerechtigkeit und Würde für das palästinensische Volk“, so Asselborn in dem Schreiben.

Das israelische Außenministerium bereitet sich laut Aussagen von Vertretern in Jerusalem darauf vor, die neuen luxemburgischen Initiative zu verhindern. Im Januar 2020 soll ein Treffen der europäischen Außenminister über die Sache beraten. Von „palästinensischer“ Seite wurde dieser neue europäische Vorstoß als ermutigend begrüßt.

Die „Palästinenser“ fordern seit Jahren von der EU, dass Europa praktische Schritte unternehmen solle, um einen „Palästinenser“-Staat anzuerkennen. Einige europäische Parlamente und Regierungen sind bereits so weit gegangen, doch bislang gibt es keine gemeinsame Entscheidung aller EU-Staaten.

Mit Ausnahme Ungarns haben alle EU-Mitglieder die Erklärung von US-Außenminister Pompeo zu den Siedlungen verurteilt.

Mehr als 135 Länder haben in der Welt bereits einen „Palästinenser“-Staat anerkannt, unter ihnen Russland, China, osteuropäische Länder, arabische und muslimische Staaten.

Soweit es die „Palästinenser“ betrifft, könnte die Initiative der luxemburgischen Außenministers einen wichtigen Schritt zur Festlegung der EU-Position zum von Präsident Trump angekündigten „Deal des Jahrhunderts“ darstellen und die darin enthaltene Möglichkeit einer auf das Westjordanland beschränkten autonomen Region.

Der Europäische Gerichtshof hat jüngst bereits entschieden, dass alle Produkte, die aus israelischen Siedlungen, Ostjerusalem und den Golanhöhen stammen, als aus „israelischen Siedlungen“ herrührend beschriftet werden. Diese juristische Entwicklung begann 2015, als die EU Richtlinien erließ, um Produkte aus den nach dem Krieg 1967 von Israel eroberten Gebiete auszuschließen.

Aurore Belot, AFP

Jean Asselborn, der dienstälteste Außenminister der Europäische Union

Die Anerkennung eines „Palästinenser“-Staates und die Annahme von Asselborns Initiative können zwar nur einstimmig beschlossen werden, doch bereits die Anerkennung durch weitere EU-Mitglieder kann als Erfolg der „Palästinenser“ betrachtet werden.

> Israel hat sich aus dem Gazastreifen zurückgezogen und erhielt als Dank für dieses Opfer ein unabhängiges, von Hamas-Terroristen kontrolliertes Territorium. Man kann von Israel nicht erwarten, dass es mit dem Westjordanland denselben Fehler begeht.

Die komplexe innenpolitische Situation in Israel verzögert derweil Trumps „Jahrhundertabkommen“, doch israelische Politiker versuchen bereits, den Prozess einer Annexion des Jordantals voranzutreiben, was von der Trump-Administration unterstützt wird.

Kippt der Friedensvertrag mit Jordanien?

Aus israelischen Sicherheitskreisen wurde kürzlich bekannt, dass der jordanische König Abdullah Premier Netanjahu ein Communiqué zukommen ließ, in dem es hieß, dass ein solcher Schritt die jordanische Aufhebung des Friedensabkommens mit Israel zur Folge hätte. Der Vorsitzende der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) Machmud Abbas warnte am 9. Dezember 2019 auf einer Rede in Ramallah, dass im Fall einer Annexion des Jordantals durch Israel die PA alle Abkommen mit Israel aufkündigen würde.

Sowohl die PA als auch die europäischen Länder benötigten aber israelische Billigung, sollten im Westjordanland und in Ostjerusalem Wahlen abgehalten werden.

Das hochrangige Fatah-Mitglied Hussein al-Sheikh erklärte, dass die PA offiziell an Israel appelliert hätte, die Teilnahme Ostjerusalemer „Palästinenser“ an gesamtpalästinensischen Wahlen zu gestatten, während Abbas von zusammen mit den europäischen Ländern verstärkten Bemühungen spricht, damit Israel solche Wahlen zulässt wie zuletzt 1996 und 2006.

Fraglich ist nur, ob die israelische Regierung den Ostjerusalemer Einwohnern erlauben wird, in „palästinensischen“ Wahlen abzustimmen, nachdem die Vereinigten Staaten Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt haben.

Israel hat zudem andere Prioritäten und muss dabei nicht auf die Anfragen der Europäer nach solchen Wahlen Rücksicht nehmen. 2006 billigte Israel z.B. diese Wahlen mit dem Resultat eines Wahlsiegs der Hamas. Eine Terrororganisation gewann so die Parlamentsmehrheit und verdrängte nur ein Jahr später die Autonomiebehörde mit Gewalt aus dem Gazastreifen.

Daher sollte den europäischen Ländern klar gemacht werden, dass die Anerkennung eines „Palästinenser“-Staates eine voreilige Entscheidung eines nur aus einem Verhandlungsprozess hervorgehen dürfenden Resultates ist, was Israel sicher nicht akzeptieren kann. Israel dürfte daher kaum Schritten zustimmen, die einen „Palästinenser“-Staat voranbringen, ohne dass darüber in Verhandlungen Übereinkunft erzielt wurde.

Die Osloer Abkommen enthielten keine Einrichtung eines unabhängigen „Palästinenser“-Staates und forderten auch nicht, dass der Siedlungsbau zu unterlassen wäre. Die PLO hat diese Abkommen unterzeichnet und ist verpflichtet, sie zu respektieren, so wie es sich für beide Seiten in einem Abkommen gehört. Eine einseitige Anerkennung eines „Palästinenser“-Staates durch die EU würde nur das Konfliktpotential verschärfen und nicht dem Frieden dienen. Israel hat sich aus dem Gazastreifen zurückgezogen und erhielt als Dank für dieses Opfer ein unabhängiges, von Hamas-Terroristen kontrolliertes Territorium. Man kann von Israel nicht erwarten, dass es mit dem Westjordanland denselben Fehler begeht.

Ein unabhängiger „Palästinenser“-Staat im Westjordanland stellt z. Zt. eine ernstzunehmende Bedrohung der israelischen Sicherheit dar, ganz besonders angesichts der Anstrengungen der Hamas, die Kontrolle über diese Gebiete zu erlangen. Aus diesen Gründen muss Israel die europäische Initiative mit aller Kraft verhindern und versuchen, sie von der politischen Agenda der EU zu verbannen.

Yoni Ben Menachem ist leitender Nahost-Analyst des „Jerusalem Center for Public Affairs“, ein unabhängiges israelisches Forschungsinstitut für politische und gesellschaftliche Fragen mit Sitz in Jerusalem.

ÖVP und Grüne: Bündnis gegen Antisemitismus und politischen Islam

Die neue Koalition Österreichs einigt sich dank Sebastian Kurz auf ein israelfreundliches Regierungsprogramm.

Von Karl Pfeifer

Die österreichische Politik war jahrzehntelang von Bruno Kreisky bestimmt, der alssozialistischer Kanzler jüdischer Abstammung, sich manchen antisemitischen und anti-israelischen Schlenker erlaubte. So machte er 1981 nach einem arabischen Terrorangriff auf eine Wiener Synagoge „Israels unnachgiebige Politik“ dafür verantwortlich.

Eine Generation von Politikern ist herangewachsen, die damit nichts mehr anfangen kann.

Der junge konservative Außenminister Sebastian Kurz ließ aufhorchen, als er 2014 antisemitische Beleidigungen bei der Polizei anzeigte und 2017 am 60. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Österreich diese in einer Rede würdigte. Nachdem er mit der FPÖ 2017 als Bundeskanzler eine Koalition bildete, kam es in dieser Partei immer wieder zu antisemitischen „Einzelfällen“ und Kurz wurde vorgeworfen, nicht genug energisch dagegen aufzutreten.

Nach dem Scheitern dieser Regierung und monatelangen Verhandlungen haben sich ÖVP und Grüne auf ein Regierungsprogramm geeinigt, das folgende Punkte beinhaltet:

- *Fortsetzung des weltweiten Einsatzes Österreichs im Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus – auch auf europäischer Ebene*
- *Konsequente Umsetzung der 2018 angenommenen Ratserklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und der einheitlichen Definition von Antisemitismus in Europa*
- *Österreich hat eine besondere historische Verantwortung und aktuelle Verbindung zum Staat Israel. Wir bekennen uns zum Staat Israel als jüdischem und demokratischem Staat sowie zu dessen Sicherheit. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden.*
- *Österreich wird Initiativen und Resolutionen in internationalen Organisationen nicht unterstützen, die dem oben genannten Bekenntnis Österreichs zu Israel zuwiderlaufen.*

Bei der Anpassung des Strafrechtes wird u.a. berücksichtigt:

- *Präzisierung und Ergänzung von Straftatbeständen zur effektiven Bekämpfung des religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam)*
- *Evaluierung möglicher Erschwerungsgründe für religiös motivierten politischen Extremismus*
- *Kampf gegen den Antisemitismus – Überarbeitung des Verbotsgesetzes*

Das Programm sieht auch vor:

Schaffung einer unabhängigen staatlich legitimierten Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) zur wissenschaftlichen Erforschung, Dokumentation und Aufbereitung von Informationen über den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) sowie besseren Koordination der Präventions- und Aufklärungsarbeit (nach Vorbild des DÖW).

Der ÖVP-Vorsitzende Kurz und der Grünen-Vorsitzende Kogler

Seit geraumer Zeit wurden auch in Österreich gewisse Probleme, die durch Zuwanderung verursacht wurden, in der Regel nicht erwähnt. Im Programm hingegen findet man dazu klare Aussagen:

Zuwanderung erfolgt entlang unseren Erfordernissen und nach klaren Spielregeln, daher verfolgen wir einen konsequenten Kurs im Bereich Migration und Integration. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache, das rasche Erlangen der Selbsterhaltungsfähigkeit sowie die Akzeptanz der europäischen und unserer österreichischen Rechts- und Werteordnung: die Trennung von Religion und Staat, die Gleichstellung der Geschlechter und die Ablehnung jeder Form von Gewalt.

Die beiden so verschiedenen Parteien gehen mit dieser Koalition ein Wagnis ein und nehmen eine große Verantwortung auf sich. Aber mit der Verwirklichung dieses anspruchsvollen Programms könnte dieses „wunderbare Land“ beispielgebend für eine neue politische Kultur in Europa werden.

Der Internationale Gerichtshof gegen den jüdischen Staat

Antisemitismus in höchsten Justiz-Kreisen Europas: Torpediert der Internationale Gerichtshof von Den Haag das Existenzrecht Israels?

Von Tsvi Sadan (Israel Heute)

Am vergangenen Freitag veröffentlichte Fatou Bensouda, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) eine Erklärung, in der es hieß: „Kurz gesagt bin ich zufrieden; denn erstens werden Kriegsverbrechen im Westjordanland, darunter auch in Ostjerusalem und dem Gazastreifen begangen; zweitens, werden potenzielle Fälle aus diesen Situationen zulässig; und drittens, gibt es keine wesentlichen Gründe, davon auszugehen, dass eine Investigation nicht den Interessen der Justiz dienen würde.“ Bensouda nutzte in ihrer Erklärung den Begriff „Palästinensischer Staat“ – ein klarer Hinweis auf die antisemitische Voreingenommenheit des ICC.

Um das Gesamtbild zu verstehen, muss man einmal Bensouda genauer betrachten. Bensouda ist eine schwarz-muslimische Immigrantin, eine nicht gewählte, legale Bürokratin. Als solches ist sie das Gesicht der europäischen, politisch korrekten Kultur, die Logik und jegliche menschlichen Werte zu Nonsens verkommen lässt. Und es ist diese Kultur, die mithilfe von Millionen europäischer Muslime Europa zurück in den Antisemitismus fallen lässt. Fatou Bensouda ist dabei die Verkörperung dieser gerade entstehenden schwachsinnigen Kultur.

Dass hier ganze Bevölkerungen dabei sind, zu verblöden, kann man an Bensoudas Gebrauch des Begriffs „Palästinensischer Staat“ erkennen. Und nur um das einmal klarzustellen, es ist ein Unterschied, ob ein Politiker diesen Begriff benutzt, oder ob ein hochrangiger Jurist dies tut. Ein Politiker gebraucht diesen Begriff für seine politische Agenda. Ein Jurist dagegen muss sich an bestehende Gesetze halten. Weil ein „Palästinensischer Staat“ nun mal nur in den Köpfen einiger Leute existiert, deutet der Gebrauch dieses Begriffes eines nichtexistierenden Staates in einem legalen Rahmen durch Bensouda auf eine politische Agenda hinter der ICC-Erklärung. Um es noch klarer auszudrücken: Der ICC, oder jeder andere Gerichtshof, wird unrechtmäßig, wenn er sich politisch betätigt und Autorität ausübt, die er nicht hat. Bensouda repräsentiert den ICC und ihr scheint dieses legale Kauderwelsch egal zu sein. Doch anderen ist es nicht egal.

Ein ähnliches ICC-Statement, ausgestellt im April, fordert die Untersuchung angeblicher US-Kriegsverbrechen in Afghanistan. Die Trump-Regierung reagierte mit einer Warnung. Sollte der ICC mit seiner Agenda bezüglich einer Untersuchung fortfahren, werde die Trump-Regierung „sich wehren“, hieß es. Das könnten zum Beispiel Einreisesperren für ICC-Richter in die USA sein oder Sanktionen auf Geldmittel, die in den USA angelegt sind, aber auch strafrechtliche Verfolgung durch amerikanische Gerichte.

Warum wird die Entscheidung des ICC, Israels (angebliche) Kriegsverbrechen zu untersuchen, eigentlich antisemitisch genannt? Warum sagt Premierminister Netanjahu, dass „der ICC zu einer politischen Waffe im Kampf gegen Israel geworden ist“? Netanjahu behauptet, das sei unter anderem der Fall, da „die Vertreterin der Anklage die ernsten, legalen Erklärungen, die ihr vorgelegt worden sind, vollkommen ignoriert hat. Sie ignoriert ebenso die Wahrheit und die Geschichte, indem sie impliziert, dass es an ein Kriegsverbrechen grenze, dass die Juden in ihrem eigenen Land leben“.

Fatou Bensouda, Chefanklägerin des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag

Netanjahu bezog sich dabei u.a. auf die „Rückkehrmärsche“ in Gaza, die andere „Demonstrationen“ nennen. Das erklärte Ziel dieser Märsche ist die massenhafte Infiltration von „Palästinensern“ in ihre Dörfer und Städte, in denen ihre Vorfahren vor 1949 gelebt haben, was wiederum bedeutet, dass ihr Ziel die Zerstörung des jüdischen Staates ist. Wenn der ICC also Israels Kampf gegen diese Märsche als Kriegsverbrechen einstuft, dann ist das nichts weiter als eine effektive Verweigerung des Existenzrechtes Israels. Frankreich und Deutschland haben bereits erklärt, dass dies wiederum mit Antisemitismus gleichzustellen ist.

Ich schreibe diesen Artikel am ersten Tag von Chanukka. Das ist passend, erinnert es mich doch an die Ereignisse vor 2160 Jahren, als Simon der Makkabäer sich den Drohungen des Antiochus widersetzte, der das Hasmonäische Königreich (Israel) vernichten wollte. Simon sagte damals diese bis heute gültigen Worte:

„Wir haben kein fremdes Land besetzt und uns nichts angeeignet, was uns nicht gehörte, sondern wir haben nur das Erbe unserer Väter zurückgeholt, das unsere Feinde zu Unrecht vorübergehend an sich gerissen hatten. Wir nutzen nur die Gelegenheit und halten das Erbe unserer Väter fest.“

(1. Makkabäer 15, 33-34)

USA: Behörden-Vertuschung zum antisemitischen Attentat von Jersey

Jüdische Bürgermeister der demokratischen Partei pochen auf die Benennung der antisemitischen Tatmotive und loben Präsident Trump für seinen Kampf gegen Judenfeindlichkeit.

Von Daniel Greenfield

Auf der Chanukkah-Party im Weißen Haus trat Bürgermeister Michael Wildes an Präsident Trump heran, um ihm für seine Unterstützung nach dem Massaker in einem koscheren Supermarkt in Jersey City durch zwei schwarze Nationalisten zu danken.

«Danke, Herr Präsident, für Ihre außergewöhnliche Arbeit heute», sagte der Bürgermeister von Englewood zu Trump in einem Video, das auf Facebook gepostet wurde. «Dem Antisemitismus die Stirn zu bieten, lag in Ihrer DNS. Warum fällt ihnen das so leicht?»

«So habe ich schon immer gefühlt», antwortete Präsident Trump. «Wie Sie wissen, habe ich einen Schwiegersohn, eine Tochter und drei großartige Kinder. Jüdisch. Und was in New Jersey passiert ist, war schrecklich.»

«Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viel das der jüdischen Gemeinde bedeutet», sagte Wildes. «Das ist keine Angelegenheit von Demokraten oder Republikaner.»

Bürgermeister Wildes ist Mitglied der Demokraten. Und während er darauf besteht, dass es kein Parteienproblem ist, dem Hass, der zwei Juden, einen Polizisten und einen Ladenangestellten getötet hat, entgegenzutreten, ist es sehr wohl eines.

Die Meinungsverschiedenheit darüber, ob der Angriff auf den jüdischen Laden als antisemitisch zu bezeichnen ist, begann schon früh, als die Behörden bei der Benennung der Angreifer ins Stocken gerieten und die Erschießungen fälschlicherweise als willkürliche Gewalt darstellten.

Bürgermeister Steve Fulop von Jersey City durchbrach das Embargo, indem er deutlich machte, dass die Angreifer ausdrücklich den JC-Supermarkt ins Visier genommen hatten, anstatt ihn bloß wahllos zu betreten, was auf Videos auch tatsächlich klar zu sehen war.

David Anderson, der «Black Hebrew Israelite»-Schütze, hatte Reden von Louis Farrakhan, dem antisemitischen Führer der «Nation of Islam», gehört, eine YouTube-Playlist mit wütenden Angriffen auf Juden durch «Black Hebrew Israelite»-Prediger gehabt und Kommentare hinterlassen, die zu Gewalt gegen jüdische Menschen aufriefen, während er sich beschwerte, dass die aktuellen Angriffe «nicht gewalttätig genug» seien.

Er machte sich daran, dem abzuhelfen.

Bürgermeister Fulop wird für seine Ehrlichkeit bestraft

Doch Bürgermeister Fulops Bereitschaft, das Embargo zu durchbrechen, hatte politische Konsequenzen.

Fulop wurde von der staatlichen Pressekonferenz ausgeschlossen, die von Gouverneur Phil Murphy, einem ehemaligen Geschäftsführer von Goldman Sachs und Spender von Obama, sowie von Generalstaatsanwalt Gurbir Grewal abgehalten wurde.

Es war merkwürdig, dass der Bürgermeister einer Stadt, in der gerade ein Terroranschlag stattgefunden hatte, von einer Pressekonferenz dazu ausgeschlossen wurde. Doch die Warnung des Generalstaatsanwalts war noch seltsamer und beunruhigender.

Steven Fulop brach das Schweigen

«Es ist besonders wichtig, dass die Presse und die Öffentlichkeit sich an die von unseren Büros offiziell berichteten Fakten halten», insistierte Grewal.

Die Aufgabe der Presse ist es, die Fakten selbst zu untersuchen und nicht nur Grewals Pressemitteilungen nachzuplappern. Die Warnung des Generalstaatsanwalts, dass die Presse sich an das halten solle, was aus seinem Büro kam, war beleidigend und besorgniserregend. Eine unabhängigere Presse hätte es sogar als das bezeichnet, was es war.

Doch während die Medien dies nicht taten, berichteten sie über Lecks aus der Untersuchung, die zeigten, das David Anderson, der schwarze nationalistische Schütze, eine Historie des Hasses gegen Juden und die Polizei hatte.

Auf Twitter erwiderte Bürgermeister Fulop: «Wir sollten keine Wortklauberei betreiben. Um den Hass und den Antisemitismus zu stoppen, müssen wir ihn RASCH als das bezeichnen, was er ist. Einige werden sagen: 'Nennt es nicht Antisemitismus oder ein Hassverbrechen, bis eine tiefergehende Überprüfung stattgefunden hat', aber da ich selbst Jude bin + der Enkel von Holocaust-Überlebenden, weiß ich genug, um es so zu nennen, wie es ist.»

Selbst als die Beweise sich häuften, mauerten Murphy und Grewal weiterhin eisern. Erst am Donnerstag, als das Embargo von lokalen Politikern wie Fulop definitiv gebrochen worden war, war Grewal bereit, es endlich als einen «Akt des Hasses», möglicherweise Antisemitismus, zu bezeichnen. In der Zwischenzeit hatte das FBI die Führung übernommen, indem es den Angriff sowohl als Inlandsterrorismus als auch als Hass bezeichnete, wobei es sich an Präsident Trump und dem Weißen Haus orientierte.

Die Behörden hatten sich mit der Veröffentlichung der Namen der Opfer des JC-Supermarktes und der Mörder Zeit gelassen. Sie hatten versucht, die Schießerei als zufällig und nicht ganz absichtlich darzustellen. Es gab keinen Grund für diese Verzögerungen. Es gab keinen Grund, die Veröffentlichung der Namen der Mörder hinauszuzögern. Und es gab keinen Grund, die Veröffentlichung der Namen der Opfer hinauszuzögern, selbst als sie bereits in den sozialen Medien zirkulierten. Diese Verzögerung verursachte unnötigen Schmerz bei anderen Familien, als die falschen Namen herumgereicht wurden.

Bevormundungs-Versuch des Staatsanwaltes

Generalstaatsanwalt Grewal behauptete, er sei besorgt darüber, «unnötige Panik in der Gemeinde» zu verursachen. Aber es sollte der Gemeinde überlassen bleiben, alle Informationen zu haben und dann zu entscheiden, was damit zu tun ist.

Nachdem Murphy und Grewal schließlich das Offensichtliche zugaben, twitterte Bürgermeister Fulop: «Ich bin froh, dass wir es jetzt alle benennen. Jeder Tag, der verging, verminderte die Wirkung der Benennung. Allzu oft zögern die Leute, Hass zu rufen, weil sie vielleicht jemand anderen beleidigen.»

Die Führer der Demokraten haben eine wackelige Koalition aufgebaut. Und schwarze Nationalisten sind ein wichtiger Teil dieser Koalition.

Die Murphy-Regierung hatte kürzlich ihren eigenen Antisemitismus-Skandal, als sie den Präsidenten der Passaic NAACP, Jeffrey Dye, einstellte, um für das Department of Labor & Workforce Development zu arbeiten. Abgesehen von einem umfangreichen Vorstrafenregister, das Drogen, Übergriffe auf seinen eigenen Bruder und Polizeibeamte umfasst, verbrachte Dye seine Zeit damit, Farrakhan zu loben und Antisemitismus zu verbreiten.

Als ein Reporter ihn wegen seines Falles kontaktierte, hatte Dye erwidert: «Ich spreche nicht mit verf___ Juden.»

Gouverneur Murphy mauerte bei Fragen über die Einstellung von Dye und versäumte es, seinen Antisemitismus ausdrücklich zu verurteilen. Der Abgeordnete Gary Schaer hatte die Murphy-Regierung vor der Einstellung von Dye gewarnt und beschrieb seine Einstellung als «bestenfalls beängstigend». Er kommentierte: «Warum er eingestellt wurde, kann ich mir nur vorstellen.»

Murphys Kandidatin, Lieutenant Governor Sheila Oliver hatte sich geweigert, für ein Anti-BDS-Gesetz zu stimmen.

Die antisemitischen Ereignisse in New Jersey waren schon vor den Schießereien in Jersey City um 32 % gestiegen. Wie sein Proggie-Kollege in New York City, hat Murphy nichts getan, außer das Problem zu ignorieren.

Die Worte der beiden Bürgermeister von New Jersey – beide jüdisch – zeigten, wie isoliert die Juden geworden waren. Aber es zeigte auch, dass einige jüdische Demokraten bereit waren, die Funktionäre der Staats- und Bundespartei herauszufordern.

Bürgermeister Wildes' Facebook-Moment mit Präsident Trump schickte eine Botschaft an seine eigene Partei.

«Es ist an der Zeit, dass unsere Führer zusammenkommen, um uns alle zu beschützen», sagte er.

Die Frage ist, werden sie das tun?

Amerikanische Juden sind der Gewalt von Rassisten und Extremisten aus dem ganzen politischen Spektrum ausgesetzt. Wie viele Demokraten ist Gouverneur Murphy eifrig dabei, Bigotterie zu verurteilen, die seine Partei nicht berührt – aber er zögert, die Aktivisten und die Wähler zu beleidigen, die ihm geholfen haben, an die Spitze der politischen Nahrungskette in New Jersey zu gelangen.

Die Ereignisse in New Jersey sind ein Mikrokosmos der tiefen Spaltung bezüglich des Themas Antisemitismus im ganzen Land.

Die Demokraten behaupten fälschlicherweise, dass Präsident Trump antisemitisch sei. Es sollte ein Weckruf für jüdische Demokraten sein, wenn der demokratische Bürgermeister von Englewood Präsident Trump dafür lobt, dass er dem Antisemitismus die Stirn geboten hat, nachdem die Führer der Demokraten in New Jersey dabei erwischt wurden, wie sie versuchten, ihn unter den politischen Teppich zu kehren.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist bereits erschienen im «Front Page Magazine».

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Attentat von Jersey: Wenn Schwarze Juden töten

Afroamerikanische Täter ermordeten in Jersey City aus rassistischen Motiven sechs Menschen in einem jüdischen Lebensmittelgeschäft.

Von Phyllis Chesler

Ich erinnere mich, wie ich mich einst aus dem Krankenbett erhob und ein Taxi nach Crown Heights nahm, wo Afroamerikaner tagelang ein Pogrom in New York City verübten (den sogenannten „Crown Heights Riot“ vom 19.–21. August 1991, Anm. d. Red.). Der Bürgermeister hielt sie nicht auf – drei Tage lang nicht. Ich sah genau hin und versuchte zu verinnerlichen, wie ein Pogrom des späten 20. Jahrhunderts in Amerika aussah. Nun passiert es wieder, direkt vor meinen Augen. Nicht auf die gleiche Weise. Noch nicht. Aber das ist sicherlich nur der Auftakt für „the fire next time“.

Das Video, das von Dov Hikind aufgenommen wurde, ist schockierend, schrecklich. Darin gaben einige kaum verständliche afroamerikanische Zivilisten, die in Jersey City leben, zu Protokoll, dass sie die jüdische Präsenz nicht mögen – nein, überhaupt nicht. Tatsächlich gaben sie den Juden sogar die Schuld (an dem Massaker in Jersey City) und nannten sie „Sh-T“. Eine Frau rief aus, dass die Polizei vielleicht gar nicht gekommen wäre, wenn die Opfer Schwarze gewesen wären (das mag wahr sein, aber das ist nicht die Schuld der Juden). Jemand anderes sagte, den Juden sei vorzuwerfen, dass sie überhaupt dort waren; ihre Anwesenheit allein hätte Groll verursacht – weil sie ... jüdisch waren.

Ich war noch ganz aufgewühlt von diesem Video, als mir „The New Yorker“ mit einem Stück von Zach Helfand unterkam. Und zwar mit einer Geschichte aus der Sicht der Afroamerikaner, die sich zurückgelassen, unsichtbar fühlen und die die Juden beneiden, weil ihre Sorgen die Aufmerksamkeit der Medien und der Polizei zu erregen scheinen. Die Einheimischen fürchten auch eine „Gentrifizierung“, die stattfinden könnte, wenn eine andere Art von Bürger zuzieht.

Mit der politisch korrekten Erzählung nicht in Einklang

Helfand beschreibt die Feindseligkeit gegenüber dem „chassidischen Einfluss“ und der „Abgeschlossenheit“ der Chassidim (Form des Judentums, Anm. d. Red.). Möglicherweise habe ihre Synagoge gegen die Bebauungsvorschriften verstoßen (Ich wette, dass alle dagegen Sturm laufen werden!). Helfand interviewte keinen einzigen Jersey-City-Chassiden – aber er war darauf bedacht, eine Frau vor Ort zu interviewen, wahrscheinlich eine afroamerikanische Frau, die einen Großteil ihrer Kindheit in der Stegman Street verbracht hat. Er schließt mit dem Satz: „Sie fragte sich, wie sie ihr eigenes Gefühl der Vernachlässigung mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit in Einklang bringen könne, dass eine andere Art von Hass die Nachbarschaft heimgesucht hatte ... ‚Es sind Menschen ums Leben gekommen‘, sagte sie. ‚Das ist das Traurige. Es ist mir egal, woher jemand kommt ... es ist schrecklich.‘“

Den ganzen Mittwoch und teilweise Donnerstag wurde keine Aussage darüber gemacht, wer die Mörder waren. Normalerweise bedeutet das, dass sich das Geschehen nicht mit der politisch korrekten Erzählung in Einklang bringen lässt, also dass die Bösewichte Muslime waren oder Afroamerikaner oder schwarze Muslime. In diesem Fall sind es sogenannte „Black Hebrew Israelites“, die glauben, dass sie die ursprünglichen Juden seien. Sogar das Southern Poverty Law Center hat sie als Hassgemeinschaft verurteilt. Auch einer der Mörder hat Judenhass-Material online gestellt, und beide Mörder fuhren langsam und zielgerichtet zum koscheren Markt.

Kena Betancur / AFP

Ein Opfer des Angriffs wird versorgt.

Ist das, was ich geschrieben habe antischwarz? Wie, lieber Gott, sollen wir über den (indoktrinierten) Judenhass unter den Farbigen sprechen? Unter farbigen Muslimen? Unter den farbigen Fake-Juden? Über Judenhass auf der linken und rechten Seite? Judenhass unter Muslimen in der islamischen Welt? Ist das ein zu verbotenes Thema? Nicht so verboten wie die Frage, warum so viele jüdische Autoritäten, sowohl in Amerika als auch in Israel, in diesem historischen Moment gescheitert sind. Nicht so verboten wie die Diskussion darüber, wie viele amerikanische Juden Israel dafür verantwortlich machen, angegriffen zu werden und sich weigern, die Last des Verstehens und Kämpfens für das Existenzrecht unseres einzigen jüdischen Staates zu tragen.

Die Raketen, die kürzlich wieder – wieder! – auf Sderot gefallen sind, wurden weltweit in den Medien kaum erwähnt. Ja, das hängt zusammen. Welche Art von Eiserner Kuppel (israelisches modernes Raketenabwehrsystem, Anm. d. Red.) können wir gegen den Hass in Jersey City schaffen? Gegen echte Kugeln in Pittsburgh? In London? In Paris? Gegen harte und feige Herzen auf der ganzen Welt?

Der Artikel erschien zuerst in Israel National News.
Übersetzung: Achse des Guten

USA: Was ist bloß mit den Demokraten los?

Die größte Oppositionspartei der USA bemüht sich gar nicht mehr um bessere Sachargumente. Stattdessen attackiert sie voller Hass und Missgunst den gewählten Präsidenten und dessen Wähler.

Von Gerd Buurmann

Einst kämpfte die Mehrheit der Demokratischen Partei mit Waffengewalt dagegen, dass die Republikaner unter Lincoln die Sklaverei abschafften. Dann kämpften sie mit aller politischen Macht dagegen, dass die Republikaner den ehemaligen Sklaven das Wahlrecht gaben. Einige Demokraten gründeten dafür sogar die Terrororganisation Ku-Klux-Klan. Später kämpften die Demokraten gegen das Frauenwahlrecht. Als Frauen endlich politische Ämter innehaben durften, war die erste Amtsträgerin der Demokraten eine ehemalige Sklavenhalterin.

Die Demokraten kämpften gegen die Emanzipation der Frauen und der Schwarzen. Sie erklärten, Frauen und Schwarze seien nicht intelligent genug.

In der amerikanischen Verfassung aber steht, dass nicht jene regieren sollen, die die Demokraten für klug, gut und gebildet halten, sondern jene, die vom Volk gewählt wurden – und wählen dürfen alle, auch jene, die die Demokraten hassen oder für dumm halten. So geht Demokratie!

Heute halten sich die Demokraten wieder für etwas Besseres und kämpfen gegen den gewählten Präsidenten, der in ihren Augen von dummen Menschen gewählt wurde. Wieder hassen die Demokraten ihre politischen Gegner der Republikaner.

Dabei gibt es einen einfachen Weg, einen ungeliebten Präsidenten los zu werden: Einfach einen anderen Präsidenten wählen. Einfach besser sein!

Die Verfassung sieht Wahlen vor, nicht Amtsenthebungen.

WIKIPEDIA

Die ersten schwarzen Parlamentsabgeordneten der USA waren allesamt Republikaner.

Die Demokratie-Verachtung der US-Demokraten

Die Gegner von US-Präsident Trump können sich auch nach drei Jahren nicht mit ihrer Wahlniederlage abfinden und blamieren sich mit unentwegten, als reines Wahlkorrektiv missbrauchten Impeachment-Versuchen. Donald Trump schrieb der Parlamentspräsidentin Nancy Pelosi nunmehr einen demaskierenden Brief zu diesem Thema.

Über das Impeachment-Verfahren gegen US-Präsident Donald Trump wird in Deutschland viel berichtet. Die republikanische Sicht der Dinge und die des Präsidenten werden allerdings kaum dargestellt. Aus Gründen der Ausgewogenheit veröffentlichen wir hier die deutsche Übersetzung eines Briefes, den Donald Trump vergangene Woche an Nancy Pelosi schrieb, die Sprecherin des von den Demokraten dominierten Repräsentantenhauses.

Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten

DAS WEISSE HAUS
WASHINGTON
17. Dezember 2019

Die ehrenwerte Nancy Pelosi
Sprecherin des Repräsentantenhauses
Washington, D.C. 20515

Sehr geehrte Frau Sprecherin:
Ich schreibe Ihnen, um aufs stärkste und nachhaltigste gegen den von den Demokraten im Repräsentantenhaus einseitig in Gang gesetzten Impeachment-Kreuzzug zu protestieren. Dieses Impeachment-Verfahren stellt einen präzedenzlosen und verfassungswidrigen Machtmissbrauch seitens der demokratischen Abgeordneten dar, dem sich in fast zweieinhalb Jahrhunderten der amerikanischen Gesetzgebungs-Geschichte nichts zur Seite stellen lässt.

Die einzelnen Posten des vom Justizausschuss des Repräsentantenhauses auf den Weg gebrachten Impeachments entbehren jeglichen verfassungstheoretischen, interpretatorischen oder juristischen Standards. Sie belegen keinerlei Verbrechen, Fehlverhalten oder Rechtsverletzungen irgendwelcher Art. Sie haben dem überaus hässlichen Wort Impeachment viel von seiner Bedeutung genommen.

Wenn Sie in Ihrem ungültigen Amtsenthebungsverfahren fortfahren, so verletzen Sie damit Ihren Amtseid, brechen Ihre Treue zur Verfassung und erklären der amerikanischen Demokratie offen den Krieg. Sie wagen es, die Gründerväter anzurufen, um die von Ihnen geplante Wahlannullierung zu erreichen – doch Ihr gehässiges Vorgehen zeigt eine uneingeschränkte Verachtung für die Ursprünge Amerikas, und Ihr ungeheuerliches Verhalten droht all das zu zerstören, wozu sich unsere Gründerväter verpflichtet haben. Schlimmer als das: Sie beleidigen gläubige Amerikaner durch Ihre wiederholte Beteuerung „Ich bete für den Präsidenten“, wo Sie doch wissen, dass es nicht wahr ist, höchstens im negativen Sinn. Was Sie tun, ist schrecklich, aber damit müssen Sie leben, nicht ich.

Ihr erster, auf „Machtmissbrauch“ lautender Vorwurf ist ein komplett unaufrichtiges, verdienst- und grundloses Produkt Ihrer Phantasie. Sie wissen, dass ich ein Gespräch mit dem Präsidenten der Ukraine führte, an dem es nichts zu beanstanden gab. Danach führte ich ein zweites Gespräch, das falsch zitiert, falsch charakterisiert und auf betrügerische Weise falsch dargestellt wurde. Glücklicherweise gibt es eine Gesprächsabschrift, und Sie wissen aus dem sofort zur Verfügung gestellten Text, dass der fragliche Gesprächsteil ohne Tadel war. Ich sagte Präsident Selensky: „Ich möchte, dass Sie uns einen Gefallen tun, weil unser Land viel durchgemacht hat und die Ukraine viel darüber weiß.“ Ich sagte, tut uns einen Gefallen, nicht mir, für unser Land und nicht für eine Wahlkampagne. Dann verwies ich auf den Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten. Wann immer ich mit einem ausländischen Führer spreche, setze ich Amerikas Interessen an erste Stelle, so auch gegenüber Präsident Selensky.

Sie verwandeln eine politische Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Verfassungsorganen in eine Impeachment-würdige Straftat – das ist etwa so legitim, wie wenn die Exekutive Kongressmitglieder für die rechtmäßige Ausübung der gesetzgebenden Gewalt irgendwelcher Verbrechen beschuldigen würde.

Sie wissen genau, dass Vizepräsident Biden sein Büro und 1 Milliarde US-Dollar Hilfsgelder benützt hat, um die Ukraine zu nötigen, den Staatsanwalt zu feuern, der gegen die Firma ermittelte, die seinem Sohn Millionen von Dollar bezahlte. Sie wissen das, weil Biden auf einem Video damit geprahlt hat. Biden hat offen erklärt: „Ich sagte: ‚Ich sage Ihnen, Sie kriegen die Milliarde Dollar nicht.' … Ich schaute ihn an und sagte: ‚Ich reise in sechs Stunden ab. Wenn der Staatsanwalt dann nicht gefeuert ist, bekommen Sie das Geld nicht.' Nun, du Hurensohn. Er wurde gefeuert.“ Joe Biden selbst hat vor ein paar Tagen in einem Interview mit NPR zugegeben, dass das „schlecht aussah“. Jetzt versuchen Sie, mich meines Amtes zu entheben, indem Sie mich fälschlicherweise beschuldigen, etwas getan zu haben, was Joe Biden, wie er zugibt, wirklich getan hat.

Präsident Selensky hat wiederholt erklärt, dass ich mich nicht falsch verhalten habe und es keinen Druck gegeben hat. Weiterhin hat er betont, es sei ein „gutes Telefonat“ gewesen, „Ich habe keinen Druck empfunden“, und er hat ausdrücklich unterstrichen: „Niemand hat mich gedrängt.“ Der ukrainische Außenminister hat sehr klar erklärt: „Ich habe niemals einen direkten Zusammenhang zwischen den Ermittlungen und der Militärhilfe gesehen.“ Auch er hat ausgesagt, es habe „keinen Druck“ gegeben. Senator Ron Johnson aus Wisconsin, ein Unterstützer der Ukraine, der sich privat mit Präsident Selensky traf, hat erklärt: „Zu keiner Zeit während dieses Treffens gab es irgendeine Andeutung seitens Selenskys oder irgendeines Ukrainers, sie hätten sich gedrängt gefühlt, für die Militärhilfe eine Gegenleistung erbringen zu müssen.“ Es fanden viele Treffen zwischen Vertretern der Ukraine und unseres Landes statt. Niemals hat sich die Ukraine beschwert, es werde Druck ausgeübt – nicht ein einziges Mal! Botschafter Sondland hat bestätigt, dass ich ihm sagte: „Keine Gegenleistung. Ich verlange nichts. Ich möchte nichts. Ich möchte, dass Präsident Selensky das Richtige tut, dass er das tut, was er begonnen hat.“

Behinderung des Kongresses?

Der zweite Vorwurf, betitelt „Behinderung des Kongresses“, ist absurd und gefährlich.

Demokratische Abgeordnete betreiben die Amtsenthebung des ordnungsgemäß gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten für die Ausübung verfassungsmäßig garantierter Rechte, die während unserer gesamten Geschichte von Regierungen beider Parteien im überparteilichen Konsens in Anspruch genommen wurden. Nach diesem Maßstab wäre jeder Präsident mehrmals des Amtes enthoben worden. Wie der liberale Rechtsprofessor Jonathan Turley warnte, als er sich an die Kongressdemokraten wandte: „Ich kann das nicht genug betonen … Wenn Sie den Präsidenten anklagen, wenn Sie aus dem Erscheinen vor Gericht ein schweres Verbrechen und Fehlverhalten herauslesen, dann ist das Machtmissbrauch. Es ist Ihr Machtmissbrauch. Sie tun genau das, wofür Sie den Präsidenten kritisieren.“

Jeder, auch Sie, weiß, was wirklich vorgeht. Die von Ihnen nominierte Kandidatin hat die Wahl von 2016 verloren, und zwar durch eine Erdrutsch-Niederlage im Wahlkollegium (306-227), und Sie und Ihre Partei haben sich von dieser Niederlage nie erholt. Daraus hat sich bei Ihnen ein Komplex entwickelt, viele Medien nennen ihn das „Trump Derangement Syndrom“, und leider werden Sie nie darüber hinwegkommen. Sie sind weder gewillt noch fähig, die bei der großen Wahl 2016 an den Wahlurnen gefällte Entscheidung zu akzeptieren. Auf Grund dessen haben Sie drei volle Jahre damit zugebracht, den Willen des amerikanischen Volkes ins Gegenteil zu verkehren und sein Votum zu annullieren. Sie betrachten die Demokratie als Feind!

Sprecherin Pelosi, erst letzte Woche haben Sie auf einem öffentlichen Forum zugegeben, dass die Amtsenthebungsbemühungen Ihrer Partei seit „zweieinhalb Jahren“ laufen, also bereits lange, bevor Sie von irgendeinem Ukraine-Telefonat wussten. Neunzehn Minuten nachdem ich den Amtseid abgelegt hatte, veröffentlichte die „Washington Post“ einen Artikel unter der Schlagzeile: „Die Amtsenthebungskampagne gegen Präsident Trump hat begonnen“. Weniger als drei Monate nach meiner Amtseinführung erklärte die

Abgeordnete Maxine Waters: „Ich werde jeden Tag dafür kämpfen, dass er wegen Amtsmissbrauchs angeklagt wird.“ Abgeordnete der Demokraten brachten die erste Resolution zu meiner Amtsenthebung innerhalb von Monaten nach meiner Amtseinführung aus Anlass einer Entscheidung ein, die einmal als eine der besten unseres Landes gelten wird, die Entlassung James Comeys (s. Inspector General Reports) – von dem die Welt jetzt weiß, dass er einer der schmutzigsten Polizisten war, die unsere Nation je gesehen hat. Eine tobende Kongressfrau, Rashida Tlaib, erklärte wenige Stunden nach ihrem Amtsantritt: „Wir gehen dort rein und klagen den motherf***r raus.“ Der Abgeordnete Al Green sagte im Mai: „Ich habe die Besorgnis, dass der Präsident wiedergewählt wird, wenn wir ihn nicht aus dem Amt klagen.“ Noch einmal: Sie und Ihre Verbündeten sagten und taten dies alles, lange bevor Sie etwas von Präsident Selensky oder die Ukraine Betreffendes gehört hatten. Sie wissen genau, dass diese Impeachment-Geschichte nichts mit der Ukraine oder meiner völlig angemessenen Unterhaltung mit ihrem neuen Präsidenten zu tun hat. Zu tun hat es allein mit Ihrem Versuch, die Wahl von 2016 ungeschehen zu machen und die Wahl von 2020 zu stehlen.

Der Kongressabgeordnete Adam Schiff hat bis zum heutigen Tag betrogen und gelogen. Dabei ging er so weit, dass er mein Gespräch mit dem Präsidenten der Ukraine, Selensky, in betrügerischer Absicht nach eigenem Gutdünken ausschmückte und dieses Phantasiestück dem Kongress vortrug, als hätte ich es so gesagt. Seine schamlosen, bis zum Russland-Hoax zurückreichenden Lügen und Täuschungsmanöver zählen zu den Hauptgründen, warum wir uns heute hier befinden.

Sie und Ihre Partei wollen unbedingt von Amerikas außergewöhnlichen Wirtschaftsdaten ablenken, dem unglaublichen Beschäftigungsboom, der Rekordbörse, dem steigenden Vertrauen und der Zufriedenheit der Bürger. Ihre Partei kann mit unserem Rekord einfach nicht mithalten: 7 Millionen neue Arbeitsplätze; die niedrigste Arbeitslosigkeit überhaupt für Afroamerikaner, Hispanoamerikaner und asiatische Amerikaner; ein wiedererstarktes Militär; ein komplett reformiertes VA (Veterans Affairs) einschließlich „Choice Program und Accountability Act“ für unsere großartigen Veteranen; mehr als 170 neue Bundesrichter und zwei Richter des Obersten Gerichtshofs; Steuerkürzungen von historischem Ausmaß; die Beseitigung des individuellen Mandats; der erste Rückgang der Preise für verschreibungspflichtige Medikamente seit einem halben Jahrhundert; die erste neue Waffengattung der United States Military seit 1947, die Space Force; verstärkter Schutz des Zweiten Verfassungszusatzes; Reform der Strafjustiz; ein besiegtes ISIS-Kalifat und die Tötung des Welt-Terroristenführer Nummer eins, al-Bagdadi; der Ersatz des katastrophalen NAFTA-Handelsabkommens durch das vorzügliche USMCA (Mexiko und Kanada); ein erster Durchbruch in den Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit China; umfangreiche neue Handelsabkommen mit Japan und Südkorea; Rückzug aus dem schrecklichen Iran-Atomwaffen-Deal; Kündigung des unfairen und kostspieligen Pariser Klimaabkommens; Aufstieg zur Nummer Eins der Welt-Energieerzeuger; Anerkennung der israelischen Hauptstadt, Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Jerusalem und Anerkennung der israelischen Souveränität über die Golanhöhen; eine enorme Reduzierung illegaler Grenzübertritte, das Ende der Catch-and-Release-Praxis und der Bau der südlichen Grenzmauer – und das ist erst der Anfang, es gäbe so viel mehr aufzuzählen. Sie können Ihre extreme Politik nicht verteidigen – offene Grenzen, Massenmigration, hohe Kriminalität, lähmende Steuern, ein sozialisiertes Gesundheitswesen, die Lähmung der amerikanischen Energie, vom Steuerzahler finanzierte Abtreibung, Beseitigung des Zweiten Verfassungszusatzes, linksradikale Theorien von Recht und Gerechtigkeit und ständige einseitige Obstruktion des gesunden Menschenverstandes und des Allgemeinwohls.

Nicht würde ich lieber tun als damit aufzuhören, Ihre Partei als die „Nichtstuer-Demokraten“ zu bezeichnen. Leider weiß ich nicht, ob Sie mir jemals die Möglichkeit dazu geben werden.

Nach drei Jahren unfairer und ungerechtfertigter Ermittlungen und versenkten 45 Millionen Dollar haben 18 stramme demokratische Staatsanwälte, das gesamte FBI, angeführt von Leuten, von denen sich herausgestellt hat, dass sie völlig inkompetent und korrupt sind, NICHTS herausgefunden! Nur wenige Leute in hohen Positionen hätten diesen Test bestanden. Sie wissen weder, noch schert es Sie, wieviel Leid und Kummer Sie den wunderbaren und liebevollen Mitgliedern meiner Familie bereitet haben. Sie haben eine Fake-Untersuchung gegen den demokratisch gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten durchgeführt, und Sie tun es schon wieder.

> Sie wissen weder, noch schert es Sie, wieviel Leid und Kummer Sie den wunderbaren und liebevollen Mitgliedern meiner Familie bereitet haben.

Nicht viele Menschen hätten all das willkürlich verhängte Leid während einer Zeit ertragen können, in der sie so viel für den Erfolg Amerikas und seiner Bürger leisteten. Aber statt unser Land an die erste Stelle zu setzen, haben Sie sich entschlossen, es weiterhin der Lächerlichkeit preiszugeben. Sie sind mit dem Mueller-Bericht vollständig gescheitert, weil es nichts zu finden gab, also haben Sie sich den nächsten Hoax gegriffen, der auf dem Weg lag, das Ukraine-Telefonat, obgleich es an ihm nichts auszusetzen gab. Nebenbei – wann immer ich mit Vertretern fremder Länder spreche, hören viele Leute, die Zugang besitzen, auf beiden Seiten des Gesprächs mit.

Sie sind diejenigen, die auf die amerikanischen Wahlen Einfluss nehmen. Sie sind es, die Amerikas Demokratie untergraben. Sie sind es, die die Justiz behindern. Sie bringen Schmerz und Leid über unsere Republik um Ihres eigenen egoistischen politischen und parteipolitischen Gewinnes willen.

Vor dem Impeachment-Schwindel gab es die russische Hexenjagd. Entgegen allen Beweisen und unbesorgt um die Wahrheit behaupteten Sie und Ihre Abgeordneten, mein Wahlkampfteam würde mit den Russen unter einer Decke stecken – eine schwere, böswillige und verleumderische Lüge, eine Lüge wie keine andere. Sie zwangen unsere Nation durch Aufruhr und Qual – mit Hilfe einer komplett erfundenen Geschichte, die von Hillary Clinton und dem DNC illegal einem ausländischen Spion abgekauft wurde, um damit unsere Demokratie anzugreifen. Doch als die monströse Lüge entlarvt wurde und die Verschwörung der Demokraten sich in Staub auflöste, da kam von Ihnen keine Entschuldigung. Sie widerriefen nicht. Sie baten nicht um Verzeihung. Sie zeigten keinen Funken Reue, keinerlei Ansatz zur Selbstreflexion. Stattdessen begannen Sie Ihren nächsten, ebenso verleumderischen wie bösartigen Kreuzzug – den Versuch, einer unschuldigen Person etwas anzuhängen und sie zu diffamieren. Das Motiv hinter all dem ist persönliche politische Berechnung. Ihre Sprecher und Ihre Partei wurden von den gestörtesten und radikalsten Vertreter Ihrer äußersten Linken als Geiseln genommen. Jedes Ihrer Mitglieder lebt in Angst vor einem sozialistischen Hauptgegner – das ist der Motor, der die Amtsenthebung antreibt. Schauen Sie sich den Herausforderer des Kongressabgeordneten Nadler an. Schauen Sie sich selbst und andere an. Ziehen Sie unser Land nicht mit in den Untergang Ihrer Partei.

Würden Sie sich wirklich um die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Nation sorgen, so würden Sie Ihre gewaltigen investigativen Ressourcen dazu einsetzen, die volle Wahrheit über den schrecklichen Machtmissbrauch seitens des FBI während und nach der Wahl von 2016 ans Licht zu bringen – einschließlich des Einsatzes von Spionen gegen mein Wahlkampfteam, der Einreichung falscher Beweise bei einem FISA-Gericht und der Verschleierung von Entlastungszeugnissen zu dem Zweck, Unschuldige zu belasten. Das FBI hat großartige und ehrenwerte Leute, aber seine Führungsspitze war unfähig und korrupt. Ich dächte, Sie müssten persönlich über diese Enthüllungen entsetzt sein, nachdem Sie in Ihrer Pressekonferenz am Tag der Ankündigung des Impeachment-Verfahrens das Impeachment direkt mit dem völlig diskreditierten Russland-Schwindel verknüpften und zweimal erklärten, dass „alle Wege zu Putin führen“ – obwohl Sie wissen, dass das eine bösartige Lüge ist. Ich war weitaus härter gegenüber Russland, als Präsident Obama sich das je hätte vorstellen können.

Jedes Mitglied des Kongresses, das für die Amtsenthebung stimmt – gegen jeden Hauch von Wahrheit, Tatsachen, Beweisen und Rechtsprinzipien –, zeigt, wie abgründig es die Wähler verunglimpft und wie sehr es in Wahrheit Amerikas Verfassungsordnung verabscheut. Unsere Staatsgründer befürchteten die Tribalisierung der Parteipolitik, und Sie erwecken ihre schlimmsten Ängste zum Leben.

Schlimmer noch: Von Beginn dieses Amtsenthebungsbetruges an bis in die Gegenwart wurde mir ein angemessener Prozess, wie die Verfassung ihn vorsieht, verweigert. Man hat mir die meisten verfassungsmäßig garantierten Grundrechte vorenthalten, einschließlich des Rechts, Beweise vorzulegen, meine Berater am Verfahren teilnehmen zu lassen, Anklägern entgegenzutreten und Zeugen wie den sogenannten Whistleblower aufzurufen und ins Kreuzverhör zu nehmen, der diesen ganzen Unfug mit einer Falschaussage über das Telefonat anstieß, welche an dem tatsächlich geführten Gespräch völlig vorbeiging. Nachdem ich das transkribierte Gespräch präsentiert und damit die Betrüger überrascht und schockiert hatte (mit dieser Offenlegung hätten sie nie gerechnet), verschwanden der sogenannte Whistleblower und der zweite Whistleblower, weil sie als Betrüger entlarvt worden waren, und waren für uns nicht mehr erreichbar. Mit anderen Worten: Sobald das Telefongespräch veröffentlicht war, explodierte die ganze Verschwörung, aber das hat Sie nicht davon abgehalten weiterzumachen.

Den Angeklagten der Hexenprozesse in Salem wurde ein angemesseneres Verfahren gewährt.

Sie und andere haben in Ihren Ausschüssen lange Zeit gesagt, die Amtsenthebung müsse überparteilich sein – nicht wahr? Sie haben gesagt, sie sei sehr spaltungsträchtig – sie ist es, und sogar in weit höherem Maße, als Sie es jemals für möglich gehalten hätten – und es wird nur noch schlimmer werden!

Dies ist nichts weiter als ein illegaler, parteipolitisch motivierter Putschversuch, der angesichts der aktuellen Stimmungslage in der Abstimmungskabine böse scheitern wird. Sie sind nicht nur hinter mir, dem Präsidenten her, Sie sind hinter der ganzen Republikanischen Partei her. Aber dieses kolossale Unrecht hat unsere Partei einiger werden lassen als je zuvor. Die Geschichte wird über Sie ein hartes Urteil fällen, wenn Sie mit dieser Impeachment-Scharade fortfahren. Sie werden ein Repräsentantenhaus hinterlassen, das sich aus einer ehrwürdigen gesetzgebenden Körperschaft in eine Sternkammer verwandelt hat, in der parteipolitische Verfolgung an der Tagesordnung ist.

Das vielleicht Beleidigendste an dem allen ist Ihre aufgetragene falsche Feierlichkeit. Anscheinend empfinden Sie so wenig Respekt gegenüber dem amerikanischen Volk, dass Sie erwarten, es würde Ihnen abnehmen, dass Sie dem Impeachment besonnen, reserviert und widerstrebend nähertreten. Kein intelligenter Mensch glaubt Ihrer Rede. Seitdem ich die Wahl gewonnen habe, ist die Demokratische Partei vom Impeachment-Fieber gepackt. Es gibt keine Zurückhaltung. Es gibt keine Besonnenheit. Sie treiben Ihren Spott mit dem Impeachment, und Sie verbergen kaum Ihren Hass gegen mich, gegen die Republikanische Partei und Dutzende Millionen patriotischer Amerikaner. Die Wähler sind weise, und sie durchschauen dieses leere, hohle und gefährliche Spiel, das Sie spielen.

Ich hege keinen Zweifel daran, dass das amerikanische Volk Sie und die Demokraten in den bevorstehende Wahlen 2020 voll zur Verantwortung ziehen wird. Es wird Ihnen die Pervertierung des Rechts und den Machtmissbrauch nicht so schnell verzeihen.

Es gibt so vieles zu tun, um das Leben unserer Bürger zu verbessern. Es ist Zeit für Sie und die einseitig voreingenommenen Demokraten im Kongress, diese Amtsenthebungsphantasie sofort zu beenden und sich wieder an die Arbeit für das amerikanische Volk zu begeben. Ich erwarte zwar nicht, dass Sie dies tun, aber ich schreibe diesen Brief für die Geschichtsbücher und um meinen Gedanken eine dauerhafte und unauslöschliche Form zu geben.

Ich möchte, dass die Menschen, wenn sie in hundert Jahren auf diese Angelegenheit zurückblicken, begreifen, was hier passiert ist, und daraus lernen, damit es nie wieder einem anderen Präsidenten passieren kann.

Hochachtungsvoll
Donald J. Trump
Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

cc: Senat der Vereinigten Staaten
Repräsentantenhaus
der Vereinigten Staaten

Achgut.com dankt Ulrich Schödlbauer für die Übersetzung

Drogen und vermeintlich psychische Erkrankungen als Rechtfertigung moslemisch-antisemitischer Straftaten

In Europa werden rassistisch-muslimische Morde und Gewalttaten an Juden immer wieder gern hinter dem Begriff „psychische Erkrankung" verborgen.

Von Daniel Greenfield

Viele Ideen, die im Westen wahnhaft erscheinen, sind in islamischen Ländern völlig normal.

Martin Colmans verkaufte Möbel auf dem Albert-Cuyp-Markt in Amsterdam, als er mit einem Messer in den Oberschenkel gestochen wurde. Sein Sohn Sharon rannte herbei, um ihm zu helfen und seine Mutter zu beschützen, und ihm wurde in Rücken und Brust gestochen. Aber immerhin konnte er verhindern, dass der Messerstecher zu seiner Mutter Orly gelangte.

Tarik Ghani, der muslimische Mann, der auf ihn eingestochen hat, leitete einen Schischa-Shop auf dem Markt. Das Opfer sagte, dass er eine plötzliche Veränderung seines Angreifers bemerkt hatte, nachdem dieser aus dem Nahen Osten zurückgekehrt war, und er wurde oft dabei gesehen, wie er den Koran las. «Er hörte auf, mit uns zu reden, rasierte sich den Kopf und betete die ganze Zeit. Er fing auch an, uns böse anzusehen.» Andere Anbieter im Cuyp-Markt gaben an, dass Tarik Juden hasste. Es gab Warnungen, dass er gewalttätig werden und jemanden angreifen könnte. Diese Warnungen wurden jedoch nicht beachtet.

Anstatt ihn ins Gefängnis zu stecken, verurteilte ein niederländischer Richter Tarik zu einem Jahr psychiatrischer Behandlung. Die Colmans hatten den Richter gebeten, seinen Antisemitismus zu berücksichtigen, stattdessen akzeptierte der Richter Tariks Behauptung, er sei psychisch krank und habe Stimmen gehört. Es gab keine Beweise für diese Behauptung.

«Viele Menschen, die psychotisch sind, lesen den Koran», erklärte ein Psychiater.

Tarik hatte also vor der Attacke den Koran nicht deshalb zwanghaft gelesen, weil er ein Terrorist war, sondern weil er psychotisch war.

Etwa zur gleichen Zeit, während der ein niederländisches Gericht Tarik von der Verantwortung für seinen antisemitischen Angriff freisprach, gab ein französisches Gericht Kobili Traore einen weiteren Freipass für den brutalen Mord an Sarah Halimi.

Sarah, die längst pensionierte ehemalige Leiterin eines jüdischen Kindergartens, wurde in ihrer Wohnung brutal angegriffen. Ihr Bruder hatte gesagt, dass der Mörder sie zuvor «dreckige Juden» genannt hatte. Die Polizei war vor dem Angriff gerufen worden. Sie hatten gehört, wie Kobili lautstark Verse aus dem Koran sang. Verstärkung wurden herbeigerufen, aber die Polizei tat nichts. In der Zwischenzeit kletterte Kobili durch das Fenster in Sarahs Wohnung.

Der Muslim schlug sie, bis ihr Nachthemd blutbefleckt war, während er «Allahu Akbar», Verse aus dem Koran und antisemitische Rhetorik schrie. Die Nachbarn riefen die Polizei an und beschrieben, was los war. Die Polizei tat nichts. Irgendwann während des brutalen Angriffs schlug der Mörder Sarahs Schädel mit einem Telefon ein. Schließlich schrie er, dass sein Opfer «verrückt sei und im Begriff sei, Selbstmord zu begehen».

Und dann warf er sie aus dem Fenster und kehrte in seine Wohnung zurück.

Das war 2017. Seitdem haben mehrere Gerichte entschieden, dass Kobili Traore nicht für seine Handlungen verantwortlich ist, weil Cannabis in seinem Körper gefunden wurde. Er hatte Gras geraucht. Und das hatte angeblich zu einer Art psychotischem Anfall geführt, der ihn daran hinderte, für seine Handlungen verantwortlich zu sein. Wie Tarik Ghani wird er wahrscheinlich im Krankenhaus bleiben, bis die Psychiater beschließen, ihn freizulassen.

Kobili hat drei psychiatrische Untersuchungen durchgemacht, von denen keine mit einer anderen übereinstimmt, aber alle behaupten, dass er schuldunfähig ist.

Doch der Versuch, Sarahs Mord im Nachhinein wie einen Selbstmord aussehen zu lassen, zeigte, dass er wusste, was er tat. Er hatte ihre Wohnung früher am Tag kalkuliert belagert und genau berechnet, wo er sie loswerden wollte.

Die Vertuschung des Mordes begann schon, bevor er überhaupt geschah. Anstatt Kobili ins Gefängnis zu bringen, brachten ihn die Polizisten in ein Krankenhaus. Ein Urintest fand Cannabis in seinem System. Und so war das Narrativ gesetzt. Und doch gab der Mörder zu, dass er durch seinen Hass auf Sarahs Jüdischsein motiviert worden war.

> „Adel wurde ins Krankenhaus eingeliefert, aber er erhielt mehrfach Ausgang, um das Krankenhaus zu verlassen und auf Partys zu gehen."

Er sagte zu den Ermittlern: «Als ich die Thora und Menora in ihrem Haus sah, fühlte ich mich unterdrückt.» Mit der Thora meinte er wahrscheinlich eine Kopie der Bibel im Haus seines Opfers. (Sein Hinweis auf die Menora, mit der die Juden das Licht an Chanukka entzünden, wurde von den Medien aus dem Französischen als «Kerzenleuchter» falsch übersetzt.)

Der Psychiater argumentierte, dass Kobili sowohl antisemitisch als auch verrückt sein könnte, denn «während wahnhafter Episoden ist unter Muslimen ein antisemitisches Thema weit verbreitet». Der Psychiater argumentierte, dass der Mörder nicht schuldig sei, weil Muslime von Natur aus antisemitisch seien, und er nach diesem inhärenten Antisemitismus handelte, hatte aber nicht wirklich die Kontrolle über seine Handlungen, weil er zuvor 10 Joints geraucht hatte.

Muslime sind durch ihre Religion und Kultur dazu prädisponiert, Juden zu hassen, aber Kobili hätte dies nicht getan, wenn er keinen psychotischen Anfall erlitten hätte. Dieses Argument charakterisiert Muslime gleichzeitig als antisemitisch, während es antisemitische Morde als eine Form der psychischen Erkrankung entschuldigt, die einzigartig für Muslime ist. Mörderischer muslimischer Antisemitismus wurde als eine Form der Geisteskrankheit diagnostiziert. Sarah war wegen «der Tatsache, dass sie Jüdin war» getötet worden, aber der Mörder war nicht für seine Handlungen verantwortlich.

Der Besuch in der Hassprediger-Moschee

Unterdessen wurde ignoriert, was Kobili vor dem brutalen Mord tat, abgesehen vom Joint rauchen.

Vor dem Mord hatte Kobili die Omar-Moschee in Paris besucht, deren ehemaliger Imam, Mohammed Hammami, wegen der Förderung von Terrorismus und Antisemitismus des Landes verwiesen worden war. Die Moschee wurde von Tabligh Jamaat, einer islamistischen Gruppe im Zentrum des Terrorismus Frankreichs, errichtet. Es wird geschätzt, dass die Mehrheit der islamischen Terroristen in Frankreich mit der Bewegung in Verbindung stand.

Viele Tabligh Jamaat-Mitglieder schlossen sich Al Qaida an. Dazu gehören der 9/11-Verbrecher Zacarias Moussaoui und der Schuhbomber Richard Reid. Al Qaida konnte die islamistische Organisation als Deckung für ihre Mitglieder nutzen. Und Al Qaida ist bei weitem nicht die einzige islamische Terrororganisation, mit der Tabligh Jamaat verbunden ist.

Tabligh Jamaat ist auch dafür bekannt, junge Männer mit Problemen zu rekrutieren und sie einer umfassenden Gehirnwäsche zu unterziehen. In einem Bericht beschreibt ein Malier, der aus dem gleichen Herkunftsland wie der Mörder stammt, dass Rekruten für lange Zeiträume wachgehalten werde, bis sie schließlich den Kontakt zur Realität verlieren. Das hat ominöse Ähnlichkeiten mit dem Verhalten von Kobili Traore, der in der Nacht, bevor er Sarah ermordete, wie besessen sang.

Sarahs Mörder hatte eine antisemitische Moschee besucht, die mit einer kultähnlichen islamistischen Bewegung verbunden ist, die junge Männer rekrutiert, die in Schwierigkeiten geraten waren. Kobili war im Gefängnis rekrutiert worden, und man hatte Männern wie im beigebracht, dass es ihre Pflicht sei, die Welt für den Islam zu erobern. Und genau das hat Kobili in Paris getan.

Es gibt da ein tragisches und hässliches Muster.

Überfall auf Rabbi in Marseille

Im Jahr 2015 griff Farid Haddouche den Rabbi Acher Amoyal, seinen Sohn und einen anderen Mann an, der am Sabbat eine Marseiller Synagoge verließ. Farid hatte «Allahu Akbar» geschrien und einen der

Männer in den Bauch gestochen. Er galt nach einer psychiatrischen Beurteilung als schuldunfähig, obwohl seine Mutter zugab, dass er keine Vorgeschichte mit psychischen Erkrankungen hatte. Aber er war damals betrunken gewesen. Proteste der jüdischen Gemeinde führten schließlich zu einem eigentlichen Prozess und er wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Jahr 2003 wurde Sébastien Selam, ein jüdischer DJ, von Adel Amastaibou erstochen. Der muslimische Mörder sagte den Polizisten, dass es der Wille Allahs sei. Er prahlte seiner Mutter gegenüber: «Ich habe einen Juden getötet! Ich werde ins Paradies eingehen.»

Vor dem Mord hatte Adel einen Rabbiner angegriffen und eine schwangere Jüdin bedroht. Doch er wurde wegen psychischer Erkrankungen für schuldunfähig befunden.

Wie Kobili hatte auch Adel unter Drogen gestanden. Seine Droge der Wahl war jedoch Haschisch.

Adel wurde ins Krankenhaus eingeliefert, aber in einer Vorahnung dessen, wie wenig das in den Fällen von Kobili und Tarik bedeuten wird, erhielt er mehrfach Ausgang, um das Krankenhaus zu verlassen und auf Partys zu gehen.

Nicht nur in Europa erhält der mörderische islamische Antisemitismus einen psychiatrischen Freipass. Ahmed Ferhani, der plante, eine New Yorker Synagoge zu zerbomben, wurde zu einem beliebten Fall der Linken. The Nation behauptete, dass er ein psychisch kranker Mann sei, der von den Polizisten in eine Falle gelockt worden sei. Nach einem Selbstmordversuch hielt das Zentrum für Verfassungsrechte eine Mahnwache ab für den mörderischen Antisemiten.

Angst vor Dämonen gilt nicht überall als Geisteskrankheit

Die toxische Kombination aus Drogenmissbrauch, Behauptungen über psychische Erkrankungen und dem Töten von Juden wird allgegenwärtig. Ebenso wie die allgemeinen Bemühungen, einzelne islamische Terroristen als psychisch krank schönzureden, weil ihr Verhalten irrational erscheint.

Es kann ein schmaler Grat sein zwischen verrückt und böse. Und einige Verhaltensweisen, die in der muslimischen Welt nicht anormal sind, wie z.B. die Angst von Kobili vor Dämonen, können in unserem Kontext einer Geisteskrankheit ähneln. Aber, wie Jamie Glazov in seinem jüngsten Buch «Jihadist Psychopath» feststellte, gibt es dort keinen notwendigen Widerspruch.

Die Eile, Mörder mit psychischen Erkrankungen zu entlasten, weil sie Alkohol oder Cannabis in ihrem System haben, weil ihre brutalen Verbrechen der Vernunft trotzen, und weil es einfacher ist, als den Verbindungen zu Orten wie der Omar-Moschee zu folgen, diese Eile fördert islamische Gewalt.

Im Jahr 2016 wurde Chalom Levy in Straßburg, Frankreich, von einem Angreifer niedergestochen, der «Allahu Akbar» schrie. Levy trug eine Kippa und hatte sich auf den Sabbat vorbereitet.

Levy, der zuvor in ein brennendes Auto geeilt war, um eine Frau zu retten, die in dessen Inneren gefangen war, konnte den Angreifer bekämpfen und um Hilfe rennen. Sein versuchter Mörder wurde vor einem Café verhaftet, in das Levy geflohen war.

Die Behörden und Medien beeilten sich, den Angreifer als psychisch krank zu bezeichnen. Und tatsächlich hatte er zuvor Zeit in einer psychiatrischen Klinik verbracht, nachdem er 2010 auf einen anderen Juden eingestochen hatte.

Anstatt ihn ins Gefängnis zu schicken, wurde er für schuldunfähig befunden und in ein Krankenhaus eingeliefert.

Das passiert, wenn die Ermordung von Juden durch Muslime aufhört, ein Verbrechen zu sein und stattdessen zu einem mentalen Problem wird, das ein wenig mit Puppen zu spielen, über deine Träume zu reden und Pillen zu schlucken heilen kann.

> Der versuchte Mord an einem Juden wurde von einem Ex-Insassen einer psychiatrischen Anstalt verübt, der in die Klinik gekommen war, nachdem er schon einmal einen Juden angegriffen hatte.

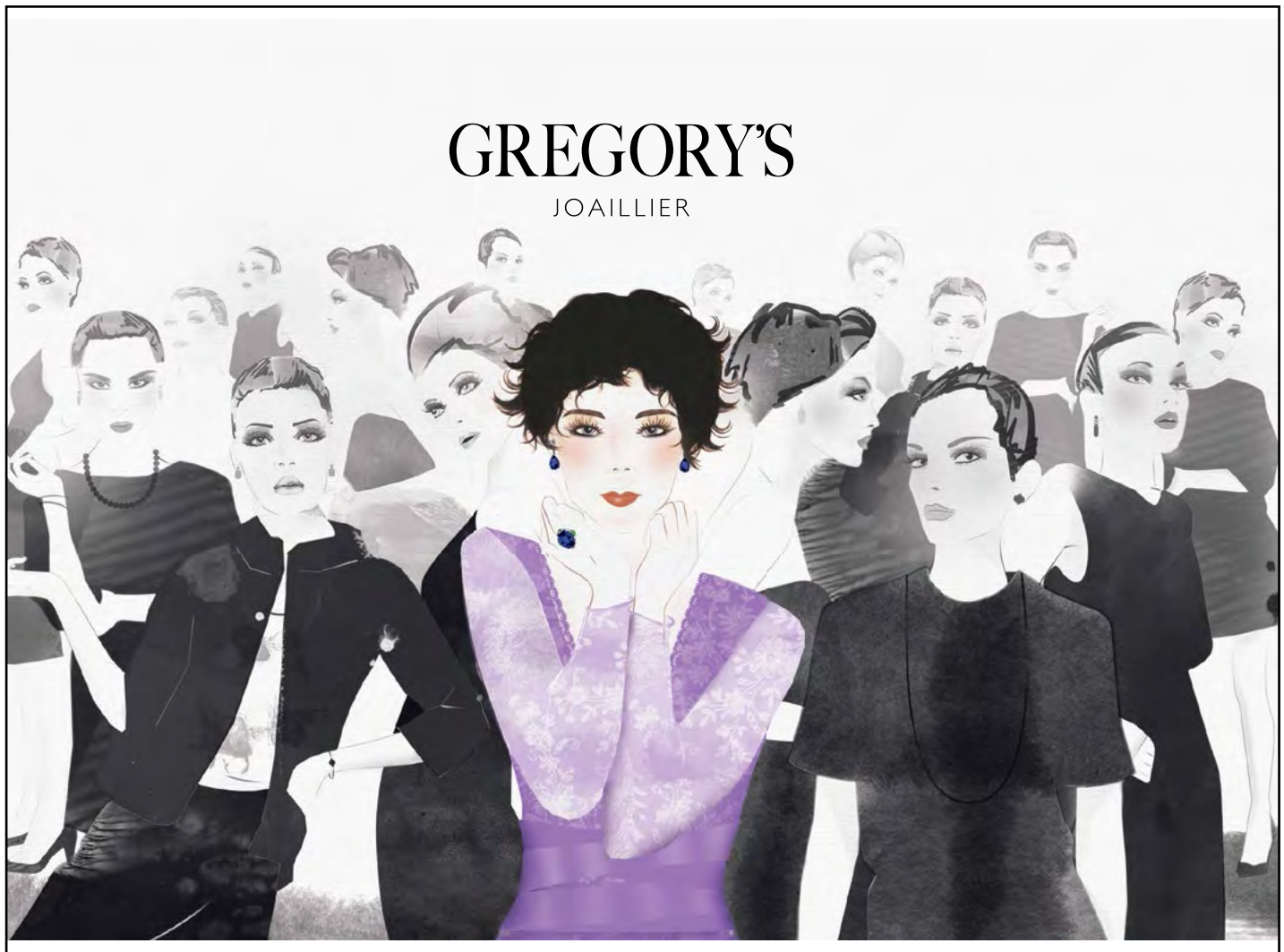
Die Zeit wird kommen, wo der versuchte Mörder einen weiteren Menschen zu erstechen versuchen wird. Und dieser wird vielleicht nicht überleben.

Wenn, wie Tariks Psychiater behauptete, «viele Menschen, die psychotisch sind, den Koran lesen» und, wie Kobilis Psychiater betonte, «während wahnhafter Episoden unter Muslimen ein antisemitisches Thema weit verbreitet ist», dann gibt es keine sinnvolle Unterscheidung zwischen islamischem Terrorismus und psychischen Erkrankungen. Und wenn man den Terrorismus gegen Juden als eine Form von Geisteskrankheit bezeichnet, dann sollte kein muslimischer Terrorist jemals ins Gefängnis gehen.

Juden oder irgendjemanden im Namen des Islam zu ermorden, ist keine Form von Geisteskrankheit. Es ist Genozid.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist zuerst erschienen im «Front Page Magazine».

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Auch diese Entwicklung wird sich – wie sich aus den gegenwärtigen Statements unserer Politik, Kirchen und anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen leider deutlich erkennen lässt – auch im Jahre 2020 und der eben begonnenen Dekade nicht wirklich verlangsamen, sondern eher noch an Geschwindigkeit zunehmen. Auch hier, wie in vielerlei anderer Hinsicht war das Jahr 2019 ein Jahr der vertanen Chancen.

Der seit Jahren faktisch geförderte hundertausendfache Import blanken islamischen Israel- und Judenhasses fällt auf fruchtbaren Boden bis weit in die Mitte der hiesigen, ohnehin vielfach von starkem antijüdischen Vorbehalt geprägten Gesellschaften und verstärkt in fataler Weise den unverhohlen und nahezu ohne jede rechtliche Sanktion aggressiv zur Schau gelegten und gelebten Antisemitismus weitester Teile der hier bereits domizilierten, ansässigen Muslime.

Der fast suizidale faktische Verzicht unserer politischen Führung auf eine wirksame, rechtsstaatliche Ahndung der vorwiegend islamischen Integrationsunwilligkeit des wachsenden und sich wachsend fundamentalisierenden islamischen Populationsanteils in unsere bislang noch säkulare, Religions- und Minderheiten-tolerante demokratische Gesellschaft, ist in höchstem Maße gegenüber allen Bürgern dieses Landes verantwortungslos. Er stellt unfraglich eine eklatante Verletzung zumindest des politischen, wenn nicht sogar des gesetzlichen Auftrages unserer Politik zum Schutz unserer Verfassung dar.

Die von unseren Rechts- und Exekutivorganen besonders gegenüber Muslimen vielfach praktizierte bewusste Nicht- oder zumindest Minder-Anwendung von bestehenden Gesetzen, besonders bei Toleranz-defizitären Straftaten der zumeist muslimischen Täter gegenüber Andersdenkenden und ganz besonders bei rassistischer Hass-Kriminalität gegenüber Juden – führt zu einer massiven Aushöhlung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtssystems.

Mobbing jüdischer Schulkinder

Besondere Sorge bereitet die nahezu achselzuckende Akzeptanz unserer staatlichen Organe, der Lehrerkollegien und der Elternvertreter beim zwischenzeitlich zur Norm gewordenen Mobbing und körperlicher Bedrohung jüdischer Schüler in den stetig an der Zahl wachsenden Schulen und Sportstätten mit erhöhter und häufig schon dominierender islamischer Präsenz.

Während in teilweise hoch durch unseren Staat subventionierten islamischen Ausbildungs- und Religions-Einrichtungen Hasspredigten gegen alles Jüdische und gegen Israel zur längst tolerierten Alltagsnormalität gehören, führt auch diese die berechtigte Warnung vor dem sichtbaren, Islam-induzierten Verfall unserer demokratischen Werteordnung zur vornehmlich durch die Regierung und die mit ihr faktisch im dissonanten Gleichklang vergesellschafteten linken und grünen Parteien sowie ihre nahezu gleichgeschalteten öffentlich-rechtlichen Medien wie schon oben erwähnt zur Verunglimpfung fast aller Warner als „rechte Scharfmacher".

Dabei dienen die zum Krokodiltränenbehafteten Alibi degenerierten Gedenktags-Rituale wie die sich im Januar jährende Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz nur noch als Mimikry einer vorgegaukelten Judenfreundlichkeit unserer Politik und Presse.

Statt sich um den Erhalt unserer demokratischen Lebensweise zu sorgen, wird die hauptsächlich von islamischer Gewalt ausgehende Bedrohung unserer Lebenswelt Einzelfall-kleingeredet, während die zweifelsohne vorhandenen, aber in der Summe erschreckend wenigen Integrations-geglückten islamischen Lebensläufe trotzig von Talkshow zu Talkshow weitergereicht werden, um uns gegen jede Evidenz eine vermeintlich geglückte großflächige Integration des muslimischen Bevölkerungsanteils vorgaukeln sollen.

Ein Übriges zur Ausgrenzung von Juden und zur Dämonisierung des demokratischen Staates Israel tragen unsere Mainstream-Politik und ihre Medien selbst bei.

Brendan Smialowski , AFP

Die Freunde Israels sitzen mehrheitlich nicht in Westeuropa: US-Präsident Donald Trump mit seinem brasilianischen Amtskollegen Jair Bolsonaro.

Das belegt in bester Weise auch der Umgang mit dem mehr als erforderlichen und legitimierten Ausschalten des iranischen Mord-Terroristen Soleimani.

Hatte die Kanzlerin noch öffentlich Freude über die von Präsident Obama vollzogene Tötung des Terroristen Osama bin Laden, so war jetzt im Falle Kasem Soleimani alles anders, weil es der von unserer Politik Dauer-angefeindete Donald Trump war, der diesmal das Richtige getan hat.

Und für alle, die es trotz fortwährender Betroffenheits-Dauerbeschallung durch unsere „Impeacht-den-Trump"-Medien noch nicht mitbekommen haben, äußerte unsere Iran-affine Politik, dass jetzt durch die Aktion Trumps wieder Brandgefahr in Nahost bestehe. Ganz so als wäre diese Brandgefahr vorher nicht da gewesen. Weil es dort ja bis gerade eben vor Trumps berechtigter Aktion so Giftgas-behaglich zuging, dass nahezu ganze Friedensbataillone junger männlicher Friedensflüchlinge zu uns gezogen sind und sogar noch das herzallerliebst-friedliche „Atomtod-gegen-Israel"-Begehren und das hier schon gut bekannte „Juden-ins-Gas"-Anliegen wieder eingeführt haben.

Trotzdem – all dieser geheuchelte Bias passt genau in das Merkel-, Maas-,Steinmeier- und EU-Schema: Die Brand- und Eskalationsgefahr gibt es nämlich nur, wenn ein westlicher Staat und ganz besonders aber, wenn Präsident Trump oder Israel auf den Islamischen Terror reagieren! Für den NATO-Zusammenhalt stellt sich die Politik der Bundesregierung jedenfalls ungefähr ebenso zuverlässig dar wie der türkische Pan-Islamist Erdogan.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Wie gut, dass mit Boris Johnson der zweite wichtige westliche Regierungschef Frau Merkel und der EU auch in Sachen Israel-Delegitimierung die Gefolgschaft versagt.

Gerade weil der Brexit und auch die sich sonstig so klar abzeichnende Spaltung Europas ganz offensichtlich das Produkt der verfehlten Politik der deutschen Kanzlerin und ihrer linken inner- und außerparteilichen Stütz-Gefolgschaft und Mit-Totengräber unserer noch vor nicht allzulanger Zeit auch für Juden lebens- und liebenswerten Nachkriegsrepublik ist.

Trotz aller linksdogmatischen Gehirnwäsche, aller Bedrohungen und aller absichtlich gefälschten Prognosen durch unsere Politik und der in Einklang dazu stehenden Diffamierungs-Medien stimmte Großbritannien mit überwältigender Mehrheit für B. Johnson und zertrümmerte den linken Antisemiten J. Corbyn.

Das britische Volk stimmte eindeutig für Europa, und nicht für die EU!

Es stimmte konservativ für seine demokratischen Tugenden und gegen das gefährliche und instabile vom links-gelenkten Deutschland angeführte sozialistische Abenteuer einer von religiösen Klimawahnsinn erfüllten und von einem irreversiblen suizidalen Islam-Wachstum bedrohten Westeuropa.

Großbritannien hat nicht für den Sieg der Demokratie im Zweiten Weltkrieg gekämpft, um sich diesem in die falsche Richtung driftenden Westeuropa zu unterwerfen.

> „Alle anderen werden die Briten in nicht allzu ferner Zeit noch erheblich beneiden für ihren weisen und gerade noch rechtzeitigen Schritt, das sinkende Schiff EU zu verlassen."

Dazu hat genau dieser Boris Johnson im Gegensatz zur EU eine tiefe Verbundenheit zu Israel und den Juden, was er in einer einzigartigen und wundervollen Chanukka-Botschaft zu Ende des letzten Jahres erneut unter Beweis gestellt hat.

Wie auch immer – Fr. Merkel und H. Steinmeier kriegen eine derartige Sympathiebekundung gegenüber den Juden nicht über die Lippen.

Die bauchpinseln lieber den Panislamisten und bramarbasierenden Möchtegern-Jerusalem-Islamisierer Erdogan oder beglückwünschen wie Herr Steinmeier die Mord-Mullahs aus Teheran zur erfolgreichen 40-jährigen Unterjochung Persiens. Zu deutlich schlägt da wohl im Falle der Kanzlerin die privilegierte Sozialisierung in der durch und durch antisemitischen „DDR" durch, während der Amtsinhaber des offensichtlich sehr falsch besetzten Bundes-Präsidialamts wohl den Redakteur eines Verfassungsschutz-beobachteten linken Schmierblatts nicht ohne Gesinnungsrückstände aus seiner Vita tilgen kann.

Dabei stünde eine derartige Nähe zu seinen mittlerweile kaum noch ohne entwürdigendes Identitäts-Mimikry oder massiven Schutz im öffentlichen Raum überlebensfähigen Juden gerade in dem Land der Schoah sehr gut zu Gesicht.

Gerade in der Abkehr von der irrwitzigen Open-Border-Politik für islamischen Rassismus, Antisemitismus sowie islamische Gewaltbereitschaft samt Demokratie- und Rechtsverachtung werden nicht nur die noch hiergebliebenen Juden sondern auch alle anderen die Briten in nicht allzu ferner Zeit noch erheblich beneiden für ihren weisen und gerade noch rechtzeitigen Schritt, das sinkende Schiff EU zu verlassen.

Zum Glück für Israel und das jüdische Volk hat die EU im Nahen Osten nicht viel zu sagen. Ihre Glaubwürdigkeit hat sie bereits damit verloren, dass sie sich weniger dem demokratischen Staat der Juden als der massiven Finanzierung arabischer Judenmörder und Terroristen, dem Atombomben-gegen-Israel-Bereiter Iran sowie den Israel-hassenden linken NGOs verbunden sieht.

Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage ohnehin nicht in Westeuropa.

Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur. Die Freunde Israels sitzen heute in der Trump-Administration, der als erster US-Präsident bereit ist, die Verteidigungs-erforderliche israelische Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen. Man findet sie in Australien, dessen Regierung zwar nicht bis zum Ende konsequent über das ungeteilte Jerusalem, aber trotzdem die wichtige Entscheidung über die Anerkennung Westjerusalems als israelische Hauptstadt getroffen hat. Man findet sie in Teilen der hier verpönten Länder Osteuropas, in Asien, in Brasilien und letztlich sogar in der Ukraine, die als einziger GUS-Staat eine von Israel eingebrachte UN-Resolution zu Anerkennung der Hamas als Terrororganisation unterstützt hat.

Die Zahl der Freunde Israels wird von Jahr zu Jahr größer. Der Staat Israel ist wirtschaftlich erfolgreich und führend im IT-Bereich.

Für das Jahr 2020 und sehr viele weitere dürfen allen hiesigen und weltweiten Feinden der Juden zum Trotz optimistisch in das nächste Jahr, die nächste Dekade und die weitere Zukunft blicken.

Unsere Redaktion und ich wünschen dem Staat Israel, dem ganzen jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden einen angenehmen Jahreswechsel und ein friedliches und glückliches Jahr 2020 in Sicherheit, Erfolg und Wohlergehen!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher
i.A. Simon Akstinat

Das kürzliche Gipfeltreffen in Kuala Lumpur offenbart den desolaten Zustand der islamischen Welt

Die viel beschworene Einheit der islamischen Welt existiert nicht – stattdessen gab es jede Menge Propaganda.

Von Oliver M. Piecha

Die islamisch geprägten Teile der Welt sind in keinem besonders guten Zustand, was sich auch in den Treffen islamischer Staaten niederschlägt. Die haben den Ruf, vor allem die Uneinigkeit untereinander sichtbar werden zu lassen, nichts als bedeutungslose Propaganda zu fabrizieren, aber ganz sicher niemals eines zu tun: sich konstruktiv mit den gravierenden Problemlagen der eigenen Gesellschaften zu beschäftigen. Für diese Dauermisere hat das gerade zu Ende gegangene islamische Gipfeltreffen in Kuala Lumpur ein perfektes Beispiel geliefert. Vor allem, weil diesmal ja alles anders sein sollte.

Azraf Affandi AZLAN / DEPARTMENT OF INFORMATION / AFP

Gespielte moslemische Harmonie: Treffen in Kuala Lumpur im Dezember 2019

„Modell menschlicher Zivilisation“

Mahathir Mohamad, der Gastgeber und malaysische Ministerpräsident, gab sich bei der Zielsetzung des Treffens sehr selbstkritisch: Die islamische Welt sei nicht länger „die Quelle menschlichen Wissens oder das Modell menschlicher Zivilisation“. Wenn es so weitergehe, werde „unsere große Religion als eine Religion des Scheiterns, der Unterdrückung und des Terrorismus verunglimpft“. Der desaströse Zustand der islamischen Gemeinschaft, der „Ummah“, sollte im Zentrum der Beratungen stehen:

„Heute ist die Ummah mit Unterdrückung, der Inhaftierung von Millionen Menschen, Internierungslagern, Bürgerkriegen, der völligen Zerstörung von Städten und Nationen, der Massenmigration von vertriebenen Muslimen in nichtmuslimische Länder, dem Aufkommen von Islamophobie und irrationalen Praktiken konfrontiert, die den Grundsätzen des Islam entgegenstehen, aber doch im Namen des Islam verkündet werden.“

In der Tat, eine Welt des Elends, der Perspektivlosigkeit und Verzweiflung. Sich die gegenwärtige islamische Staatenwelt auch nur irgendwie als Grundlage für ein vielversprechendes „Modell menschlicher Zivilisation“ vorzustellen, ist wahrlich schwer. Bezeichnend ist der Anspruch aber allemal – darunter will man es nicht machen. Dabei wurde bereits mit Eröffnung des Treffens auch schon das Schisma offenbar, dass das ständige hübsche Gerede von der islamischen Gemeinschaft, der Ummah, sofort selbst ad absurdum führte. Die Saudis sagten ab oder waren erst gar nicht eingeladen, wären aber ohnehin nicht gekommen, weil auch die Iraner eingeladen waren.

Wer da war – und wer nicht

Ursprünglich war das Treffen von Mahathir Mohamad, Erdogan und dem pakistanischen Regierungschef Imran Khan verabredet worden. Khan sagte direkt vor Beginn plötzlich ab, nachdem er kurzfristig nach Saudi-Arabien geflogen war. Man könnte noch hinzufügen, dass Pakistan von zwei Geldgebern abhängig ist: Saudi-Arabien und China. Für die Saudis war das Treffen in Kuala Lumpur ein direkter Angriff auf die faktisch ziemlich bedeutungslose, dafür aber im saudischen Djiddah beheimatete und von ihnen kontrollierte „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ (OIC).

Da half es auch nicht mehr, dass Mahathir Mohamad sich beeilte zu versichern, man wolle kein Konkurrenzunternehmen gründen – zu offensichtlich war genau diese Absicht. Dafür stehen die drei Staatschefs, die sich neben dem Malaysier in Kuala Lumpur einfanden: Rohani, Erdogan und der katarische Scheich Tamim bin Hamad Al Thani. Roter hätte das Tuch für die Saudis gar nicht sein können. Immerhin betete man freitags für „die Einheit als Hauptvoraussetzung für die Erneuerung der Ummah“. Das ist wohl auch nötig.

Die illusionäre Gemeinschaft

So wie es keine Ummah als politischen Körper gibt, gibt es zu wenig gemeinsame Interessen zwischen islamisch geprägten Staaten, die eine Basis für ein gemeinsames politisches Projekt bilden könnten – außer vielleicht dem Vorwurf der „Islamophobie“. Man übertreibt kaum, wenn man behauptet, dass die Bemühungen islamischer Staaten um Einheit und Zusammenhalt eigentlich nur auf der gemeinsamen Anklage gegen den Westen beruhen. Purer Okkzidentalismus sozusagen. Selbst die tatsächliche, teils bis in den Bereich des Völkermords gehende Verfolgung von realen Muslimen reicht nicht aus, um wenigstens auf rhetorischer Ebene die ersehnte Einheit der Ummah herzustellen – wie das traurige Schicksal der Uiguren in China und das der Rohingya in Burma hinlänglich beweist.

> Bei der Eröffnung pflichtete man sich gegenseitig bei, dass neben der „Islamophobie“ die „palästinensische“ Frage das wichtigste Problem der muslimischen Welt darstelle. Ganz genau, nicht etwa die Kriege in Syrien oder dem Jemen.

Beim Treffen in Kuala Lumpur war eine der spannenden Frage, wie und ob auf diese Verfolgungen eingegangen würde. Die Antwort war eindeutig: Es herrschte blankes Schweigen. Vielleicht kann man in Mahathir Mohamads Worten zur Eröffnung des Treffens dezente Anspielungen entdecken, bei einer späteren Pressekonferenz wurde eine Frage nach diesen verfolgten muslimischen Minderheiten aber einfach ignoriert. Die Ummah ist hier auf twitternde Fußballer angewiesen, nicht auf ihre Staatenlenker.

Nebelkerzen aus der Vergangenheit

Dagegen bewiesen die vier muslimischen Staatschefs in Malaysia, dass sie so ganz der Welt von gestern angehören: Bei der Eröffnung pflichtete man sich gegenseitig bei, dass neben der „Islamophobie“ die „palästinensische“ Frage das wichtigste Problem der muslimischen Welt darstelle. Ganz genau, nicht etwa die Kriege in Syrien oder dem Jemen, nicht die fundamentalen Staatskrisen im Irak oder im Libanon, ganz zu schweigen von den Massenprotesten andernorts im Nahen Osten. Immer nur das alte Spiel: Wenn man nichts zu sagen hat, redet man schnell über Palästina und die „Zionisten“. Der Gipfel in Kuala Lumpur war dabei auch so etwas wie die Formierung einer Opposition gegen den Kurs diverser arabischer Staaten, nicht zuletzt Saudi-Arabiens und der Emirate, die alte Frontstellung gegen Israel auch offiziell aufzuweichen. Dafür schickte die Hamas eine hochrangige Delegation nach Malaysia, wo sie unter der Regierung Mahathir Mohamads sowieso einen neuen sicheren Hafen zu finden scheint.

Auch das ist Teil einer alten Geschichte: Mahathir Mohamad, der älteste Regierungschef der Welt, auf dessen Initiative das Treffen in Kuala Lumpur letztlich zurückzuführen ist, ist in seiner jahrzehntelangen Regierungszeit in Malaysia zum Symbol einer Politik geworden, die auf ethnisch-religiöse Spaltung, Islamisierung und Diskriminierung im Zeichen des Islams setzt: muslimische Malayen gegen Chinesen und Christen.

Die Vorstellung der Ummah ist hier auch immer Drohung, Teile der Bevölkerung zu Fremden zu erklären. So erklärt sich auch der hohe Propagandawert, den der malaysische Staat der Palästinafrage und dem offiziellen Antizionismus beimisst. Zwar ist man geographisch weit vom Nahen Osten entfernt, und Juden gibt es auch keine mehr in Malaysia. Aber viel mehr als um die Wirklichkeit in einem anderen Teil der Welt geht es um die Freund-Feind-Kennung in der eigenen Gesellschaft.

Die Ergebnisse des Treffens in Kuala Lumpur, das ja neben den Staatschefs vor allem auch islamische Intellektuelle und Wissenschaftler zusammenführen wollte, sind so mager wie bezeichnend. Rohani und Mahathir Mohamad hatten viel Spaß, sich in der Idee einer muslimischen Kryptowährung zu sonnen. Das ist bestimmt ein Vorschlag, von dem die Welt noch viel hören wird. Darüber hinaus forderte man, wenig originell, muslimische Zusammenarbeit und Autarkie. Ach, und in Istanbul soll im kommenden Jahr ein Zentrum zur Bekämpfung von Islamophobie eingerichtet werden. Man wartet mit Spannung auf das nächste Treffen.

(Zuerst erschienen in Mena-Watch)

Interview mit der Botschafterin von Australien in Deutschland

Die Diplomatin Lynette Margaret Wood im Gespräch mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU über den jüdischen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in Down Under und die Aufnahme jüdischer Verfolgter auf dem Fünften Kontinent während des Holocausts.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Botschafterin, auf der Konferenz von Evian im Jahr 1938 verpflichtete sich Australien, über drei Jahre verteilt bis zu 15.000 Menschen jüdischen Glaubens aufzunehmen, die im Deutschen Reich unter der Herrschaft der Nationalsozialisten verfolgt wurden. Wie vielen europäischen Juden gelang es tatsächlich, den fernen Kontinent zu erreichen? Und gibt es Quellen zu australischen Diplomaten, die sich an der Judenrettung beteiligt haben?

Botschafterin Wood: Australien hat trotz seiner Entfernung zu Europa eine große Verbundenheit und Mitgefühl gegenüber den Geschehnissen des Holocausts und all denen, die auf Grund der Umstände Europa verlassen mussten. Erst seit der Nachkriegszeit 1945 hat Australien eine Vertretung in Deutschland. In der Folgezeit des Zweiten Weltkrieges siedelten ca. 27 000 Holocaust-Überlebende nach Australien über. Nur Israel nahm pro Kopf gerechnet mehr Holocaust-Überlebende auf. Viele jüdische Jugendliche kamen auch im Rahmen der sogenannten „Kindertransporte“ mit dem Schiff nach Australien. Das sind natürlich sehr bewegende Geschichten. Viele dieser Menschen fanden trotz ihrer schicksalshaften Kindheit eine zweite Heimat in Australien und haben Beeindruckendes geleistet. Auch der deutsche Schriftsteller Walter Kaufmann kam als junger Mann auf diesem Weg nach Australien. Bei einer Veranstaltung in der Botschaft im März dieses Jahres berichtete er aus seinem Leben. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir uns hier in Berlin nach all diesen Erlebnissen persönlich treffen konnten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In Australien lebt heute eine große jüdische Gemeinschaft mit ca. 120.000 Angehörigen. Was ist zu deren Lebenslage zu sagen? Und welche Bemühungen zu deren Förderung werden von staatlicher Seite unternommen?

Botschafterin Wood: Holocaust-Überlebende, deren Kinder, Enkel und Urenkel sind ein fester Bestandteil der multikulturellen australischen Gesellschaft. Einige Mitglieder der jüdischen Gemeinde erlebten die Schrecken des Holocaust noch persönlich. Es ist sehr wichtig, dass wir diese schrecklichen Geschehnisse auch heute mit Hilfe von politischen und öffentlichen Institutionen aufgreifen, aufarbeiten und nicht in Vergessenheit geraten lassen. Der Holocaust ist selbstverständlicher Teil der Lehrpläne in australischen Schulen. Auch viele Universitäten und erstklassige Museen betreiben weitreichende Aufklärungsarbeit zum Thema Holocaust. Sowohl in der Schule als auch bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen, werden Schüler und alle Australier dazu ermutigt, wichtige und herausfordernde Fragen zu stellen, die uns alle dazu auffordern, das Geschehene nicht zu vergessen. Ein Beispiel ist das Pilotprojekt „Holocaust Memorial Week“. An dem Projekt haben 12 Schulen aus Australien teilgenommen und sind virtuell mit Holocaust-Überlebenden in Kontakt getreten, haben sich ausgetauscht und voneinander gelernt.

Botschafterin Lynette Margaret Wood

> Nur Israel nahm pro Kopf gerechnet mehr Holocaust-Überlebende als Australien auf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Gibt es landesspezifische Besonderheiten des jüdischen Lebens in Australien? Wie sehen diese aus?

Botschafterin Wood: Australien ist ein Vorbild für gelungenes Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen. Der Grund dafür ist Australiens Erfolg bei der Integration von Menschen verschiedener Hintergründe aus der ganzen Welt. In den Jahrzehnten nach dem Holocaust sind viele Überlebende nach Australien gekommen. Gemeinsam mit Millionen anderer neuer Australier haben sie das Gefüge unserer Nation mitbestimmt. Viele haben einflussreiche Positionen in öffentlichen Ämtern, der Wirtschaft oder Wissenschaft und Kultur erreicht und so das gesellschaftliche Leben in Australien maßgeblich beeinflusst und bereichert.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Australien ist auch für seine Politik der geordneten Zuwanderung bekannt. Was ist das Rezept Australiens, Migration so zu steuern, dass sie sich zugleich mit dem Ziel der Integration verträgt?

Botschafterin Wood: Zuwanderung ist ein zentraler Bestandteil der australischen Geschichte. Die Bevölkerung Australiens ist von ca. sieben Millionen nach dem Zweiten Weltkrieg auf über 25 Millionen Einwohnern 2019 angestiegen. Unser Einwanderungsprogramm hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Fast jeder zweite Australier wurde im Ausland geboren oder hat mindestens ein Elternteil, bei dem dies der Fall ist. Wir definieren uns nicht über unsere Religion, Hautfarbe oder Kultur. Zuwanderung wird als wichtiger Bestandteil für den Erhalt wirtschaftlichen und nationalen Wohlstands und sozialen Zusammenhalts gesehen. Australien hat ein geplantes und gesteuertes Einwanderungsprogramm, das darauf ausgerichtet ist, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. Regelmäßige Auswertungen von Einwanderungsstatistiken und die damit verbundenen demografischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen helfen uns dabei, die Balance von Wachstum und Nachhaltigkeit mit Blick auf die Bevölkerungssgröße zu halten. Hierzu gehört auch, dass wir Einwanderer dazu ermutigen, aktiv zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Australiens beizutragen. Es ist der australischen Regierung sehr wichtig, mit der Hilfe von schulischen und kulturellen Programmen und der Arbeit von Gemeinden, Vorurteile abzubauen, interkulturelles Verständnis zu fördern und das Gefühl von Zugehörigkeit zu stärken.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Australien wurde kürzlich als erstes Mitglied aus dem Asien-Pazifik-Raum in die „Internationale Allianz zum Holocaustgedenken“ (IHRA) aufgenommen. Wie wird sich Australien in die Arbeit der Organisation einbringen?

Botschafterin Wood: Australien ist sehr stolz darauf, als erstes Mitglied aus dem Asien-Pazifik-Raum in die „Internationale Allianz zum Holocaustgedenken“ (IHRA) aufgenommen worden zu sein. Wir verschreiben uns uneingeschränkt dem Vorhaben der IHRA, Holocaust-Erinnerungsarbeit, Aufklärung und Forschung zu stärken und weiter voranzutreiben. Heute gibt es noch Zeitzeugen dieser schrecklichen Zeit in den australischen Gemeinden. Doch diese Zeitzeugen werden immer älter. Es ist deshalb eine große Notwendigkeit, dass wir versprechen, ihre Erinnerung und Erlebnisse auch in Zukunft nicht zu vergessen, weiter zu teilen und aufzuarbeiten, damit so ein Unrecht nie wieder geschieht. Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung darf kein Nährboden gegeben werden. Die gesamte australische Regierung, angefangen beim Premierminister, steht voll und ganz hinter der Arbeit der IHRA und wird sich für diese einsetzen – sowohl in Australien, als auch international.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Botschafterin, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Urs Unkauf.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die Israel-Feindlichkeit von Amnesty International

Ein umfassender Bericht dokumentiert die systematisch anti-israelische Politik der sich immer mehr ideologisierenden Menschenrechtsorganisation.

Von David Collier (The Jewish Chronicle)

Ich habe gerade einen forensischen 200-seitigen Bericht über Amnesty International veröffentlicht, die weltweit größte humanitäre NGO. Die zusammenfassende Schlussfolgerung lautet, dass Amnesty International eine institutionelle Feindseligkeit gegenüber Israel aufweist, die an Besessenheit grenzt. Die NGO greift Israel öfter und mit weitaus mehr Energie an, als jede andere Nation. Alle vorgelegten Beweise zusammengenommen drängt sich der Eindruck auf, dass Amnesty Israel den Krieg erklärt hätte. (…)

Ein Medienbeobachter von Amnesty für die MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) riet „palästinensischen" Terrorgruppen wie der Hamas, ihre Märtyrer nicht öffentlich zu identifizieren, wenn sie bei einer Aktion gestorben sind, sondern den Westen glauben zu lassen, dass die Gefallenen unschuldige Zivilisten seien.

Eine Amnesty-Beraterin twitterte ein Bild von zwei Terroristen des „Islamischen Dschihad" mit einem Liebesherz und schrieb das Wort „Helden" über die Bilder. In der gleichen Woche twitterte sie, dass Menschen in Gaza vorsichtig sein sollten, was sie öffentlich sagen, um „dem Widerstand" nicht zu schaden. (…)

Die Liste ist endlos lang.

Vor Ort beschäftigt Amnesty eifrig Menschen mit einschlägiger Vergangenheit in Sachen Anti-Israel-Aktivismus, um sie dann als „unvoreingenommene Menschenrechtsaktivisten" ins Land zu schicken, die über die Geschehnisse berichten. Ihre schauerlichen und voreingenommenen Berichte liefern dann die Grundlagen für die Durchführung weitaus größerer Amnesty-Kampagnen gegen Israel. (…)

Die Mitarbeiter in London sind kaum besser. Bei Dutzenden ihrer Social-Media-Accounts findet sich eine durchgängige Voreingenommenheit gegen Israel. Es spielte keine Rolle, ob der offizielle Arbeitsschwerpunkt dieser Mitarbeiter anderswo liegt. Während Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt abgeschlachtet wurden, verbrachten einige Mitarbeiter von Amnesty mehr Zeit damit, Israel zu kritisieren, als über irgendetwas anderes zu sprechen.

Amnesty International muss dringend Maßnahmen ergreifen. Es muss sich die Auswirkungen der in diesem Bericht hervorgehobenen Einseitigkeit vor Augen führen und sollte eine externe, unabhängige Prüfung seiner Tätigkeit, seiner Arbeitsprozesse, seiner Ressourcenzuteilung und seiner Einstellungspolitik durchführen. (…)"

Die Top-10 der antisemitischen Vorfälle

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles hat die gesamte Top-10-Liste der schlimmsten antisemitischen Vorfälle veröffentlicht.

Von Thomas M. Eppinger

Bereits im Vorfeld war bekannt geworden, dass die britische Labour Party unter ihrem Vorsitzenden Jeremy Corbyn die Liste anführt. Niemand habe mehr dafür getan, um Antisemitismus im Mainstream des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu etablieren als die Labour Party unter Corbyn, heißt es in der Begründung.

Den zweiten Rang teilen sich der Überfall der Hassgruppe Black Hebrew Israelites auf einen koscheren Supermarkt in Jersey City, New York, und der Anschlag in Halle.

Den dritten Platz nimmt Italien ein. Die 89-jährige Auschwitz-Überlebende Liliana Segre, Senatorin auf Lebenszeit im italienischen Parlament, erhielt unzählige Morddrohungen über soziale Medien, nachdem sie eine nationale Kommission zur Bekämpfung von Hass und Fanatismus vorgeschlagen hatte.

Nummer vier: Die französische Staatsanwaltschaft, die die Mordanklage gegen Kobili T. fallen ließ, der die jüdische Kindergärtnerin Sarah Halimi zusammengeschlagen und danach von ihrem Balkon geworfen hatte. Der Täter habe eine „massive psychotische Phase" nach dem Konsum von Marihuana, begründete die Behörde ihre Entscheidung.

Platz fünf geht an Rashida Tlaib und Ilhan Omar. Beide dürften den Leserinnen und Lesern von Mena-Watch wohl bekannt sein, ihr offensichtlicher Antisemitismus wurde von uns oft thematisiert.

Als Sechstes werden die Überfälle auf Juden in den Straßen New Yorks genannt. Im November hatte der Kommissar des New York Police Department (NYPD) James P. O'Neill bekanntgegeben, dass in mehr als der Hälfte aller Hassverbrechen in New York die Opfer Juden waren. Von 309 gemeldeten Vorfällen richteten sich 159 gegen Juden.

Auch der siebte Platz des deutschen UN-Botschafter Christoph Heusgen wurde bereits im Vorfeld bekannt. Neben dem notorisch anti-israelischen Abstimmungsverhalten Deutschlands in der UNO hat sich Heusgen auch dadurch hervorgetan, dass er den Abriss illegal errichteter Häuser mit dem Raketenterror der Hamas gleichgesetzt hat. „Zivilisten müssen ohne Angst vor israelischen Bulldozern und vor palästinensischen Raketen leben können", forderte er in einer Rede vor den Vereinten Nationen.

Auf Rang acht führt das Wiesenthal Center, dass Juden und Israelis auf den Campus amerikanischer Universitäten zur Zielscheibe werden. Elite-Universitäten in Nordamerika hätten sich als fruchtbarer Boden für Antisemitismus erwiesen, der oft als „Antizionismus" getarnt und unter der Rubrik Redefreiheit geschützt werde.

Platz neun geht an Skandinavien. Am 81. Jahrestag der als „Kristallnacht" bekannten Reichspogromnacht am 9. November verklebten Neonazis an mehreren jüdischen Orten in Dänemark und Schweden wie gelbe Sterne geformte Aufkleber. Im dänischen Randers wurden 84 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof zerstört, die Aufkleber wurden an Privathäusern angebracht. Dieselben Aufkleber wurden auch in Schweden verwendet, wo der schwedische Nationalrat für Kriminalprävention die Rekordhöhe von 280 antisemitischen Vorfällen meldete, was einem Anstieg von 53 % gegenüber der letzten Prüfung entspricht. Während Juden nicht mehr als 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind sie von mehr als 4 % aller Hassvorfälle in Schweden betroffen.

Das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles

Am Ende der Liste findet sich Rick Wiles. Der konfessionslose Pastor und beliebte Radiomoderator aus Florida ist für die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Verschwörungstheorien bekannt. So bezeichnete er das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump als „Judenputsch". In einem Video vom 21. November, das in den Sozialen Medien viral ging, erklärte Wiles: „So arbeiten die Juden. Sie sind Betrüger. Sie verschwören sich. Sie lügen. Sie tun alles, was sie tun müssen, um ihre politische Agenda zu verwirklichen." Und „sollten die Juden das Land übernehmen, werden sie eine Säuberung durchführen … Das ist das nächste, was passiert, wenn Juden ein Land übernehmen – sie töten Millionen von Christen." Wiles hat 87.000 Facebook Anhänger und fast 60.000 Follower auf Twitter.

Lassen die Grünen Israel im Ernstfall im Stich?

Die Aussagen des grünen Parteivorsitzenden Robert Habeck nach seinem Besuch im Heiligen Land lassen erahnen, dass sich Israel auf ein Deutschland unter grüner Führung besser nicht verlassen sollte.

Von Dr. Marcus Ermler

McDOUGALL / AFP

Grünen-Chef Robert Habeck

Mit politischen Heilsverkündigern ist das so eine Sache. Hannah Arendt und Eric Voegelin sehen sie als Auguren einer „selbsterfundenen Scheinordnung“, die der realen Welt nur derlei unprüfbare Versatzstücke entnehmen, so dass sie letztlich nicht als Erlöser einer Ordnung „über das Sein, sondern eine[r] Phantasiebefriedigung“ wirken. Solch „Glaubenssysteme“ halten, mit Horkheimers und Adornos „Elemente des Antisemitismus“ konstatiert, „etwas von jener Kollektivität fest, welche die Individuen vor der Erkrankung bewahrt“. Denn die Glaubensjünger „haben Angst davor, ihren Wahnsinn alleine zu glauben.“

Den Jüngern erscheint so „im Angesicht der Verzweiflung“, um mit Adornos „Minima Moralia“ zu schließen, die Welt in diesem „Messianischen Lichte“ nunmehr „versetzt, verfremdet, ihre Risse und Schründe offenbart“. Oder anders gesagt: Die Wirkung der messianischen Phantasiebefriedigung ist proportional zur Antizipation des Unheil auflösenden Erlösungswerks durch seine Anhänger. Wer sich das vergegenwärtigen will, denke an die Thunberg‘sche Erlösungsreligion von der klima-apokalyptischen Endzeit, die sich nur so lange entfalten kann, wie Fridays, Parents und Scientists for Future dieser scheinordnenden Eschatologie Glauben schenken und somit Wirkmächtigkeit verleihen.

Robert Habeck ist solch ein zur messianischen Heilgestalt erkorener „Phantasiebefriediger“, insbesondere für die linksgrüne Wohlstandsklientel, die zwar Flugmeile um Flugmeile anhäuft, sich aber Rettung wie Sündenvergebung durch die Wahl der grünen Klimakirche erbittet. So soll Habeck im Gespann mit seiner Co-Vorsitzenden Baerbock „Klimaschutz betreiben […], damit es uns allen weiterhin gut geht und wir uns wohlfühlen können“ und sich so „um Wohlstand und Freiheit“ kümmern. Aktuell teilt Habeck angesichts der menschlichen Tragödien auf griechischen Inseln als hypermoralinsaurer Inquisitor die Gesellschaft – und das als leibhaftige Reminiszenz an den Flüchtlingssommer 2015 – in gläubige Jünger und ungläubiges Pack.

Die lange Tradition des grünen Antizionismus

Zur Fortschreibung dieser grünen Heilsgeschichte muss es da nur folgerichtig erscheinen, dass ein zur messianischen Lichtgestalt verklärter Parteivorsitzender dem Heiligen Land einen Besuch abstattet. So reiste Habeck in der dritten Dezemberwoche zu einem „Kanzler-Schnupperkurs“ in den Nahen Osten, wie es der grünbürgerliche „Spiegel“ huldvoll plakatierte. Dabei wollte und sollte der Chef einer „Quasi-Regierungspartei im Wartestand“ nunmehr außenpolitisch „sprechfähig“ werden, damit Habeck „sich in einem Sachverhalt hinreichend auskennt, sodass er dazu ein paar Sätzchen sagen kann“.

Damit das „Messianische Lichte“ des promovierten Philosophen auch im Heiligen Land alles überstrahle, mag nun mancher ihm Wohlgeneigter denken. Und was böte sich zur Ausbildung solch einer „außenpolitischen“ Sprechfähigkeit eben besser an als eine Reise in das „wunderbare kleine Land, [welches] eine ganze Menge an eher hässlichem Debattenstoff bietet“ (O-Ton des „Spiegels“)? Die Reise des grünen Messias ins gelobte Land. Was konnte da überhaupt noch schiefgehen?

Blickt man zurück in die Geschichte der Grünen, muss man unweigerlich feststellen: eine Menge. Wie es Henryk M. Broder 2013 über „die lange Tradition des grünen Antizionismus“ schilderte. Broder erinnerte an den Besuch grüner Bundestagsabgeordneter in Israel im Jahr 1984, die in ihrer Abschlusserklärung postulierten, dass die israelische Regierung die „volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten [trage], wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert“.

Oder die Reise Hans-Christian Ströbeles, des damaligen Vorstandssprechers der Grünen, im Jahr 1991 in den Nahen Osten, der hierbei den Beschuss Israels mit irakischen Scud-Rakenten als „die logische, fast zwingende Konsequenz der israelischen Politik den Palästinensern und den arabischen Staaten gegenüber“ deklarierte. Die „logische, fast zwingende Konsequenz“ für Ströbele war seinerzeit übrigens, dass er nunmehr längste Zeit Vorstandssprecher der Grünen gewesen war.

Die Banalisierung der deutschen Staatsräson

Nun mag der messianische Grüne darauf hoffen, Habeck hätte seine Lektion aus den Irrungen und Wirrungen der bundesdeutschen Grünen im Verhältnis zu Israel wie auch dem Judentum gezogen. Äußert er in seinem Reisebericht „Israel und die palästinensischen Gebiete: Die andere Seite“ doch, dass „die Erfahrung der Shoah und die Verteidigung des Staates Israel eines ist – und nicht getrennt werden kann“. Und ergänzt nach Bericht des „Spiegels“, dass Deutschland diesbezüglich „immer eine besondere Verantwortung [trage], Israel darf dies zu recht erwarten“.

Bleibt in der Ausführung dieser wohlerkannten semantischen Konvergenzen zwischen historischem Holocaust und modernem Antizionismus wie der Verantwortung Deutschlands für ein „Nie wieder Auschwitz“ im Folgenden jedoch zunächst so vage, dass man ein Gefühl dafür bekommt, was Alexander Gauland einst mit seiner vielfach kritisierten Aussage meinte, dass es zur deutschen Staatsräson gehören müsste, „dass wir auch wirklich bereit sind, unser Leben für den Staat Israel einzusetzen“. Einem Bekenntnis, dem sich die deutsche Politik jedoch entziehe.

Dieser Banalisierung folgt auch Habeck, wenn er im Geiste einer vermeintlichen Israelsolidarität des postmodernen Gratis-Muts, die weder ihn, seine Partei noch seine Jünger etwas kosten wird, im Hinblick auf Schoah und die realexistierende Gefahr des israelhassenden iranischen Mullah-Regimes artikuliert:

„Antisemitismus hat einmal fast zur Auslöschung der Jüdinnen und Juden geführt – Auslöschung, ein Wort, das einem im Zusammenhang mit Menschen nie über die Lippen kommen dürfte, und das es doch tut, weil genau dieses Ziel des nationalsozialistischen Deutschlands, unserer Vorfahren war. Das Bedrückende, Beängstigende ist: Es kann wieder passieren. Die Geschichte Israels zeigt, dass die Bedrohung jüdischen Lebens, die Bedrohung der Existenz Israels, immer da ist; der Sechs-Tage-Krieg, der Yom-Kippur-Krieg. Deshalb müssen wir die iranischen Drohungen ernst nehmen. Bei der Frage der nuklearen Bewaffnung, bei der Aufrüstung der Hisbollah im Libanon.“

Beschwichtigender Diplomatie den Vorrang geben

Irgendein Bekenntnis zum aktiven Handeln Deutschlands für das Existenzrecht Israels, in der Gauland‘schen Erkenntnis einer „Staatsräson Deutschlands“, für welche wir auch bereit sein müssten „deutsche Soldaten zur Verteidigung des jüdischen Staates einzusetzen“, wird man hier nicht finden. Was Habeck auch unumwunden unter anderem anhand seiner eigenen Vita exemplifiziert. So habe er schließlich keinen „Militärdienst geleistet“, sondern „ihn verweigert und mit Menschen mit Behinderungen gearbeitet“. Militärdienst nicht zu leisten, muss kein Makel sein. Aber als Exkulpation für eine generelle militärische Inaktivität sinnentleert dies „Nie wieder Auschwitz“ friedensbewegt vollends. Da waren selbst die Grünen unter Joschka Fischer weiter.

Warum Habeck diese grün-pazifistische Redundanz paraphrasiert? Eben um genau das zu verdeutlichen: Dass es einen (militärischen) Kampf auf Seiten des Staates Israels niemals unter seiner grünen Regentschaft geben kann und wird. Sondern er sich mehr noch in der Tonalität eines „Peace for our time!“ der Appeasement-Politik Neville Chamberlains verpflichtet sieht, um der beschwichtigenden Diplomatie den Vorrang zu geben, die faktisch den Iran bis heute nicht von seinem Streben nach der Atombombe abgehalten hat:

„Ein hochrangiger [israelischer] Regierungsvertreter sagte, wenn etwas getan werden müsse, wenn ein Angriff den Frieden sichere, dann müsse er getan werden. Für Deutschland ist diese Haltung unmöglich. Nach zwei fürchterlichen, verheerenden Kriegen, die Deutschland begonnen hat, ist es ein zivilisatorischer Fortschritt, dass es nun immer und zuallererst diplomatische, multilaterale Lösungen sucht.“ (Robert Habeck)

Israelfeindliche Grundzüge grüner Politik

Historisch kontaminierte Passivität und Unterwürfigkeit vor einem faschistischen Regime, verkleistert als „zivilisatorischer Fortschritt“. Mehr noch: Untätigkeit gegenüber Judenhassern, ausgerechnet begründet durch den Holocaust! Ein rhetorisches, politisches und letztlich Israels Existenzrecht berührendes Vabanquespiel sondergleichen.

Verwunderlich ist diese grüne Ambiguität in Bezug auf Israel und das Judentum jedoch weder geschichtlich noch politisch. Nicht nur die Lektüre von Henryk M. Broders oben referenziertem, sechs Jahre altem Artikel intendiert dies. Erst unlängst hat Benjamin Weinthal, der Europakorrespondent der „Jerusalem Post“, in seinem Artikel „How the German Green party made Iranian antisemitism politically correct“ die antisemitischen und israelfeindlichen Grundzüge grüner Politik anhand deren praktischen Ausführung in Bezug auf das iranische Mullah-Regime analysiert.

Von Claudia Roths Treffen mit Ali Larijani, einer den Holocaust leugnenden und Israel hassenden Führungsperson des iranischen Regimes, wie Roths berühmt-berüchtigtem High-Five mit dem iranischen Botschafter, der als Gouverneur direkt in das Abschlachten von Kurden involviert war, über Renate Künasts fragwürdige Äußerungen gegenüber der israel-solidarischen Organisation „Stop the Bomb“, die laut Künast eine „Mossad-Organisation sei“, bis hin zum hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, der iranischen Banken wie Unternehmen den roten Teppich ausrollt und damit direkt mit „deutschem“ Geld iranischen Staatsterrorismus finanziert.

Israelis Schuld am eigenen Unglück

Doch es verbleibt nicht nur historisch bei der grünen Volksverführerin für chronische Judenhasser und des israelfeindlichen Narrensaums Ströbeles, mehr noch perpetuiert Habeck die von Henryk M. Broder dokumentierten antizionistischen wie auch antisemitisch konnotierten Narrative der Grünen der 1980er und 1990er Jahre von der „volle[n] Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten“ als „der logische[n], fast zwingende[n] Konsequenz der israelischen Politik“ in die Gegenwart fort, wenn er davon spricht, dass:

„Das Jordan-Tal zu annektieren, heizt die Konflikte nur an. Es gefährdet Zukunft, die Perspektive auf einen gerechten Frieden und nimmt Hoffnung. Durch den massiven Siedlungsbau wird der Raum für die Nachbarn Israels immer enger. Das Beduinendorf Khan al-Amar ist ein konkretes Beispiel: Die Menschen dort leben in großer Armut. Wenn internationale Hilfe ihnen Solarpanelen zur Stromerzeugung bereitstellt, werden diese von der Armee demontiert. Wenn sie Toiletten bekommen, werden diese von der Armee konfisziert. Die Frustration ist groß. Und nie ist etwas Gutes aus Frustration entstanden. Wir alle haben ein Verlangen nach Würde und Respekt.“

Ein Framing der Schuld der Israelis am eigenen Unglück, mit einem Wording des grünen Messias, das en detail sich so herausschält: Die Israelis „annektieren“, „demontieren“, „konfiszieren“ und „nehmen Palästinensern das Land“ weg, womit sie „Konflikte anheizen“, den „Palästinensern die Hoffnung“ so schließlich „die Würde und den Respekt“ nehmen und in der Konsequenz „die Zukunft und den Frieden gefährden“. Dies von Habeck gezeichnete Bild des Unrechts versinnbildlicht sich schlussendlich auch in der Geschichte über die „palästinensischen“ Kinder, deren Armut sie auf von Israel im Westjordanland hinterlassene Müllkippen treibe:

„Zwischen dem Dorf Yata und Ad-Dirat im Westjordanland ist eine Müllkippe. Kinder wie Erwachsene durchsuchen dort den Abfall Israels, der hierhin gekippt wird, weil es billiger ist, als ihn in Israel zu entsorgen. Dass die Armut in den palästinensischen Gebieten Kinder auf die Müllkippe zwingt, ist schlimm.“

Habecks Einflüsterer der Israel-Entsolidarisierung

Nebenbei bemerkt ist die obige Märrund um das „Beduinendorf Khan al-Amar“ ein alter antizionistischer Hut, die hauptsächlich dann aus selbigem gezogen wird, wenn das legale Handeln des Staates Israel zu einem Menschenrechtsverbrechen umdeklariert werden soll. So klärt Dore Gold, der ehemalige Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen, in seinem Artikel „Khan al-Ahmar und die Missachtung unterzeichneter Vereinbarungen durch die EU“ bei Audiatur-Online unmissverständlich auf:

„Die Ansammlung von Unterkünften ist zu klein, als dass sie tatsächlich als Dorf bezeichnet werden könnte, daher wird sie von einigen Ortschaft genannt oder man weist ihr noch ganz andere Bezeichnungen zu. Die Behausungen in Khan al-Ahmar wurden ohne Baugenehmigung errichtet, welches allerdings von der israelischen Zivilverwaltung im Westjordanland verlangt wird. Dementsprechend wurden bereits im Jahr 2009 Abrissverfügungen erlassen. Obwohl sich die Bewohner des Areals an den Obersten Gerichtshof Israels wandten, hieß es in der Entscheidung des Gerichts: ‚Es ist unbestritten, dass der gesamte Komplex unter Missachtung des gesetzlichen Bebauungsplans errichtet wurde.'“

> „Untätigkeit gegenüber Judenhassern, ausgerechnet begründet durch den Holocaust!“

So sehr Habeck mit seinem eigenen Reisebericht selbst auch Verantwortung für diesen in Worte gegossenen Irrwitz zeichnet, lohnt ein Blick auf seine Einflüsterer, die ihm die gängigen Erzählungen vor und während seiner Nahost-Reise wohlklingend gemacht haben werden. Der „Spiegel“ berichtet darüber, dass Habeck „flankiert wurde […] vom kundigen Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour und dem Europaabgeordneten Sergey Lagodinsky“. Beide Abgeordneten sind keine unbeschriebenen Blätter, wie wiederum Henryk M. Broder und Benjamin Weinthal zu berichten wissen.

Die Stichwortgeber von Habecks Wording

Über Nouripour klärte Broder unlängst auf, dass dieser „seit kurzem Mitglied im Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.“ (kurz DPG) sei. Einem Verein, der gerne die „Kauf nicht beim Juden“-Bewegung unterstützt. Mit solch den Ohren schmeichelnden Worten wie, dass „die unterdrückte palästinensische Zivilbevölkerung mit ihrer gewaltfreien BDS-Aktion vorrangig die Beendigung der Besatzung und nicht die Zerstörung des Staates Israel anstreb[e]“. Deren Elaborate Habecks Wording als Stichwortgeber gedient haben müssen, wie es folgender Auszug verifiziert:

„Die menschenverachtende Politik der israelischen Regierung und ihrer Militärverwaltung: völkerrechtswidrige Besatzung und Annektierung, Beschlagnahme von Grund und Boden, Bau von völkerrechtswidrigen jüdischen Kolonien, Zerstörung von Häusern, Vertreibung von Einwohnern, nächtliche Razzien, Verhaftungen und Inhaftierung von Kindern.“

Auch die Informationen Weinthals über Nouripours DPG-Partner lassen hinterfragen, in welchem Dunstkreis sich Habecks Reisebegleiter bewegt. So sei Christine Buchholz, eine Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, ebenso Mitglied im Beirat der DPG. Buchholz ist eine deutsche Parlamentarierin, die die „Hisbollah“ und den „Hamas-Terror als gerechtfertigten ‚Widerstand‘ gegen Israel“ verteidige. Ein anderer „DPG-Dialogpartner“ aus dem Beirat ist Udo Steinbach, der ehemalige Leiter des „Deutschen Orient-Instituts“. Steinbach habe den „palästinensischen ‚Widerstand‘ gegen Israel mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943“ verglichen und behaupte ferner, dass „die Israelis die Palästinenser massakrieren“.

Broders schlimmste Befürchtungen

Über Sergey Lagodinsky berichtet Weinthal, dass er Claudia Roths antisemitische Skandale verteidige. Broder kritisierte Lagodinsky im Jahr 2009 dafür, dass er für eine Teilnahme Deutschlands an der Durban-2-Konferenz warb. Diese vermeintliche „Weltkonferenz gegen Rassismus“ war im Vorfeld aufgrund der israelfeindlichen Vorgängerkonferenz unter anderem von Israel, den USA und weiteren westlichen Staaten boykottiert worden. Broder richtete so damals direkt seine Worte an Lagodinsky, der seinerzeit übrigens noch SPD-Politiker war:

„Letzte Woche setzte er sich noch vehement für die Teilnahme an der Durban-2-Konferenz ein (‚Entgiften statt torpedieren!'), entsprechend der sozialdemokratischen Faustregel, dass man Schlimmes machen muss, um Schlimmeres zu verhüten. Auch der Antisemitismus und der Antizionismus sind viel zu ernste Sachen, als dass man sie den Antisemiten, den Antizionisten, den verzweifelten Hausfrauen, den durchgeknallten Rentnern und den visionären Raumplanern überlassen könnte. Sozialdemokrat Sergey, übernehmen Sie!“

Die Konferenz bewahrheitete Broders schlimmste Befürchtungen: Sie ging nämlich auch deswegen in die Geschichte ein, weil der Hardcore-Israelhasser und Holocaust-Leugner Machmud Achmadinedschad in seiner Rede Israel als das „grausamste und rassistischste Regime“ und den Zionismus als „personifizierten Rassismus“ bezeichnete.

Israelfeinde trotzdem unzufrieden mit Habeck

Bemerkenswert ist die Steigerung der Habeck'schen Israel-Entsolidarisierung: Beginnend mit der Banalisierung der deutschen Staatsräson zur extensiven Nichtaktivität im Angesicht der realpolitischen Vernichtungsprogrammatik des iranischen Mullah-Regimes über dessen konsequente Fortschreibung zu einer historisch kontaminierten Beschwichtigungspolitik im grünpazifistischen Gewand, die Neville Chamberlain zur Ehre gereichen würde, bis schließlich hin zum Kulminationspunkt eines Narrativs der Schuld der Israelis nicht nur am eigenen Unglück, sondern insbesondere an jenem der „Palästinenser“. Umrandet wird dies von einer Israel-entsolidarischen Phalanx, die als Einflüsterer und Stichwortgeber für Habecks Äußerungen gedient haben muss.

Obwohl Habeck sich hier in den dunkelsten Schattierungen aller berüchtigten Stile grüner Politik gegenüber Israel übt, ist er nicht frei von Kritik von deutschen Israelhassern. Der aus meinem Achgut-Artikel „Bremen: Mal wieder der Hass auf Israel“ bekannte Bremer Antizionist Arn Strohmeyer, der unter anderem die „Kauf nicht beim Juden“-Bewegung zu Kämpfern für Menschenrechte macht, die proto-faschistische Hamas als „keine politische Organisation […], sondern nur religiös und sozial orientiert“ darzustellen versucht, und sogar den Staat Israel mit Nazi-Deutschland vergleicht, nennt Habecks Reise die eines deutschen Opportunisten und stellt fest:

„Der Mann, der einer Partei vorsteht, die einmal von sich behauptete, ‚links‘ zu sein, was ja wohl heißen muss, einer universalistischen, humanistischen Weltsicht verpflichtet zu sein, hat das monströse Unrecht, das Israel den Palästinensern seit Jahrzehnten antut, offenbar überhaupt nicht wahrgenommen. Oder er wollte es nicht sehen: den täglichen Landraub, die tägliche Unterdrückung – die Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit eines ganzen, von den Zionisten entwurzelten Volkes.“

„Aus Opfern sind längst Täter geworden“

Obwohl Habeck genau das akzentuiert hat und sogar dem Framing der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft folgt (siehe oben), reicht das dem zyklischen Antisemiten nicht. Denn, so Strohmeyer weiter, man müsse die Juden schon von „Opfern“ zu „Tätern“ qualifizieren, die das „moralische Vermächtnis des Holocaust verraten“ haben:

„Robert Habeck hat nicht den Mut, mit dieser unwürdigen Unterwerfungspolitik zu brechen. Er ist im Büßerhemd nach Israel gefahren, was zu einer Überidentifikation mit diesem Staat führt, und diese Überidentifikation macht politisch blind für die Realitäten dort. Nicht alle Israelis waren Holocaust-Opfer, und es gibt nicht wenige Israelis, die der Meinung sind, dass Israel mit seiner Expansions- und Unterdrückungspolitik eines ganzen Volkes längst das moralische Vermächtnis des Holocaust verraten hat. Aus Opfern sind längst Täter geworden.“

Der einfache Israelfeind muss also zum vollständigen Antisemiten werden, bevor ihn der Narrensaum der Ströbeles und Strohmeyers in seinen Reihen willkommen heißt. Vielleicht bleibt Habeck das als Lehre für künftige Reisen und Verlautbarungen im Gedächtnis.

Zumindest, und das würde dann den Kreis zu Horkheimer und Adorno schließen, die den Antisemitismus bekanntlich als „ein eingeschliffenes Schema, ja ein Ritual der Zivilisation“ determinierten, marschierte Habeck so im rituellen Gleichschritt mit der judenhassenden Konstante des von ihm so verehrten „zivilisatorischen Fortschritts“.

Und letztlich fragt man sich so unwillkürlich: Jubeln Habecks Jünger eigentlich immer noch?

Hannover als Sammelpunkt türkischer Rechtsextremisten

Wie viel Toleranz will Hannovers neuer grüner Oberbürgermeister Belit Onay eigentlich noch gegenüber den reaktionären Islamverbänden zeigen?

Von Birgit Gärtner

Kaum zeichnete sich bei der Oberbürgermeisterwahl in der niedersächsischen Hauptstadt Hannover am vergangenen Sonntag eine Mehrheit für den Grünen-Politiker Belit Onay ab, überschlugen sich die einen vor Freude über den „Türken", Muslim zumal, der nun eine deutsche Landeshauptstadt regieren und repräsentieren werde, während andere mit dem Screenshot eines inzwischen gelöschten Fotos aufwarteten, auf dem er mit einer Gruppe Jugendlicher der niedersächsischen ATIB vor einem Grünen-Transparent zu sehen ist.

Dabei handelt es sich um die „Avrupa Türk-İslam Birliği" (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V./kurz: ATIB), eine national-islamische Organisation, die dem Spektrum der „Grauen Wölfe" nahestehen soll. Der Verband selbst weist diesen Vorwurf zurück.

Das Foto entstand bei einem Besuch der Jugendlichen bei der Grünen-Landtagsfraktion auf Einladung Belit Onays und es wirft die Frage auf: Wie nahe steht Belit Onay zweifelhaften Organisationen wie der ATIB? Das wiederum wirft die weitere Frage auf, wie sich das auf die Zusammenarbeit mit den islamischen Verbänden in Niedersachsen auswirkt, z. B. auf den Staatsvertrag mit der SCHURA – dem Rat der Islamischen Gemeinschaften –, der aktuell aus verschiedenen Gründen auf Eis liegt. Wird Belit Onay einen kritischen Blick auf die Verbände werfen – oder wird er zu ihrem Fürsprecher werden?

Belit Onay, neues Oberhaupt der niedersächischen Hauptstadt

Fragwürdige Kooperation mit Islamisten …

Wird Belit Onay womöglich das Zentrum eines neuen, eines grünen „Hannover-Komplexes" aus türkischen National-Islamisten, DITIB, der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş" (IGMG), bosniakischen Vereinen aus dem ideologischen Spektrum der Muslimbruderschaft (MB), Sufis, dem „Verband der Islamischen Kulturzentren" (V.I.K.Z.), einer mehr als zweifelhaften islamischen Sekte, und bekennenden Israelhassern wie dem Delmenhorster Chomeini-Anhänger Yavuz Özoğuz? Sie alle sind in der IGMG-dominierten SCHURA Niedersachsen in trauter Mehrsamkeit vereint.

Diese Frage stellt sich nicht, weil Belit Onay sich selbst als Muslim, genauer als liberalen Muslim, bezeichnet, sondern aus seinem bisherigen politischen Wirken: Als religionspolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion in Niedersachsen empfing er eigenen Angaben zufolge die ATIB-Jugenddelegation im Rahmen der Verhandlungen über den Staatsvertrag. Als ehemaliger Mitarbeiter der Grünen-Landtagsabgeordneten Filiz Polat hätte er wissen müssen, mit wem er es zu tun hat, denn diese stellte 2012 eine Kleine Schriftliche Anfrage an die damalige Landesregierung, aus der genau die oben beschriebene Gemengelage eindeutig hervorgeht.

Filiz Polat ihrerseits ist starke Befürworterin des Staatsvertrags und Fürsprecherin der Islamverbände im niedersächsischen Landtag. Die Bedenken der damaligen Landesregierung den Verbänden gegenüber nannte sie im Dezember 2012 in einer Rede im Landtag „lächerlich". Wenig später wurde Belit Onay ihr Mitarbeiter.

… und Israelhassern

Gemeinsam mit einer Fraktionskollegin besuchte er im Juni 2015 die „Palästinensische Gemeinde Hannover", deren Hauptaktivität in der „Beendigung der Besatzung Palästinas" durch Israel liegt. Dazu wurden u.a. gemeinsame Veranstaltungen mit dem „Bündnis zur Beendigung der Israelischen Besatzung e.V." durchgeführt, dessen Vorsitzender der jüdische Psychologie-Professor Rolf Verleger ist. Auch im Juni 2015 werden solcherlei einseitige Problemzuschreibungen das Wirken der Gemeinde ausgemacht haben.

Im niedersächsischen Landtagswahlkampf machte Onay sich für den Staatsvertrag mit der SCHURA und DITIB stark. Der Besuch einer IGMG-Moschee am „Tag der offenen Moschee" am 3. Oktober 2019 lässt ebenfalls kritische Distanz zu den fragwürdigen Verbänden vermissen. Wie der IGMG-Verbandszeitung „Camia" zu entnehmen ist, besuchte der Grünen-Politiker die Moschee gemeinsam mit dem SPD-Kollegen Marc Hausman.

Neue Kumpaneien?

Als „Hannover-Komplex" gilt ein Geflecht aus Wirtschaft, Politik und High Society, der in einer ARD-Dokumentation vortrefflich beschrieben wurde:

„Dennoch hat sich die niedersächsische Landeshauptstadt mit Blick auf Bonn und später Berlin über die Jahrzehnte zu einem Zentrum mit politisch wichtigen Personen entwickelt. Dafür stehen allein Namen wie Gerhard Schröder, Christian Wulff, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel oder Ursula von der Leyen, die Tochter des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht.

Auch wirtschaftlich hat Hannover nicht nur die weltweit wichtigste Industriemesse und das alte Expo-Gelände zu bieten; auch große Unternehmen wie Volkswagen, Rossmann, der Finanzdienstleister AWD und andere siedelten sich in und um die Landeshauptstadt an. Musikalisch machten die Scorpions aus Hannover Weltkarriere.

Vertreter aus Politik, Wirtschaft und High Society treffen sich gern mal [beim ortsansässigen Fußballverein] Hannover 96. Schlagzeilen machte die Stadt nicht nur mit Homestorys der dort lebenden Landes- und Bundespolitiker, sondern auch mit Berichten über Rotlichtmilieu und Rockerbanden."

Grün ist nicht nur die Farbe einer politischen Partei, sondern auch des Islams. Daran ist zunächst einmal nichts Schlechtes, allerdings muss es auch nicht zwangsläufig gut sein. Eine Verquickung des politischen Zentrums Niedersachsens mit dem islamischen Fundamentalismus und den ihn repräsentierenden Verbänden könnte verheerende Folgen haben.

Die oben erwähnte „wichtigste weltweite Industriemesse" wird im Frühjahr 2020 eine internationale Halāl-Messe beherbergen, in der Industrie und Tourismus die fundamental-islamische Lebensweise im wahrsten Sinne des Wortes schmackhaft gemacht werden soll. Halāl-Zertifikate wirken wie Dollarzeichen, ein Milliardengeschäft, der Markt gehört zu den am schnellsten wachsenden Branchen weltweit. High Tech war gestern, religiös konnotierte Sittsamkeit ist die Zukunft. Halāl-Zertifikate werden u.a. von der Firma m-haditec GmbH vergeben. Geschäftsführer derselben sind die Brüder Yavuz und Gürhan Özoğuz. Allerdings sind sie nicht die einzigen Halāl-Zertifizierer in Deutschland.

Hier könnte möglicherweise der neue „Hannover-Komplex" schon erste Wirkung entfaltet haben: Ein muslimischer Grünen-Politiker, OB-Kandidat der Stadt mit einer attraktiven Ausstellungshalle, Kontakte zu reaktionären islamischen Verbänden und deren Repräsentanten, zu denen u. a. die Geschäftsführer einer Firma gehören, die mit Halāl-Zertifikaten handelt …

Das kann, muss aber nicht so sein. Es wäre wünschenswert, wenn sich jemand auf parlamentarischer Ebene mit diesem möglichen Zusammenhang beschäftigen würde, z. B. mittels einer Kleinen Schriftlichen Anfrage.

SCHURA von der IGMG dominiert

Das ist tatsächlich Spekulation. Keine Spekulation hingegen ist, dass die SCHURA Niedersachsen laut eigenen Angaben 92 Mitgliedsvereine und -moscheen hat. Der erwähnten Anfrage von Filiz Polat zufolge gehören 35 davon der IGMG an, 3 der ATIB.

Die IGMG vertritt eine ähnliche Ideologie wie die Muslimbruderschaft, fiel in der Vergangenheit immer wieder durch Antisemitismus auf, u.a. lagen in einer Hamburger Moschee Materialien aus, in denen Kindern der Nahost-Konflikt mit „Israel=Kindermörder"-Rhetorik erklärt wurde.

Da die IGMG zeitweilig u.a. wegen dieser antisemitischen Ausfälle vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, griff sie zu einem in fundamental-islamischen Kreisen sehr beliebten Trick: Angeblich ist die deutsche IGMG völlig unabhängig von der türkischen Bewegung „Millî Görüş" (Nationale Sicht), die von Necmettin Erbakan, dem politischen Ziehvater des heutigen türkischen Präsidenten Recep Tayipp Erdoğan, ins Leben gerufen wurde. Auch die IGMG bekommt von der türkischen Religionsbehörde DIYANET Imame gestellt, allerdings nicht ausschließlich. Mit Recep Bilgen stellt die IGMG den Vorsitzenden der SCHURA Niedersachsen.

Ebenfalls präsent: Ein Ableger der „Grauen Wölfe" …

Über ATIB schreibt der Politologe Ismail Küpeli auf ufuq.de:

„Das Milieu der ‚Grauen Wölfe' reicht allerdings über die MHP hinaus. Zwei Organisationen sind dabei nennenswert. Die ‚Avrupa Türk-Islam Birliği' (ATIB, deutscher

Name: „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“) ist eine Abspaltung von der Türk Federasyon und umfasst über 120 Moscheevereine. Die ATIB konzentriert sich auf die Organisation der Gotteshäuser und gibt sich im Auftreten moderat. Sie bietet aber gerade dadurch für türkische Nationalisten, für die die MHP zu ‚radikal‘ ist, eine Möglichkeit, im weiteren Milieu der ‚Grauen Wölfe‘ zu verbleiben.

Die ATIB hat bundesweit mindestens 8.000 Mitglieder. Die ‚Büyük Birlik Partisi‘ (BBP, ‚Partei der Großen Einheit‘) ist eine weitere Abspaltung von der MHP mit einer stärker islamistisch ausgerichteten Ideologie. In der Türkei spielt die Partei nur noch in einigen Regionen eine nennenswerte Rolle, in landesweiten Wahlen blieb sie zuletzt unter 1 % der Stimmen. In Deutschland ist die BBP als ‚Avrupa Türk Birliği‘ (ATB, deutscher Name: ‚Verband der türkischen Kulturvereine in Europa‘) mit etwa 20 Vereinen organisiert. Damit stehen ATIB und ATB für einen stärker islamisch und islamistisch orientierten Teil im Spektrum der ‚Grauen Wölfe‘.“

In der Vergangenheit war ein ATIB-Mitglied im SCHURA-Vorstand zuständig für den Bereich „interreligiöser Dialog“, der aktuell personell indes nicht besetzt ist.

Dem iranischen Regime nahestehende Schiiten

In der SCHURA vereinigen sich sunnitische und schiitische Organisationen und Verbände, Mitglied ist neben anderen „Der Islamische Weg“ aus Delmenhorst, ein von Yavuz und Gürhan Özoğuz gegründeter Verein. Die Brüder unterhalten ein kleines Familienimperium im Dienste Allahs, neben dem Internetportal Muslim-Markt, den Eslamica-Verlag sowie die Firma m-haditec, die u.a. Halāl-Zertifikate ausstellt. Darüber hinaus sind sie in verschiedenen Zusammenschlüssen aktiv, u.a. im SCHURA-Mitgliedsverein „Der Islamische Weg“. Yavuz Özoğuz ist schließlich auch Stammgast beim alljährlichen Al-Quds-Tag in Berlin.

Staatsvertrag liegt auf Eis

Die SCHURA Niedersachsen wurde 2002 gegründet, seit 2011 stellt sie gemeinsam mit DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.), die direkt der türkischen Religionsbehörde DIYANET untersteht, den vom Kultusministerium gegründeten „Beirat“ zur Gestaltung des islamischen (Religions-) Unterrichts.

Wie so vieles im Hinblick auf DITIB lief das nicht reibungslos, deren Ablehnung von Homosexualität erwies sich als Problem bei der Entwicklung des Curriculums, in dem nicht nur religiöse Toleranz, sondern auch die Akzeptanz sexueller Vielfalt festgeschrieben werden sollte.

2013 wurde vom Kultusministerium eine Absichtserklärung für einen Staatsvertrag mit der SCHURA und DITIB verfasst, die von beiden Verbänden unterzeichnet wurde: sozusagen der Vorvertrag. Die Verhandlungen liegen aktuell auf Eis, u. a. wegen der DITIB-Spitzelaffäre. Ende 2018 entschied das Kultusministerium, die Zusammenarbeit mit DITIB fortzusetzen, allerdings führte das bislang nicht zum Abschluss des Staatsvertrags.

Belit Onay redet sich raus

Dem Vorwurf der Jugendorganisation „Solid“, mit den „Grauen Wölfen“ zu tanzen, entgegnete Belit Onay in einer Erklärung, in der er sich ideologisch von ATIB distanziert:

„Für meine Fraktion bin ich in meiner Funktion als ‚Ansprechpartner für islamische Verbände‘ in ständigen Gesprächen mit den drei Dachverbänden und ihren Mitgliedsgemeinden. Meine Fraktion und ich sind der Meinung, dass wir diese Diskussion transparent und sachlich mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung führen müssen.

Im Rahmen meiner Gespräche mit den Verbänden, kam von Jugendlichen einer Mitgliedsgemeinde der Schura die Bitte zu einem Austausch, zum aktuellen Stand der Vertragsverhandlungen. Das Foto geht auf eben dieses Treffen zurück, bei dem Vertrag, Inhalt, grüne Positionen usw. diskutiert wurden.

Zum Abschied baten die Jugendlichen mich noch um ein gemeinsames Gruppenfoto. Dass dieses Foto nun auf der Seite des Bundesverbandes der ATIB in dieser Form veröffentlicht wird, ist mehr als irreführend. Daher habe ich die Verantwortlichen aufgefordert, dies dort zu entfernen. Dem wird nachgekommen werden.“

Irreführend ist nicht das Foto, denn es dokumentiert ein Treffen, das auf Onays Einladung hin stattfand, sondern dass er versucht, abzuwiegeln und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

Das legt die Vermutung nahe, dass Belit Onay sich nicht kritisch mit den genannten Verbänden auseinandersetzen will, und Transparenz für ihn bedeutet, möglichst öffentlichkeitswirksam mit ihnen zu verkehren; dass er die Öffentlichkeit – und seine Wählerschaft – indes nicht über die politischen Zusammenhänge aufzuklären gedenkt.

Verbände sind erfreut

Dass Belit Onay selbst ein rechtgeleitetes Leben anstrebt, davon ist nicht auszugehen. Auch ist er nicht als Fan des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dessen Präsidialsystem bekannt, was ihm aus türkisch-muslimischen Reihen viel Kritik einbringt. Dennoch deutet vieles darauf hin, dass er den einschlägigen Verbänden Türen öffnen wird. Die fassten die Gelegenheit auch gleich beim Schopfe und gratulierten dem künftigen Oberbürgermeister:

„Vertreter der islamischen Religionsgemeinschaften, wie die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), der Islamrat und der Zentralrat der Muslime beglückwünschten den Wahlerfolg des Grünen Politikers Belit Onay zum Oberbürgermeister.“

Es bedarf keines Blickes in die Kristallkugel, um zu orakeln, dass im Frühjahr 2020 der Oberbürgermeister Hannovers die internationale Halāl-Messe eröffnen wird. Und der wird dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Belit Onay heißen.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter! Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Wieviel kostet Claus Kleber die GEZ-Zahler?

Räuberhöhle ARD und ZDF: Die öffentlich-rechtlichen Sender sind zum Selbstbedienungsladen für ihr Führungspersonal und ihre Redakteure verkommen.

Von Stefan Frank

Azraf Affandi AZLAN / DEPARTMENT OF INFORMATION / AFP

Claus Kleber bei Barack Obamas Rede vor der Siegessäule in Berlin im Juli 2008.

Als der französische König Ludwig XVI. am 24. Januar 1789, dem Vorabend der Französischen Revolution, die Franzosen zur Wahl ihrer Abgeordneten für die Generalstände aufrief (zum ersten Mal seit 175 Jahren), da ließ er seine Untertanen sich in ihren Gemeinden versammeln, damit sie ihre Beschwerden in Heften aufschrieben. Etliche dieser Beschwerdehefte (Cahiers de Doléances) sind erhalten und bieten ein lebhaftes Bild von der Last, die das Volk unter der Abgabenknute zu tragen hatte. Viele Adlige hingegen werden die Abgaben wahrscheinlich für viel zu niedrig gehalten haben. „Wie sollen wir da unseren verschwenderischen Lebensstil aufrechterhalten und eine Grundversorgung an Tyrannei bieten?“ Ähnlich verhält es sich mit ARD und ZDF. Geld ist bei ihnen nie genug. Angesprochen auf sein Jahresgehalt von 399.000 Euro, sprach WDR-Intendant Tom Buhrow einmal die berühmten Worte:

„Man kann das immer weiter treiben mit dem Neid. Ich kann absolut zu den Gehältern stehen. Man kann immer sagen ‚weniger, weniger, weniger‘. Dann landet man am Ende bei Milliardären, die es sich leisten können, den Job ehrenamtlich zu machen.“

399.000 Euro waren für Buhrow nur knapp über null. Er glaubt nicht, dass es sich jemand, der von seinem Gehalt leben muss, leisten könnte, dieselbe Arbeit für weniger zu machen. Das lässt daran denken, was der Sozialrevolutionär Claus Kleber einmal sagte:

„Guten Abend! Im Leben bekommt man nicht, was man verdient, man bekommt, was man aushandelt!“

Die einen, so Kleber, würden ihr Einkommen nur daran messen, was sie jeden Monat bezahlen müssen, „Miete, Versicherung, Essen, Kleidung“. Während die anderen, die „auf der Pyramidenspitze“, sich längst nicht mehr an täglichen Bedürfnissen orientierten, sondern nur noch an dem, was andere Topverdiener bekämen.

Die Investmentbanken unter den Rundfunkanstalten

Gerade hat eine Studie belegt, was wohl jeder wusste: Die Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bekommen ein weit höheres Gehalt als viele derjenigen, die ihre Pyramiden bauen müssen: „Die Vergütungsniveaus der neun ARD-Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios sind einem von der KEF eingeholten Gutachten zufolge überproportional gut“, resümiert der „Fachdienst Medienkorrespondenz“ (MK). Die KEF ist die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten“; sie schlägt vor, wie hoch der Rundfunkbeitrag sein soll und prüft, wofür die Öffentlich-Rechtlichen das ganze Geld ausgeben (wenn auch sicherlich nur sehr flüchtig). Zwischen den Sendern gebe es Unterschiede, hat sie festgestellt. Den MK-Informationen zufolge kommt die mit der Untersuchung der Gehälter beauftragte Unternehmensberatungsfirma Kienbaum in dem Gutachten zu dem Schluss, „dass beim internen Vergleich der Vergütungsniveaus zwischen den elf Anstalten fünf Sender oberhalb des Durchschnitts liegen“. Sie sind gewissermaßen die Investmentbanken unter den Rundfunkanstalten.

„Beim Saarländischen Rundfunk (SR) seien die Vergütungen etwas über dem Schnitt, während sie beim Bayerischen Rundfunk (BR), Hessischen Rundfunk (HR) und beim ZDF spürbar über dem Durchschnitt lägen. Noch darüber rangiert der Westdeutsche Rundfunk (WDR), bei dem die Gutachter ‚ein deutlich erhöhtes Gesamtvergütungsniveau‘ festgestellt haben.“

> Staatliche Ausgabenpläne bringen oft eine Kultur mit sich, in der nicht mehr gefragt wird: „Wo müssen wir Geld ausgeben?“ Sondern: „Wo können wir Geld ausgeben?“

Ein auf den ersten Blick unscheinbarer Satz, den die Medienkorrespondenz über das KEF-Gutachten schreibt, ist vielsagend. Die Gutachter, heißt es da, hätten bei der Bewertung der Gehälter nicht den arithmetischen Durchschnitt zugrunde gelegt, „sondern verwenden den Median, der Daten in zwei gleiche Segmente teilt, um so Verzerrungen durch sehr hohe Gehälter zu vermeiden“. Die Gehälter einiger Spitzenverdiener würden also die Statistik verzerren. Die Kommission, heißt es weiter, gehe davon aus, „dass insbesondere die im internen Vergleich mit einem besonders hohen Vergütungsniveau auffälligen Anstalten (BR, HR, SR, WDR, ZDF) deutliche Anstrengungen unternehmen, ihre überproportionalen Vergütungsniveaus zu korrigieren.“

Die aber denken gar nicht daran, sondern fordern stattdessen, die Rundfunkgebühr immer weiter in die Höhe zu schrauben. Dabei sind die Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1995 förmlich explodiert, so ein Bericht des Nachrichtenmagazins Focus:

„Während die allgemeinen Verbraucherpreise seit 1995 um knapp 36 Prozent zugelegt haben, kletterten die Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag – früher GEZ-Beitrag – um gut 70 Prozent, wie das Vergleichsportal Warenvergleich.de ermittelt hat.“

Warum reicht das Geld nie aus?

Dass das Geld der Rundfunkbehörden trotzdem nie reicht, liegt im Wesen der Bürokratie. In einer Bürokratie gibt es keine ökonomische Kalkulation; es kann sie auch nicht geben. Ein Unternehmen, das einen Gewinn anstrebt, ist permanent gezwungen, die Kosten in Relation zum Erlös zu setzen. Der Manager eines gewinnorientierten Unternehmens trachtet danach, die Kosten zu senken, ohne den Marktwert des Ergebnisses zu mindern; oder aber, die Kosten stärker zu senken als den Marktwert des Ergebnisses; oder den Marktwert des Ergebnisses stärker zu erhöhen als die dadurch nötige Steigerung der Kosten. In jedem Fall müssen Kosten und Marktwert gegeneinander abgewogen werden. In einer bürokratischen Organisation ist das nicht möglich. Das, was ARD und ZDF produzieren, hat keinen Marktwert, es kann weder gekauft noch verkauft werden. Mithin gibt es auch keine Zahl, die man den Kosten gegenüberstellen könnte.

Weil das Ergebnis keinen messbaren

Wert hat, kann niemand sagen, wie hoch die Kosten sein dürfen. Da die Ressourcen nicht begrenzt sind und es keinen Markt gibt, der ein Urteil darüber spricht, was die Erzeugnisse von ARD und ZDF wert sind, gibt es für die Herstellungskosten auch keine definierte Grenze, alles ist eine Frage des Aushandelns innerhalb des Systems. Anders als auf dem Markt treten nicht Verkäufer und Käufer einander gegenüber und handeln den Preis aus. Die Zahler werden nicht nach ihrer Meinung oder Schmerzgrenze gefragt. Allein die Nutznießer der Zwangsabgabe handeln untereinander aus, wer wie viel bekommt. Wie in einer Räuberhöhle wird alles verteilt, was da ist, und es ist nicht geplant, dass von der Beute etwas übrigbleibt.

Zum Jahresende noch schnell Geld aus dem Fenster werfen

Das wäre sogar unerwünscht. Wenn eine Behörde ihren Jahresetat nicht vollständig aufbraucht, könnte daraus der Schluss gezogen werden, dass das Budget höher war als nötig, mit der Folge, dass es im nächsten Jahr weniger gibt. Darum ist das Jahresende die Zeit, zu der in staatlichen Anstalten überlegt wird, wie man etwaig verbliebenes Geld aus dem Fenster wirft, damit man wieder sagen kann, es sei zu wenig.

Zu den zentralen Ursachen der Weltfinanzkrise gehörten Finanzinstrumente, die es Banken ermöglichten, sich von den Folgen ihres Handelns abzuschirmen. Die Folge war „reckless lending“, sorglose und unverantwortliche Kreditvergabe. Das trifft so ähnlich auch auf staatliches Handeln zu. Niemand im bürokratischen Apparat braucht je zu fürchten, sich wegen Verschwendung verantworten zu müssen. ARD und ZDF können auch nicht bankrott machen. Wenn sie mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen, dann ist das kein Verlust (und kein Grund zur Scham), sondern nur ein Argument dafür, dass die Abgabe weiter erhöht werden muss.

Der Unikatwert des Claus Kleber

Das hat kulturelle Folgen. Zum einen für die Gehälter innerhalb dieser Organisation, die keine Waren auf dem Markt anbietet, sondern das Geld wie mit einem Staubsauger ansaugt. Wer dort Mitglied ist, hat ausgesorgt. Wer einmal einen hochdotierten Job beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekommen hat, der wird ihn höchstens gegen einen noch besser bezahlten eintauschen. Die Bezahlung richtet sich auch hier nicht nach etwaigen Vergleichswerten auf dem Arbeitsmarkt. Leute wie Claus Kleber werden nicht wie Angestellte bezahlt. Kleber ist ja nicht einmal ein Angestellter, sondern kurioserweise eine Art Subunternehmer:

„Der Vertrag zwischen Claus Kleber und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender muss nicht von den Aufsichtsgremien des ZDF genehmigt werden, damit er gültig wird … Das Jahreshonorar von Claus Kleber für die ‚Heute-Journal‘-Moderation und die Dokumentationen wird auf einen mittleren sechsstelligen Gesamtbetrag geschätzt. Das ZDF wollte sich zur Höhe der Vergütung Klebers nicht äußern und verwies darauf, dass diese vertraulich sei.“

Für Kleber gilt kein Tarifvertrag, was folgerichtig ist, da er ja nicht für schnöde Arbeit bezahlt wird und schon gar nicht zu einem Marktpreis. Der Wert von Claus Kleber wird nach anderen Maßstäben gemessen. Er ist eher wie ein einzigartiges Kunstwerk, das einen Unikatswert hat. Da kann auch niemand sagen, dessen Preis sei zu hoch. Warum soll das Leonardo da Vinci zugeschriebene Gemälde „Salvator Mundi“ nicht 450 Millionen Dollar wert sein? Einen Vergleichsmaßstab gibt es nicht, niemand kann dasselbe Bild billiger anbieten. Es mag einem talentierten Kunststudenten möglich sein, ein täuschend ähnliches Bild zu malen – ja, vielleicht sogar ein schöneres –, aber es wäre ein anderes Bild. Kopierte Kunstwerke haben, wie wir von Walter Benjamin wissen, keine Aura.

Auch bei Claus Kleber muss es wohl die Aura sein, die so ein Heidengeld kostet. Er ist unersetzlich: Weil nur er selbst ein echter Kleber ist, braucht Claus Kleber nicht zu fürchten, dass jemand kommen könnte, der dieselbe Arbeit wie er für ein paar hunderttausend Euro weniger macht. Denn er wird eben nicht für eine Tätigkeit bezahlt, sondern dafür, dass er Claus Kleber ist. Er ist der Salvator Mundi unter den Fernsehonkeln. Sein Gehalt – wenn man es denn so nennen möchte – bekommt er von jemandem, der unbegrenzten Zugriff auf das Geld anderer Leute hat und damit noch besser dasteht als der Sultan von Brunei, dessen Erdölreserven endlich sind.

Nach oben kommt man durch Unterordnung

Der kulturellen Folgen, die es hat, wenn ein Betrieb nicht betriebswirtschaftlich handeln und seine Produkte nicht auf dem Markt verkaufen muss, sind noch mehr. Es gibt keinen Ehrgeiz. Wer für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeitet, dessen Zukunft ist festgeschrieben, jeder Tag ist wie der andere, wie in einem Gefängnis. Nach oben kommt man nicht durch Leistung oder gute Ideen, sondern durch Unterordnung. Das erklärt die große Harmonie der Meinungen, die in diesen Sendern herrscht.

Wenn jemand eine Bezahlung bekommt, die in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung steht, muss er sich fragen, wo wohl der Haken ist. Gibt dir jemand 30.000 Dollar dafür, dass du ein Auto über die mexikanische Grenze in die USA fährst, dann bezahlt er dich wahrscheinlich nicht für deine Arbeitszeit, sondern für Drogenschmuggel. Auch bei ARD und ZDF sind die absurd hohen Bezahlungen ein Symptom dafür, dass noch mehr faul ist. Zur Disziplinierung muss niemand erschossen werden. Wer Widerworte gibt, schläft nicht bei den Fischen. Tom Buhrow sagt wahrscheinlich nicht: „Kümmere dich um ihn.“ Es reicht Geld.

Dafür, dass er die Namen von Dissidenten aushändigte, soll der Twitter-Manager Ahmad Abouammo von einem Gesandten des saudischen Königshauses eine Keramikarmbanduhr der Luxusmarke Hublot bekommen haben, eine Unico Big Bang King Gold. Derzeitiger Listenpreis in Europa: 36.200 Euro. Die Spitzenverdiener beim WDR können sich von ihrer Loyalität jeden Monat eine solche Uhr kaufen.

Auf der einen Seite ist das Locken mit den märchenhaften Gehältern, die es weiter oben gibt – und auf der anderen Seite die düstere Aussicht auf ein Leben ohne öffentlich-rechtliche Fleischtöpfe. Für viele GEZ-Abhängige wäre ein solches Leben nicht lebenswert, und so tun sie alles, um dabei zu bleiben.

„Grundversorgung“

Die ökonomischen Anreize, die es in einem Profitsystem gibt, werden bei staatlichem Geldausgeben oft in ihr Gegenteil verkehrt: Sparsamkeit wird bestraft, Verschwendung belohnt. Nach diesem System funktioniert nicht nur der Länderfinanzausgleich. „Konjunkturprogramme“ und andere staatliche Ausgabenpläne bringen oft eine Kultur mit sich, in der nicht mehr gefragt wird: „Wo müssen wir noch eine Brücke bauen?“, sondern „Wo können wir noch eine Brücke bauen?“. Nicht: Wo müssen wir Geld ausgeben? Sondern: Wo können wir Geld ausgeben? Ähnlich verhält es sich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er fragt nicht: Welche Programme müssen wir anbieten? Sondern: Ist denn da nichts, was wir nicht auch noch machen können? Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender sollen eine „Grundversorgung“ anbieten, haben diesen Begriff aber für sich sehr eigenwillig definiert. Sie sagen:

„‚Grundversorgung‘ meint nämlich nicht, wie es der Wortsinn nahelegen könnte und von einigen daher behauptet wird, eine bloße Mindestversorgung.“

Nein, das kann man wirklich nicht behaupten. Zur Grundversorgung zählt inzwischen auch ein islamistischer YouTube-Kanal, wo die Moderatorinnen den Hidschab tragen. Ab nächstem Jahr wollen ARD und ZDF dann auch noch in einer „Streamingoffensive“ mit Netflix und Disney Plus konkurrieren – ohne aber, wie diese, um freiwillige Abonnenten zu werben beziehungsweise werben zu müssen. Ähnlich wie der Riesenbärenklau sind öffentlich-rechtliche Sender invasiv, breiten sich immer mehr aus und sind nur schwer zu bekämpfen.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberaatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP AB 99€

HOTELS:
TEL AVIV
Armon Hayarkon 3* 461€ |7T| ÜF
JERUSALEM
Prima Park 3* 392€ |7T| ÜF
NETANYA
Galil 3* 337€ |7T| ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro
Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit
Spanien ab 370€
Griechenland ab 480
Italien ab 470€
Türkei ab 385€
Zypern ab 360€
Kanaren ab 525€
Emirates ab 880€
Thailand ab 760€
Kuba ab 970€
Bali ab 990€

Адрес: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Тел: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

Früher war weniger Messer!

Mehr Messergewalt und immer weniger Hemmungen vor körperlichen Übergriffen gegen politische Gegner verändern die Lebenssituation in Deutschland unter Angela Merkel.

Von Dushan Wegner

Haidar HAMDANI / AFP

Messerangriffe steigen in Deutschland nicht zuletzt durch die islamische Zuwanderung.

Es war eine unruhige Zeit. Der Herrscher war sittenlos, das Volk mutlos und die Beamten hilflos. In den Straßen traf man bald mehr Räuber als Händler.

Ein Schüler hatte nur wenig Zeit, denn er hatte einen Betrieb zu führen und vor den Räubern zu schützen, er hatte eine Familie zu versorgen und Kinder zu erziehen, und doch wollte er lernen, also kam er eines Tages zum Meister.

„Lerne, ‚Aha' zu sagen", sagte der Meister, „außer wenn man dich fragt. Und oftmals selbst wenn man dich fragt. Sage ‚Aha' wenn du überrascht bist, und sage ‚Aha', wenn du überhaupt nicht überrascht bist, was ja zur gleichen Zeit der Fall sein kann. Es ist gut, ‚Aha' zu sagen.«

„Und wie soll ich es sagen?", fragte der Schüler weiter, denn er war nicht nur ein vielbeschäftigter, sondern auch ein sehr genauer Mensch.

Der Meister lächelte, und sagte: „Schweigend."

Zeit der Messer und Flammen

„Warum stellen sich die Menschen im Osten so an, die haben doch gar keine Migranten dort!", so hören wir heutzutage von Linken und Lügnern (aber ich wiederhole mich).

Wir lesen aus Sachsen:

„Er lag leblos in seiner Blutlache auf offener Straße: Ein 19-Jähriger ist am Freitag in Plauen getötet worden." (bild.de, 19.10.2019)

Das Opfer war somalischer Staatsbürger, der festgenommene Tatverdächtige ebenfalls. Beide waren 19 Jahre alt, einer wird nicht älter werden.

Noch eine Meldung von einem 19-Jährigen, diese aus dem berüchtigten Bürgermeister-Müller-Park (siehe etwa bild.de, 3.9.2019) in Leipzig:

„Eine Blutspur zieht sich über die Steinplatten nahe dem Leipziger Hauptbahnhof: Ein junger Mann (19) wollte Freitagabend einen Streit schlichten und wurde dabei selbst schwer verletzt."

(bild.de, 19.10.2019)

Man lese die beiden Meldungen zusammen: Die Guten und Grausamen laden noch immer ohne Obergrenze junge Männer nach Deutschland ein, von denen ein Teil einer Kultur der dauernden Gewalt entstammen.

Notabene: Der zweite messerverletzte 19-Jährige wollte einen Streit schlichten. Er war nicht „selber Schuld", außer man würde einen Streit schlichten zu wollen als „Schuld" bezeichnen (was man ja zynischerweise diskutieren kann, und zynisch wird so mancher dieser Tage). – Warum konnte Deutschland ihn nicht schützen? Wollte es denn? Nein, es kannte ihn nicht einmal. Es ist einfach, sich „tolerant" und „moralisch" zu geben, wenn man sich nicht um die Konsequenzen kümmern muss. Wenn andere Leute die Zeche zahlen, kann man Bürgschaften aufnehmen, Zeichen setzen und sich an der eigenen Moral besaufen bis der Morgen anbricht – falls er es tut.

Die Guten und Gehirngewaschenen kümmert die Gewalt, die sie nach Deutschland brachten, eher gar nicht. Gewalt interessiert die Guten nur, wenn sie von Deutschen ausgeht und politisch instrumentalisiert werden kann.

Die Guten haben Gewalt nach Deutschland gebracht. Und wie gehen sie mit den Leuten um, die sich darüber beschweren? – Wir lesen:

„Die Feuersirenen heulen. Ein geparkter Lkw steht lichterloh im Vollbrand. Die alarmierte Feuerwehr kann das Fahrzeug vor dem Totalschaden nicht mehr retten. Es kommt raus: Es ist nicht irgendein Lastwagen, sondern ein Fahrzeug der Partei AfD (Alternative für Deutschland)."

(bild.de, 19.10.2019)

Aus Eisenbach hören wir von Vermummten, die eine Gaststätte angriffen (bild.de, 19.10.2019), und natürlich haben wir eine Ahnung, wir wissen ja, welche Schlägerbande mit moralischer Unterstützung von Haltungsjournalisten und linken Parlamentariern immer wieder zuschlägt.

Das Deutschland der Globalisten und Gutmenschen wird eine Kreuzung aus Somalia und Weimar sein, und mit Weimar meine ich weder Schiller noch Goethe, und ganz gewiss keine Klassik. Vom Facebook-Feed des US-Präsidenten erfahren wir nebenbei, dass verschiedene europäische Länder zugesagt haben, ISIS-Kämpfer zurückzunehmen. – Aha!

> „Wir haben es mit Menschen zu tun, die mit Messer und Gewalt aufgewachsen sind, und sie kommen in ein selbsthassendes Land."

Sturm und Stille

Ich sehe in jedem der jungen Männer auch meine eigenen Kinder, meinen Sohn und meine Tochter – wenn meine Kinder mit Messern und Gewalt aufgewachsen wären, statt mit Lego und Büchern, mit Instrumenten und Museumsbesuchen, sie wären auch anders geworden – ich sehe ja, was für Rabauken sie auch so schon sind!

Wenn Deutschland einige wenige Männer aus Spannungsgebieten aufgenommen hätte, dann hätte es eine Chance gehabt, sie zu integrieren, um das schwierige Wort „Umerziehung" zu meiden, so aber…

Selbstverständlich werden alle Kinder mit bestimmten Anlagen und Talenten geboren, doch es sind die ersten Jahre, die den Charakter formen. Meine Tochter tut gerne, was Mädchen so tun, sei es tanzen oder sich hübsch anziehen, und mein Sohn rauft sich gerne und baut Roboter, Jungensachen halt, aber die Richtung und grundlegende Motivation, da können Eltern und Schule viel tun. Es ist Ellis und meine Aufgabe, die Kinder auf einen Weg zu setzen, der ihnen ein glückliches Leben ermöglicht – sie machen Mathe, beide (und sie sind beide gute darin), und Chinesisch lernen. Sie sollen ein glückliches Leben führen und ihre Mitmenschen mit Respekt und zugleich gesunder Vorsicht behandeln, beide.

Messer in der Tasche

Meine Kinder haben mehr Hemmungen „Scheiße" zu sagen oder gar den bösen Finger zu zeigen, als gewisse „junge Männer" Hemmungen haben, das Messer zu zücken und sich als Hobbychirurgen zu versuchen. Wären meine Kinder in den Straßen Somalias oder den Krisengebieten Nordafrikas aufgewachsen, wären sie andere Menschen geworden – sie sind es aber nicht.

Wir haben es mit Menschen zu tun, die mit Messer und Gewalt aufgewachsen sind, und sie kommen in ein selbsthassendes Land, das ihnen viel Wohlstand und null Heimat bietet. So traurig und schrecklich es ist, wenn Messer und Blutlachen in den Innenstädten „zu Deutschland gehören", es bleibt uns wenig anderes übrig, als diese Realität eben als solche anzuerkennen, erstmal durchzuatmen, „Aha" zu sagen und dann zu schauen, wie wir damit umgehen.

Die Politik passt sich den Zeiten an, endlich (ja, das ist ironisch gemeint). Bayerns Vizepräsident stellte fest, dass Deutschland sicherer wäre, wenn „jeder anständige Mann (…) ein Messer in der Tasche" führte (merkur.de, 16.10.2019). Merkels Taschenträger aus NRW hat versprochen, die Opposition „bis aufs Messer" zu bekämpfen (welt.de, 12.10.2019). In einem peinlichen Anfall rhetorischer Diarrhöe meinte Merkels Blitzableiterin letztens, sie wolle „als CDU nicht den Biedermännern das Feuerzeug in die Hand geben, die sich zu Brandstiftern machen" (rp-online.de, 14.9.2019) – man weiß gar nicht, wo man anfangen soll! Die CDU ist ein Feuerzeug? Biedermann war derjenige, der anzündete? Die menschgewordene Bildungskatastrophe als CDU-Parteichefin – wohl dem, der sich seinen Humor bewahrt und amüsiert „Aha!" sagt.

Die erste Pflicht

Wir leben in unruhigen Zeiten, kein Zweifel. Die Herrscher sind sitten- und gedankenlos, das Volk wird allmählich mutlos, und einige Beamten wirken gefährlich hilflos.

Was sollen wir tun? Was können wir tun?

Die erste Pflicht des Menschen, muss darin bestehen, am Wahnsinn nicht selbst wahnsinnig zu werden.

Nein, packt nicht selbst das Messer in die Tasche, und lasst euch von keiner Karnevalsrednerin im Regierungskabinett irgendwelche Feuerzeuge an die Sitzbacke schwatzen. (Nein, man sollte nicht die Angreifer angreifen, doch Selbstschutz ist selbstverständlich wichtig. Viele Leser schreiben mir, dass sie Selbstverteidigungskurse besuchen, abends nicht mehr rausgehen, sondern sich lieber in ihren „Innenhof" zurückziehen.)

Wenn sie alle brüllen und durchdrehen, wenn der Sinn als Böse gilt und die Logik als Tabu, dann schütze zuerst dich, deine Lieben und deinen Verstand. Atme tief ein, und atme gut durch, und dann sage, ruhig und gefasst: „Aha?" – oder, wenn wütend: „Aha!"

Lernt, „Aha!" zu sagen – alles weitere ergibt sich.

So billig kommt ihr nicht davon

Auf Betroffenheitsrituale der deutschen Bundeskanzlerin darf man nicht hereinfallen – ihre Politik ist für die Juden Deutschlands und für den Staat Israel hochgradig schädlich.

Merkel in Auschwitz 2019

Von Chaim Noll

Wenn das Handeln eines Politikers – in diesem Fall einer Politikerin – nur noch von taktischen Erwägungen bestimmt wird, kann man von Inhaltsleere sprechen, von konzeptioneller Armut, man kann es auch Täuschung, Falschheit oder Infamie nennen. Fast nichts, was diese Frau tut, ist ohne Kalkül, ohne Berechnung. So auch ihr Besuch in Auschwitz. Gerade jetzt, da die deutsche Regierung international ins Gerede gekommen ist für ihre anti-israelische, daher im Kern anti-jüdische Politik.

Israel ist einer der Eckpfeiler jüdischen Lebens in der Welt, und wer Israel schadet, der schadet den Juden. Auch wenn es Juden gibt, die betonen, man könne ein guter Jude sein, ohne für Israel einzustehen, man könne Jude sein und Antizionist – glaubt ihnen nicht, sie schwindeln, und sie wissen es auch. Denn käme es hart auf hart, müssten sie fliehen, von wo sie heute sind, wären sie die ersten, die hier Obdach suchten. Dazu ist dieser Staat gegründet worden, und dazu muss er stark sein. Wer ihn schädigt, sei es durch Unterstützung seiner übelsten Feinde, sei es durch Stigmatisierung in den Abstimmungen der Vereinten Nationen, der will den Juden nicht wohl, und wenn er hundert Klagelieder in Auschwitz anstimmt.

Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ lieferte, schon wenige Stunden später, die erste Hofberichterstattung von diesem „wichtigen Besuch“. Für Journalisten ist es vergleichsweise leichte Arbeit, ziemlich sicher in der Wirkung: Ein Auftritt in Auschwitz ist immer erschütternd und liefert eindrucksvolle Bilder. Doch es liegt am Ort und seiner Ausstrahlung, weniger an den Besuchern. Da kann kommen, wer will, selbst Leute, die Auschwitz missbrauchen als Cover für ihren heimlichen Verrat an den Juden, für ihre zynische judenfeindliche Politik.

„Jude“ auf deutschen Schulhöfen wieder das Schimpfwort

Vorsichtshalber wurden ein paar jüdische Fürsprecher mitgenommen, etwa der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er verlautbarte, was er sollte, eine Würdigung des Besuches als „ganz wichtiges Zeichen“ gegen den „Rechtsruck“, der heute in Deutschland zu beobachten sei. Weil er glaubt oder zu glauben vorgibt, wenn der Antisemitismus in einem Land zunimmt, müsse es zwangsläufig an einem „Rechtsruck“ liegen. Als gäbe es nicht einen ebenso virulenten Antisemitismus der Linken oder den tödlichen Judenhass, den der Heilige Koran gebietet. Einen Judenhass, elementar, religiös motiviert, im Heiligen Text festgeschrieben, für jeden „Gläubigen“ verbindlich, der von tausend Kanzeln in Europa gepredigt wird und dafür sorgt, dass „Jude“ auf deutschen Schulhöfen wieder das Schimpfwort ist, um die Opfer von morgen zu kennzeichnen.

So diente dieser Besuch auch dazu, um vom eigentlichen Problem abzulenken: Dass der Hass, den die europäischen Juden heute aushalten müssen, von verschiedenen Seiten kommt – dadurch ist ihre Lage, ob nun in England, Frankreich oder Deutschland, so desperat. Nur eine der Quellen zu nennen und die anderen wohlweislich zu verschweigen, wie es der Präsident des Zentralrats tut, bedeutet wissentliche Verharmlosung der Gefahr. Und dient nicht den deutschen Juden, sondern einer Regierung, die nicht willens ist, gegen den Judenhass des religiösen Islam vorzugehen. Der importierte Judenhass wird, indem er heute die deutschen Schulhöfe erobert, das Klima von morgen bestimmen. Diese Regierung hat die deutschen Juden längst verraten. Zum Beispiel durch ihre Einwanderungspolitik. Und nicht nur die Juden. Wortbruch, Heimtücke und Heuchelei sind die Charakteristika der niemals endenden Kanzlerschaft.

Sie empfinde „tiefe Scham“, erklärte sie in Auschwitz. Wofür? Für die Verbrechen Toter, nicht der Heutigen. Nicht für das Abstimmungsverhalten Deutschlands in den Vereinten Nationen, wenn es gegen Israel geht. Nicht für den heutigen Judenhass, die Unterstützung terroristischer Regimes und Organisationen, deren immer wieder erklärtes Ziel die Vernichtung des Judenstaates ist. Das Problem wird in die Vergangenheit verbannt. Oder für Kampagnen gegen politische Gegner missbraucht. Die Juden spielen in diesen schäbigen Berechnungen ohnehin kaum eine Rolle.

Degradiert zu einem Opferverein

Durch den beharrlichen Totenkult werden die Juden, die eine vitale, inspirierende Kraft für die deutsche Gesellschaft sein könnten, degradiert zu einem Opferverein. Es gibt keine Juden in deutschen Parlamenten, in den höheren Rängen der politischen Parteien oder anderen entscheidenden Gremien, sie sind – bis auf eine Handvoll verwegener Einzelgänger – auch nicht in den Medien spürbar, im intellektuellen Leben oder in der öffentlichen Diskussion. Ihre offiziellen Vertreter – in der ständigen Angst, das Wenige, das man ihnen zugesteht, auch noch zu verlieren – verhalten sich beschämend handzahm und regierungstreu.

Nichts davon meinte die Rednerin, als sie erklärte, sie empfinde „tiefe Scham“. Ihre Rede mündete in die üblichen nichtssagenden Versprechungen: „Wir dulden keinen Antisemitismus. Alle Menschen in Deutschland und Europa müssen sich sicher und zu Hause fühlen.“ Wieder sind die Juden in Deutschland ernsthaft bedroht, und jedes Kind weiß, von welcher Seite. Statt zu handeln, statt Lösungen für die Zukunft anzubieten – für die Juden und alle Deutschen – begnügt sich diese Regierung mit leeren Ritualen. Und weil es kein offizieller Vertreter des deutschen Judentums tut, muss hier der Ort sein, um die beschämte Besucherin und ihre Mittäter wissen zu lassen: So billig kommt ihr nicht davon.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Warum Linke oft mit Islamisten und sogar Terroristen kuscheln

Weite Teile der Linken betrachten islamische Fundamentalisten und Terrororganisationen im Kampf gegen den vermeintlichen westlichen Kapitalismus und Imperialismus als Verbündete.

Von Birgit Gärtner

Es mutet seltsam an, dass Evrin Sommer überhaupt begründen muss, warum sie gegen eine antisemitische Terrororganisation stimmt.

In der vergangenen Woche wurde im Bundestag ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD sowie der FDP-Fraktion mit dem Titel „Wirksames Vorgehen gegen die Hisbollah“ gestellt, in dem unter anderem ein Betätigungsverbot für die schiitische Terrororganisation gefordert wird. Der Antrag wurde mit den Stimmen der genannten Parteien beschlossen, die Abgeordneten der AfD, Grünen und LINKEN enthielten sich größtenteils. Als einzige LINKE-Politikerin stimmte die kurdisch-stämmige Abgeordnete Helin Evrin Sommer für den Antrag. Dazu gab sie eine Erklärung heraus, in der sie u.a. die Teilnahme der Hisbollah-Anhänger am israelfeindlichen Al-Quds-Tag in Berlin als Grund für ihre Zustimmung nannte. Die Hisbollah-Anhänger verbreiteten dort „in aggressiver Weise in aller Öffentlichkeit antijüdische Hasspropaganda sowie pauschale Hetze gegen den Staat Israel, dessen Existenzrecht in Frage gestellt wird.“ Auch wenn Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen „in erster Linie der deutschen Gesellschaft zuzuordnen sei“, historisch wie aktuell, so sei es „dennoch notwendig, jedwede Form von Antisemitismus konsequent zu ächten, auch wenn er von Anhängerinnen und Anhängern einer ausländischen Organisation verbreitet“ werde.

„Linke“-Politikerin rechtfertigt sich für ihre Zustimmung

Nun mutet es gelinde gesprochen seltsam an, dass eine LINKE-Politikerin begründen muss, warum sie für ein Verbot einer antisemitischen Terrororganisation stimmt, erklärungsbedürftig scheint doch vielmehr das Abstimmungsverhalten der übrigen Fraktionsmitglieder und der Grünen. Der LINKE-Abgeordnete Andrej Hunko stellte fest, die Hisbollah sei im Libanon Teil der Regierungskoalition und vertrete viele Schiiten, ein Verbot verunmögliche künftige Verhandlungen mit dem Libanon.

Die Grünen sahen in dem Antrag gar einen „Blanko-Scheck für eine militärische Intervention im Nahen Osten“ und legten einen eigenen Antrag vor, der aber keine Mehrheit fand.

Da stellt sich die Frage: Warum?

Dieses Verhalten wirft Fragen auf, die Antwort darauf gibt ein Blick in die linke Geschichte, die in beiden deutschen Staaten mehrheitlich Allianzen mit den Feinden Israels einging. Die DDR unterstützte die arabischen Staaten, schon die RAF probte den Aufstand im Jordanien in von der „palästinensischen“ Fatah betriebenen Ausbildungscamps und es war ein der LINKEN eng verbundener Jurist, der „Menschenrechtsanwalt“ Hans-Eberhard Schultz, der 2017 den Organisator des Al-Quds-Tags gegen ein drohendes Verbot der Demonstration vertrat. Dazwischen liegen 50 Jahre, in denen Linke den islamischen Fundamentalismus, bzw. dessen Akteure und Protagonisten, als verlässlichen Partner im Kampf gegen den US-Imperialismus und dessen Bollwerk im Nahen Osten nachgerade lieben lernten.

Was 1968 als hoffnungsvoller Aufbruch begann, fiel schon bald über die eigenen Füße. Maxim Biller erläuterte 2014 in der Wochenzeitschrift „Zeit“ in dem Artikel „Antisemiten sind mir egal“, nicht nur das von den 68ern bekämpfte Establishment sei ein Relikt aus dem Hitler-Faschismus, sondern die Akteurinnen und Akteure selbst ebenso:

„Und wie kam der Antisemitismus nach Deutschland zurück, in das Land, das wie kein anderes seine Pogrom-Geschichte durchleuchtet hatte, um für immer aus ihr zu lernen? Er ist, in seiner neuesten, antizionistischen Verpackung, natürlich ein Geschenk der 68er. Die Erklärung dafür ist ganz leicht, wird aber logischerweise verschwiegen. Viele, sehr viele von ihnen hatten als junge Wehrmachtssoldaten, Waffen-SS-Novizen und Hitlerjungen, als Journalisten, Künstler und Akademiker die schönsten, schrecklichsten, prägendsten Jahre ihres Lebens gehabt. Wie sollten sie auf einmal keine Halb- oder Ganznazis mehr sein?

Sie kämpften dennoch aufrichtig gegen ihre nationalsozialistische Erziehung, sie wurden Pazifisten, sie forderten von der autoritären Adenauer-CDU mehr Demokratie, sie lasen Eugen Kogon, Hannah Arendt und Primo Levi, und sie wollten, dass nicht nur in ihrem Land, sondern auf der ganzen Welt ab sofort das totale Paradies ausbricht. Doch die Metaphysik von den blut- und geldgierigen jüdischen Intelligenzbestien, die ihnen tausend Jahre lang eingetrichtert wurde und an die ihre Eltern und Verwandten auch ohne Hitlers Einflüsterungen geglaubt hatten, saß zu tief in ihren Herzen und Köpfen.“

„Linker“ Anschlag auf jüdisches Gemeindehaus?

Am 9. November 1969 wurde im Jüdischen Gemeindehaus in der Fasanenstraße in Berlin eine Bombe deponiert, die nicht explodierte. Die Drahtzieher des glücklicherweise misslungenen Anschlags werden im Dunstkreis des Kommune-1-Gründers Dieter Kunzelmann und der „antizionistischen Linken“ vermutet. Dieser Szene gehörte auch Hans-Eberhard Schultz an.

Im Irak gelang es islamischen Terrorgruppen, das durch den Sturz Saddam Husseins entstandene Machtvakuum zu füllen. Sie meldeten aggressiv und extrem gewaltsam ihren Herrschaftsanspruch an. In dieser Gemengelage entstand u.a. die „Iraqi Patriot Alliance“, ein Zusammenschluss linker und fundamental-islamischer Gruppierungen.

Im Herbst 2003 erfolgte dann der Paradigmenwechsel in der Friedensbewegung und in weiten Teilen der Linken. Aktivisten aus der Friedensbewegung starteten die Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“. Dabei ging es gar nicht so sehr um das Geld an sich, als vielmehr darum, „ein Zeichen zu setzen, dass der Widerstand gegen die militärische Besatzung legitim“ sei. Damals gab es im Irak noch zivilgesellschaftliche Organisationen, z. B. Gewerkschaften, Öko- und Frauengruppen, aber die Solidarität galt der „Iraqi Patriot Alliance“. Damit wurde Widerstand von emanzipatorischen Inhalten entkoppelt, und durch Aktionen gegen die Besatzer, letztlich Terror, ersetzt. So wurden ganz entscheidend die Weichen für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung gelegt.

Später wurde fleißig am Opfer-Mythos des Regimes in Teheran gestrickt. Als der damalige Präsident Machmud Achmadinedschad mit dem Satz zitiert wurde, er wolle Israel von der Landkarte tilgen, beeilten sich Linke, eine Übersetzung zu liefern, die ein anderes Licht auf seine Aussage warfen und ihm zum Opfer eines internationalen Medienkomplotts stilisierten. Urheber dieser Übersetzung war die Gruppe „Arbeiterfotographie Köln“. Mitglieder dieser Gruppe reisten schließlich auch in den Iran und schüttelten dem damaligen Präsidenten Machmud Achmadinedschad gerührt die Hand.

Diese pro-iranische Haltung wurde bis heute beibehalten: Die aktuellen Proteste im Iran sowie deren blutige Niederschlagung durch das Regime in Teheran werden von der Friedensbewegung nicht nur beschwiegen, sondern verschiedene Gruppierungen rufen zu Aktionen gegen einen vermeintlich bevorstehenden militärischen Angriff der USA auf den Gottesstaat auf.

Keine Tagung, keine Demonstration, kein Flugblatt kam seinerzeit ohne die – meistens mehrfache – Erwähnung des Nahost-Konflikts aus, im Gegensatz zu vielen militärischen Auseinandersetzungen war es eine regelrechte Obsession, sich dem Thema zu widmen und dabei immer und ausschließlich Israel als Aggressor und „die Palästinenser“, aus denen mit der Zeit „die Muslime“ wurden, als Opfer auszumachen.

„Warum nicht Israel“?

Am 25. Oktober 2009 hatte diese besorgniserregende Entwicklung mit der Verhinderung der Vorführung des Films „Warum Israel?“ des französisch-jüdischen Filmemachers Claude Lanzmann in Hamburg ihren vorläufigen Höhepunkt. Zum ersten Mal seit 1945 wurde in Deutschland die Vorführung eines jüdischen Films verhindert – und zwar von Linken. Die potentiellen Besucherinnen und Besucher des Kinos wurden bepöbelt, bespuckt, gewalttätig angegangen, ein „Antizionist“ zog den Gürtel aus seiner Hose, um die Cineasten damit zu traktieren – und diese wurden gefilmt. Die Reaktion in der

Restlinken auf die „antizionistische Aktion“ war sehr verhalten, mit kritischen Stimmen wurde härter umgegangen als mit den wackeren „Antizionisten“, deren Aktion vielen zwar als über das Ziel hinausgeschossen erschien, die ihnen aber irgendwie auch aus dem Herzen sprach.

Zu der Aktion wurde ein Flugblatt mit der Überschrift „Warum nicht Israel“ verteilt, mit dem genau das ausgesagt werden sollte, was der Titel suggeriert: Weg mit Israel. In dem 4-seitigen Flugblatt, das sofort nach der Aktion aus dem Verkehr gezogen wurde, hieß es, der Film verschweige „die Tatsache, dass der Staat Israel auf den Trümmern von 500 arabischen Städten und Dörfern entstanden ist und ca. 700.000 PalästinenserInnen aus ihrer Heimat vertrieb“. Im Westjordanland werde „vom israelischen Staat und Rechtsradikalen mit Schusserlaubnis weiter Siedlungen aufgebaut.“ Claude Lanzmann wurde als Kriegshetzer verunglimpft, der Film als „Kriegspropaganda“ diffamiert.

Anfang 2009, während des Gaza-Kriegs, kam es dann zu einer gemeinsamen Demo der Friedensbewegung mit der SCHURA, dem Rat der islamischen Gemeinschaften. Die SCHURA wird dominiert von der „islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“, ideologisch das türkische Pendant zur Muslimbruderschaft, dem „Islamischen Zentrum Hamburg“, der Zentrale der iranischen Ayatollahs in Europa, sowie anderen unappetitlichen Vereinigungen. Am Jungfernstieg wehten entsprechend neben PACE-Fahnen solche der Hamas, der Hisbollah und der Grauen Wölfe.

MUSTAFA OZER, AFP

Die „Mavi Marmara“, auf der Annette Groth mit anderen 2010 vergeblich versuchte, den Gazastreifen zu erreichen

„Linke“-Bundestagsabgeordnete an Bord der Gaza-Flottille

Im Mai 2010 brachen die LINKE-Bundestagsabgeordneten Annette Groth, Inge Höger und Norman Paech mit der Gaza-Flottille auf. Die wurde bekanntermaßen von der israelischen Marine aufgebracht, neun Menschen kamen ums Leben. Die drei Abgeordneten konnten sich wunderbar als Opfer inszenieren – und Israel war wieder einmal als Aggressor ausgemacht.

Der bereits erwähnte Jurist Hans-Eberhard Schultz, der als „Menschenrechtsanwalt“ firmiert, vertrat einen der führenden Salafisten in Deutschland, den „Palästinenser“ Ibrahim Abou-Nagie, um das Verbot der Koranverteil-Aktion „Lies“, bzw. die dahinter stehende Organisation „Die Wahre Religion“ zu verhindern. Kürzlich trat er als Redner bei der „13. Konferenz der Palästinenser in Europa“ auf – und redete dort offenbar so lange, dass es selbst den Veranstaltern zu viel wurde. Die B.Z. schrieb: „Er redete lange und wurde von der Bühne geführt.“ Laut B.Z. rühmte er sich in seiner Rede damit, erreicht zu haben, „dass ein Palästinenser, der einen Davidstern mit einem Hakenkreuz verbunden habe, freigesprochen wurde, da dies durch die Meinungsfreiheit gedeckt sei. Er sagte, solange noch ein Palästinenser unterdrückt würde, könne kein Deutscher frei leben.“ Es wäre nicht verwunderlich, wenn der „Menschenrechtsanwalt“ auch die Hisbollah in dem nun anstehenden Verbotsverfahren vertreten würde.

Offensichtlich erscheint einem nicht unbeträchtlichen Teil der Linken in Deutschland Terror als Menschenrecht – zumindest sofern sich dieser Terror gegen Israel, Juden und Jüdinnen oder jüdische Einrichtungen richtet, oder aber den „gemeinsamen“ Feind, den US-Imperialismus, zur Zielscheibe hat. So werden Staaten wie der Iran, eines der repressivsten Regimes der Welt, Terrororganisationen und auch reaktionäre Islamverbände, zu Bündnispartnern. Das wird als selbstverständlich erachtet, so selbstverständlich, dass jene sich erklären müssen, die von dieser Linie abweichen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Immer mehr verletzte Polizisten und immer weniger Rückhalt in der deutschen Politik

Von „offenen Grenzen“ bis zu Bürgerkrieg-Szenen in linken Stadtteilen: Dabei steht „Links“ heute zumehmend für Entgrenzung und Angriffe auf unsere Ordnung.

Azar Afandi / AZLAN / DEPARTMENT OF INFORMATION / AFP

Polizisten in Leipzig

Von Dushan Wegner

Der Zweck eines Hauses ist es, das Draußen vom Drinnen zu trennen – was sonst? Kinder bauen sich daheim ein Haus aus Decken und Kissen.

Unsere beiden braven Engel bauten sich letztes Jahr, zusammen mit den beiden wilden Teufeln der Nachbarn, draußen auf dem Feld ein Haus aus Zweigen und Brettern. Manchmal bauen sie daheim Häuschen aus Lego! Der Sohn baut autarke Wohnmobile mit allen Funktionen von Radar über Küchen bis Sonnendecks. Die Tochter baute letztens das weitläufige Modell einer Reisfarm, inklusive grünen Setzlingen im blauen Lego-Wasser.

Die Trennung zwischen außen und innen gibt uns ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung. Der Mensch sehnt sich nach Sicherheit und Ordnung (wenn auch womöglich nicht jeder Mensch, wie es scheint). Alle Ordnung aber beginnt mit Trennung.

Im Schöpfungsmythos der Bibel wird unsere Welt erschaffen, indem Gott zwei getrennte Dinge erschafft – Himmel und Erde (1. Mose 1:1). Er schafft das Licht, stellt dann aber bald fest, dass es eine gute Idee wäre, es von der Finsternis zu trennen, das eine Tag zu nennen und das andere Nacht (1. Mose 1:4). Später, als er die Menschen in unserem heutigen Sinne erschaffen hatte, indem er die biblische Form des „Urmenschen“ in Mann und Frau getrennt hatte, gab er eben diesen den Auftrag, im Garten Eden die Tiere zu benennen, sprich, sie in begriffliche Kategorien zu trennen und so zu ordnen.

Alles, was ist, ist durch Trennung. Man muss ja gar nicht die Bibel bemühen (aber kennen und verstehen sollte man sie!) – man kann (und sollte!) die Wissenschaft befragen! Die Evolution lehrt, dass wir uns erst vom Wasser trennten und dann von unseren äffischen Vorfahren. Durch Mutation experimentiert die Natur immerzu mit möglichen Abtrennungen, bis neue, getrennte Arten entstehen.

> „Die haben ein Budget von Milliarden Euro – wir haben ein paar Blogs. Und doch habe ich das Gefühl, dass sie „Nerven zeigen“, denn noch so viele Milliarden lassen „2+2=5“ nicht wahr werden.“

Alles was ist, ist durch Trennung. Leben beginnt mit der Abtrennung. Das Leben meines Kindes als eigenständige Einheit begann, als ich seine Nabelschnur zerschnitt und damit zumindest die körperliche Verbindung zu seiner Mutter Elli trennte. Unser aller Leben endet damit, dass die Trennung zwischen uns und der Erde aufgehoben wird, dass wir „wieder zu Erde werden“.

Leben beginnt mit Trennung, Trennung aber ist der Beginn der Ordnung. Leben ist eine bestimmte Art der Ordnung.

Wie reagiert die Politik?

In mehreren Städten Deutschland wurde der Jahreswechsel von Ereignissen begleitet, die als „kriegsähnlich“ beschrieben wurden (etwa bild.de, 2.1.2020: „Kriegsähnliche Zustände in Berlin“). Beobachter in den Sozialen Medien fühlten sich an „Bürgerkrieg“ erinnert. In einigen jener Bezirke, die traditionell als links und tolerant berüchtigt sind, wurden die Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr angegriffen (morgenpost.de, 1.1.2020: „Silvester in Berlin: Viele Angriffe auf Einsatzkräfte“).

In Leipzig-Connewitz wurde ein Polizist bei Angriffen von (vermutlich/aller Erfahrung und allem Anschein nach) Linksextremen schwer verletzt.

Und wie reagiert die Politik? Stimmen in der SPD gaben de facto der Polizei die Schuld daran, dass sie von Linksextremen angegriffen wurde (siehe etwa @SPDLeipzig, 1.1.2020, archiviert). Aus der umbenannten SED hörte man: „Cops raus aus #Connewitz“ und „ekelhafte Polizeigewalt“ (@luna_le, 1.1.2020, archiviert – sie ist immerhin MdL). Wenn gewalttätige Extremisten gegen Staat und Ordnung kämpfen, scheinen bei Linken die Sympathien sehr klar geordnet zu sein – das vermutlich einzige, was bei denen noch geordnet ist, sind die Ansprüche auf fürstliche Bezüge vom Staat und den Bürgern, die sie so hassen – sonst wirkt da wenig geordnet.

Leipzig gegen Links?

Wie Alexander Kissler so treffend wie zynisch feststellt (@DrKissler, 1.1.2020), wird es wahrscheinlich keine als „Demonstration“ vermarkteten Gratis-Konzerte mit Titeln wie „Leipzig gegen Links“ geben – im Gegenteil: man hört allenthalben von „Polizeikritikern“.

Man hörte außer den sympathisierenden Stimmen aus SPD und SED 2.0 auch kritische Stimmen etwa aus der CDU, doch ich habe da ein schales Gefühl, selbst wenn ich den einzelnen Politikern durchaus ihre Empörung glaube.

Leser meines Buches „Relevante Strukturen“ werden obige Argumentation wiedererkannt haben – es sind die Grundlagen, die ich zu Anfang des Buches lege. „Relevante Strukturen“ beschreibt, wie Menschen zum ethischen Urteil kommen. Ich will es hier extra kompakt skizzieren: Gut und Böse beziehen sich auf eine Anordnung der Welt, genauer: auf die Art und Weise, wie eine Handlung die Anordnung der Welt verändert.

Im Text „Politische Korrektheit, ein Todeskult“ gebe ich eine etwas detailliertere Einführung in das Konzept des „Lebens durch Trennung“, und ich erwähne darüber hinaus das freud'sche Konzept des „Thanatos“:

„Freud teilt die Triebe in Lebenstriebe, als Libido und als Narzissmus, und die To-

destriebe. – In den Todestrieben äußert sich unser Drang zur Selbstzerstörung. Die Lebenstriebe – Eros – wollen schaffen, wollen immer Größeres schaffen. Die Todestriebe zielen auf die Rückführung des Lebendigen ins Anorganische. Die Todestriebe stehen dem Eros gegenüber, deshalb nannte man sie später Thanatos, nach dem griechischen Gott des sanften Todes." („Politische Korrektheit, ein Todeskult")

Die vergangenen Jahre ließen mich wieder und wieder erleben, wie polemisch-essayistische Zuspitzungen einige Zeit später zur Beschreibung und plausibelsten Erklärung wurden. Ich grübele heute über die Ereignisse, ich berate mich mit Menschen, die weit klüger sind als ich, ich lese und suche, und das Bild ist weit davon entfernt, wirklich klar und scharf zu sein, doch es zeichnet sich ein Muster ab: „Links" steht heute für Entgrenzung und Zerstörung aller Ordnung. Angela Merkel und die Linksextremen in den Straßen haben gemeinsam, dass sie Grenzen aufheben und Ordnung zerstören – oder es zumindest versuchen.

Sympathisanten in den Redaktionsstuben

Doch, weder Merkel noch die linken Schläger handeln allein und ohne Rückhalt. Beide, Merkel und linke Schläger haben Rückhalt in Medien, besonders im Staatsfunk, und Sympathisanten in Politik und schattigen NGOs.

Was heute „Links" heißt, ist ein Todeskult, der bestehende Ordnung zerstört – und so postdemokratischen Konzernen und Spekulanten den Weg frei macht.

Es wird keine von oben organisierten Demonstrationen mit Titeln wie „Leipzig ist bunt, nicht rot" geben. Wenn es kleine, echte Demonstrationen gegen linken Terror und linksextreme Gewalt geben sollte, wenn Bürger sich mit dem schwerverletzten Polizisten solidarisieren, dann werden Leitmedien und linke Politiker sie beschimpfen und beleidigen, mit dem üblichen Vokabular der heute schon täglichen Agitation, das zu wiederholen ich mir an dieser Stelle spare.

Keine Grenzen, keine Ordnung

Das Leben, wie auch jede andere Art sinnvoller Ordnung, beginnt mit Trennung. Merkels Grenzöffnung hebt die Trennung zwischen Deutschland und dem Rest der Welt auf. Einige von Merkels Gästen heben mit Messern die Grenzen menschlicher Körper auf. Und – wir sprachen davon – der Tod hebt zuletzt die Trennung zwischen Mensch und Erde auf.

Wer gegen Grenzen und Ordnung kämpft, der kämpft gegen das Leben selbst. Eliten kämpfen gegen Grenzen, Linke kämpfen gegen Ordnung.

(Notiz: Es ist kein gutes Zeichen für den Zusammenhalt in Deutschland, wenn ein Hass-Profi wie Böhmermann einen noch prominenteren Platz im Staatsfunk bekommt – weiß man beim ZDF wirklich nicht, was man tut, oder will man tatsächlich die Gesellschaft spalten bis an die Schwelle des offenen Bürgerkriegs, wie gewisse Linke ihn ja bereits an Feiertagen „üben", bis hin zum versuchten Mord an Polizisten?)

In der Demokratie geht alle Macht vom Volke aus. Demokratie setzt voraus, dass es Grenzen gibt, innerhalb derer das Volk seine Macht formulieren und umsetzen kann. Demokratie setzt voraus, dass es eine Ordnung gibt, die vom Volk in demokratischer Debatte festgelegt und dann wirksam durchgesetzt wird.

Was sich heute „links" nennt, ist wenig mehr als das nützliche Werkzeug von Konzernen und „Playern", welche von den Werten der Demokratie so viel halten wie Merkel von der deutschen Flagge. Ich warne schon lange vor der rasenden schnell schleichenden Machtübernahme durch NGOs, doch auch dies ist eines jener Themen, wo das düstere Szenario zur schockierend banalen Realität wird. Die neue SPD-Vorsitzende Saskia Esken forderte eine „stärkere Rolle von NGOs bei der Gesetzgebung" (deutschlandfunk.de, 28.12.2019). Dass Lobbyisten die Gesetzesvorlagen (mit-) schreiben, das steht als Verdacht und/oder Vorwurf schon länger im Debattenraum – dass man es offen fordert, das ist sogar für die unter freiheitlichen Demokraten ohnehin umstrittene SPD heftig.

Ich habe die Antifa einmal „Merkels nützliche Idioten" genannt, es gilt weiterhin. Merkel öffnete die Grenzen von außen, linke Schläger kämpfen gegen die Ordnung im Inneren, während junge Männer den Unvorsichtigen unter uns mit scharfer Klinge die Innereien nach außen bringen und NGOs mit nicht immer klarer Finanzierung sollen Politiker „beraten".

Die Linken von Berlin, Leipzig und anderswo haben den Start ins Jahr mit einem neuen Angriff auf die demokratische Ordnung eingeläutet. Links ist heute ein Todeskult. Linke Schläger und linke Propagandisten zielen aufs Selbe, sie unterscheiden sich nur in den Waffen.

„Schön war's!"

Als 2019 endete, rief so mancher: „Endlich vorbei!" – Das ist neu. Ich habe jahrzehntelang auf den Kölner Brücken gefeiert. Es lässt mir eine Gänsehaut über den Rücken laufen, wie präzise das Lied „Erster Erster" von „Erdmöbel" so viele meiner früheren Silvesterfeiern beschreibt („mitten könnt ich durch, reißen mich vor Glück, kurz vorm blick zurück sind raketen, über unter mir, bienen und böller, leuchtende propeller, sekt- und schneeregen, auf den brücken stehn, rauf bis zero von zehn, kann ich euch zählen sehn, erster erster«).

Ich spüre noch den kalten Wind auf der Severinsbrücke, ich höre noch das Pfeifen der Bienen und Raketen, ich schmecke noch den Sekt auf meiner Zunge. Wir riefen damals, Jahr um Jahr: „Schön war's!", wir gaben und bekamen Küsschen, und sagten: „Schön war's mit dir!", wir freuten uns aufs neue Jahr, mit unseren Lieben, mit all den anderen lieben Menschen in Köln.

Ein anständig erzogenes Kind sollte gelernt haben, dass man nicht die Menschen angreift, die ihr Leben riskieren, um unser Leben zu retten und zu schützen (was natürlich die Frage stellt, was in der Erziehung linker Schläger schiefgelaufen ist – wir ahnen es).

Der Zweck eines Hauses ist es, Drinnen und Draußen zu trennen. Kinder bauen sich ein Haus aus Kissen und Decke, und dann verhandeln sie ganz demokratisch, wer hereinkommen darf und wer nicht (und dann bestimmen sie die Regeln, wie man sich drinnen zu benehmen hat, so dass das Ganze einem nicht auf den Kopf fällt).

2019 war heftig und 2020 könnte noch heftiger werden. Mächtige Kräfte kämpfen gegen unsere Grenzen, brutale Kräfte kämpfen gegen unsere Ordnung. Werden wir sie zurückdrängen und aufhalten können? Die haben ein Budget von Milliarden Euro – wir haben ein paar Blogs. Und doch habe ich das Gefühl, dass sie „Nerven zeigen", denn noch so viele Milliarden lassen „2+2=5" nicht wahr werden. Die müssen jeden Tag aufs Neue gegen die menschliche Sehnsucht nach Wahrheit, Sicherheit und Ordnung ankämpfen – wir können sie piesacken, indem wir ihnen Vernunft und Fakten entgegenhalten, indem wir stur „2+2=4" wiederholen.

Wird David bestehen gegen Goliath und die Schlägerbanden? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es. Ich kämpfe dafür. Aber eines weiß ich, weil es das eine ist, das ich garantieren kann: David wird Angst haben, David wird blaue Flecken davontragen, aber David wird auch ein wenig Spaß haben.

Die wollen Grenzen aufheben und Ordnung zerstören. Wir wollen bewahren, und es gelingt uns immer wieder, und das ärgert die – und das darf uns durchaus Freude schenken!

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion), **(030) 54 71 02 50** (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): **(030) 23 32 88 60**
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 50** • E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel „AFP" gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung „Jüdische Rundschau" im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✘ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung „Jüdische Rundschau" erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Wer solche Freunde hat…

Deutsche Politiker verhalten sich im Fall Soleimani kaum noch wie NATO-Partner – von den unaufrichtigen Reaktionen deutscher Journalisten ganz zu schweigen

SABAH ARAR/ AFP

Kassem Soleimanis Beerdigung, rechts oben: Rolf Mützenich (SPD-Fraktionschef)

Von Filip Gaspar

Kassem Soleimani, General der iranischen Revolutionsgarden und Kommandeur der Quds-Brigaden, ist durch eine Drohne der US-amerikanischen Armee am Flughafen von Bagdad (Irak) eliminiert worden. Es handelt sich um keinen Tippfehler: Der General aus dem Iran ist im Irak getötet worden. Der Befehl zur Ausführung dieser Tötung kam von Präsident Donald Trump persönlich.

Ich möchte zwei Dinge zu Beginn klarstellen.

Erstens: Man soll sich nicht über den Tod eines Menschen freuen, selbst dann nicht, wenn dieser wie Soleimani für die Ermordung vieler Unschuldiger verantwortlich war und in Zukunft vermutlich noch mehr Menschen getötet hätte, wäre er nicht gestoppt worden.

Zweitens: Es gibt nichts am Verlust von Soleimanis Leben zu betrauern.

Kassem Soleimani war nicht irgendwer, sondern als Kommandeur der Quds-Brigaden war er dem Ayatollah Chamenei direkt unterstellt, er galt als zweitwichtigste Person des Regimes. In seiner Funktion war er der Architekt hinter dem iranischen Terror-Export und nichts konnte ohne ihn koordiniert werden.

Angefangen bei der Versorgung mit Geld und Waffen für die islamistischen Terrormilizen Hisbollah, Hamas und den Huthi-„Rebellen" im Jemen. Letztere bekamen Unterstützung aus Teheran in Form von militärischen Beratern und Ausrüstung. Terroristen bekamen von ihm Waffen und er kümmerte sich um den Aufbau von weltweiten Netzwerken.

Die Wühlarbeit des Iran in Deutschland blieb ohne Folgen

In Deutschland wurde 2017 der Pakistani Haider Syed M. vom Berliner Kammergericht wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte im Auftrag der Quds-Brigaden potentielle Anschlagsziele mit Israelbezug in Deutschland, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern ausgekundschaftet. Auch nachdem der Bundesnachrichtendienst diese Aktivitäten aufgedeckt hatte, musste der Iran weder mit politischen noch wirtschaftlichen Konsequenzen rechnen.

Ein Großteil der deutschen Medienlandschaft ignoriert einmal mehr die eigene Jobbeschreibung und versucht nicht zu berichten, was ist, sondern wie sie es gerne hätte. Man liest, dass die Aktion der Amerikaner faktisch einer „Kriegserklärung" gleichkäme und sich dadurch alles nur noch verschlimmere. Manche gehen so weit und verklären Soleimanis Rolle und seine Person.

Statt seine Verbrechen in Syrien und im Irak aufzuzählen, betitelt ihn „Zeit Online" als einen „Topstrategen im Kampf gegen die Terrormiliz ‚Islamischer Staat'" und wagt es in einem anderen Artikel seine Tötung sogar in eine Reihe mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand zu stellen. Und all dies kommt aus dem eher linken Medienspektrum, einem Milieu, das sich empört, wenn eine Person mit dem falschen Geschlechtspronomen angesprochen wird oder jemand aufgrund seiner Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer Minderheit sich vielleicht diskriminiert fühlen könnte. Man wird vergeblich auf Artikel warten, die anprangern, dass Frauen ins Gefängnis müssen, weil sie nicht wie in Deutschland die freie Wahl haben ihr Kopftuch abzulegen.

Wie wären die Reaktionen ausgefallen, wenn der Friedensnobelpreisträger und ehemalige US-Präsident Barack Obama dieselbe Aktion befohlen hätte? Wären sie auch so mahnend, belehrend, und anklagend ausgefallen? Unabhängig davon, dass Obama zuließ, dass ihm gesetzte „Rote Linien" von Assad überschritten wurden, und es sehr unwahrscheinlich gewesen wäre, dass Obama eine Ausschaltung von Soleimani angeordnet hätte, muss diese Frage gestattet sein. Man kann davon ausgehen, dass seine westeuropäischen Fans eine Entschuldigung für Obamas Verhalten gefunden hätten.

Rote Linien

Die Ausschaltung von Soleimani wird die Region und auch die Welt in keinen Dritten Weltkrieg stürzen, sondern eher zu einer Deeskalation beitragen – unabhängig davon, was selbsternannte Apologeten meinen. Die USA unter Trump haben gezeigt, dass sie rote Linien haben und die Nicht-Einhaltung dieser auch bestrafen werden. Es setzt ein Zeichen, wenn der zweitwichtigste Mann des Mullah-Regimes mit relativ einfachen Mitteln erledigt werden kann. Und Soleimani hinterlässt eine große Lücke, die nicht über Nacht wieder aufgefüllt werden kann. Seine Nachfolger werden ihn nicht ersetzen können. Und selbst, wenn sie dies könnten, so wissen sie nun, was ihnen jederzeit blühen kann. Der Vorwurf, dass sowohl der Iran als auch die USA jetzt von inneren Problemen ablenken könnten, ist so falsch und ausgefranst wie ein schlecht gepflegter Perserteppich. Das Mullah-Regime hat das meiste Geld in die Finanzierung des Terrors gesteckt, wohingegen die einheimische Wirtschaft am Boden liegt und die jungen Iraner seit Monaten gegen das Regime und für eine bessere Zukunft protestieren.

Neben den Reaktionen der Medienschaffenden sind auch die Reaktionen der deutschen Politiker einen Blick wert. Hiermit sind in erster Linie die Mullah-Freunde und Verständnishabenden von der SPD und den Grünen gemeint. Man erinnere sich, dass Bundespräsident Steinmeier dem Iran zum 40-jährigen Jubiläum der Islamischen Revolution gratuliert hat, aber Donald Trump zu dessen Wahlsieg nicht. Steinmeier nannte Trump darüber hinaus einen „Hassprediger". Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionschef, wirft den USA nichts weniger als eine Verletzung des Völkerrechts vor und sagt dem „Tagesspiegel":

„Die gezielte Tötung von Zivilisten oder staatlichen Repräsentanten stellt kein legitimes Mittel dar".

Man könnte diesem Satz prinzipiell zustimmen, aber dies hätte er lieber Vertretern der iranischen Regierungen sagen sollen, anstatt das bereits angeschlagene Verhältnis zu den USA weiter zu beschädigen. Der „wegen Auschwitz in die Politik" gegangene deutsche Außenminister Heiko Maas lässt über den Twitter-Account des Auswärtigen Amtes ausrichten:

„Jetzt geht es darum, zu verhindern, dass eine weitere Eskalation die ganze Region in Brand setzt."

Erst jetzt ist es „Eskalation"?

Wäre es gegenüber den unzähligen Opfern in der ganzen Region, die seit Jahren in einem lodernden Feuer sterben, in das Leute wie Soleimani stetig Öl gegossen haben, nicht so unsagbar pietätlos, so könnte man über diesen Tweet lachen. Ob man nun Angst vor den Folgen und einem unkonventionellen Krieg hat, so hat gerade die deutsche Geschichte gezeigt, dass Appeasement nicht die richtige Antwort ist. Vor allem nicht auf ein Regime, das durch Machmud Achmadinedschad 2005 vor der UN-Vollversammlung offen zugab, dass es Israel auslöschen will oder ganz korrekt übersetzt verkündete „Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Annalen der Geschichte gelöscht werden."

Die Bundesregierung sollte die Gelegenheit nutzen und endlich richtige Antworten finden, und zeigen, dass sie zu unserem Bündnispartner steht und nicht weiterhin dem Iran alles durchgehen lässt. Bisher hatte dieser in Deutschland nichts zu befürchten. Weder wegen der bereits erwähnten Spionagetätigkeiten noch wegen der weltweiten Terrorunterstützung – von der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung ganz zu schweigen. Ein Beweis einer solchen ernstgemeinten Bündnisses sollte Deutschland auch nicht mehr am schädlichen „Iran-Deal" festhalten.

Würde man Sanktionen zustimmen, würden die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Mullahs eingeschränkt und somit flösse auch weniger Geld zur Unterstützung von Terror und Krieg ins Ausland. Natürlich muss man die Rachegelüste eines getroffenen Regimes ernstnehmen, aber langfristig wird die Ausschaltung von Soleimani zu weniger Krieg führen.

Anti-israelische EKD-Pastorin Gabriele Zander zu Gast in Frankfurt

In der hessischen Metropole haben Referenten einer Fachtagung über den Beitrag Deutschlands zur Lösung des Nahost-Konflikts diskutiert. Auch die Rolle der deutschen Kirchen im Staat der Juden war ein Thema.

Von Dana Nowak (Israelnetz)

„Deutschland muss klarer Position beziehen, an erster Stelle gegenüber Terror – denn Terror ist das Element, das im Nahen Osten den Konflikt trägt.“ Diese Ansicht hat die Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Frankfurt, Claudia Korenke, am Donnerstag bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt am Main geäußert. Zur Debatte in der Bildungsstätte Anne Frank stand die Frage: „Welchen Beitrag kann Deutschland zur Konfliktlösung im Nahen Osten leisten?“ Mitdiskutanten waren Johannes Becke von der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg sowie die in Ostjerusalem lebende Pfarrerin Gabriele Zander. Moderiert wurde das Gespräch von Maria Coors vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Korenke betonte: „Deutschland sollte sich einmischen. Wir sollten uns überall dort auf der Welt einmischen, wo Unrecht geschieht, und zwar im Rahmen dessen, was uns möglich ist.“ Die Vizepräsidentin der Bundes-DIG forderte zudem, Deutschland müsse aufhören, Geschäfte mit dem Iran zu machen, da dieser die Vernichtung Israels zum Ziel habe. „Wir stehlen uns hier politisch zu sehr aus der Verantwortung.“

Becke warnte unterdessen davor, den außenpolitischen Einfluss der Bundesrepublik zu überschätzen. Er habe nicht den Eindruck, dass Deutschland eine eigene Nahostpolitik verfolge. Diese sei vielmehr eng abgestimmt mit der Politik der europäischen Mächte. Für Deutschland sei die Region in erster Linie ein Absatzmarkt für den Waffenhandel. Er sehe die Bundesrepublik nicht in der Position, den Nahost-Konflikt zu lösen.

Allerdings könne seiner Ansicht nach die deutsche Zivilgesellschaft etwas bewegen. Es sei jedoch nicht immer hilfreich, wenn Deutsche meinten, sie müssten zu Detailfragen der israelisch-palästinensischen Grenzziehung eine Meinung haben. Oft werde vergessen, dass die israelische und die „palästinensische“ Zivilgesellschaft sehr viel vielfältiger sei, als das manche deutsche Diskurse glauben ließen.

An deutschen Schulen über Israel sprechen

Becke betonte zudem die Notwendigkeit eines deutschen Bildungsprogramms für Multiplikatoren zum Thema Israel und Nahost. An deutschen Schulen trauten sich Lehrer häufig nicht, über Israel und Palästina zu sprechen. Becke wies darauf hin, dass es in Israel eine reichhaltige Bildungslandschaft für deutsche Sprache und Literatur gebe. In der deutschen Wissenschaftslandschaft sei die Beschäftigung mit dem Staat Israel hingegen nur eine kleine verkümmerte Nische. Für Judaisten sei das Thema zu modern, für Islamwissenschaftler zu jüdisch.

Angerissen wurde auch die Rolle deutscher Kirchen und Religionsgemeinschaften in Israel. Zander wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in den Büroräumen der Jerusalemer Erlöserkirche auch der Bischof der „palästinensischen“ Christen sitze. Mit dieser „palästinensischen“ Gemeinde gebe es einen Partnerschaftsvertrag. Sie fühle sich Israel und den „Palästinensern“ verbunden. Es sei auch die Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), beide Seiten im Blick zu haben und für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ einzutreten.

Vorbehalte gegen Israel auf dem Kirchentag

Korenke brachte an dieser Stelle eine persönliche Erfahrung mit Christen aus der Praxis ein. Die DIG sei in der Öffentlichkeit immer wieder auch mit Infoständen präsent, beispielsweise auf dem Kirchentag. Vor den Auftritten bei der kirchlichen Veranstaltung habe sie am meisten Angst. Die Gespräche dort mit Besuchern am Stand seien „fast immer aggressiv, fast immer anti-israelisch“. In den Diskussionen, die sie häufig auch mit Pfarrern führe, sei oft kein Durchkommen möglich. „Hier gibt es einen grundsätzlichen Vorbehalt gegenüber Israel.“

Becke stimmte der DIG-Vizepräsidentin zu. Man habe es hier mit einer bestimmten Generation zu tun, die langsam in Rente geht. In dieser Generation gebe es eine große Begeisterung für die Dritte-Welt-Bewegung und die Befreiungstheologie, „man verbeißt sich sehr schnell in Israel-Palästina-Fragen“. Aber es sei in der evangelischen Kirche auch ein massives Gegengewicht, ein engagiertes Milieu, vorhanden, das diese Problematik kenne. Dieses müsse mehr Unterstützung finden.

Zander: Zu wenig „palästinensische“ Vertreter auf Kirchentag

Zander wies darauf hin, dass die Debatten auf dem Kirchtag, die in das Palästina-Solidaritäts-Spektrum gehörten, nicht Teil der offiziellen Veranstaltung seien. „Das ist etwas, das sich aus Protest dagegen formiert hat, dass der Kirchentag zu wenig palästinensische Vertreterinnen und Vertreter einlädt“ – so habe sie das wahrgenommen.

Die Pfarrerin ist Leiterin des „Evangelischen Pilger- und Begegnungszentrums“ der Kaiserin-Auguste-Victoria-Stiftung auf dem Ölberg in Jerusalem. Sie hatte bereits vor der Podiumsdiskussion von ihrer Arbeit in Israel erzählt. Kurzfristig war sie für den erkrankten ehemaligen Leiter des ARD-„Hauptstadt“-Studios in Tel Aviv, Richard C. Schneider, eingesprungen. Der sollte zum Thema „Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel“ einen Vortrag halten. Vorgestellt wurde Zander als Israelkennerin. Sie wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass sie sich schwer damit tue, bei ihrer Adresse in Ostjerusalem als Land „Israel“ anzugeben, da der Status der Stadt nach internationalem Rechtsverständnis nicht geklärt sei.

Zander: Bundestagsbeschluss zu BDS schwer nachvollziehbar

Bei ihren Ausführungen äußerte sich Zander unter anderem kritisch zum Bundestagsbeschluss vom Mai, der die Israel-Boykott-Bewegung BDS als antisemitisch einstuft. Dieser sei für sie nicht ganz nachvollziehbar. Von „palästinensischer“ Seite aus sei der Aufruf zum Boykott ein legitimes Mittel, auch wenn es BDS-Unterstützer mit antisemitischen Motiven geben sollte, sagte Zander. Sie erklärte weiter: „Vor Ort gibt es ja nicht viele Mittel, mit denen sich die Palästinenserinnen und Palästinenser gegen die Besatzung wehren können. Gewalt ist kein Mittel und rechtlich kommt man auch nicht weiter.“

Auch politisch hätten die „Palästinenser“ keine gute Vertretung, was auch an der eigenen Regierung liegen mag. Deshalb riefen zivilgesellschaftliche Akteure zum Boykott auf. „Dass das dann hier als antisemitisch verurteilt wird, wird der Situation in Palästina sicher nicht gerecht.“

Die Pfarrerin äußerte zudem die Einschätzung: „In beiden Gesellschaften wird Kritik zunehmend weniger geduldet, in Palästina wie in Israel.“ Nach dem Vortrag wurden zahlreiche kritische Stimmen aus dem Publikum laut. Sie bemängelten, dass Zander schwierige Themen nur angerissen habe und einseitig Israel kritisiere. In diesem Zusammenhang räumte die Referentin ein, dass es Kritikern in „Palästina“ schlimmer ergehe und diese zum Teil im Gefängnis sitzen. Das sei in Israel nicht der Fall.

„Von Israel enttäuscht“

Die vom Publikum kritisierte recht einseitige Verurteilung Israels begründete Zander mit persönlicher Enttäuschung. Sie sei 1986 mit sehr viel Liebe für das Land nach Israel gegangen. Es schmerze sie, zu beobachten, was in Israel passiere, weil das Land eine Demokratie ist. Früher habe es eine größere Friedensbewegung im Land gegeben, auch sei Kritikern eher das Wort erteilt worden. Das sei heute nicht mehr so.

Die Tagung „Israelbilder, deutsche Perspektiven auf den Nahost-Konflikt“ begann mit einer Diskussion über die Frage „Ist objektive Berichterstattung über den Nahost-Konflikt möglich?“.

Es ist Zeit die Delegitimierer zu delegitimieren!

Bericht von der „NGO Monitor"-Konferenz in Tel Aviv mit Nathan Scharansky und Elan Carr, dem neuen US-Sonderbeauftragten gegen Antisemitismus.

Von Oliver Vrankovic

Auch Nathan Scharansky sprach bei der Konferenz

Am 18. Dezember 2019 fand in Tel Aviv eine Konferenz über die Zukunft der Menschenrechte in Zeiten wachsenden Antisemitismus statt. Veranstaltet wurde die Konferenz von NGO Monitor, einem 2002 gegründeten und weltweit anerkannten Forschungsinstitut, das sich für demokratische Werte und gute Regierungsführung einsetzt.

Als bedeutender Schritt im Kampf gegen den Antisemitismus wurde die Annahme der IHRA-Antisemitismusdefinition und ihre Umsetzung (z.B. in Anti-BDS-Beschlüssen) beschrieben.

In der IHRA-Definition des Antisemitismus heißt es: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeinde-Institutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Der israelbezogene Antisemitismus wird in vier Punkten konkretisiert.

Zum Vorwurf vieler NGOs (z.B. Human Rights Watch), dass diese Punkte die Redefreiheit beschneiden, erklärte der Präsident von NGO Monitor, Gerald Steinberg: Wer es nicht schafft, Israel zu kritisieren, ohne die Existenz des Staates in Frage zu stellen, der ist ein Antisemit. Und wer es nicht schafft, Israel zu kritisieren ohne dafür doppelte Standards zu bemühen, ist ein Antisemit. Genauso, wie derjenige, der Israel mit Nazi-Deutschland vergleicht, ein Antisemit ist.

Mehrfach wurde bei der Konferenz herausgestrichen, dass die Antisemitismusdefinition der IHRA als Referenz für die Bewertung von Antisemitismus weiter etabliert und der Gesetzgebung konsequent zu Grunde gelegt werden muss.

In einem Panel mit Carol Nuriel, Direktorin von ADL in Israel, der Journalistin Lahav Harkov und der stellvertretenden tschechischen Botschafterin, Katerina Moravceva, wurde gefordert die Aufklärung über den Antisemitismus jugendgerecht in der Erziehung zu verankern.

Als Gründe für das Erstarken des Antisemitismus wurden u.a. das Verblassen der Erinnerung an den Holocaust angeführt und die sozialen Medien, die von Antisemiten genutzt werden, um sich weltweit zu vernetzen und zu bestärken.

Bei der Konferenz wurde dargelegt, wie der Antisemitismus zunehmend von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft drängt. Populäre soziale Bewegungen wie Umweltschutz und Feminismus werden zunehmend von pro-„palästinensischen" Aktivisten infiltriert. Mit der ehemaligen Anführerin des „Women March", Linda Sarsour, hat es eine Aktivistin, die mehrfach antisemitisch ausfällig wurde, in das Wahlkampfteam von Bernie Sanders geschafft. Das Desinteresse nicht-jüdischer US-Medien an diesen Zuständen wurde unter Verweis auf die jahrelange Verharmlosung des Antisemitismus in der britischen Labour-Partei problematisiert.

Sima Vaknin Gil, Generaldirektorin des Ministeriums für strategische Angelegenheiten, beschrieb den Kampf gegen die Delegitimierung Israels in der internationalen Gemeinschaft als unmittelbare Gefahr für die Sicherheit Israels. Laut Vaknin Gil ist es dringend notwendig, „die Delegitimierer zu delegitimieren". Dazu sei es wichtig, Verbindungen zwischen NGOs, BDS, Geldgebern und auch Terrororganisationen aufzuzeigen.

Bei der Konferenz wurde wiederholt betont, dass linker und rechter Antisemitismus nicht als grundverschieden gedacht werden dürfen, da sich Rechts und Links in ihren extremen Auswüchsen wie bei einem Hufeisen annähern.

Elan Carr, der neue US-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Antisemitismus

Elan Carr, der im Februar von US-Außenminister Mike Pompeo zum Sonderbeauftragten für die Überwachung und Bekämpfung des Antisemitismus ernannt wurde, führte aus, dass sich Antisemitismus auf Seiten der White Supremacists, der anti-zionistischen extremen Linken und des militanten Islam finden. Eigentlich drei Ideologien, deren Anhänger sich gegenseitig hassen, aber sich einig sind in ihrem Judenhass. Carr rief dazu auf, den linken Antisemitismus, der sich im akademischen Milieu und in NGOs ausbreitet, so kompromisslos zu bekämpfen wie den Antisemitismus von Rechtsradikalen.

Carr empörte sich darüber, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit gegen Juden gewendet wird, wo doch das Grundprinzip der sozialen Gerechtigkeit als Tikkun Olam tief im Judentum verankert ist.

Man kann die Welt nicht verbessern ohne Antisemitismus zu bekämpfen, erklärte Carr und lobte die Ernennung des Antisemitismusbeauftragten Felix Klein und die Verabschiedung des Anti-BDS-Beschlusses im Bundestag. Als weitere „good news" führte Carr den Wahlkampf in der Ukraine an, wo ein jüdischer Präsident gewählt wurde, ohne dass es im Wahlkampf eine Rolle gespielt hat, dass er Jude ist. Als bahnbrechend bezeichnete Carr die Annahme der IHRA-Definition von Antisemitismus in Frankreich und den UN-Bericht „Bekämpfung von Antisemitismus zur Beseitigung von Diskriminierung und Intoleranz aufgrund von Religion oder Glauben" des Sonderberichterstatters für Religions- oder Glaubensfreiheit, Ahmed Shaheed, der eine Verbindung zwischen der Kritik an Israel, BDS und Antisemitismus zieht.

Und in den USA, so Carr, hat sich Präsident Trump in nie dagewesener Weise dem Kampf gegen Antisemitismus verpflichtet. Dazu gehörten die Verlegung der israelischen Botschaft nach Jerusalem, die Anerkennung des Golan als israelisches Territorium, die Neubewertung der Siedlungspolitik, die Schließung der PLO-Vertretung in Washington, der Geldentzug für die UNRWA und die Annullierung des Iran-Deals.

Carr lobte die AIPAC-Rede Trumps als „philosemitischste Rede aller Zeiten" und führte weiter aus, dass sich das vom Präsidenten erlassene Dekret gegen Antisemitismus an Universitäten als „Game Changer" herausstellen werde. US-Hochschulen müssen fortan mit der Streichung von staatlichen Mitteln rechnen, wenn sie Antisemitismus nicht konsequent bekämpfen.

1.700 Jahre jüdische Geschichte in Deutschland

Carr lobte das jüdische Museum in Warschau und forderte die Beiträge der Juden für einzelne Gesellschaften auch in anderen Ländern zu betonen. Gerade in Deutschland würde sich das Jubiläumsjahr 2021, das 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland markiert, als Aufhänger anbieten.

Für den Vorsitzenden der Jewish Agency, Isaac Herzog, bedarf es für eine erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus einer grundlegenden gesellschaftlichen Änderung, die nur mit Bildung erreicht werden kann.

Irwin Cotler, Gründer und Vorsitzender des Raoul-Wallenberg-Zentrum für Menschenrechte, einer Nichtregierungsorganisation, die sich der Verfolgung von Gerechtigkeit durch den Schutz und die Förderung der Menschenrechte verschrieben hat, betonte die Notwendigkeit der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und benannte die UN als eine Quelle des Antisemitismus unserer Zeit. Als ehemaliges Vorstandsmitglied der NGO „UN Watch" wusste Cotler ein Dutzend Beispiele für die Dämonisierung Israels durch die UN darzulegen.

Cotler erläuterte, dass auch in der aktuellen Sitzungsperiode Israel um ein Vielfaches öfters verurteilt wird als alle anderen Staaten der Erde zusammen.

Die Delegitimierung zeige sich schon in der Sprache. Wer Israel als „Apartheidsstaat" bezeichne, so Cotler, sage damit aus, dass Israel ein krimineller Staat sei, der von der Weltgemeinschaft bekämpft und abgeschafft gehöre.

Wer Israel als Siedlerstaat bezeichne, missachte, dass die Juden die Ureinwohner des Landes seien.

Cotler verlangte auf eine grundlegende Reform der UN zu drängen. Denn eine Weltgemeinschaft, die den Antisemitismus nicht bekämpft, verrate ihre Prinzipien.

Letzter Redner der Konferenz war Natan Scharansky, dem Tage zuvor der Genesis-Preis verliehen wurde. Scharansky war Anführer des zionistischen Ausreisekampfs der Juden in der UdSSR und deshalb acht Jahre in einem Gulag interniert. Scharansky blickte in seiner Rede auf das Jahr 1975 zurück, als eine UN-Resolution verabschiedet wurde, in der Zionismus als Rassismus bezeichnet wurde. Dies, so Scharansky, sei ein herber Rückschlag für den zionistischen Ausreisekampf gewesen. Allerdings, so Scharansky weiter, konnte man sich damit beruhigen, dass die meisten freien Länder nicht dafür gestimmt haben. Heute dagegen finde sich Antisemitismus auch in sogenannten „progressiven" Kreisen.

Kopfschüttelnd kommentierte Scharansky die Diskussion darüber, ob Juden als Religion oder als Nation definiert werden sollten. Scharansky stellte klar, dass Antisemiten die Juden für das hassen, womit diese sich identifizieren, sei es ihre Religion oder das jüdische Volk oder Israel und erweiterte damit quasi noch die Aussage von Carr, dass es dem Antisemiten nie darum gehe, was der Jude tut, sondern was er ist.

Araber in Israel – von Schein und Wirklichkeit

Der vorsätzlich falsche Vorwurf „Apartheid-Staat“ macht noch immer die Runde gegen Israel. Der Wirklichkeit hält diese Lüge nicht Stand.

(Israelnetz) *Mehr als neun Millionen Menschen leben in Israel. Von ihnen sind knapp 6,7 Millionen Juden, knapp zwei Millionen sind Araber. Fast eine halbe Million gehört keiner der beiden Gruppen an. Oft werden Vorwürfe laut, Israel diskriminiere Minderheiten, besonders die Araber. Daher betrachten manche Israel als „Unrechtsregime“. Drei Vorurteile sollen im Folgenden genauer betrachtet werden.*

JACK GUEZ / AFP

Israelische Araber am Strand von Tel Aviv

„Israel ist ein Apartheid-Staat“

Immer wieder wird im Zusammenhang mit Israel der Begriff „Apartheid“ verwendet. Er soll auf eine angebliche rassistische Segregation zwischen Juden und Nichtjuden hinweisen. Ein Beispiel ist die Aussage von Enes Bayrakli. Der Politikwissenschaftler bezeichnete Premierminister Benjamin Netanjahu Mitte Oktober auf Twitter als „Kopf eines Apartheid-Staates“. Bayrakli ist Mitherausgeber des „Europäischen Islamophobie-Reports 2018“, der durch die Europäische Union finanziert wurde.

Der Begriff „Apartheid“ ist historisch untrennbar mit der organisierten Rassentrennung im Südafrika des 20. Jahrhunderts verbunden. Sie war durch die autoritäre, selbsterklärte Vorherrschaft der europäischstämmigen Bevölkerung über einheimische Gruppen gekennzeichnet.

Doch die Wirklichkeit in Israel ist eine andere: Arabische Bürger sind im Staat Israel den jüdischen gleichgestellt. Für sie gilt die uneingeschränkte Religionsfreiheit und das Wahlrecht. Sie können studieren, auch wenn sie in Universitäten und Hochschulen insgesamt immer noch unterrepräsentiert sind. Nach Angaben des Israelischen Rates für Hochschulbildung (CHE) hat sich die Zahl der Studenten aus dem arabischen Sektor jedoch von 2007 bis 2018 mehr als verdoppelt. Oder anders gesagt: Zwischen 2011 und 2018 ist sie um 80 Prozent gestiegen. Damals waren 26.000 Araber in höheren Bildungseinrichtungen eingeschrieben, 2018 waren es 47.000. Der Staat stellt entsprechende Stipendien bereit, sowohl für Sprachkurse, die vor dem Studium angeboten werden, als auch für die akademischen Programme selbst.

Jaffa Silberschatz, Direktorin des CHE, sagte gegenüber der Onlinezeitung „University World News“: „Eine akademische Ausbildung ist der Schlüssel, um soziale Lücken zu schließen, und um eine gute Integration in den Arbeitsmarkt sowie die israelische Gesellschaft zu ermöglichen.“ Natürlich müsse noch mehr getan werden. Doch auch die Zahl der Araberinnen, die an höheren Bildungsstätten in Israel studierten, sei signifikant gestiegen. Von den arabischen Studenten, die einen Bachelor-Abschluss anstrebten, seien 66 Prozent Frauen. Im jüdischen Bereich seien es nur 50 Prozent.

Immer wieder kommt Kritik auf zu den Aufstiegschancen von Arabern in der israelischen Gesellschaft: Einer, der sich offen dazu äußert, ist Dschamal Hakrusch. Der Muslim ist seit 2016 Polizeivizepräsident. Fehler, die einem jüdischen Kollegen verziehen würden, dürfe er sich nicht leisten, sagt er. Auch in Israel gilt: Minderheiten müssen sich mehr anstrengen als Menschen der Mehrheitsgesellschaft, um auf gleiche Posten zu kommen.

Trotzdem sind Araber im Parlament vertreten und können jeden hochrangigen Posten in Politik und Gesellschaft erreichen, den auch ein jüdischer Israeli erreichen kann. Ein bekanntes Beispiel ist der Druse Ajub Kara, der bis zum Sommer für zwei Jahre Kommunikationsminister war. Sowohl der ehemalige Staatspräsident Mosche Katzav als auch der ehemalige Premierminister Ehud Olmert wurden 2011 und 2015 von arabischen Richtern des Obersten Gerichtshof zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Seit Sommer leitet der Araber Samer Hadsch-Jehida die traditionsreichste israelische Bank, die Bank Le‘umi, die von Theodor Herzl gegründet wurde.

Der Menschenrechtsaktivist Bassam Eid, der sich als „palästinensischer“ Bürger Israels bezeichnet, sagte auf einer Konferenz Anfang November: „Dein Zuhause ist nicht dort, wo du geboren bist, sondern da, wo du in Würde leben darfst. Ich selbst wohne in Jericho. Ich sehe jeden Tag Hunderte von Frauen, die in die Siedlung Ma‘ale Adumim fahren, um dort bei jüdischen Familien sauber zu machen. Sie haben einen sehr hohen Verdienst, der ihnen ein würdevolles Leben ermöglicht.“ Er schimpft über die Boykottbewegung BDS, die den Staat Israel isolieren will. „Die Bewegung ist reine Heuchelei. Die wollen uns Palästinenser ausnutzen, uns aber nicht helfen. Sie sprechen nicht in meinem Namen.“ Eid ist überzeugt: „Die BDS-Akteure wollen vor allem nicht, dass Menschen nach Israel kommen. Denn dann würden sie erkennen, dass sich die Realität nicht mit ihren Falschaussagen deckt.“

Einer, der schon 19 mal in Israel war, ist der Südafrikaner Kenneth Meshoe. Der Vorsitzende der „Afrikanischen Christlich-Demokratischen Partei“ sagte gegenüber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU:

„Zu sagen, Israel sei Apartheid, ist eine Beleidigung. Wenn wir in Südafrika all die Rechte gehabt hätten, die die Araber in Israel haben, hätte es nicht einmal einen bewaffneten Kampf gegeben, Mandela hätte zugestimmt.“

Auch der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hatte wiederholt den Vergleich von Israel als Apartheid-Staat bemüht. Die Jugendabteilung des ANC sprach sich hingegen nach einem Besuch in Israel dezidiert gegen diese Vergleiche aus. Außerdem stellte sie fest, dass der Vergleich ursprünglich nicht etwa durch Südafrikaner oder „Palästinenser“ aufgekommen war, sondern aus der ehemaligen Sowjetunion stammt. Weil die arabischen Staaten gegen Israel gestanden hätten, habe auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1975 Israel in einem Atemzug mit Südafrika erwähnt. Im ANCBericht heißt es über Israel: „Im Gegensatz zur Apartheid-Regierung in Südafrika gibt es vonseiten der Regierung keine Bestrebungen, eine bestimmte Gruppe abzusondern. In unseren Gesprächen mit Israelis spürten wir Arabern und Juden ihren brennenden Wunsch ab, in harmonischer Nachbarschaft zu leben. In Südafrika verschmähten die weißen die schwarzen Afrikaner.“ Wer den Begriff „Apartheid“ auf den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt anwende, mache sich mitschuldig an dem Versuch, die schwarzen Bewohner ihrer Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu berauben.

„Die arabische Sprache wird benachteiligt“

Vor allem in Jerusalem ist immer wieder zu hören, wie sich jüdische Verkäufer mit arabischen Kunden auf Englisch unterhalten. Das ist für deutsche Ohren sicher gewöhnungsbedürftig; Schweizern dürfte das allerdings gar nicht erst auffallen, da diese sogar an vier Amtssprachen gewöhnt sind. Im Nationalstaatsgesetz, das im Sommer 2018 verabschiedet wurde, ist als einzige Amtssprache Hebräisch festgelegt. Arabisch hat seitdem einen „Sonderstatus“. Darüber empörten sich viele israelische und ausländische Medien. Israelische Araber selbst zeigten sich größtenteils unbeeindruckt. Einer sagte: „Wir leben in einem jüdischen Staat, warum kann da nicht auch Hebräisch Amtssprache sein? Mir ist wichtig, dass ich weiter meinen Glauben praktizieren darf.“ Nach wie vor sind Straßen in den drei Sprachen Hebräisch, Arabisch und Englisch ausgeschildert, gleiches ist der Fall bei Unterlagen in Behörden. Trotzdem gilt als besser integriert, wer die hebräische Sprache beherrscht.

„Araber sind gegen den Staat Israel“

Obwohl Araber in Israel vom Wehrdienst befreit sind, melden sich viele doch freiwillig. Ein christlicher Offizier, der in ausländischen Medien nicht zitiert werden möchte, sagt stolz: „Der jüdische Staat garantiert mir Meinungsfreiheit, ich kann sogar öffentlich die Regierung kritisieren.“ Aufpassen müsse er lediglich in der arabischen Gesellschaft. „Dort darf ich nicht offen über meine Erfahrungen sprechen.“ Obwohl die arabische Bevölkerung Israels weniger als 21 Prozent ausmacht, werden 60 Prozent der Morde in arabischen Ortschaften begangen. Allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren es 76 Fälle. Oft sind häusliche Gewalt und Familienfehden die Ursache. Traditionell werden solche Probleme vom Muhtar, dem Ortsvorsteher, geahndet. Doch die traditionellen Strukturen greifen immer weniger, sodass die Polizei eingreifen muss. Die Regierung sieht sich mit dem Vorwurf der arabischen Gesellschaft konfrontiert, nicht genug zu tun, um der Gewalt Herr zu werden. Die soziale Kontrolle in den arabischen Gemeinschaften ist groß, sodass viele ihre positive Meinung gegenüber dem jüdischen Staat nur hinter vorgehaltener Hand kundtun.

Der Beduine Muhammad Kabija hat kein Problem, seine Ansichten öffentlich zu vertreten: „Ich bin Israeli und möchte mein Land verteidigen. Ich habe alle Rechte, die jeder Israeli hat. Israel schützt mich als Staatsbürger und Angehöriger einer Minderheit. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und in meinen Augen viel demokratischer als viele andere demokratische Staaten. Die Armee verteidigt mich, meine Familie, meine Gemeinschaft und mein Land.“

Der Offizier der Luftwaffe ist überzeugt: „Raketen, die von der Hamas oder der Hisbollah in unser Land gefeuert werden, unterscheiden nicht zwischen Juden und Muslimen. Ich bin stolz darauf, Muslim zu sein. Wer in die arabische Welt schaut, stellt fest, dass sich Sunniten und Schiiten umbringen. Muslime töten sich gegenseitig. In Israel sind Muslime und die Angehörigen anderer Religionen viel sicherer als in der arabischen Welt.“ Kabija ist stolz auf seinen Einsatz für sein Heimatland: „In der Armee dienen wir Muslime zusammen mit Juden. Wir arbeiten zusammen und laufen auf den gleichen Straßen. Wir teilen unser Leben. In meiner Familie hat ein Großteil in der Armee gedient, viele waren Offiziere in Eliteeinheiten.“

Über die Rechte von Minderheiten in Israel gibt es viele weitere Vorurteile. Die Wirklichkeit erweist sich als vielschichtiger. Oder, wie es der christliche Offizier aus Galiläa ausgedrückt hat: „Sicher ist in Israel nicht alles perfekt, aber es ist längst nicht so, wie es vielfach im Ausland beschrieben wird. Israel ist mein Heimatland und garantiert mir Frieden und Sicherheit. Würde ich in unseren arabischen Nachbarstaaten leben, würde es mich und meine Religionsgemeinschaft wohl schon nicht mehr geben.“

Die islamische Kultur kennt nur Eroberer und Besiegte

Das demokratische Israel wird sich dieser Logik wohl beugen müssen und den Frieden nur durch eigene militärische Stärke bewahren können.

Von Nave Dromi (Redaktion Audiatur)

Hisbollah-Kinder mit den Porträts von Nasrallah und Chamenei.

Seit der muslimischen Eroberung, Besetzung und Kolonisierung des Nahen Ostens und Nordafrikas im siebten Jahrhundert, lebten unter anderem Juden unter einem Dhimmi-Status. Während der Begriff dhimmi mit „Schutzbefohlene" übersetzt wurde, ist die eigentliche Bedeutung viel gravierender.

Nach islamischem Recht waren Juden weniger wert als Bürger zweiter Klasse. Sie waren eine brutal unterdrückte Minderheit, gezwungen Sondersteuern zu zahlen die als Dschizya bezeichnet werden, häufig dazu gezwungen markante Zeichen an ihren Häusern und Kleidungsstücken anzubringen und manchmal brutal durch andere Einschränkungen gedemütigt.

Die in Ägypten geborene britische Autorin Bat Ye'or schrieb, dass der Dhimmi-Status eine „Beziehung zwischen Eroberer und Erobertem" sei und „die Dhimmi-Völker die Rolle des Opfers innehatten, das gewaltsam besiegt wurde; und tatsächlich wird eine Nation nach einem Krieg, einem Dschihad und nach einer Niederlage zu einem Dhimmi-Volk".

Das jüdische Volk hatte jahrtausendelang in der Region gelebt, bevor es im zwanzigsten Jahrhundert von arabischen Herrschern vertrieben und zur Flucht gezwungen wurde. Fast eine Million Juden hatten im Nahen Osten und in Nordafrika gelebt, bevor ihr Status um die Mitte des letzten Jahrhunderts von einem bedrohlichen in einen völlig unerwünschten verwandelt wurde, die meisten flohen in den aufstrebenden Staat Israel.

Am 30. November werden wir uns am Tag des Gedenkens für die jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern und dem Iran an sie erinnern. Wir werden uns an ihre Geschichte, Kultur und Tradition unter schwierigen Umständen erinnern und ihrer ethnischen Säuberung gedenken.

Es gibt aber auch einige Lehren, die wir daraus ziehen müssen.

Diejenigen von uns, deren Ursprünge in Ländern liegen, die heute als „arabische Länder" bekannt sind und deren Familie Dhimmis waren, verstehen diese Geschichte der Eroberung, des Sieges und der Niederlage gut.

Vielleicht ist dies der Grund, warum israelische Juden, deren Ursprünge aus dem Nahen Osten und Nordafrika (Mizrahi) stammen, nach zahlreichen Umfragen, darunter Daten die vom Meinungsforschungsunternehmen Panel Proyect Hamidgam gesammelt und von Dr. Dror Feitelson zu den Wahlen 2015 analysiert wurden, unverhältnismäßig häufiger für kämpferische politische Parteien stimmen als andere. Sie verstehen besser als die meisten anderen, dass es in dieser Region nur zwei Arten von Menschen gibt, die Eroberer und die Besiegten.

Staatenlose Völker sind ausgeliefert

Sie lebten viel zu lange als Besiegte und deshalb drängen sie immer mehr darauf, dass Israel seine Feinde und diejenigen, die versuchen uns wieder zu einem staatenlosen Volk zu machen, besiegt.

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie mit Staatenlosen umgegangen wird, sei es mit den Kurden in der Türkei, Syrien oder im Irak, mit den Christen in Ägypten oder mit den Jesiden im Irak, um nur einige zu nennen.

Das war das Los des jüdischen Volkes für 1.300 Jahre in der Region.

Wenn islamistische Terrororganisationen wie Hamas, Islamischer Dschihad und Hisbollah und islamistische Regime wie das der Islamischen Republik Iran über die Zerstörung Israels sprechen, ist es ihr Ziel das ungeschehen zu machen, was sie als die unnatürliche Entstehung jüdischer Souveränität auf dem zuvor vom Islam eroberten Gebiet sehen.

Sie sehen Israel als dar al-harb (wörtlich „Land des Krieges"), ein Gebiet, das von Nicht-Muslimen regiert wird, das zuvor von Muslimen regiert wurde und im Kampf zurückerobert werden muss. Eine

> Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie mit Staatenlosen umgegangen wird, sei es mit den Kurden in der Türkei, Syrien oder im Irak, mit den Christen in Ägypten oder mit den Jesiden im Irak, um nur einige zu nennen.

flüchtige Prüfung der Hamas-Charta oder die Kommentare von Führern wie dem Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah und dem iranischen Obersten Führer Ayatollah Khamenei beweisen, dass dies für sie eine sehr reale religiöse Verpflichtung ist.

Damit Israel in einer solchen Region, mit solchen Feinden überleben kann, muss es sich leider auf dem Kriegsschauplatz beweisen, indem es seine Feinde besiegt.

Warum greifen islamische Extremisten nicht Spanien an?

Der einzige Grund, warum islamistische Extremisten nicht versuchen, Spanien oder Teile des Balkans zurückzuerobern, die einst ebenfalls unter islamischer Herrschaft standen, ist die Tatsache, dass sie nicht glauben, es zu können.

Leider gilt dies für viele Regimes und islamistische Organisationen in der Region jedoch nicht für Israel, sie sind überzeugt, dass Israel besiegt werden kann und wird.

Iranische Führer haben wiederholt erklärt, dass Israel „von der Landkarte getilgt" wird, sobald der Iran sich dem Ziel annähert, ein nukleares Arsenal zu schaffen, das in der Lage ist, diese genozidale Aufgabe zu erfüllen. Der Hisbollah-Führer Nasrallah erklärt regelmäßig, dass Israel „besiegt" und schließlich „verschwunden" sein wird.

Sogar Vertreter der „Palästinensischen" Autonomiebehörde, die als säkularer gelten als ihre Hamas-Pendants, behaupten Israel sei wie der Kreuzritterstaat ein ausländisches Implantat im Nahen Osten, das schrittweise eingeengt und schließlich aufgelöst werden müsse.

Der Ausdruck, der heute auf europäischen Straßen und Universitätsgeländen beliebt ist – Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish muhammad saya'ud („Khaybar, Khaybar, oh ihr Juden! Mohammeds Heer kommt bald") – ist ein schlecht getarnter Aufruf, Juden heute zu töten, da er sich auf eine Schlacht bezieht, in der Mohammed eine Vielzahl von Juden abgeschlachtet hat.

Die Welt wünscht sich, dass es im israelisch-„palästinensischen" Konflikt um Land und „palästinensische" Autonomie geht, deren Lösung in ausländischen Hauptstädten verhandelt werden kann.

Die Juden mit Wurzeln im Nahen Osten und in Nordafrika wissen, dass dies eine massive Vereinfachung darstellt und basierend auf den weitreichenden Zugeständnissen und großzügigen Angeboten Israels an die „palästinensische" Führung, die fast ein Jahrhundert zurückreichen, völlig falsch ist.

Der Staat Israel ist weiterhin am Leben, weil wir diejenigen besiegt haben, die unsere Vernichtung anstrebten. Der Friede wird nur dann kommen, wenn klar ist, dass Israel nicht besiegt wird und nicht verschwindet. Dann, wenn die Feinde Israels dies begreifen und bereit sind für den Frieden, können die Verhandlungen ernsthaft beginnen.

Ein israelischer Sieg ist gut für die Chancen auf Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle Völker der Region, denn sobald unsere Feinde nicht mehr nach unserer Zerstörung streben, können sie ihre Energien und Ressourcen für Sozialfürsorge, Bildung, Gesundheit und den Aufbau einer gesunden demokratischen Ordnung einsetzen.

Nur ein souveränes Volk, das als unbesiegbar und unverwüstlich gilt, ist in dieser Region sicher. Man muss sich nicht mal die vielen ethnischen und religiösen Minderheiten in unserer Region ansehen – man braucht nur die jüdischen Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Nordafrika zu fragen.

Nave Dromi ist die Direktorin des Middle East Forum in Israel. Zuvor war sie Geschäftsführerin der „Blue and White Human Rights"-Bewegung, die vom Institute for Zionist Strategies gegründet wurde. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Middle East Forum. Übersetzung Audiatur-Online.

Führung durch Negba

Zu Besuch im 1939 gegründeten Kibbuz in Zentralisrael

Von Hein Thiede

Am 24. November 2019 hatte ich die Ehre, dass Moshe Lev-Ran mich durch sein Kibbuz Negba führte. Ich lernte ihn im März 2017 anlässlich eines Kongresses der „Freunde Judäas und Samarias im Europäischen Parlament“ kennen. Dort sprach er zu interessierten Abgeordneten über sein Friedensprojekt in den C-Gebieten, genauer in Barkan, in der Nähe der Universitätsstadt Ariel. Dort leitet er eine Fabrik, in der Araber, Muslime, Juden, Israelis (es gibt selbstverständlich Überschneidungen) gleichberechtigt nebeneinander arbeiten. Moshes Credo: Menschen, die einen Job haben und ihre Familie ernähren können, sind weniger anfällig für terroristische Aktivitäten.

Negba liegt zwischen den Städten Mal'achi und Ashkelon. 1939 wurde es, wie nach osmanischem Recht üblich, als Turm- und Palisaden-Siedlung gegründet.

Im Unabhängigkeitskrieg 1948 spielte Negba eine herausgehobene Rolle. Die ägyptische Armee griff das kleine Dorf mit 400 Soldaten, der Luftwaffe und Panzern an. Vorsorglich hatte Negba Frauen und Kinder evakuiert. 30 Menschen verteidigten ihren Ort gegen den übermächtigen Feind. Sie hielten drei Monate in Bunkern und Befestigungen stand, bis die israelische Armee die Ägypter vertrieb.

Zur Erinnerung an diese Kämpfe wurde ein Ehrenmal in einem Park der Erinnerungen aufgestellt. Hier befinden sich auch die Grabsteine der Gefallenen.

Negba wird aus historischen Gründen gerne besucht. Armeeangehörige und Schulklassen werden hier mit israelischer Geschichte vertraut gemacht. Negba ist 12 Quadratkilometer groß, beherbergt eine Verpackungsfabrik und bietet auch Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Es produziert Milch und ist bekannt für seinen Avocado-Anbau.

Vor einigen Jahren verließen viele junge Leute den Kibbuz. Man ersann Abhilfe. Junge Familien erhielten 500 Quadratmeter Grund kostenlos und konnten darauf ihre Häuser erstellen. Der Erfolg stellte sich bald ein – heute ist die Nachfrage größer als das Angebot.

Auch der Kibbuz Negba leidet unter dem Beschuss aus Gaza. Wenn die Sirenen lärmen, muss man innerhalb von 15 Sekunden den Sicherheitsraum, der sich in jedem Haus befindet, aufsuchen.

Ehrendenkmal von Nathan Rappaport im Kibbuz Negba

Wenn der „Islamische Dschihad“ oder die Hamas wieder einmal ihre Raketen abfeuern, dann weiß sich Moshe Lev-Ran an seinem Arbeitsplatz in Barkan in Sicherheit, während seine Frau und andere Teile der Familie dem Terror ausgeliefert sind.

Der Libanon-Feldzug 1982 forderte auch zwei Opfer unter den Bewohnern Negbas. Zwei Hubschrauber der israelischen Armee stießen zusammen. 73 Menschen starben.

Zum Andenken an diese jungen Menschen errichtete der Kibbuz einen Erinnerungspark. 73 unterschiedliche Baumarten, die alle in Israel wachsen, wurden hier angepflanzt.

Der Taylor Force Act

Die Eltern eines ermordeten amerikanischen Terroropfers bringen die „Palästinensische Autonomiebehörde“ international in große Bedrängnis.

Von Avi Abelow und Filip Gaspar

Der US-Armeeveteran Taylor Force wurde während eines Israelbesuches von einem arabischen Terroristen ermordet. Für die Ausübung dieses Terroraktes erhielt der arabische Terrorist sogar einen Lohn von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA). Die Eltern von Taylor Force wollten nicht, dass die schreckliche Ermordung ihres Sohnes folgenlos bleibt. Sie arbeiteten aktiv an einem US-Gesetz, dem sogenannten „Taylor Force Act“, und erreichten, dass dieses sowohl vom Repräsentantenhaus als auch vom Senat verabschiedet wurde. Dieses Gesetz ändert die Lage für Terrororganisationen, denn diesen drohen nun reale Konsequenzen. Es bestraft die „Palästinensische Autonomiebehörde“ dafür Terroristen, die ihre Gefängnisstrafe für die Ausübung eines Terroraktes absitzen, und deren Familien zu bezahlen.

Eine neue Welt

Die internationale Gemeinschaft hat seit den Oslo-Abkommen von 1995 Hilfsgelder an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ fließen lassen. Ohne diese internationalen Hilfsgelder könnte die PA finanziell nicht überleben. Statt eine Wirtschaft aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen, hat die PA über 25 Jahre lang Hilfsgelder verschwendet. Und viele dieser Hilfsgelder verwendet, um Terroristen und deren Familien zu bezahlen.

Die USA haben den „Taylor Force Act“ zum Gedenken an den ermordeten US-Veteranen Taylor Force verabschiedet. Der Taylor Force Act besagt, dass die USA ihre Hilfsgelder an die PA zurückhalten werden, solange diese weiterhin Gelder an Terroristen und deren Familien zahlen.

Im Juni 2019 verabschiedete die Knesset eine israelische Version desselben Gesetzes.

Jetzt endlich richtet die Welt ihr Augenmerk auf einige Handlungen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, denn diese unterstützt Terror gegen Israel sowie unschuldige Besucher Israels – wie Taylor Force einer war.

Die Antwort der „Palästinensischen Autonomiebehörde“

Machmud Abbas, Präsident der „Palästinensische Autonomiebehörde“, sagte, dass die PA es niemandem gestatten werde ihr vorzuschreiben, wem sie Gelder zukommen lasse. Abbas weiß, dass ein Zurückhalten der Hilfsgelder die PA bestrafen würde. Dennoch behauptet er, auch in Zukunft Gelder an inhaftierte Terroristen und deren Angehörige zahlen zu wollen.

Auf einem Treffen von Fatah-Parteiführern sagte Abbas trotzig, dass die PA weiterhin „unsere Märtyrer, Gefangenen und verwundeten Leute“ bezahlen werde, wie sie dies seit 1965 tut.

„Wir werden es niemandem gestatten uns daran zu hindern, Geld an die Familien der Märtyrer und Gefängnisinsassen zu zahlen, auch wenn Israel dagegen ist.“

Dies geht aus einem offiziell veröffentlichen Protkoll von der staatlich geführten Nachrichtenagentur Wafa hervor.

Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums zahlte die PA allein im Jahr 2017 über 687 Mio. Schekel (ca. 178 Mio. Euro) an den sogenannten „Märtyrerfamilienfonds“ und 550 Mio. Schekel (142 Mio. Euro) an den „palästinensischen Gefangenenclub“. Dies macht ungefähr sieben Prozent seines Gesamtbudgets aus.

„Palästinensische“ Gefängnisinsassen, die wegen der Verübung von Terroranschlägen zu zwischen 20 bis 30 Jahren Haft verurteilt wurden, haben einen lebenslangen Anspruch auf ein monatliches Gehalt in Höhe von 10.000 Schekeln (2.579 Euro), teilte das Verteidigungsministerium mit. Diejenigen Gefangenen, die eine Haftstrafe von drei bis fünf Jahren absitzen, erhalten einen Monatslohn von 2.000 Schekeln (515 Euro). Verheiratete „palästinensische“ Gefangene mit Kindern, in Jerusalem lebend oder die israelische Staatsbürgerschaft besitzend, erhalten obendrein noch zusätzliche Zahlungen.

Das Verteidigungsministerium veröffentlichte Zahlen, nach denen zufolge einige Terroristen, die für den Tod von Israelis verantwortlich sind, im Laufe ihres gesamten Lebens von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ mehr als 10 Millionen Schekel (2,6 Millionen Euro) ausgezahlt bekommen haben.

Natürlich gibt es auch Kritiker am Taylor Force Act. Diese warnen davor, dass dieses neue Gesetz zu einem Bankrott der PA führen könnte.

Die EU ebenfalls vor den Kopf gestoßen

Die Europäische Union, ein weiterer großer Geldgeber der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, übt jetzt aufgrund der finanziellen Terrorunterstützung ihrerseits Druck aus.

Eine EU-Delegation ist erbost über Rami Hamdallah, den Leiter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“. Er lehnte ein Treffen mit der Delegation ab, weil diese Aufklärung darüber forderte, wohin die EU-Hilfsgelder fließen. Dies geschah vor dem Verdachtshintergrund, dass die EU-Hilfsgelder zur Bezahlung von Terroristengehältern verwendet würden.

Israels Antwort

Der Knesset-Abgeordnete Elazar Stern war ein Mitinitiator des israelischen „Taylor Force Acts“. Für ihn ist der Schritt der Europäer eine Konsequenz aus dem Entschluss der australischen Regierung, ihrerseits Hilfsgeldzahlungen an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ einzustellen. Die Entscheidung basiert auf der Ablehnung seitens der PA, die Verwendung der Hilfszahlungen detailliert aufzuschlüsseln, und so den Verdacht aus der Welt zu räumen, dass Hilfszahlungen zur Finanzierung von Terroristengehältern verwendet würden.

Wir sind den Eltern von Taylor dankbar

Der Vater von Taylor Force erklärte in einem Gespräch mit dem israelischen Siedler-Aktivisten und Regisseur Avi Abelow, dass nachdem die Familie die Trauer über den Verlust überwunden hatte, sie realisierte, welche besondere Gelegenheit sich ihnen böte, um der Menschheit zu helfen. Und diese nahmen sie auch wahr.

Wie man sehen kann, zeigt der Taylor Force Act bereits Wirkung. Die Weltmächte werden sich der Tatsache bewusst, dass die „Palästinensische Autonomiebehörde“ weiterhin ununterbrochen kranken und verachtenswerten Terror unterstützt. All die Jahre hat die Völkergemeinschaft diese als „Friedenspartner“ behandelt und ihr noch zusätzlich Milliarden von Dollars hinterhergeworfen. Doch endlich sind sie aus dem Irrglauben erwacht und ihnen ist bewusst geworden, jahrelang betrogen worden zu sein.

Wir sind den Eltern von Taylor zu Dank verpflichtet dafür, dass sie aktiv am Versuch mitgewirkt haben, die Welt aufzurütteln. Die Welt muss endlich anfangen zu handeln und diese kranke Kultur voller Hass, Tod und Terror stoppen, die die als „Palästina“ bezeichnete Sache durchdrungen hat. Diese „Kultur“ hat nicht zum Ziel die Schaffung eines Staates der „Palästina“ heißt, sondern die Ermordung aller Juden und die Zerstörung des jüdischen Staates Israel.

Dank an Stuart und Robbie Force, den Eltern von Taylor Force.

Leviathan: Das neue Gasfeld im Mittelmeer bedeutet eine energiepolitische Revolution

Zum ersten Mal wird Israel Unabhängigkeit auf dem Energiesektor erlangen – und hofft außerdem, dass Gasexporte die Beziehungen zu seinen Nachbarn verbessern werden.

Marc Israel SELLEM / AFP

Förderplattform im israelischen Mittelmeer

(Mena Watch) Am israelischen Offshore-Gasfeld Leviathan wurde am Dienstag mit der Förderung von Erdgas begonnen. Das Konsortium der Betreiberfirmen nannte dieses Ereignis einen „historischen Wendepunkt in der Geschichte der israelischen Wirtschaft".

In einer gemeinsamen Erklärung der Partnerfirmen Noble Energy, Delek Drilling und Ration heißt es, der Beginn der Förderung werde zu einer sofortigen Senkung der einheimischen Strompreise führen und den Beginn des israelischen Gasexports markieren. „Zum ersten Mal in der seiner Geschichte wird Israel zu einem nennenswerten Gasexporteur", ist in der Verlautbarung zu lesen.

Am 17. Dezember gab Energieminister Yuval Steinitz bekannt, dass der Verkauf von Gas aus dem Gasfeld Leviathan und dem kleineren Feld Tamar an Ägypten bewilligt wurde.

Ein Sprecher der israelischen Partnerfirma Delek sagte, dass die Lieferungen an Ägypten am 1. Januar beginnen sollen. Zum ersten Mal wird Ägypten, das 1979 als erstes arabisches Land einen Friedenvertrag mit Israel unterzeichnete, Gas von seinem Nachbarn importieren.

Bisher hat Israel Gas aus Ägypten bezogen, aber oberirdische Teile der Pipeline wurden in den Jahren 2011 und 2012 mehrfach von Dschihadisten am Sinai angegriffen. (...) Israels östlicher Nachbar Jordanien bezieht bereits seit drei Jahren kleinere Mengen an Gas aus dem Gasfeld Tamar.

Neben der Unabhängigkeit in der Energieversorgung hofft Israel, dass seine Gasreserven es ihm ermöglichen wird, die strategischen Verbindungen in der Region zu stärken und neue zu schaffen. Ein Auge wird darüber hinaus auf den europäischen Markt geworfen."

Neues aus der anti-israelischen Erlöserkirche in Jerusalem

Der neueste Schildbürgerstreich der EKD: Deutsche evangelische Christen behaupten ihre Kirche stünde gar nicht auf israelischem Boden.

Von Dr. Petra Heldt (Redaktion Audiatur)

Wo steht die evangelische Jerusalemer Erlöserkirche? Die von Ulrich Sahm am 14. Dezember aufgeworfene Frage gibt Anlass zum Nachdenken. Die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beauftragten Verwalter der Erlöserkirche in der Altstadt von Jerusalem haben wenigstens drei Möglichkeiten, diese Frage zu beantworten, doch nur eine Antwort ist, wie Sahm zeigt, im Sinne der Kirche richtig.

Diese Antwort steht in Übereinstimmung mit der Politik der Deutschen Bundesregierung und sagt, dass die Erlöserkirche nicht in Israel steht. Die Bundesregierung hat sich einer Version einer verhandelten „Zwei-Staaten-Lösung" verpflichtet, worin der künftige Status von Jerusalem, das beide Seiten als Hauptstadt beanspruchen, auszuhandeln sei. So bleibt die Altstadt Jerusalems auch gegenwärtig weiterhin aus dem von Deutschland Israel zugedachten Staatsgebiet ausgespart. Anders als die evangelische Erlöserkirche, die sich 1948-67 im jordanisch besetzten Gebiet der Altstadt von Jerusalem befand, lag die katholische Dormitioabtei in jener Zeit auf dem Zionsberg im Niemandsland auf der israelischen Seite. So ist die Dormitioabtei im Verständnis der Bundesrepublik Deutschland heute offiziell auf israelischem Gebiet, die Erlöserkirche aber nicht.

Eine andere Antwort zur Frage nach der Staatszugehörigkeit des Ortes der Erlöserkirche könnte die Position des Staates Israel einnehmen. Hier ist Jerusalem Israels ungeteilte Hauptstadt. Auch hier ist die Antwort klar, aber gerade umgekehrt zur ersten: Die Erlöserkirche liegt in Israel. Ein evangelischer Kirchenverwalter ginge mit einer solchen Antwort allerdings einen Sonderweg und arbeitete gegen die Interessen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Er würde eine politische Position beziehen, die nicht nur in Anbetracht der gegenwärtigen Bauunterstützung für die Erlöserkirche durch die Bundesregierung, wie es heißt, im Werte von Millionen Euro ungeschickt wäre.

Die dritte Art von Antwort weicht einer Eindeutigkeit aus. Sie nimmt das Anliegen vieler evangelischer Christen in Deutschland auf, die in der frommen Annahme zur Erlöserkirche pilgern, dass sie in Israel liege. Hier bleibt die Antwort nicht ohne Absicht unklar. Schwelende politische und theologische Schwierigkeiten zur Lage der Erlöserkirche werden etwa durch die freundliche Selbstbeschreibung der Kirche als einem Ort, der zwischen allen Stühlen sitzt, wie ein Propst einst formulierte, umgangen. Einen anderen Versuch zur Quadratur des Kreises unternahm die Erlöserkirche viele Jahre mit dem Bestreben, Israel wenigstens durch Gemeindeglieder, die im israelischen Bereich Jerusalems leben, marginal präsent sein zu lassen. Diese bescheidene, doch wirkungsvolle Bestrebung wurde in den vergangenen sieben Jahren unterbunden, wo es nötig schien, und stattdessen das linkspolitische israelische Spektrum gefördert, das oft die Staatsposition der Bundesregierung zu Israel unterstützt.

Faktum ist, dass die Evangelische Kirche in Deutschland nach ihrem eigenen Selbstverständnis im Staat Israel keine Kirche besitzt. Bestrebungen, das zu ändern, sind nicht erkennbar.

Die Erlöserkirche wird geleitet als stünde sie in einem „palästinensischen" Gebiet. So ist es wie selbstverständlich, dass die Kirche „palästinensische" Positionen referiert; dass deutsche evangelische Mitarbeiter sich häufig an einer „palästinensisch" kolorierten Westjordanland orientieren; dass das Arabische und Muslimische oft vertrauter ist als das folkloristisch im Angebot stehende Hebräische und Jüdische. Rückkehrer von der Erlöserkirche sind in Deutschland oft gute Botschafter dieser Politik.

Es sieht so aus, als ob die evangelische Kirche mehr im Auge hat als das Wort Gottes und das Heil der Menschen. So kommt es, dass die Erlöserkirche nicht in Israel steht.

Pfarrerin Dr. Petra Heldt ist Direktorin der Ökumenisch-theologischen Forschungsgemeinschaft in Jerusalem.

Besucherzahlen in Israel brechen weitere Rekorde!

Nach zwei Rekordjahren kann Israel seine Touristenzahlen erneut steigern. Immer häufiger empfehlen internationale Magazine Reisen in den jüdischen Staat.

(Israelnetz) Zum dritten Mal in Folge kann Israel einen Tourismusrekord verzeichnen: 4,55 Millionen Besucher kamen 2019 ins Land. Dies gab das Zentrale Statistikbüro am Sonntag bekannt. Demnach gab es im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 11 Prozent – 2018 waren 4,1 Millionen Touristen gezählt worden. Bereits 2017 hatte Israel mit 3,6 Millionen Besuchern einen Rekord erlebt.

Die meisten Touristen reisten im vergangenen Jahr aus den USA ein. Darauf folgen Frankreich, Russland, Deutschland und Großbritannien. Der Besucherstrom brachte der Tourismusbranche umgerechnet rund 5,9 Milliarden Euro ein. Beliebtestes Ziel für Übernachtungen war Jerusalem, gefolgt von Tel Aviv, Tiberias, dem Toten Meer und Eilat am Roten Meer.

Insgesamt registrierten die israelischen Hotels 25,8 Millionen Übernachtungen, fast die Hälfte der Gäste waren Ausländer. Damit verzeichneten die 56.000 Hotelzimmer eine Auslastung von 70 Prozent, ein Ausbau ist geplant. Der Direktor des Tourismusministeriums, Amir Halevi, führt den Erfolg unter anderem auf die Marketingkampagne „Zwei sonnige Städte“ zurück. Diese hatte für Tel Aviv und Jerusalem geworben. Dabei betonte sie die Möglichkeit, zwei interessante Städte während eines Urlaubs zu sehen.

Der Strand von Tel Aviv

Wirtschaftsmagazin: Israel zu teuer

Das Wirtschaftsmagazin „Globes“ merkt allerdings an, dass das Ministerium als Ziel fünf Millionen Besucher in einem Jahr anstrebt. Außerdem bringt es Vergleichszahlen: Zypern habe mit nur 1,2 Millionen Einwohnern 4 Millionen Touristen gehabt – Israel hat 9 Millionen Einwohner. In Jordanien seien es 4,5 Millionen Besucher gewesen – 7,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Königreich hofft nun für 2020 auf 7 Millionen Einreisen.

Auch in einem anderen Punkt sieht „Globes“ Handlungsbedarf – „trotz der guten Tourismusstatistiken“: Das Magazin stellt die Frage: „Israel ist teuer – wann wird sich das ändern?“. Es zitiert eine bulgarische Touristin mit den Worten: „Israel ist ein Land, das man einmal besuchen sollte, mit netten Leuten (außer dem amateurhaften Reiseführer bei der Rundreise in Jerusalem), und das Essen ist lecker. Doch die Hotelpreise sind teuer.“ Sie könne es sich nicht leisten, als Touristin noch einmal zurückzukehren.

Internationale Magazine empfehlen Israelreisen

Dennoch – das steigende Interesse an Israelreisen zeigt sich auch daran, dass immer wieder israelische Orte in internationalen Listen mit Reiseempfehlungen erscheinen. So erklärte der Reiseführer des Magazins „Forbes“ unlängst die Küstenmetropole Tel Aviv zu einem der 20 angesagten Ziele für 2020. Und „Condé Nast Traveller“ schrieb unter der Überschrift „Sieben Gründe, 2020 den Nahen Osten zu besuchen“ auch über die Wüste Negev. Als spannend bezeichnete sie Überreste der antiken nabatäischen Kultur wie den Ramon-Krater.

Das Magazin „Leisure and Travel“ wiederum listet die „50 besten Reiseziele 2020“ auf. Auch hier ist Israel zu finden. Zu Rang 12 schreiben die Autoren: „Die glückliche Ehe zwischen Altertum und Moderne zieht mehr Besucher nach Caesarea, einer Küstenstadt mit Nationalpark in Nordisrael an der Stätte eines 2.000 Jahre alten römischen Hafens.“ Sie loben das neue Besucherzentrum mit seinen Ausstellungsstücken wie bunten Mosaiken und alten Münzen, die aus Schiffswracks geborgen wurden. Zudem weist das Magazin auf die Möglichkeit des Tauchens und Schnorchelns hin.

Der falsche Tourismus-Rekord der „Palästinenser“

Lautstark verkündet die „Palästinensische“ Autonomie-Behörde einen starken Zuwachs des Tourismus – verschweigt aber, dass dieser Zuwachs zu einem erheblichen Teil vom Besuch jüdischer Stätten herrührt.

(Israel Heute Redaktion) *Die Palästinensische Autonomiebehörde gab kürzlich eine Erklärung ab, wonach der Tourismussektor im Jahr 2019 mehr als 3 Millionen Besucher verbuchte.*

Und das, so sagte die Tourismusministerin der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Rula Ma’ayah, „trotz der Besatzung“.

Was Ma’ayah nicht erwähnte, war, dass diese Millionen ausländischer Touristen im Großen und Ganzen historische Stätten besuchten, von denen keiner von ihnen jemals gehört hätte, wenn nicht die Juden gewesen wären.

Während die „Palästinensische“ Autonomiebehörde versucht hat, sich die jüdische Geschichte in diesem Land anzueignen, wurden die folgenden Hauptattraktionen in „Palästina“ durch das alte Israel und das jüdische Volk weltberühmt:

Bethlehem – Geburtsort von Jesus. Wenn es dort keine jüdische Geschichte gäbe, wäre Bethlehem so gut wie unbekannt.

Jericho – während Jericho nie als besonders prominente israelitische oder jüdische Stadt erwähnt wurde, ist sie uns heute nur aufgrund ihrer Erwähnung in der Bibel als die erste Stadt im Gelobten Land bekannt, die von Israel erobert wurde.

Hebron – eine Stadt, die heilig ist, weil sie die Ruhestätte der Patriarchen Israels, Abrahams, Isaaks und Jakobs ist. Diesen Status hatte die Stadt bereits zu Zeiten des Königs David, der sie vor der Eroberung Jerusalems zu seiner ersten Hauptstadt machte. Auch hier wäre die Stadt nicht interessant, gäbe es keine jüdische Geschichte.

Während es großartig ist, dass die „palästinensische“ Wirtschaft einen Aufschwung durch den ausländischen Tourismus erfährt, ist das Regime unaufrichtig, weil es nicht anerkennt, dass es den Juden zu verdanken ist, dass sie überhaupt jemand besuchen möchte.

Christliche Prozession im Westjordanland

Unsere Leute in Uman

Was israelische Polizisten in der chassidischen Hauptstadt der Ukraine machen

Es ist bekannt, dass sich Zigtausende israelischer Pilger im Herbst, in der Zeit der Hohen Feiertage, auf den Weg nach Uman machen. Allerdings nicht allein – mit dabei ist eine Einheit israelischer Polizisten, die eine wichtige Aufgabe haben: Konflikte aller Art zu schlichten, sowohl zwischen den Einheimischen und den sie plötzlich „überfallenden“ Juden als auch zwischen den Pilgern selbst.

Israelische Polizisten sorgen zusammen mit ihren ukrainischen Kollegen an den Pilgerorten der israelischen Chassiden für Ordnung. Die ukrainische Polizei muss jedes Jahr in diesen Tagen in verstärkten Gruppen zusätzliche Dienststunden ableisten. Außer den ukrainischen und israelischen Polizisten sind Ärzte, Feuerwehrmänner, Pyrotechniker, Spezialisten in den Bereichen Strahlenschutz, chemische und biologische Waffen und sogar Taucher vor Ort.

Als eine israelische Polizeieinheit aus der Ukraine zurückkam, stellten wir dem Kommandeur, Major Slawa Buntschuk, und seinem Stellvertreter, dem Pressesprecher Major Michail Singermann, einige Fragen darüber, was israelische Polizisten an den Ufern des Flusses Umanka für Aufgaben hatten.

Israelische Polizisten in der Ukraine

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Michail, wie hat es angefangen, mit den israelischen Polizisten in Uman?

Es begann Ende der 90er Jahre: Durch den Zulauf tausender israelischer Pilger waren die einheimischen Kräfte überfordert, zumal man sich sprachlich nicht verständigen konnte.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Kam die Bitte der Ukrainer um Hilfe deshalb, weil die Israelis so viele Ordnungswidrigkeiten begangen?

Ach was, natürlich nicht. Ich frage mich, wie es kommt, dass in der israelischen Gesellschaft die Meinung entsteht, nach Uman würden nur Schwerverbrecher fahren, welche geradezu davon träumen, Böses anzurichten. Natürlich ist diese Annahme Unsinn, falsche Stereotype! Der Großteil der Pilger kommt in einer besonderen geistigen Verfassung nach Uman, um am Grab des Rabbi Nachmans zu beten (Rabbi Nachman von Breslow 1772-1810, war ein Zaddik – ein Gerechter –, der Gründer des osteuropäischen Chassidismus, einer besonderen spirituellen Bewegung im Judentum). Traditionell pilgern Chassidim/Chassiden am Rosch HaSchana, dem jüdischen Neujahrsfest, zu Rabbi Nachmans Grab (Anm. d. Übers.). Es ist auch nicht ungewöhnlich, dass dort, wo sich große Menschenmengen versammeln, deren Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden muss. Von daher ist es in erster Linie unsere Aufgabe, den ukrainischen Kollegen dabei zu helfen, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wer von den Sicherheitskräften wird nach Uman geschickt, gibt es ein Auswahlverfahren?

Zuerst werden im Amt für öffentliche Ordnung ein Kommandeur und sein Stellvertreter bestimmt, danach bekommt jedes Revier die Anweisung, eine Kandidaten-Liste für den Uman-Dienst bereitzustellen. Es handelt sich dabei um Kollegen aus der Spezialeinheit der Grenzpolizei, welche natürlich fließend Russisch oder Ukrainisch sprechen und sich mit der entsprechenden Technik wie Kommunikationsgeräten der Polizei vor Ort auskennen müssen. Dann fällt eine Auswahlkommission die endgültige Entscheidung. In diesem Jahr waren es 20 Kollegen. Am Wettbewerb an sich nehmen in der Regel dreimal so viele teil.

> Wenn man den Müll regelmäßig aus der Stadt entfernt, dann versinkt sie auch nicht in ihm. Die Stadt hat sich geändert und mit ihr die Menschen: Alle wurden freundlicher, ruhiger.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Und sie alle sind aus der Spezialeinheit der Polizei? Sind womöglich die Stereotype doch nicht so falsch?

Sie müssen verstehen: Eine Spezialeinheit der Polizei hat viele Funktionen. Der Kampf mit der organisierten Kriminalität ist nur eine davon. Die wichtigste Funktion bleibt jedoch, die Ordnung auf öffentlichen Veranstaltungen zu gewährleisten. Und genau diese Erfahrung braucht man in Uman. Unsere Polizisten sind dort in erster Linie eine Art Vermittler zwischen der dortigen Polizei und der Bevölkerung einerseits, und den Pilgern andererseits. Wenn etwas passiert, kommen unsere Kollegen zusammen mit den ukrainischen Polizisten hinzu, helfen, die Lage zu klären und zu vermeiden, falsche Schlüsse zu ziehen nur aus dem Grund, dass sich die Seiten durch fehlende Sprachkenntnisse nicht verständigen können; sie helfen, die angespannte Lage zu deeskalieren. Sollte ein Israeli das Opfer eines Diebstahls oder eines anderen Vergehens werden, können sie dabei helfen, eine Täterbeschreibung abzugeben, den gestohlenen Gegenstand zu benennen usw.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wann beginnt der Dienst? Sofort nach der Ankunft in Uman oder gibt es noch paar Tage, sich dort einzuleben?

Ein gutes Verhältnis zu den ukrainischen Kollegen ist wichtig.

Die Vorbereitungen auf den Einsatz in der Ukraine beginnen lange vor der Abreise, nach der Auswahl der Kandidaten. Die Mitglieder dieser neugegründeten Einheit kennen einander in der Regel nicht. Ich als Stellvertreter und Pressesprecher bin seit fünf Jahren dabei, unser Kommandeur Buntschuk war jetzt zweimal hintereinander dort; von diesen Kollegen gibt es nicht viele. Die anderen waren ja alle neu, und es galt, noch in Israel ein eingespieltes Team und gute Kameraden zu werden. Denn unser Dienst dort beginnt mit der ersten Minute, in dem wir ukrainischen Boden betreten. Und die Arbeit im Ausland, nonstop, eine Woche lang unter diesen spezifischen Bedingungen in Uman – das ist nicht einfach. Alles muss von Anfang bis Ende reibungslos funktionieren. Für die Neuen gibt es einen eintägigen Kurs an der Polizeiakademie: Wir stellen uns vor, jeder erzählt über sich, es werden Vorträge über Uman gehalten: warum Israelis dorthin pilgern, worin die Spezifik unserer Arbeit besteht. Selbstverständlich kommen wir an einem solchen Tag einander näher.

In Uman kommen wir normalerweise in den Abendstunden an, lernen die dortigen Kollegen kennen und fahren sofort zum Ort, wo unser Dienst abgehalten wird. Hier ist die Erfahrung derer gefragt, die bereits in Uman waren, sie helfen den Neuen, erklären Einzelheiten. Am nächsten Tag fühlen sich alle am neuen Ort sicher. Es werden Gruppen gebildet von fünf bis sechs Mann; sie arbeiten in drei Schichten. Ich möchte betonen, dass uns die ukrainische Seite sehr gute Bedingungen geschaffen hat: wir wohnen in einem gemütlichen Hotel am Stadtrand, die Transfer-Buse kommen immer pünktlich, es entstanden wunderbare freundschaftliche Verhältnisse; alles in allem ein perfektes Arbeitsklima.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ich komme zurück zu meiner Frage: Was für Menschen sind diese Pilger?

Ganz verschiedene. Die absolute Mehrheit sind Gläubige, sie wollen am Grab des Rabbi Nachman „Tikkun klali“ – „Selbstverbesserung, Richtigstellung der Seele“ – begehen. Es gibt allerdings auch solche, die Probleme mit dem Gesetz haben – sie verkaufen Drogen, begehen Wohnungseinbrüche, manchmal gibt es Messerstechereien. Hier muss ich bemerken, dass es in diesem Jahr viel weniger dieser Vorkommnisse gab.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Reden Sie über die Dringe, welche zwischen Israelis und Einheimischen oder nur zwischen Israelis passieren?

Beides. Was Diebstähle anbelangt, sind Israelis für gewöhnlich die Opfer; bei Gewaltdelikten ist das nicht immer so. Manche Pilger, welche Jahr für Jahr nach Uman kommen, oft in größeren Gruppen, kennen sich untereinander und wissen, bei wem sie Unterschlupf finden; dort ist nichts Schlimmes zu erwarten. Einige kommen aber als Einzelpersonen, finden eine Unterkunft mit vielen Fremden, was dann auch aus nichtigen Gründen zu Konflikten führen kann. Aus einem Streit wird eine Schlägerei und leider manchmal eine Messerstecherei. Dennoch muss ich wieder betonen: In diesem Jahr war die Lage viel besser, als im Jahr zuvor.

Manche Probleme der Pilger verstehen nur Polizisten aus ihrem Heimatland.

> Wir konnten mit der Bevölkerung in ihrer Sprache kommunizieren und gleichzeitig verstanden wir als Israelis die Mentalität und Traditionen der Pilger.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Gibt es hierfür eine Erklärung?

Ich hätte eine Erklärung, auch wenn sie Ihnen merkwürdig erscheint: Zum ersten Mal nach vielen Jahren kam die Stadtverwaltung in Uman dazu, die Straßen richtig sauber zu halten. Bereits um vier Uhr morgens waren Straßenfeger tätig und um sechs kamen die Müllabfuhrwagen, und das dann mehrmals täglich. Und siehe da – die Stadt wurde sauber! Davor hieß es stets in den Medien, die Chassidim vermüllen die Stadt, auch die Stadtbewohner klagten über die schlimmen Zustände auf den Straßen während der jüdischen Feiertage, die Stadt sei im Müll versunken. Manche äußerten ganz offen ihren Hass den Pilgern gegenüber.

Und dann stellte sich plötzlich heraus: Wenn man den Müll regelmäßig aus der Stadt entfernt, dann versinkt sie auch nicht in ihm. Die Stadt hat sich geändert und mit ihr die Menschen: Alle wurden freundlicher, ruhiger. Auch unserer Einheit gegenüber: Die Menschen auf den Straßen kamen auf uns zu, bedankten sich; der ganze Hass war plötzlich weg. Diese neue freundliche Stimmung bemerkten nicht nur wir, das sagten auch unsere ukrainischen Kollegen. Unser besonderer Dank gilt der Stadtverwaltung Umans, sie hat uns unsere Arbeit spürbar erleichtert.

Zu diesem Zeitpunkt kam Major Slawa Buntschuk zu unserem Gespräch dazu und bestätigte seinerseits, dass die Situation in Uman während der Pilger-Aufenthalte immer besser werde und es immer weniger Straftaten gebe, was darauf zurückzuführen sei, dass die Erfahrung in der Zusammenarbeit ukrainischer und israelischer Polizisten stets zunehmen würde. Dadurch habe man in diesem Jahr einige Straftaten vereiteln können. Auf die Frage, mit welchen Störungen der öffentlichen Ordnung man überwiegend zu tun habe, kommt eine eindeutige Antwort: Mit Diebstählen und Wohnungseinbrüchen dort, wo Israelis einquartiert werden. Und es habe auch Ordnungswidrigkeiten auf den nicht genehmigten Demonstrationen gegeben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wer demonstrierte denn? Die Ukrainer?

Nein, die Israelis. Eine Demo fand deshalb statt, weil Israelis sich über den blühenden Frauenhandel in der Ukraine und speziell in Uman empörten. Eine andere Demonstration wurde gegen ein Bauvorhaben organisiert, welches – so meinten die Teilnehmer – die alten Synagogen und die jüdischen Friedhöfe hätte zerstören können.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: An welches Ereignis aus diesem Jahr wirst du dich erinnern?

Schwer zu sagen. Es gab, beispielsweise, über ein Dutzend Fälle von Vermissten: Besorgte Verwandte oder Freunde der Pilger wandten sich an uns, es hieß, jemand meldet sich nicht, geht nicht ans Telefon. Daraufhin begannen wir zusammen mit den ukrainischen Kollegen eine Suchaktion, fragten die Bewohner. Schließlich wurden alle Vermissten gefunden: Einer zog sich zurück, um seine Gedanken zu sortieren, ein Anderer betete mit einer anderen Gruppe usw. Ich denke, die Tatsache, dass alle Israelis, welche über die Hohen Feiertage nach Uman gereist sind, unversehrt zurückkamen, zeigt, dass wir keine schlechte Arbeit geleistet haben.

Ich selbst war stolz, der Kommandeur einer israelischen Einheit zu sein. Jeder von uns wusste, wie wichtig unsere Mission war; wir konnten mit der Bevölkerung in ihrer Sprache kommunizieren und gleichzeitig verstanden wir als Israelis die Mentalität und Traditionen der Pilger. Es handelte sich schließlich nicht nur um Ordnungswidrigkeiten: Nicht selten können Einheimische das Verhalten oder die Taten von Israelis nicht verstehen, fanden sie merkwürdig; auch das kann zu Konflikten führen. Wenn wir aber erklärten, dass beispielsweise das Eintauchen in die Mikwa oder Taschlich – ein Ritual am Fluss – mit religiösen Vorschriften zu tun habe, entspannte sich die Situation. Es gab auch Vorfälle, bei denen Pilger und ukrainische Polizisten einander einfach nicht verstehen konnten, es kam beinahe zu einer Festnahme; aber sobald wir dort erschienen, konnte alles schnell geklärt werden. Man kann sagen, wir sind nicht umsonst nach Uman gereist.

Das Interview führte Peter Lückimson
Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die Bilder wurden von der israelischen Polizei zur Verfügung gestellt

LESERBRIEF

Lieber Herr Dr. Korenzecher,
liebe Redaktion,

wir möchten uns sehr dafür bedanken, dass Sie alle die „Chuzpe“ haben ungeschminkten Journalismus zu betreiben und die Dinge beim Namen zu nennen. Das ist eine wahre Ausnahme in der politisch korrekten Medienlandschaft. „There is a crack in everything that's how the light gets in“, Sie sind für uns der „crack“ und der Beweis dafür, dass nicht alle Menschen wie die Lemminge dem Mainstream hinterherlaufen. Selbständiges Denken im Sinne der Aufklärung ist der Auftrag!
Zudem stehen Sie in guter Tradition zu Ludwig Boerne und Heinrich Heine. Für uns sind Sie ein Hoffnungsträger.

Wir wünschen Ihnen auch weiterhin Mut und Durchhaltevermögen,
Ihre treuen Leser,

Petra und Marcus Goodman,
Nürnberg

Donald Trump: Die wahre Geschichte seiner Präsidentschaft

Das neu erschienene Buch vom „New York Times"-Journalisten Doug Wead zeichnet ausnahmsweise kein negatives Bild von Präsident Trump.

Von Filip Gaspar

„Trump wird Präsident! Können die erzählen, was sie wollen. Er ist Geschäftsmann, hat Kontakte und schon erfolgreiche Unternehmen aufgebaut und geführt. Genau darum geht es letztendlich in der Politik', sagte mein Vater. Dies tat er lapidar und nebenbei, während er eine Mandarine schälte, am Tag, als Donald Trump seine Präsidentschaftskandidatur bekanntgegeben hatte. Und er sollte Recht behalten. Der Grund, aus dem ich diese Anekdote anführe, ist der, dass über Monate hinweg all die gutbezahlten Fernsehjournalisten und Analysten nicht in der Lage (oder nicht gewillt) waren, diesen Umstand zu erkennen. Dabei wäre das nicht anspruchsvoller gewesen als das Schälen einer Mandarine."

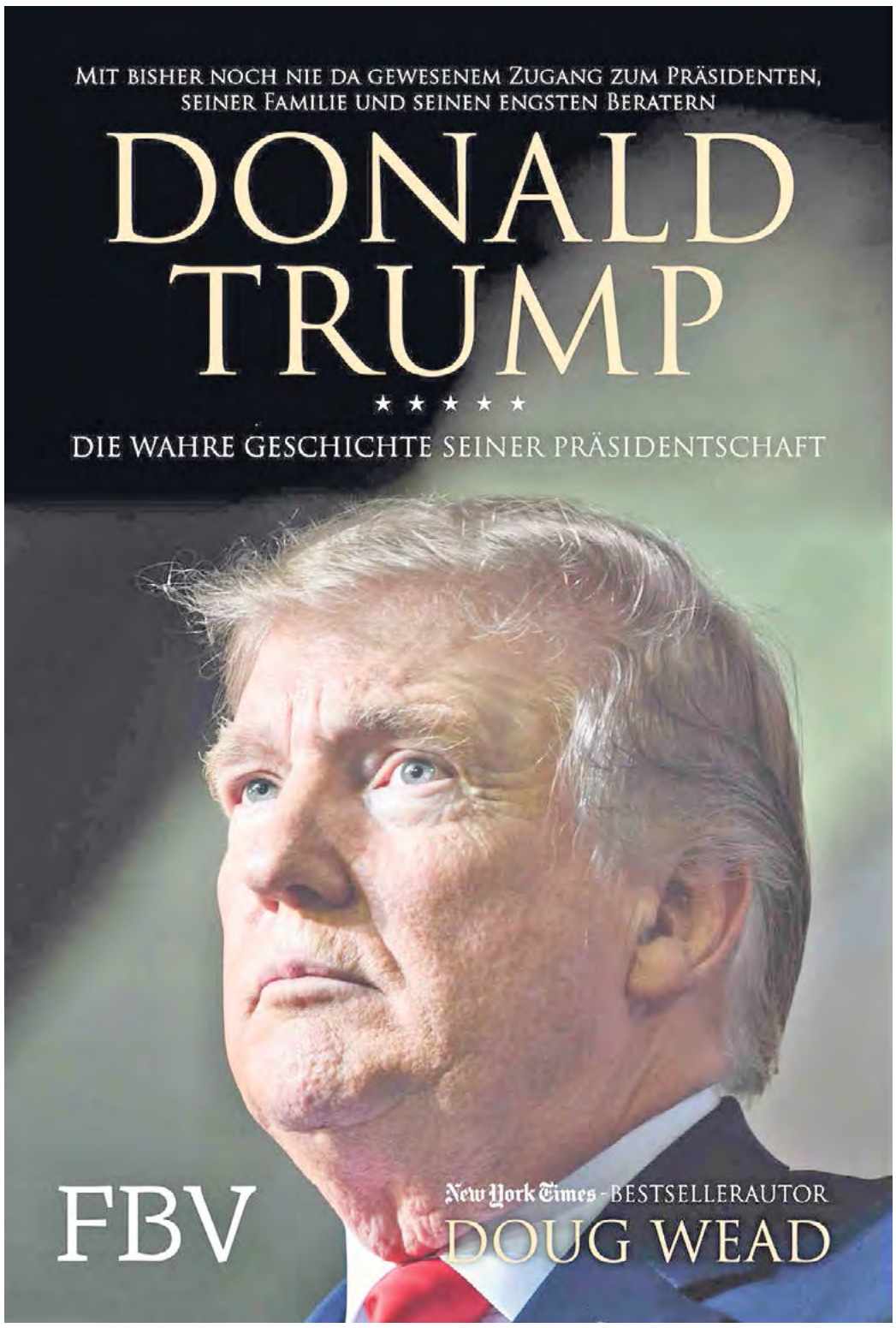
Doug Wead, Journalist der „New York Times" und Autor mehrerer politischer Bücher zu Präsidentenfamilien, hat bereits vorher als Politikberater im Weißen Haus gearbeitet und kennt daher die Strukturen und Abläufe. Dieses Buch gibt zum ersten Mal einen voll autorisierten Einblick in die bisherige Amtszeit des 45. amerikanischen Präsidenten Donald Trump.

Für sein neues Buch erhielt Wead einen Zugang zum „Inner Circle" des Präsidenten und durfte, bis auf den jüngsten Sohn, mit allen Familienmitgliedern sprechen. Diese Tatsache gilt es zu berücksichtigen, weil einige der Familienmitglieder zum engsten Beraterkreis von Trump gehören. Etwas, das oft in der Berichterstattung über Trump negativ angeführt wird. Daneben kommt noch der engste Mitarbeiterkreis zu Wort. Man kann zurecht als Kritikpunkt anführen, dass dadurch ein parteiisches Bild von Insidern gezeichnet wird. Dies würde dem Buch jedoch nicht gerecht werden.

Wead bekam neben den persönlichen Kontakten auch exklusiven Zugang zu vielen Dokumenten und die niedergeschriebenen Berichte beruhen auf wahren Begebenheiten. Informationen, die andere Autoren von Trumps Büchern nicht erhalten und verarbeiten konnten. Herausgekommen ist eine schonungslos ehrliche Darstellung des Präsidenten Trump und seines Amtes.

Man liebt oder hasst Donald Trump, dazwischen gibt es nichts. Wahrscheinlich vermag derzeit kein Staatsoberhaupt so zu polarisieren wie er. Es gibt mittlerweile zig Bücher über den Präsidenten Trump, die alle demselben Leitmotiv folgen, nämlich, was für ein schlechter, inkompetenter und dummer Mensch und Präsident in Trump stecke. Dies ist in den deutschen Medien nicht anders als in den USA. Erfolge seiner bisherigen Präsidentschaft werden in den Medien nicht oder falsch dargestellt und aus der Berichterstattung spricht eine arrogante Gehässigkeit, nicht nur Trump allein gegenüber, sondern gegenüber den USA im Allgemeinen.

Doug Weads neu erschienenes Buch stellt hier eine erfreuliche Ausnahme dar, denn der Autor macht etwas, was eigentlich selbstverständlich für einen Autor sein sollte, es aber in Zeiten von Relotius nicht mehr ist – nämlich seinen Job. Doug Wead schreibt objektiv und stellt Dinge dar, wie sie sind und nicht, wie sie in sein politisches Weltbild passen. Das Buch



lässt sich gut lesen und die Übersetzung ist gelungen.

Trumps Bewunderung für Merkel war bald verflogen

Chronologisch beginnt das Buch mit Trumps Entscheidung für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Das Buch geht jedoch über eine bloße Biographie hinaus und bietet exklusive Gespräche mit Trump, in denen er seine Beweggründe zur Präsidentschaftskandidatur erläutert und man erfährt, was er von den jetzigen amtierenden Politikern hält. So widmet sich ein ganzes Kapitel Trumps Außenpolitik, in dem es um Angela Merkel, Emmanuel Macron, Boris Johnson, Matteo Salvini und Kim Jong-un geht, um nur einige anzuführen. Lobte er die Bundeskanzlerin zu Beginn seiner Kandidatur noch als die „wohl größte Staatschefin der heutigen Welt", wich dieser Zuspruch mit der Migrationskrise 2015 einer großen Verwunderung Trumps. Auf der einen Seite versuchte man den internationalen Terrorismus im Nahen Osten in den Griff zu bekommen, während Deutschland plötzlich Millionen Migranten aus dieser Region unkontrolliert ins Land ließ.

Mit der globalen Propaganda gegen Trump und seine Familie beschäftigt sich das Buch selbstverständlich auch. Wobei man sich als neutraler Leser fragen muss, womit es dieser Politiker verdient hat, so verschmäht und als dummer, zurückgebliebener, rassistischer, sexistischer, alter, weißer Mann bezeichnet zu werden? Immerhin lässt sich Trumps Wahlerfolg sicherlich als der größte Überraschungserfolg in der Geschichte der USA bezeichnen. Was ihn von anderen Politikern unterscheidet, ist, dass er viele seiner Wahlversprechen eingelöst hat. Hier natürlich die Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem, was vor ihm viele Präsidenten gesagt, aber dann doch nicht gewagt hatten. Wie es zur Entscheidungsfindung kam, die Botschaft zu verlegen, und keinen Rückzieher zu machen, wird im Buch ausführlichst beschrieben und welche Beweggründe Trump dabei hatte. Um nicht zu viel zu verraten: Egoistische waren es nicht, sondern immer nach der Prämisse seines Leitspruchs: „Make America Great Again!".

Eric Trump, der Sohn Trumps, erläutert in einer Stelle im Buch die Sicht- und Herangehensweise seines Vaters und bezieht sich auf dessen Beruf: „Sie dürfen nicht vergessen! Mein Vater ist Bauunternehmer." Und als Bauunternehmer sah er wie Brücken einstürzten, Autobahnen marode wurden und die Politik sich nicht um diese Probleme kümmerte, sondern das Geld anderweitig verschwendete und nichts für das Land und seine Bürger tat. Ein Großteil der US-Konzerne hat ihre Produktion ins kostengünstigere Ausland verlagert, um so den Profit zu erhöhen, egal, wie es dem Land dabei ergeht. Dies wird auch als Kernpunkt angesehen, um seinen Erfolg zu verstehen. Man nimmt an, dass sich gewählte Staatsoberhäupter zuerst um ihr Land und ihre Wähler kümmern, aber seine Vorgänger kümmerten sich lieber um das global-große Ganze, was man auch in Deutschland beobachten kann.

Den Journalisten sind Trumps Erfolge nicht der Rede wert

Dass es Trump gelungen ist, sechs Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosenquote auf das Niveau der 50er Jahre abzusenken, und zwar ethnien-übergreifend, ist den üblichen Medien keine Zeile wert. Ebenso wenig, dass er Wahlversprechen bereits umgesetzt oder mit deren Umsetzung begonnen hat, all dies unter großem Widerstand seiner politischen Gegner. Neben der bereits erfolgten Botschaftsverlegung seien hier die in der Geschichte beider Staaten ersten Gespräche zwischen einem amerikanischen und nordkoreanischen Staatsoberhaupt und die Steuerreform genannt, die Bürokratie abbaute und somit vielen kleinen Betrieben half.

Trump bewies zudem mit der Aufkündigung des sogenannten Iran-Abkommens, dass er die Sicherheit Israels nicht von den Worthülsen iranischer Mullahs abhängig machte, sondern selbst bereit dazu ist, Verantwortung zu übernehmen. Man wünschte sich, dass sich die deutsche Bundesregierung eine Scheibe hiervon abschnitte.

Es sei gesagt, dass dieses Buch aus Trump-Anhängern noch größere Trump-Anhänger machen kann und dennoch gerade Lesern einen Mehrwert bietet, die offen für eine neue Sichtweise sind, um beim nächsten bösen Tweet dessen Handlungsweise eher nachvollziehen zu können.

Wer also Abwechslung zum üblichen Trump Bashing sucht, liegt bei der Auswahl dieses Buchs genau richtig und macht das Lesevergnügen great again!

Doug Wead, Donald Trump: Die wahre Geschichte seiner Präsidentschaft, 24,99€, FINANZBUCH VERLAG, 419 Seiten

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich: 1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 M. b) nach auswärts 1,— M. c) für das Ausland 1,50 M. 2. im Postabonnement 1,25 M.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a. Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1 Uhr, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N W. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der „Jüdischen Rundschau" nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 3 | Berlin, 20. Januar 1905 — 13. Schebat 5665 | X. Jahrgang

Inhalt.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Die Landsucher
Von Heinrich Loewe

Für Gebildete aller Konfessionen
Von Dr. Sandler-Breslau

Mitteilungen vom Zentralbureau der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Das Baseler Programm und seine Gegner
Von Dr. Emil Simonson und Replik von Elias Auerbach

Zigeuner und Juden

Aus der Bewegung

Rundschau
Jüdische Wanderer
Russische Neujuden
Zionistischer Mysticismus — mystischer Zionismus
Aus Rumänien
Graf von Pückler
Rundschau der Presse
Jüdischer Orden für Schiller

Allerlei
Die Juden in der Sage des deutschen Volkes

Nationalfond

Briefkasten der Redaktion

Der Feststrauss
Von Dr. L. Katzenelson

Verlegung des Kongresses

Beilage: Titelblatt und Inhaltsverzeichnis des IX. Jahrganges 1904.

The Jewish Colonial Trust (Jüdische Kolonialbank)
Brook House, Walbrook, London E. C.

Anglo-Palestine Company, Limited
in Jaffa und in Jerusalem.

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Zentralbureau: Berlin W. 8 Friedrichstrasse 58

Bureau des Zionistenkongresses: Wien IX, Türkenstrasse 9.

Palaestinakommission des Zionistenkongresses: Redaktion v. „Altneuland" Berlin W., Pfalzburgerstrasse 83.

Nationalfond für Deutschland, Adresse für Geldsendungen: Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10. Sammelstelle von Materialien: Frau Dr. Joel, Lübeck, Beckergrube 58.

Gegen den Strom

Wie Ukrainisch-Katholische Mönche vom Orden der Studiten unter größtem Risiko und mit enormem Aufwand jüdische Kinder retteten

Was Studiten-Mönche für die Rettung der Juden auf sich nahmen, wer sich am Leid seines Nächsten bereicherte, wie die geheime Rettung funktionierte und wie oft sie aufzufliegen drohten, darüber sprach Michail Gold mit dem Historiker Dr. Juri Skyra.

Michail Gold: Der Name des Großerzbischofs Metropoliten Andrej Scheptyzkyj (1865 – 1944) ist bekannt. Über seinen Bruder hingegen, den Abt Clementij Scheptyzkyj, wissen wir kaum etwas. Wer aber war dieser Mensch, dem der Metropolit das Schicksal vieler Juden überantwortete?

Dr. Skyra: Clementij wurde erst mit 42 Jahren zum Mönch und mit 46 wurde er in den Rang eines Abtes erhoben. Zu dieser Zeit hatte er bereits eine glänzende säkulare Karriere hingelegt: Ein Studium in München und an der Sorbonne, hatte einen Doktortitel der Rechtswissenschaften, erworben an der Jagielloni-Universität in Krakau; arbeitete als Rechtsanwalt, darüber hinaus war er Abgeordneter im österreichischen Parlament und im Galizischen Sejm (Landtag) in Lemberg.

Dies alles bis 1911, als Clementij ins Kloster ging. Ihn prägte die Bereitschaft, für andere zu leben. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Metropolit für solch eine gefährliche Mission diesen – ihm am nächsten stehenden – Menschen ausgewählt hat. Die Brüder Scheptyzkyj fanden große Unterstützung: Nach den sowjetischen Repressionen 1939-1941 verblieben in den Klöstern nur die Stärksten, die Hartgesottenen. Sie wussten, was Gefahr und ein Leben unter ständiger Bedrohung bedeutet und willigten sofort ein, als der Metropolit Scheptyzkyj zur Rettung der Juden aufrief.

Der Hauptort der Zuflucht wurde die St.-Jura-Kathedrale (in Lemberg). Die Kathedrale wurde vielmehr zu einem Knotenpunkt, einem Koordinationszentrum für diejenigen, für die ein Zufluchtsort gesucht wurde. Die Kathedrale trat bereits früher einmal in dieser Rolle auf: In den 1930er Jahren, in der Zeit der „Pazifizierung“ (militär-politische Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die ukrainische Bevölkerung, - Anm. d. Übers.) wurden auf die Anweisung des Metropoliten hin ein Teil der Räume zu einem Hospital für die durch die polnische Polizei verletzten und verwundeten Ukrainer umgebaut. Nach der Machtergreifung der Sowjets hielten sich dort zwei Monate lang Verwandte der Scheptyzkyjs auf. Auch während der deutschen Besatzung fanden im Metropoliten-Palast viele Zuflucht; besonders aber die Juden.

Michail Gold: Nachbarn oder Bekannten ließen sich einen Unterschlupf für Juden teuer bezahlen…

Dr. Skyra: Folgende Geschichte illustriert die Selbstlosigkeit der Mönche sehr eindrucksvoll, die Geschichte von Mark Weintraub: Mehrere Wochen lang versteckte er sich in den Kellerräumen der Kathedrale, während seine Familie im Getto blieb. Er konnte schließlich nicht länger fern von seiner Familie sein und beschloss, zurückzugehen. Die Mönche hatten Bedenken: Was, wenn Weintraub in die Hände der Deutschen gelangt und unter Folter sein Versteck preisgibt? Dennoch sagte Clementij schließlich: „Du kannst hier bleiben so lange wie nötig; es steht dir aber frei, wieder zu gehen.“ Ein junger Mönch brachte Mark aus dem Metropoliten-Palast und führte ihn ins Getto. Und von dieser Zeit an beginnt die Leidensgeschichte der Familie Weintraub, die zeigt, wie gefährlich es ist, sein Leben in die Hände der Menschen zu legen, für die die Rettung eines fremden Lebens kein Ziel an sich darstellt.

Marks Mutter fand eine arme Frau – die Putzfrau in einem Sportklub, Frau Gordinski –, die bereit war, der Familie Weintraub Unterschlupf zu geben, allerdings für 25.000 Zloty im Monat, was einem Viertel Kilogramm Gold entsprach! Die ersten drei Monate verliefen ruhig, mit der Zeit konnte

Hieromönch Daniil Tymtschina mit den Pflegekindern aus dem Klosterstift; in der Mitte – Adam Rotfeld

Frau Gordinski dem Reiz des Geldes nicht widerstehen; sie begann, Tanzabende zuhause zu veranstalten, bestellte zum Abendessen ein halbes Kalb – während in der Stadt Hungersnot herrschte. Es gingen Gerüchte um, die Dame verstecke Juden. Drei Mal wurden die Weintraubs verhaftet, drei Mal konnten sie sich freikaufen.

Dann fing man an, einen regelrechten Handel mit der Familie zu betreiben: Zunächst nahmen zwei Lehrerinnen die Familie für einen Monat zu sich – natürlich für Geld. Danach hat man sie an Frau Gordinski „zurückgegeben“ und sie brachte die Juden auf dem Dachboden des Sportclub-Gebäudes, wo sich auch die SS-Zentrale befand, unter… Einige Nachbarn vermuteten dort das Versteck, hatten aber Angst, sich dem Haus zu nähern; das rettete damals der Familie das Leben. Nach 19 Monaten ging ihnen das Geld aus; dann kam Gordinski mit einem Rechtsanwalt, und in seiner Anwesenheit überschrieben die Weintraubs zwei ihre Häuser in Lemberg an Gordinski. Ja, sie haben überlebt, aber es handelte sich um eine der reichsten Familien der Stadt, deren finanzielle Möglichkeiten nahezu unbegrenzt waren.

Michail Gold: Wer außer Clementij Schepetyzkyj spielte eine wichtige Rolle bei der Rettung der Juden?

Dr. Skyra: Das waren die Sekretäre des Metropoliten, Iwan Kotiw und Wladimir Grizaj. Besonders Pater Wladimir genoss das Vertrauen des Metropoliten. Pater Wladimir sollte sich persönlich um den Rabbiner David Kahane (der spätere Oberrabbiner in Israel) kümmern. Kahane erinnerte sich, dass „Grizaj sehr warmherzig zu den Juden war und aufrichtiges Mitgefühl mit ihnen hatte.“ Iwan Kotiw arbeitete mit den Geistlichen im Erzbistum Lemberg, was die Möglichkeit eröffnete, jüdische Kinder in Klöstern und bei zuverlässigen Menschen unterzubringen. Beide – Kotiw und Grizaj – unterhielten Kontakte mit den Bewohnern des Lemberger Gettos und waren stets auf der Suche nach Alternativen zur Rettung jüdischer Familien. 1946, nachdem die Ukrainisch-Katholische Kirche zwangsläufig in die Russisch-Orthodoxe Kirche eingegliedert wurde, wurden Iwan Kotiw und Wladimir Grizaj vom „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR“ (NKWD) verhaftet und zu längeren Haftstrafen verurteilt.

Die strenge Geheimhaltung führte manches Mal sogar zu Kuriositäten. In der St.-Jura-Kathedrale fand die Familie von Apotheker Josef Podoschin Unterschlupf, der mit Studiten-Mönchen seit Jahren, bereits vor dem Krieg, befreundet war. Um die Familie zu retten, beschloss man, sie zu teilen: Um den kleinen Sohn des Apothekers, den siebenjährigen Ludwik, kümmerte sich ein junger Mönch, Pater Onufri Iwanjuk, der ihn in sein Heimatdorf zu den Verwandten brachte. Sie nahmen den Kleinen mit großer Freude auf, da sie überzeugt waren, Ludwik sei Onufris unehelicher Sohn. Diese Gerüchte erreichten den Dorfpfarrer, der damit zum Bischof ging; daraufhin wurde Onufri Iwanjuk in einem Disziplinarverfahren verurteilt. Er hat nicht mal versucht, sich herauszureden: Für ihn zählte nur die Sicherheit von Ludwik.

Michail Gold: Wo noch haben Studiten Juden versteckt?

Dr. Skyra: Im Kloster des Heiligen Hieromärtyrer Iosaphat und in St.-Iwan-Lawra (der höchste Rang, der dem Kloster als einer Institution verliehen werden kann, - Anm. d. Übers.) Dort wurden vorwiegend Kinder versteckt, wie beispielsweise der Sohn eines Reform-Rabbiners, der 16-jährige Kurt Levin. Meistens wurden jüdische Kinder von der Außenwelt völlig isoliert, so minimierte man das Risiko; im Falle Kurt Levins erlaubte sein Äußeres, ihn zu „legalisieren“, dennoch musste er die Studiten-Klöster wechseln. Eines Tages befahl der Hieromönch Raphail, Kurt des Klosters zu verweisen, da er in ihm einen Juden vermutete. Man schickte den Jungen in ein anderes Studiten-Kloster; erstaunlich, wenn man bedenkt, dass derselbe Raphail zwei Kinder aus dem Lemberger Getto rettete, indem er ihnen Taufpapiere ausgehändigte.

> Bereits Anfangs des 20. Jahrhunderts rettete Julias Mutter Juden während der Pogrome in Kischinew, indem sie Kulitschs – Osterbrote – buk, die Juden ins Fenster stellten; solche Häuser stürmten die Horden nicht.

Im Iosaphat-Kloster kannte man bereits Juden: vor dem Krieg kauften Mönche des Öfteren in den jüdischen Läden ein. Und natürlich wussten sie jetzt genau, wie gefährlich die Anwesenheit dieser „Gäste“ für sie war. 1943 (zu der Zeit versteckten sich im Kloster auch Kurt Levin und David Kahane) rief der Abt, Hieromönch Nikanor, alle Studiten zu sich und bat darum, sollten die Juden im Kloster entdeckt werden, dass einer der Mönche die Verantwortung auf sich nimmt, sodass alle anderen hätten am Leben bleiben können. Alle Studiten waren bereit, sich zu opfern.

Michail Gold: Wer kam für den Lebensunterhalt auf?

Dr. Skyra: Mit diesem Problem befasste sich Pater Hermann. Er musste die deutschen Lebensmittelmarken einlösen, aber das genügte nicht. Das Geld kam von Metropolit Andrej Schepetyzkyj und dem ehemaligen Professor der Theologischen Akademie zu Lemberg, Pater Stepan Rudj. Nicht selten bezahlte Pater Hermann die Lebensmittel auch aus eigener Tasche.

Im Kloster der Heiligen Dreifaltigkeit, im Dorf Podmichailowzy, wurden jüdische Kinder untergebracht. Einmal schrieb die Äbtissin Mutter Monika an Schepetyzkyj, die Kleinen hätten keine Milch mehr; der Metropolit gab die Anweisung, seine beste Kuh dorthin zu bringen.

Michail Gold: Erzählen Sie bitte von der Rettung vieler Juden in den Kellerräumen der Schuhfabrik „Solid“, die den Studiten gehörten.

Dr. Skyra: Diese Rettung erinnert an die Geschichte der Fabrik Oskar Schindlers in Krakau. Die tragende Rolle spielte der Hieromönch Ioann Peters, Bürger des Dritten Reiches, geboren in Deutschland. Seinerzeit wurde er ein Anhänger der Ukrainisch-Katholischen Kirche. Im Sommer 1941 kam er nach Lemberg und lebte bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo ein Doppelleben: Für die deutsche Macht war er ein Unternehmer, in Wirklichkeit blieb er aber ein Mönch des Studitenordens. Als Reichsbürger konnte er eine Genehmigung bekommen, die Schuhfabrik „Solid“ unter seine Aufsicht zu bringen. Dort arbeiteten sowohl Mönche, als auch Säkulare. Die Juden aus dem Ende 1941 errichteten Gettos bildeten eine besondere Gruppe. Sie waren hochqualifizierte Meister ihres Fachs: Wenn ein durchschnittlicher Schuhmacher aus einem Stück Leder sieben Paar Stiefel kreieren konnte, waren die Tüftler aus dem Getto in der Lage, acht oder gar neun Paar zu bewerkstelligen. Die auf diese Weise entstandenen Lederreste brachten Mönche unter ihren Kutten ins Kloster. Kurt Levin erzählt: „Das Leder half, eine Menge Probleme zu regeln; für die Reste konnte man Lebensmittel, Medikamente, Brennstoff bekommen.“ Für die Juden bedeutete diese Arbeit in einer deutschen Fabrik schlicht und einfach das Leben.

Michail Gold: Hatten die Mönche die Hilfe der Bevölkerung?

Dr. Skyra: Ja, es gab Hilfe verschiedener Art. Zum Beispiel, bewahrten die Mönche der St.-Iwan-Lawra Kleidung bei der Familie Kanitsch auf, deren Haus unmittelbar neben dem Kloster stand: Für den Fall, dass man sich unbemerkt umzuziehen und das Kloster zu verlassen musste. Von Prof. Alexandr Kuzera wissen wir, dass seine Mutter Julia zusammen mit einigen anderen Frauen für die Essenszubereitung für die Juden zuständig war. Interessant ist, dass die „kulinarische Hilfe“ in dieser Familie Tradition hatte: Bereits Anfangs des 20. Jahrhunderts rettete Julias Mutter Juden während der Pogrome in Kischinew, indem sie Kulitschs – Osterbrote – buk, die Juden ins Fenster stellten; solche Häuser stürmten die Horden nicht.

Michail Gold: Erstaunlich, dass selbst Ioann Peters‘ Verhaftung im Herbst 1942 nicht zur Zerstörung dieses Netzwerkes führte!

Dr. Skyra: Er wurde für die Herstellung der antifaschistischen Flugblätter in seiner Klosterdruckerei „Studion“ verhaftet. Die Schuhfabrik, die offiziell ebenfalls in seinem Besitz war, wurde geschlossen und versiegelt. Zum Glück ist es gelungen, mittels Bestechung, die Fabrik für 30.000 Mark in das Eigentum der Kirche zurückzuführen. Dies rettete das Leben der 16 sich dort versteckt haltenden Juden, aber auch unzählige Studiten, die für deren Sicherheit sorgten. Alle Juden, welche im „Solid“-Gebäude Zuflucht fanden, überlebten die deutsche Besatzung.

Michail Gold: War es einfacher, Juden auf dem Land zu verstecken?

Dr. Skyra: Nicht unbedingt. Das zeigt die Tätigkeit der Studiten im Dorf Unev, wo die

Lawra des Heiligen Entschlafens der Gottesgebärerin steht. Einerseits herrschte im Dorf eine düstere Atmosphäre; es gab genug Menschen, die bereit waren, die Rettung der Juden durch Studiten-Mönche zu denunzieren. Auch die Machtergreifung durch die Sowjets 1939 trug zur Veränderung der Moral bei: Die Zwangssäkularisierung – das Konfiszieren kirchlicher Güter – nahm die Form einer offenen, praktisch uneingeschränkten Ausplünderung an; die Dorfnachbarn denunzierten einander wegen eines Stückes Land oder Habseligkeiten; so ging das auch unter der deutschen Besatzung weiter: Jetzt hoffte man auf ein „Juden-Kopfgeld". Andererseits kamen nach der Besatzung Polens ganze Kolonnen von jüdischen Flüchtlingen, viele von denen wurden in den konfiszierten Räumen der Lawra in Unev untergebracht. Und das war keine Ausnahme: Auch in Lemberg brachte man die Juden im Priesterseminar unter, und nachdem die Deutschen die Stadt einnahmen, versteckte man sie, nach Anweisung des Rektors, Iosip Slipoj, im Keller des Gebäudes.

So kam es, dass die Mönche Schulter an Schulter mit den jüdischen Familien, die ins Unev-Kloster kamen, wohnten und arbeiteten. Aus der Vorkriegszeit, in der bereits die Sowjets herrschten, kennen wir eine Geschichte, die half, die Beziehungen zwischen den „Nachbarn wider Willen" etwas aufzuwärmen. Ein Mönch namens Bruder Lawrentij Kubik erzählte: Eines Tages kamen aus Lemberg sowjetische Beamte, nummerierten alle Bücher in Lawra und versigelten den Raum, in den sie gebracht wurden. Nachts rissen die Mönche das Siegel ab, holten die für sie teuersten und wichtigsten Bücher und versteckten diese. Als nach einer kurzen Zeit „Gäste" vom NKWD ins Kloster kamen, rettete ein Jude die Mönche vor einer sicheren Verhaftung, indem er den Beamten eine Legende auftischte, dies sei ein Sturm gewesen, der das Fenster zerbrochen und die Versiegelung von der Tür der improvisierten Bibliothek niedergerissen habe… Bruder Lawrenti erinnerte sich ebenfalls daran, dass ausgerechnet Juden seinerzeit darauf bestanden, dass das Kloster mit Mehl beliefert wird. Auch der erste Mensch, der nach der sowjetischen Machtergreifung die Mönche aufsuchte, war ein örtlicher Jude: Er brachte Milch zu den Toren Lawras, und man sah, dass dies nicht verboten war.

Michail Gold: Ein geradezu idyllisches Bild!

Dr. Skyra: Mag sein; dennoch ersparte das den Juden in Unev im Juli 1941 nicht die Ausbrüche antijüdischer Gewalt. Mehrere Bauern ermordeten den jüdischen Müller, seine ganze Familie und plünderten deren Haus. Der bereits erwähnte Hieromönch Vater Hermann kam sofort zu einer Dorfversammlung und rief dazu auf, nie wieder gegen Juden die Hand zu erheben.

Bald darauf begannen die Deutschen mit der Deportation der jüdischen Bevölkerung vom Land ins Getto. Nur Wenigen gelang es, in die Wälder zu fliehen. Studiten-Mönche brachten ihnen das Essen, obwohl in Unev selbst Hungersnot herrschte. Später diente die Lawra in Unev als Versteck für die Juden; von dort aus konnten Mönche sie nach Lemberg, ins Kloster, bringen.

Eine ähnliche Situation gab es auch im benachbarten Dorf Jaktorovo: Es gab solche, die Juden aufspürten, denunzierten oder töteten, um sie zu berauben. Aber es gab auch Menschen, die ihr eigenes Leben riskierten, um Juden zu retten, so in der Familie von Anna Baran, die monatelang ein jüdisches Mädchen versteckte, bis es von einem Verwandten abgeholt wurde. Die Deutschen errichteten auf der Basis von Ländereien der Ukrainisch-Katholischen Kirche vier Forstwirtschaften; in allen vier versteckte man Juden. Dafür brauchte man die Hilfe von allen Förstern: Einer transportierte das Essen, ein anderer warnte vor Gefahr usw.

Im Wald fanden 19 Juden aus dem Dorf Lagodovo Zuflucht. Daria Sokolik erzählte, dass ihr Vater die jüdische Familie Pisem bei sich in Peremyschljany versteckte; als die Nachbarn etwas zu bemerken schienen, brachte er sie nach Tschemerenzy, wo noch andere Juden in der Obhut des Försters lebten. Der Förster Wladimir Stefaruk beherbergte in seinem Haus Klara Kaz, die Tochter von Lejba Kaz, eines Wirts aus Jaktorovo. Einige Gruppen von Juden lebten in Erdhütten, von deren Existenz nur die örtlichen Förster und Hirten etwas wussten; diese haben niemanden verraten.

Der Lehrer aus dem Dorf Unev gab fünf Juden Unterschlupf - versteckte sie auf dem Dachboden des kleinen Nebengebäudes an der Schule. Im gleichen Haus wohnte Familie Djukov – und ein deutscher Offizier. Zwischen ihm und dem Lehrer entwickelte sich fast eine Art Freundschaft; der Deutsche ahnte offenbar, dass es im Hause jüdische „Nachbarn" gab, schwieg aber. So wurden der zukünftige Nobelpreisträger in Chemie, Roald Hoffmann, und seine Familie gerettet.

Nein, von einer Idylle kann man hier nicht sprechen: Nach dem Krieg kehrten einige Überlebende nach Unev zurück und wurden dann von der örtlichen Bevölkerung ermordet. In einem Fall geschah dies, weil man Juden ausrauben wollte; dann wurden die Töchter des wohlhabenden Juden Sterzers von einem Mitglied der Ukrainischen aufständischen Armee getötet, weil sie einem sowjetischen Offizier für die Befreiung gedankt haben.

Michail Gold: In der Regel sahen Studiten davon ab, Juden zur Konversion zu bewegen, allerdings ist ein Fall bekannt, wo eine geretete junge Frau sogar zur Nonne wurde.

Dr. Skyra: Es handelt sich um Faine Ljacher aus dem Dorf Peremyschljany. In Kindsjahren war sie mit den Kindern von Pater Omelhan Kowtsch befreundet, der später im KZ Majdanek zu Tode gefoltert wurde, weil er den Juden zur Taufe verhalf; als Gymnasiastin verliebte sie sich in den politischen Aktivisten der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Wladimir Zaplatinskij, (gegründet 1929 in Wien, strebte die Organisation die Unabhängigkeit der Ukraine an. – Anm. d. Übers.). Zu Beginn der deutschen Besatzung plante Zaplatinskij die junge Frau mit falschen Papieren nach Wien zu schicken, wo sie hätte arbeiten können, Faina war jedoch nicht bereit, ihre Familie zu verlassen. Im April 1943 erfuhr Zaplatinskij, in seiner Funktion als stellvertretender Direktor der Arbeitsbörse, von der bevorstehenden Liquidierung des Gettos. Er musste handeln: Ein Einwohner Unevs, Pawel Tschaban, erhielt von ihm die Befreiung von der Deportation nach Deutschland; im Gegenzug sollte dieser Faina bei sich aufnehmen. Pawel Tschaban hielt sein Wort, aber Faina wollte zurück ins Getto, zu ihren Eltern, denn sie wusste, sie würden dort sterben.

Um dies zu verhindern, brachte Pawel auch ihre Eltern in das Versteck. Nach einem halben Jahr fingen die Nachbarn an, zu vermuten, dass die Familie Tschaban wohl Juden verstecke, daraufhin brachte man Faina ins Frauenkloster nach Unev. 1944, wohl überlegt, beschloss sie, eine Nonne zu werden. 1946 kam Climentij Schepetyzkyj ins Maria-Schutz-und-Fürbitte-Kloster und fragte Faina – inzwischen Schwester Anna –, ob sie für ihr jüdisches Volk beten würde. „Nein", meinte sie. „Müssen Sie aber, es ist ihre Blutpflicht", entgegnete Archimandrit Clementij.

Faina Ljachers Geschichte blieb der einzige Fall, wo ein jüdisches Mädchen während des Holocausts zu einer griechisch-katholischen Nonne wurde. Nach der Zwangseingliederung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche in die Russisch-Orthodoxe Kirche blieb Schwester Anna mit ihrer Kirche faktisch im Untergrund; später erhielt sie die Ernennung zu Äbtissin. Sie starb 2005.

Michail Gold: Ein besonderes Kapitel ist die Rettung jüdischer Kinder, sowohl in den Gemächern des Metropoliten in Lemberg, als auch in abgelegenen Klöstern…

Dr. Skyra: Der Metropolit Andrej Schepetyzkyj gab persönlich diese Anweisung; nur die Wenigsten wurden eingeweiht und kannten die Details dieses Einsatzes. Ende August 1942 brachte Iwan Gornyj, der Fahrer des Metropoliten, die ersten Kinder aus Lemberg ins Kloster nach Unev.

Wir kennen hochinteressante Aussagen von Adam Rotfeld, Leon Chameides und Oded Amarant – sie alle wurden bis zum Ende der Besatzung im Kloster versteckt.

Leon war der Sohn eines Rabbiners in Kattowitz. Zuerst versteckte man ihn in der St.-Jura-Kathedrale; dort befand sich auch Oded Amarant – geboren in Tel Aviv, kam er mit seiner Mutter die Verwandten besuchen, leider zum völlig falschen Zeitpunkt, und blieb in Lemberg, als der Krieg ausbrach. Oded sprach, dank seines Großvaters, Ukrainisch; er erhielt einen neuen Namen – Dorko Borowezkij – und kam in die Obhut der Mönche. Einige Monate verbrachte er im Hause des Priesters, wo er Gebete und Traditionen lernte, bis man ihn nicht mehr von ukrainischen Kindern unterscheiden konnte; sodann kam er ins Klosterstift.

Wesentlich schwieriger war die Lage von Leon Chameides: Er sprach kein Ukrainisch und musste auf Fragen von Fremden antworten, dass bei ihm zuhause Polnisch gesprochen werde. Überhaupt waren fehlende Sprachkenntnisse das Hauptproblem jüdischer Kinder, die sich plötzlich unter ukrainischen Gleichaltrigen wiederfanden. Kurt Levin tischte seinem Stift-Nachbarn mal die Geschichte auf, er stamme aus Lemkenland (das Territorium an der Grenze von Ukraine, Polen und Slowakei; es handelt sich um eine ostslawische Bevölkerungsgruppe – Lemken, anderer Name: Rusynen, deren Teile sich zum ukrainischen Volk zählten. – Anm. d. Übers.), mal dass er wegen seiner Kontakte zur „Organisation Ukrainischer Nationalisten" vor den Deutschen fliehen musste… Dennoch ist es nicht so einfach, Kinder hinters Licht zu führen; sie vermuteten in ihm einen Juden, und nach wenigen Tagen brachte man Kurt woanders hin.

> „Dennoch ist es nicht so einfach, Kinder hinters Licht zu führen; sie vermuteten in ihm einen Juden."

Der Bruder von Leon Chameides, Herbert, wurde im Klosterstift ebenfalls sehr schnell als Jude identifiziert, da er kaum Ukrainisch sprach und sich nicht zu bekreuzigen wusste. Er kam in die Zelle vom Mönch namens Bruder Silvester, der ihm die Sprache, Gebete und Katechismus beibrachte. In der Zelle eines anderen Mönches versteckte man einen siebenjährigen Jungen, der partout nicht wissen wollte, dass er jetzt nicht mehr Mojsche, sondern Michajlo heißen soll.

Eines Tages stellte ein Studit-Arzt fest, dass manche Kinder aus dem Klosterstift beschnitten waren. Am gleichen Abend brachte man die jüdischen Kinder für eine Nacht in das Basilianische Kloster und gleich darauf – um Spuren zu verwischen – ins Kloster des Heiligen Hieromärtyrer Iosaphat in Lemberg; danach wurden die Kinder auf verschiedene Verstecke verteilt. Jede solche Verlegung barg große Gefahren in sich. Einmal, unterwegs von einem Versteck zum anderen, begleitete Hieromönch Mark den kleinen Leon Chameides. In der Straßenbahn setzte sich ein SS-Offizier ihnen gegenüber und begann freundlich mit ihnen zu reden. Mark betete innerlich, dass Leon, der, im Gegensatz zu den ukrainischen Kindern, gut Deutsch sprach, bloß nicht antwortet.

Michail Gold: Ist es wahr, dass man jüdische Jungen aus Sicherheitsgründen manchmal als Mädchen ankleidete?

Dr. Skyra: Es war nicht selten nötig für den Transport der Kinder. Hieromönch Juri musste seine Schützlinge besonders oft als Mädchen verkleiden lassen. Er selbst sah unglücklicherweise sehr jüdisch aus: Es kam vor, dass er von Gestapo-Leuten aufgehalten und überprüft wurde, ob er beschnitten sei. Als Juri einen als Mädchen angezogenen Jungen im Klosterstift im Dorf Brjuchovitschy ablieferte, wollten die Nonnen „das Mädchen" baden – und entdeckten das, was sie entdeckten mussten. Mit dieser Nachricht kamen sie zum Hieromönch Juri und hörten: „Die Schwester sollen Bescheidenheit üben, Blicke senken und sie woanders hinrichten." Die Nonnen verstanden dies alles und nahmen das auch so hin.

Wie dem auch sei, das ganze Konspirationssystem funktionierte tadellos. Selbstverständlich wurde auch den Kindern selbst die höchste Konzentration abverlangt: Sie durften beispielsweise nicht auf die Toilette, wenn andere Kinder dabei waren; zum wöchentlichen Baden gingen sie in Paaren oder mit einem eingeweihten Mönch. Ihnen wurde strikt verboten, von den eigenen Familien und Traditionen zu sprechen, sie mussten sich unbedingt ihre neuen Namen gut merken. So wurde aus Leo Chameides ein Lewko Chaminskij, aus Oded Amarant – Dorko Borowezkij und aus Adam Rotfeld – Daniil Tscherwinskij. Unter sich nannten Studiten die jüdischen Kinder „unsere Väter".

Nachdem die Rote Armee Lemberg einnahm, übergab Metropolit Andrej Scheptyzkyj die jüdischen Kinder an das Jüdische Komitee, das ab sofort vom Metropolit selbst geretteten Rabbiner David Kahane geleitet wurde. Nach Einschätzung des Mönchs Bruder Lawrentij Kusik wurden dank der Studiten ca. 200 Kinder gerettet. Und eins von ihnen kommt nach vielen Jahren in einer ganz anderen Eigenschaft zurück… Am 20. August 2005 hielt in Unev an der Lawra des Heiligen Entschlafens der Gottesgebärerin ein Ehrengeleit an; in einem der Autos befand sich der Leiter des polnischen Außenministeriums, Adam Daniel Rotfeld. Im Herbst 1942 brachte ihn ein Mönch des Studitenordens in einem Pferdekarren hierher; 63 Jahre später weihte der Minister eine Gedenktafel ein zu Ehren der Rettung jüdischer Kinder durch die Gebrüder Scheptyzkyj.

In den Nachkriegsjahren brachte die Geschichte die Retter nicht selten mit den Geretteten zusammen: Juden traten als Zeugen zugunsten der Mönche bei den Prozessen auf, denn diese wurden von der sowjetischen Macht verfolgt; sie schickten Geld, von dem diejenigen, die aus der Verbannung zurückkehrten, leben konnten.

Der letzte Studit, der persönlich an der Rettung der Juden teilnahm – der nach strengem Gelübde lebende Mönch Pawel Syrojed –, starb 2004.

Der irdische Weg von Clementij Scheptyzkyj endete viel früher: Im Juni 1947 wurde er während des abendlichen Gebets von Beamten der sowjetischen Staatssicherheitsorgane verhaftet und starb am 1. Mai 1951 im Wladimir-Zentralgefängnis. Seine Grabstätte konnte nicht gefunden werden. Im Jahr 1996 wurde dem Archimandrit Clementij Scheptizkij (von der Gedenkstätte Yad Vashem, Israel, - Anm. d. Übers.) der Titel „Gerechter unter den Völkern" verliehen. Sein Bruder, der Metropolit Andrej, wartet bis heute darauf.

Möge die Zukunft über uns richten

Zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz sei auch an den Aufstand des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau vor 75 Jahren erinnert.

Von Pavel Poljan

ODD ANDERSSON / AFP

Der Eingang zum Vernichtungslager Auschwitz

Das Gebiet des Holocaust folgte genau den Linien der europäischen Bühne der Kriegshandlungen. Die militärischen und polizeilichen Institutionen Deutschlands und seiner Satteliten beeilten sich ebenso wie die vielen freiwilligen Helfer der Besatzungsmächte in den weiten Räumen zwischen Lappland und Kreta sowie Amsterdam und Naltschik mit Begeisterung Juden zu ermorden. Wenn die Panzer Rommels nicht im Sand vor El Alamein stecken geblieben, sondern weiter nach Osten vorgedrungen und bis Jerusalem gekommen wären, wäre das für die Einsatzgruppen kein Problem gewesen – sie waren schon in Griechenland aufgestellt und warteten auf die Abfahrt …

Die geheime Hauptstadt dieses Imperiums des Menschenhasses war das Konzentrationslager Auschwitz, jetzt Oświęcim (auf jiddisch Oyshvits oder Osphitzin) Anus Mundi oder >Arsch der Welt< , wie es einer der nicht so sentimentalen SS-Leute wirklich nannte. Später gaben sie Auschwitz-Birkenau Namen,die für die Menschheit einen neuem Klang hatten: >Vernichtungslager<, >Fabrik des Todes<, >Todesmühle< und so weiter, und andere teilen die Geschichte sogar in zwei Teile - >vor< und >nach Auschwitz<, wobei es >nach< schon nicht mehr möglich sei, Gedichte zu schreiben.

Wenn man heute Birkenau/ Brzezinka besucht, die Technik der erhalten gebliebenen Gasöfen ansieht, die Ruinen der Krematorien und die Bäume, die alle und alles gesehen haben, dann hält man instinktiv den Atem an – als ob man aufhören würde zu atmen. Und erst wenn man die Ströme des Ein- und Aus-Atmens wieder zulässt, schließlich, inmitten der Residenz des Todes und ihrer satanischen Heiligkeit, nahe dem jüdischen Blut auf dem Boden und der Gestalt der Totschläger und Henker, fängt man unfreiwillig wieder an Atem zu holen, die Atmung wieder her zu stellen und zu sich selbst zu kommen. Wie gemütlich, wie lieblich war dagegen das alte Inferno in den Zeiten von Orpheus oder Dante!

Die vier Gaskammern arbeiteten im Akkord

Hier , in insgesamt vier Gaskammern, erstickten die SS-Leute Menschen mit Blausäure, verbrannten die Leichen, zermahlten die Knochen, welche nicht verbrannt waren, und warfen die Asche von annähernd einer Million und dreihundert Tausend Menschen in den Fluss; etwa eine Million und hundert Tausend davon waren Juden. Eine ganze Stadt mit der Bevölkerung von Nizhnij Novgorod! Jedes sechste Opfer des Holocaust kam genau hier um – auf dieser winzigen Landzunge zwischen den Flüssen Weichsel und Sola.

>Zur Unterstützung< bildeten die Nazis das Sonderkommando – Spezialbrigaden, die fast ausschließlich aus Juden bestanden, und die sie zwangen, ihnen bei diesem massenhaften Fließbandmord zu assistieren - in allen Etappen, außer dem Einwerfen der Gasbüchsen selbst. Der direkte Mörder war ein Deutscher, aber kein Mitglied des Sonderkommandos konnte seine Teilnahme an dem Vorgang leugnen.

Von jedem Menschen mit einem Gewicht zwischen 70 und 75 kg blieben im Schnitt ungefähr drei kg dunkelgraue Asche. Allerdings wurden, bevor man die Leichen in die Muffel-Öfen oder auf gigantische Holzstöße unter freiem Himmel warf, von den Leichen der Frauen die Haare abgeschnitten und alle Kiefer wurden aufgebrochen sowie auf Goldzähne untersucht, die mit Zangen herausgerissen wurden.

Im Mai-Juni 1944, als auf der Rampe täglich 3-4 Züge aus Ungarn und der Slowakei ankamen, konnten die Vierergruppe von Krematorien in Birkenau, diese Öfen-Monster, zusammen mit zwei offenen Brandgruben, etwa 10.000 oder 15.000 Menschen täglich >verzehren<, welche die Selektion nicht überstanden hatten. Die hinter Bäumen versteckte Zone der Krematorien und Gaskammern Birkenaus war in Wirklichkeit eine Fabrik des Todes, die auf die Produktion von 40 – 45 Tonnen menschlicher Asche je 24 Stunden berechnet war! Vorzügliche Fabrik, ausgebaute Infrastruktur, qualifiziertes Management, geschultes Personal! Hitler und Himmler waren sorgfältige Wirtschaftsherren, wie Krupp, und die Juden waren billige Schwarzarbeiter und zugleich preiswerter Rohstoff (ob lokal oder importiert – das war nicht wichtig: bei den Transporten sparte man nicht!)

Die ehrenwerten Bundesgenossen der Anti-Hitler-Koalition rüsteten ihre Bomber beharrlich für Bombardements von wirtschaftlichen Zielen in Monowitz aus und ihre Flugzeuge überflogen auch die >Fabrik< in Birkenau, aber keine Bombe, kein Kerosin wurde dafür bereitgestellt, um wenigstens die Zufahrtswege zu zerbomben!

Zum Roboter werden

Um ihre Funktion auszuhalten, blieb den Juden des Sonderkommandos kein anderer Ausweg als die geistige Entmenschlichung – vertieren, zum Roboter werden, den Verstand verlieren. Die ersten Schriftrollen, die nach der Befreiung des Lagers in der Erde und Asche um die Ruinen der Krematorien gefunden wurden – neun Handschriften von fünf Autoren: Salmen Gradowski, Lejb Langfus, Salmen Lewenthal, Marcel Nadjari und Herman Strasfogel – dokumentieren das in einzigartiger Vollständigkeit.

Mindestens drei mal so viele solcher Rollen verschwanden, sie wurden durch die Suche von Marodeuren – „Goldsuchern“ – zerstört. Oder sie wurden noch nicht gefunden. Und dass diese neun unversehrt blieben und gelesen wurden, das ist ein Wunder. Diese Rollen sind zweifellos zentrale Dokumente des Holocaust.

Ein noch größeres Wunder ist es, dass nicht weniger als 110 Mitglieder des Sonderkommandos selbst überlebten! Als unmittelbare Träger des großen kannibalischen Geheimnisses des Dritten Reiches waren sie für den Tod vorgesehen und dazu verdammt. Es gab keine genauen Instruktionen über ihre >Liquidierung<, aber die Drohung ermordet zu werden hing jeden Tag, jede Stunde und jede Minute über ihnen.

Dass einer von ihnen unversehrt bleibt und sogar sie überlebt, konnten die Nazis sich auch im fernsten Traum nicht vorstellen. Nach dem Krieg gingen die Überlebenden heim und verteilten sich auf der ganzen Welt – nach Israel, USA, Polen, Frankreich und Deutschland. Einige gaben in den Jahren 1960 – 2000 Historikern ausführliche Interviews.

Alle Mitglieder des Sonderkommandos träumten von Läuterung und dachten ernsthaft über Widerstand und Aufstand nach. So ernsthaft, dass eines Tages – am 7. Oktober 1944 – dieser Aufstand wirklich stattfand. Man kann sich denken, dass die Vorbereitung des Aufstands oder vielleicht nur der Gedanke daran ihnen half, der geistigen Entmenschlichung entgegen zu wirken.

Es war ihre Aufgabe, ihre menschliche Natur neu und im höchsten Grade zu beweisen. Das gelang ihnen. Sowohl durch den Aufstand selbst, als sie zur verabredeten Stunde die letzte Freiheit ergriffen und, selbst fast ohne Waffen, drei SS-Leute und einen Oberkapo töteten und ein Krematorium zerstörten, als auch dadurch, dass sie in der Masse und heldenhaft starben sowie zu den wichtigsten Geschichtsschreibern des Holocaust wurden.

Unabhängig vom Ausgang des Aufstands versöhnte allein schon die Vorbereitung die Mitglieder des Sonderkommandos mit dem Schrecken des Vorangegangenen. Mehr als das, schon die Vorbereitung brachte sie in den Rahmen der Normalität und Sittlichkeit zurück, gab ihnen eine Chance, Schuld zu sühnen und all das Schreckliche zu rechtfertigen, das auf ihren Gewissen lag. Und so konnte es eindeutig keinen Misserfolg geben – schon die Möglichkeit, als Mensch zu sterben, war ein Erfolg, und vielleicht sogar heroisch – im Kampf, für Menschen!

Der Widerstand war zersplittert

Um über den jüdischen Aufstand am 7. Oktober zu reden, muss man auf die schwierigen Umstände für Widerstand und Untergrund im Konzentrationslager allgemein zu sprechen kommen. Über lange Zeit war Widerstand verschieden eingefärbt und nicht vereinheitlicht, zerteilt nach nationalen Kennzeichen, und manchmal auch innerhalb von diesen in Gruppen aufgeteilt (zum Beispiel unter den Polen, wo die Kommunisten, die linken Sozialisten und Nationalisten eigene Gruppen hatten, Anhänger der Armija Krajowa, der Armija Ljudowa etc…)

Im Mai 1943 bildete sich in Auschwitz ein vereinigtes Zentrum des Widerstands, das unter dem Namen „Kampfgruppe Auschwitz“ in die Geschichte eingegangen ist. Ihren Kern bildeten polnische und österreichisch-deutsche Zellen, aber auch der Rest der anderen tendierte zu ihnen. Die Strategie der „Kampfgruppe“ bestand

in einer stufenweisen Besetzung von Schlüsselpositionen. Das waren Aufgaben für sogenannte „Funktionshäftlinge“, auch die systematische Verdrängung von Gegnern und Konkurrenten innerhalb des Lagers, besonders deutscher Verbrecher. Eine andere Richtung zielte auf die Verbesserung der Bedingungen für die Mitglieder, nicht selten Einweisung von Gegnern in Einzelhaft, manchmal auch Herstellung von gefälschten Dokumenten und sogar Veränderungen der Zahlen der Insassen. Sie suchten und fanden verschiedene Wege zur Zusammenarbeit mit anderen Lagerabteilungen, und – was besonders schwierig und wichtig war – mit der Außenwelt: während der Existenz des Lagers wurden etwa 1000 Kassiber in die Freiheit übersandt! Und was vielleicht das wichtigste war, was die Aufrührer sich zu gute halten konnten – in Krakau erschien sogar eine Flugblattzeitung auf der Grundlage dieser Briefe: „Das Echo von Auschwitz“!

Zu dieser „Kampfgruppe“ kamen keine Franzosen, Belgier, Tschechen und Roma; sie gaben kleinen Gruppen, fast Grüppchen den Vorzug. Die Leute vom Sonderkommando hielten sich abseits, aber der Status der Verwundbarkeit machte sie von selbst zu einer Gruppe, die am Aufstand äußerst interessiert war – je früher, desto besser!

Nichtsdestotrotz verabredeten sich die beiden Zentren einmal und konnten sich sogar auf einen gemeinsamen Plan und ein Datum für den Aufstand einigen – Mittwoch, den 28. Juli 1944. Aber buchstäblich in der letzten Minute und einseitig stoppte die polnische Seite den Vorgang. Damit zerstörte sie nicht nur die Kampfordnung der jüdischen Seite, sondern deckte auch ihre Konspirationsstruktur auf. Das kostete das Leben des Anführers des jüdischen Stabes – des Kapo Kaminski, des Hauptorganisators des Aufstands des Sonderkommandos.

Die Juden, um S. Lewenthal zu paraphrasieren, knirschten mit den Zähnen aber schwiegen. Aber kurz nach den Selektionen vom September 1944 verabschiedeten sich die Leute im Sonderkommando endgültig von der Perspektive der Zusammenarbeit mit den Polen. Sie hörten auf, an die „Kampfgruppe Auschwitz“ Informationen weiter zu leiten und gingen dazu über, sie in der Erde zu vergraben. Sie machten Mutter Erde zum „Kurier“. Aber das wichtigste: von jetzt an waren sie fest entschlossen, den Aufstand allein zu machen.

Nach dem Tod Kaminskis ging die Führung für die Vorbereitung des Aufstandes und für den Aufstand selbst an andere über – und bald an ein Kollektiv, unter denen Gradowski herausragte. Unter ihnen waren auch jüdische Kriegsgefangene aus der Sowjetischen Armee, vor allem Nikolaj Motin, Major oder Oberst.

Eine neue Selektionsliste war das Startsignal

Es wurde ein neuer Aufstandsplan ausgearbeitet, aber die realen Ereignisse machten ihn fast vollständig undurchführbar. Stattdessen wurde eine spontane Aktion notwendig, allerdings unter ungünstigen Umständen.

Am Samstag, den 6. Oktober 1944 versammelte der Oberscharführer der SS Ch. Busch, einer der Leiter der Krematorien IV und V, die jüdischen Kapos dieser Krematorien und befahl ihnen, im Verlauf von 24 Stunden eine Selektionsliste zu erstellen, alles in allem mit 300 Mann. Das machte den Aufstand unumgänglich.

Es haben sich einige Beschreibungen von Anfang, Verlauf und Unterdrückung des Aufstands erhalten. Wir nehmen jene als Grundversion, welche Andreas Kilian und seine Mitautoren auf der Grundlage vieler Zeugnisse in dem Buch „Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando in Auschwitz“ zeichnen und vervollständigen das Bild mit Details, die in anderen Quellen erwähnt werden, die er nicht benutzt oder unbeachtet lässt.

Sonntag-Morgen, am 7. Oktober, war sonniges, wolkenloses Wetter. Zum Frühstück beim Krematorium II, wo alle sowjetischen Kriegsgefangenen lebten und vorher Kaminski gelebt hatte, versammelte sich der Stab des Aufstands. Das stoppte der Oberkapo Karl Töpfer, der drohte, alle zu verlegen. Aber sie ergriffen ihn sofort, erschlugen ihn und warfen ihn in den Ofen.

Am Mittag, etwa um 13:25, kamen etwa 20 SS-Leute mit Busch an der Spitze auf das Territorium des Krematorium V und begannen mit der namentlichen Selektion, indem sie auf der Liste mit den hohen Nummern anfingen. Im Krematorium IV waren 170 Namen aufgeführt, im Krematorium V 154, hauptsächlich ungarische und griechische Juden.

Als am Ende der Liste ein Rest blieb, wurde klar, dass ein Teil der Leute auf der Liste in der Aufstellung fehlte. Die SS-Leute begannen sie zu suchen, und in dem Augenblick warf sich der polnische Jude Chaim Neuhof mit „Hurra“ und einem kleinen Hammer auf sie. Chaim war einer der ältesten (etwa 54 Jahre) im Sonderkommando. Andere unterstützten ihn – mit kleinen Hämmern, Beilen und Steinen. Dabei brannte schon das Krematorium IV, es war mit selbstgemachten Granaten beworfen worden, was Josel aus Bendzin machte.

Um 13:50 ging die allgemeine Lager-Sirene los. Da schossen die SS-Leute, die aus den Kasernen Unterstützung erhalten hatten, schon aus gesicherten Unterständen; viele von denen, die sich im Hof von Krematorium V aufhielten, starben. Aber Teile der Aufständischen – unter ihnen die Mehrheit der sowjetischen Kriegsgefangenen - waren schon in das nahegelegene Wäldchen geflohen und bereitete sich auf den Kampf vor. Ein Teil schnitt den Stacheldraht durch (der nicht unter Spannung stand) und entkam zur Seite „Kanada“, einer floh sogar in die Sortierbaracke Nr. 14, wurde aber von der Torwache gefasst.

Nachdem sie die Lage im Krematorium IV unter Kontrolle gebracht hatten, trieben die SS-Leute alle, die sich dort noch befanden, in das Krematorium V und zwangen die Mitglieder des Sonderkommandos, sich mit dem Gesicht nach unten hin zu legen. Danach erschossen sie jeden dritten derer, die dort lagen. Nur 44 der insgesamt 324 Mann der beiden kleinen Krematorien blieben am Leben. Die SS-Leute kreisten das brennende Krematorium ein und begannen das Wäldchen zu beschießen, wo sich ein Teil der Aufständischen versteckt hielt.

Bei den beiden anderen Krematorien geschah praktisch nichts. Teilweise deswegen, weil der Aufstand am Krematorium IV so spontan war, dass die übrigen Krematorien nicht vorbereitet waren, teilweise deswegen, weil die SS-Leute schnell waren und im Verlauf einer halben Stunde die Kontrolle errungen hatten.

Nachdem sie das brennende Krematorium von weitem gesehen hatten und die Schüsse gehört hatten, entschieden die Mitglieder des Sonderkommandos am Krematorium II– vor allem Kriegsgefangene – dass der allgemeine Aufstand begonnen habe. Sie rissen den SS-Wachmann nieder und warfen ihn in den brennenden Ofen, unmittelbar zu dem verhassten Töpfer.

Danach gab es für niemanden einen Weg zurück. Es gelang ihnen nicht, ihr Krematorium an zu stecken, vielleicht war das Pulver nass geworden. Sie rissen den zweiten Wachmann nieder, zerschnitten den Stacheldraht und flohen auf dem Weg, der zum Frauenlager führte. Sie zerschnitten den Stacheldraht auch dort, aber keine der Häftlingsfrauen verstand, was geschah. Die Flüchtlinge setzten den Weg fort und fassten auf dem Weg einen der Insassen des Kommando, der mit Reinigungsmaschinen arbeitete – den Bruder des Kapo Lemke Plischko.

Zu dieser Zeit drangen die SS-Leute zum großen Krematorium vor. Sie schnitten denen, welchen die Flucht aus dem Krematorium II gelungen war (etwa 100 Leute) den Weg in Rajsko ab. Diese entschlossen sich zum Widerstand und verbarrikadierten sich im Pferdestall. Daraufhin warfen die SS-Leute Granaten und verbrannten den Stall. Die Mehrheit darin starb.

Es waren aber aus Krematorium II nicht alle geflohen: vier Ärzte mit M. Nyszli an der Spitze, außerdem einige andere Häftlinge. Drei (an der Spitze Elusz Malinka), versuchten, das Krematorium zu zerstören. Nachdem Mengele sich eingemischt hatte blieben zwar „seine“ jüdischen Ärzte am Leben; alle übrigen Mitglieder des Sonderkommandos für dieses Krematorium – 171, sowohl Teilnehmer am Aufstand wie solche, welche die Teilnahme abgelehnt hatten – starben entweder im Kampf oder wurden erschossen.

Im Lauf des Aufstandes starben alle Organisatoren, außer Ja. Handelsmann. Er blickte auf den Verlauf der Ereignisse aus dem Krematorium III zusammen mit S. Lewenthal, L. Langfus, M. Buki, Sch. Venezia und anderen.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober blieben die Aufständischen Ja. Handelsman und Ju. Wrubel in diesem Krematorium, offensichtlich, um mit dem Sprengstoff, den sie hatten, das Krematorium zu sprengen – wahrscheinlich zusammen mit sich selbst. Erst, als ihnen das nicht gelang (möglicherweise weil sie, wie beim Krematorium II, nasses Pulver gebracht worden war) wurden sie gefangen genommen. Es waren 14 Leute. Sie wurden in den GESTAPO-Bunker im Hauptlager geworfen. Der Arrest kann nur am 9. Oktober stattgefunden haben, nicht am 10., wie überall geschrieben wird, weil der Bericht Lewenthals vom 10. Oktober von Wrubel als jemandem schreibt, der schon im Bunker sitzt, und Rosa Robota zur Zeit ihres Arrests schon wusste, dass Wrubel tot war.

Am Abend des 7. Oktober trieben sie diejenigen des Sonderkommandos, die noch lebten, auf dem Territorium des Krematoriums IV zusammen, wo sie noch 200 erschossen. Danach gingen die Krematorien II, III und V wieder an die Arbeit.

Nicht aber im Krematorium IV, den die Aufständischen funktionsunfähig gemacht hatten. Drei Unterscharführer der SS waren getötet worden (Erler, Freese und Purke), 12 SS-Leute waren verletzt. Im Ofen verbrannte Oberkapo Töpfer.

… Die letzten Opfer des Aufstands wurden Esther Weissblum, Regina Safirszrajn, Ella Gertner und Roza Robota. Die ersten drei besorgten das Pulver und die vierte übergab es Kaminski, um Granaten her zu stellen. Die Frauen wurden am 5. Januar 1945 gehenkt. Um zwei war „Schichtwechsel“; zwei wurden früh um vier getötet, die zwei anderen um 10 Uhr abends – zur Belehrung beim Schichtwechsel des Lagers. Beide Male verlas Höss vor der Vollstreckung das Urteil des höchsten Gerichts in Berlin und fügte hinzu: >so wird es allen ergehen…< (und so erging es ihm auch!)

An jenem Tag fiel Schnee, und die gefrorenen Leichen hingen für drei Tage.

Nach drei Wochen, am 27. Januar 1945, wurde das Lager durch die Rote Armee befreit.

Ein Sieg war unmöglich

Der Aufstand der Mitglieder des Sonderkommandos in Birkenau am 7. Oktober 1944 ähnelte den beiden Warschauer Aufständen: es gab keine Möglichkeit für einen Sieg, aber der militärische und moralische Geist war auf einer Höhe, die alles überragte. Der Aufstand bildete einen Höhepunkt jüdischen Widerstands in den Lagern des Todes, wie auch die Aufstände in Treblinka und Sobibor. Wie in Sobibor spielten auch hier jüdische sowjetische Kriegsgefangene eine herausragende Rolle.

Die Mitglieder des Sonderkommandos zeigten allen und sich selbst, dass sie nicht eine Rotte aus bevorzugten Stabsleuten, sondern Strafgefangene waren, und dass die Mitglieder nach Kampf strebten und darauf hofften, mit ihrem Blut jene gemeine Schande abwaschen, in welche der Feind sie ungefragt verwickelt hatte. Und sie kämpften auch darum, dass die ganze Welt nicht nur ihre Kleingläubigkeit und ihre Verbrechen kennt und anrechnet, sondern auch ihre Siege!

Wie es im „Brief an die Enkel“ von Gradowski geschrieben wurde „Möge die Zukunft über uns richten, auf der Grundlage meiner Aufzeichnungen, und möge die Welt in ihnen – und wenn auch vielleicht nur einen Tropfen – dieser schrecklichen, tragischen Todeswelt erkennen, in der wir lebten.“

Übersetzung Hans-Heinrich Nolte

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Westeuropa: Meaculpismus und der Glaube an die eigene Erbschuld

Westeuropäer fühlen sich schuldig für ihre Geschichte – die gewaltvolle Geschichte islamischer Imperien ist ihnen in der Regel unbekannt. Dieses Nicht-Wissen hat Folgen für Denken und Wahlverhalten vieler Menschen gerade im Westen unseres Kontinents.

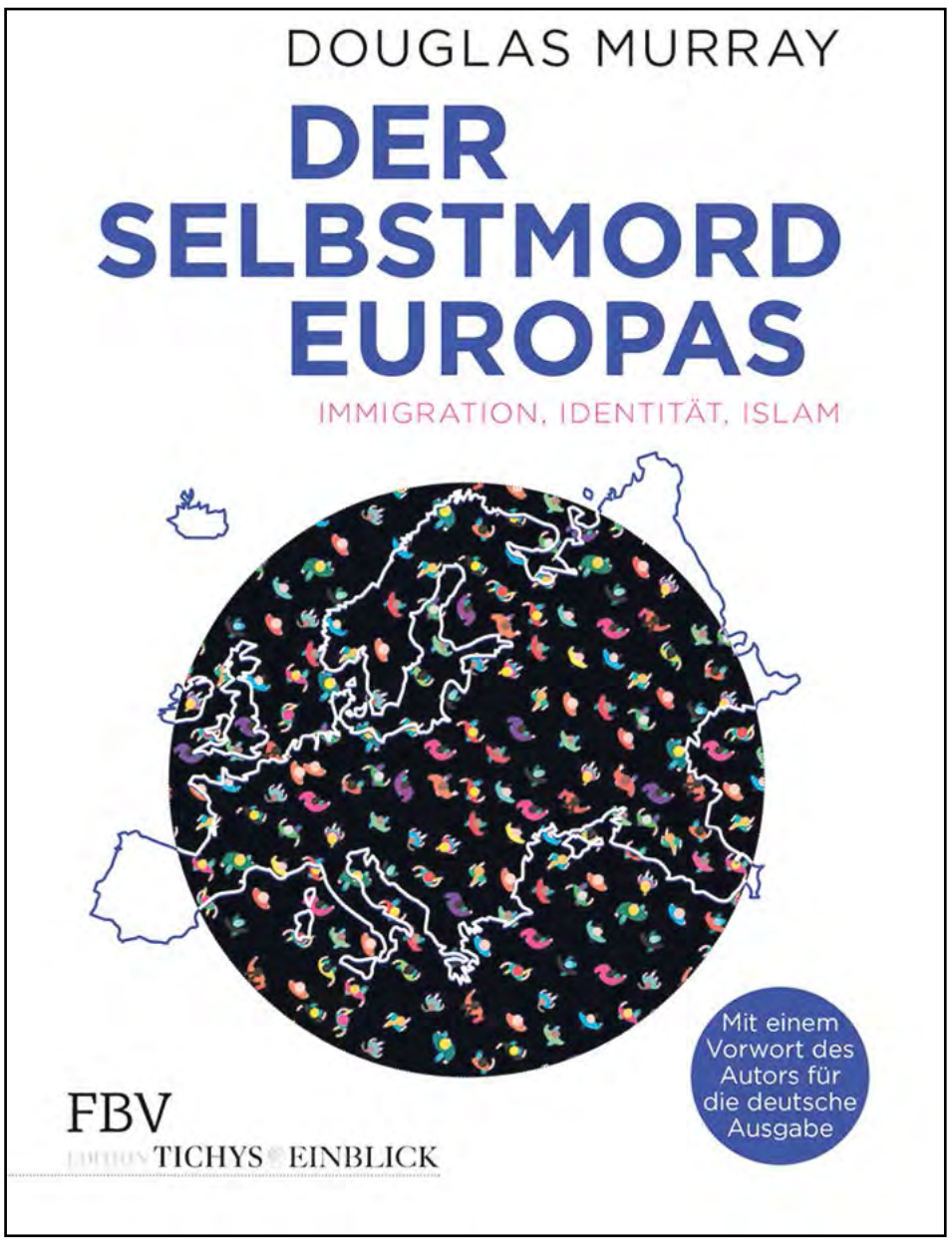
Von Douglas Murray

Schuld ist zu einem moralischen Desinfektionsmittel in Westeuropa geworden, diagnostizierte der französische Philosoph Pascal Bruckner. Statt für sich selbst verantwortlich zu sein, versteht sich mancher als selbst ernannter Vertreter der Lebenden und der Toten. So wird ein Niemand zum Jemand.

Das Osmanische Reich war eines der größten und am längsten existierenden Reiche in der Geschichte. Über mehr als 600 Jahre herrschte es über ein riesiges Territorium, zwang seinen Untertanen islamischen Glauben und Kultur auf und bestrafte nach seinem eigenen Rechtssystem jene, die sich dagegenstellten. Es drang durch seine Militärmacht nach Südosteuropa, in den Nahen Osten und nach Nordafrika vor, und nur die Stärke einer Koalition europäischer Armeen konnte in der Schlacht bei Wien am Kahlenberg 1683 Europa vor der osmanischen Herrschaft bewahren.

Im Laufe des Ersten Weltkrieges fiel das Reich auseinander. Doch währenddessen verübte es eine der schlimmsten Gräueltaten in der Geschichte und tatsächlich den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die Vernichtung der armenischen Bevölkerung Anatoliens war ein Massaker an mehr als einer Million Menschen innerhalb weniger Jahre. 1973, fünf Jahrzehnte nach dem Zerfall des türkischen Reiches, fiel die Türkei über Zypern her. Ihre Armee besetzte die Hälfte der Insel, ermordete griechische Zyprioten und vertrieb andere aus ihrer Heimat. Die Besatzung hält bis zum heutigen Tag an, obwohl die Türkei Mitglied der NATO ist und der griechische Teil Zyperns Mitglied der EU. Man kann der Auffassung sein, dass die Türkei als eine historische Macht nicht schlimmer, aber bestimmt nicht besser war als irgendein anderes Land der Welt. Es ist bemerkenswert, dass dies alles kaum erwähnt wird, dass die Türken selten oder so gut wie nie veranlasst werden, sich für die historische Rolle der Türkei schuldig zu fühlen.

Das geschieht teilweise deshalb, weil die türkische Regierung sicherstellt, dass es so bleibt. Einer der Gründe, warum die moderne Türkei im Weltmaßstab führend bei der Einkerkerung von Journalisten ist, liegt an dem Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, demnach es eine Straftat ist, „die türkische Nation zu beleidigen". Es ist gegen das Gesetz, den armenischen Völkermord auch nur zu erwähnen, und wer es trotzdem tut, wandert ins Gefängnis. Und obwohl einige griechische Zyprioten die anhaltende Besetzung des Nordteils ihrer Insel beklagen, hat das die britische Regierung niemals davon abgehalten, den Wunsch der Türkei nach Vollmitgliedschaft in der EU zu unterstützen.



Die Türkei entschuldigt sich nicht

Es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass sich die türkische Regierung niemals für die Verbrechen des Osmanischen Reiches entschuldigt hat. Und es ist nicht überraschend, dass das Land bis heute die Erwähnung seiner jüngeren Geschichte der Besatzung und der ethnischen Säuberungen gesetzlich verbietet. Was eher schon überrascht, ist, dass nur wenige von außerhalb diese Tatsachen gegen die Türken als Volk wenden. Wenn die Art, wie Geschichte in Europa heute unterrichtet und internalisiert wird, zum Ziel hat, dass sich die schlimmsten Ereignisse dieser Geschichte nicht wiederholen, dann müssen wir uns doch fragen, wer sonst noch in der Welt so handeln sollte. Welche anderen Nationen sollten wir ermutigen, sich für ihre Vergangenheit zu schämen? Und wenn es sonst niemand tut, sondern sich stattdessen sowohl auf den nationalen Stolz als auch auf die Ächtung historischer Nachforschungen verlässt, sollten wir uns dann nicht fragen, ob sich Europa nicht in einer merkwürdigen Lage befindet, weil es sich zutiefst schuldig bekennt?

Das Problem ist noch größer. Wenn historische Übeltaten heute gesühnt werden müssen, wo liegen dann die Grenzen, und wer alles ist davon betroffen? Mit der „Das Imperium schlägt zurück"-Theorie wurde oft behauptet oder angedeutet, Europa müsse alle Konsequenzen der Massenmigration erleiden und tragen, weil sie Wiedergutmachung für historische Übeltaten sei. Wenn aber die Massenmigration Wiedergutmachung für historische Übeltaten wie Imperialismus ist, warum gilt das für die moderne Türkei nicht? Hat es die Türkei nicht verdient, auch vollständig verändert zu werden? Wenn es so ist, welche Gegenden sollen wir zur Migration ermutigen? Sollten dann alle Türken, die unglücklich mit diesem Prozess sind, als „Rassisten" niedergeschrien werden? Wenn wir schon einmal dabei sind, die „Diversität" als Strafe für historische Übeltaten den Menschen aufzuerlegen, sollte die „Diversität" nicht auch über Saudi-Arabien verhängt werden? Sollte der Iran nicht gezwungen werden, als Buße für seine Geschichte Minderheiten aus der ganzen Welt aufzunehmen? Da alle Länder, Völker und Religionen irgendwann Schreckliches getan haben und da nicht alle Rassen und Kulturen in der gleichen Weise gestraft werden, sollte uns da nicht der Gedanke kommen, dass hinter diesen letzten Ereignissen in Europa ein spezifisches, gegen den Westen und Europa gerichtetes Motiv steckt? Es ist eine merkwürdige, beunruhigende Feststellung.

Gibt es eine erbliche Schande der Mittäterschaft?

Wenn der Begriff der historischen Schuld irgendetwas bedeuten soll, dann muss er beinhalten, dass eine erbliche Schande der Mittäterschaft von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird. Es trifft zu, dass manche Christen wegen eines einzigen Absatzes im Evangelium (Matthäus 27,25) die Juden in genau dieser Weise verantwortlich gemacht haben. Und es dauerte bis 1965, dass ein Papst diese Last auch formal aufhob. Aber dieser Fall und ähnliche Fälle von Beschuldigungen der Nachfahren gelten in der modernen Zeit als moralisch widerwärtig. Der Fall der Juden ist besonders beunruhigend, denn er zeigt, wie lange sich eine solche Vendetta halten kann. Die Empfindung der Schuld, mit der moderne Europäer glauben beladen zu sein, begann allerdings erst in den letzten paar Jahrzehnten. Es ist eine Krankheit, die mit dem späten 20. Jahrhundert begann. Sie könnte – wie die christliche Idee von der vererbten Schuld der Juden – noch ein paar tausend Jahre anhalten. Und man ahnt es nicht einmal, wie sie dann beendet werden könnte.

In erster Linie deshalb, weil so viele Europäer wünschen, sie würde ewig halten. Schuld ist zu einem moralischen Desinfektionsmittel in Westeuropa geworden, diagnostizierte der französische Philosoph Pascal Bruckner in seinem Buch „La Tyrannie de la pénitence" (Titel der deutschen Übersetzung: „Der Schuldkomplex"). Die Menschen saugen sie auf, weil sie sie mögen: Sie berauschen sich daran. Es hebt ihre Laune, sie fühlen sich erhöht. Statt einfach Menschen zu sein, die für sich selbst verantwortlich und denen gegenüber Rechenschaft schuldig sind, die sie kennen, werden sie zu selbst ernannten Vertretern der Lebenden und der Toten, Träger einer furchtbaren Geschichte und potenzielle Erlöser der Menschheit. So wird ein Niemand zum Jemand. 2006 tauchte in Großbritannien ein besonders merkwürdiges Exemplar dieses Typs auf, Andrew Hawkins.

„Entschuldigungsreise" nach Gambia

Mr. Hawkins ist ein Theaterregisseur, der in der Mitte seines Lebens entdeckte, dass er von einem Sklavenhändler aus dem 16. Jahrhundert, von John Hawkins, abstammt. 2006 wurde Andrew Hawkins von einer Hilfsorganisation mit dem Namen „Lifeline Expedition" eingeladen, mit ihr auf eine „Entschuldigungreise" (sorry trip) nach Gambia zu gehen. Im Ergebnis schloss sich Hawkins 26 anderen Abkömmlingen von Sklavenhaltern an, um im Juni des gleichen Jahres durch die Straßen der Hauptstadt Banjul mit Ketten an den Händen und mit einem Joch um den Hals zu paradieren. Die Teilnehmer trugen auch T-Shirts mit der Schrift „So Sorry" und marschierten so in das 25.000 Menschen fassende Stadion der Hauptstadt ein. Weinend und auf den Knien entschuldigten sie sich auf Englisch, Französisch und Deutsch vor den etwa

18.000 Zuschauern, bevor die gambische Vizepräsidentin Isatou Njie Saidy sie in einer Zeremonie von ihren Ketten befreite.

Man kann ohne Weiteres behaupten, dass, wer an einer solchen Zeremonie teilnimmt, sowohl psychisch als auch moralisch in großer Not sein muss. Mr. Hawkins und seine Freunde hatten Glück, dass sie auf ihrer Entschuldigungstour durch überwiegend irritierte Gambier so gutmütig aufgenommen wurden. Nicht jeder reagiert so gutartig auf die westliche Angewohnheit der Selbstflagellation. Vor vielen Jahren, während wieder einmal ein Friedensgespräch zwischen Israel und den „Palästinensern" scheiterte, interviewte ein Journalist Jassir Arafat in seinem Büro in Ramallah. Gegen Ende des Interviews kam ein männlicher Assistent Arafats in das Büro des Präsidenten, um anzukündigen, dass die amerikanische Delegation eingetroffen sei. Der Journalist witterte eine Sensation und fragte den Präsidenten, wer die Amerikaner im Nachbarzimmer seien. „Es sind Amerikaner, die durch die Region reisen, um sich für die Kreuzzüge zu entschuldigen", sagte Arafat. Dann brachen er und sein Gast in Gelächter aus. Beide wussten sehr wohl, dass die Amerikaner nichts mit den Kriegen vom 11. bis 13. Jahrhundert zu tun hatten. Aber Arafat war auf jeden Fall gerne bereit, jedem Nachsicht zu zeigen, der glaubte, eine solche Geste für eigene politische Vorteile nutzen zu können.

Norweger fühlt sich schuld an seiner eigenen Vergewaltigung

Der Wunsch, sich sündig zu fühlen, hat die europäischen liberalen Gesellschaften fest im Griff: Sie sind die Ersten in der Geschichte, die, wenn sie einen Schlag abbekommen, erst einmal fragen, womit sie das verdient haben. Die nicht zu lindernde historische Schuld setzt sich bis in die Gegenwart fort. Deshalb sind die Europäer auch dann die Schuldigen, wenn sie diejenigen sind, die misshandelt oder von noch Schlimmerem getroffen werden. Mehrere Jahre vor der gegenwärtigen Migrationskrise wurde ein linker norwegischer Politiker, Karsten Nordal Hauken (nach eigener Bekundung Feminist, Antirassist und Heterosexueller), zu Hause von einem somalischen Flüchtling brutal vergewaltigt. Sein Angreifer wurde durch einen DNA-Test überführt und verurteilt. Nachdem er seine Strafe von viereinhalb Jahren abgebüßt hatte, sollte er in seine somalische Heimat abgeschoben werden.

Später beschrieb Hauken in den norwegischen Medien, welche Schuldgefühle ihn deshalb gequält haben. Er fühle sich tatsächlich verantwortlich dafür, dass der Vergewaltiger nach Somalia zurückgeschickt wurde. „Ich hatte ein starkes Gefühl von Schuld und Verantwortung", schrieb er. „Ich war der Grund dafür, dass er nicht mehr in Norwegen war und stattdessen in eine dunkle und unsichere Zukunft nach Somalia geschickt wurde."

Es ist eine Sache zu versuchen, seinen Feinden zu vergeben. Aber es ist noch einmal etwas ganz anderes, brutal vergewaltigt zu werden und sich dann Sorgen zu machen über die zukünftigen Lebensumstände des Vergewaltigers. Vielleicht gibt es zu einer gegebenen Zeit immer eine bestimmte Zahl von Menschen, die vom Masochismus befallen sind. Vielleicht werden die Masochisten – genauso wie die Armen – immer mit uns sein. Aber eine Gesellschaft, die Menschen mit diesen Neigungen belohnt und ihnen sagt, dass ihre Neigung nicht nur natürlich, sondern auch eine Demonstration von Tugend sei, wird eine höhere Konzentration an Masochisten produzieren.

Allerdings haben Masochisten – egal, wie viele sie auch sein sollen – ein besonderes Problem, mit dem sie fertigwerden müssen, nämlich: Was passiert, wenn sie auf einen Sadisten treffen, der sagt: „Du glaubst, du bist grauenvoll und schrecklich, mit Eigenschaften, die nicht zu sühnen sind? Stimmt, so bist du." Es mangelt heute nicht an Masochisten, nicht in Europa und nicht in den Ländern, für die sich Europäer teilweise verantwortlich fühlen. Aber es gibt auch keinen Mangel an Sadisten, die gerne bereit sind, jeden Selbstvorwurf zu bestätigen und jede unserer Ideen über unser ganzes Elend aufzugreifen. Und das ist der andere Grund, warum – zurzeit – die Idee von der elementaren Sünde unumkehrbar ist. Die meisten Menschen möchten keine Schuldgefühle haben und wollen von anderen auch nicht wegen ihrer Sünden angeklagt werden und schon gar nicht, wenn dies in böser Absicht geschieht. Nur die modernen Europäer sind glücklich in ihrem Selbsthass und bieten einen internationalen Tummelplatz für Sadisten.

Douglas Murray

Schwärzeste Momente mit Sternstunden vergleichen

Während die westlichen und europäischen Nationen sich selbst zerfleischen und von der Welt erwarten, sie für das Verhalten ihrer Ahnen zu zerfleischen, hat bisher keine ernstzunehmende Behörde oder Regierung jemals anderen Völkern empfohlen, für die vererbten Verbrechen ihres Volkes Verantwortung zu übernehmen. Nicht einmal für Verbrechen, die zu unseren Lebzeiten begangen wurden. Vielleicht gibt es im Westen nur wenige Sadisten. Eher trifft es zu, dass es in den anderen Ländern zu wenige Masochisten gibt, um eine derartige Mission erfolgversprechend erscheinen zu lassen. Die mongolische Invasion des Mittleren Ostens im 13. Jahrhundert war eine der brutalsten in der aufgezeichneten Geschichte. Im Laufe der Massaker in Nishapur 1221, in Aleppo und Harem sowie der Brandschatzung Bagdads 1258 wurden nicht nur Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder abgeschlachtet, sondern auch unglaubliche Mengen an Wissen und Gelehrsamkeit vernichtet. Wenn wir heute dauernd Erzählungen über die Kreuzzüge hören, aber kaum etwas über diese Brutalitäten, dann hat das nicht nur damit zu tun, dass es schwerfallen würde, die Nachfahren der Mongolen zu finden und zu beschuldigen, sondern auch damit, dass es zweifelhaft ist, ob die Abkömmlinge für die Idee empfänglich wären, Schuld zu haben an den Verbrechen ihrer Ahnen.

Nur die europäischen Nationen lassen es zu, aufgrund ihrer schwärzesten Momente beurteilt zu werden. Diese Selbstzerfleischung ist besonders unheimlich, weil man von den Europäern gleichzeitig erwartet, jeden anderen nur aufgrund von dessen Sternstunden zu beurteilen. Während in Diskussionen über religiösen Extremismus die spanische Inquisition und die Kreuzzüge regelmäßig zum Thema werden, werden dem Andalusien und die islamischen Neo-Platonisten gegenübergestellt. Es kann kein Zufall sein, dass diese zwei Dinge – uns selbst nach unseren schwärzesten, andere jedoch nach deren hellsten Momenten zu beurteilen – Hand in Hand gehen. Es scheint so, als handle es sich bei den Vorgängen im Westen sowohl um ein politisches als auch um ein psychologisches Leiden.

Sklavenmarkt in Cairo von David Roberts (zwischen 1845 und 1849)

Auszug aus:
Douglas Murray, Der Selbstmord Europas. Immigration, Identität, Islam. Edition Tichys Einblick im FBV, 384 Seiten, 24,99 €.

Der Untergang der verräterischen „Freunde“

Versprochene Versöhnung, ein merkwürdiges Testament von König David, die Frage der Abstammung und eine Warnung an falsche „Unterstützer“ Israels in der Übersicht der Haftorot des Monats Januar.

„Der Triumph des Joseph“ von Hilaire Pader in der Kathedrale Saint-Etienne in Toulouse.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Im Januar werden mit „Wajigasch“ und „Wajechi“ die zwei letzten Wochenabschnitte des 1. Buches der Tora „Bereschit“ gelesen und mit den Parschjiot „Schemot“ und „Waera“ das 2. Buch „Schemot“ angefangen.
Auch die Haftorot (die dazugehörigen Abschnitte aus den Propheten) sind interessant und vielfältig: die Propheten lassen uns tiefer blicken und sogar manche Ereignisse in unserem eigenen Leben besser verstehen.

Ende gut – alles gut

Im Wochenabschnitt „Wajigasch“, der am ersten Schabbat nach dem säkularen Jahreswechsel gelesen wird, wird über ein dramatisches Treffen von Jakows Söhnen Josef und Jehuda berichtet. Jehuda tritt gegen Josef auf, der als ägyptischer Minister getarnt ist. Am Ende der spannenden Begegnung offenbart sich Josef den Brüdern und nach kurzem Schock umarmen sie sich alle. Danach kommt Jakow mit der ganzen Familie nach Ägypten und die Brüder leben zusammen bis zu ihrem Ableben in Frieden.

Dieses Thema wird auch in der Haftora zum Wochenabschnitt aus der Prophetie von Jezechiel angesprochen:

„Und das Wort von G‘tt kam zu mir also: Du, Menschensohn, nimm dir einen Holzstab und schreibe darauf: ‚Für Jehuda und die Kinder Israel, seine Mitverbundenen‘. Alsdann nimm einen anderen Holzstab und schreibe darauf: ‚Für Josef, den Stab Ephraims, und das ganze Haus Israel, seine Mitverbundenen‘. Danach füge beide Stäbe zusammen, einen zum andern, damit ein Holzstab daraus werde, ja, zu einem einzigen sollen sie werden in deiner Hand“.

Rivalität zwischen den jüdischen Stämmen

Die Wörter des Propheten lassen erahnen, dass es einen guten Grund für dieses Wort G’ttes gab: auch nach dem Auszug aus Ägypten und nach der Eroberung des Landes Israel gab es Rivalität zwischen den Stämmen, und zwar zwischen den Nachkommen von Jehuda und den Nachkommen von Josef.

Bekanntlich war das jüdische Königreich nach dem Ableben von König Schlomo in zwei Teile zerfallen: Königreich Jehuda (mit den Stämmen von Jehuda und Binjamin) und das Nördliche Königreich (mit den zehn anderen Stämmen unter der Führung des Stammes Ephraim). Zur Versöhnung kam es nie: zuerst wurde das Nördliche Königreich erobert und zerstört, wenig später verlor auch das Königreich Jehuda seine Unabhängigkeit.

Doch Jezechiel verspricht diese Versöhnung in der Zukunft:

„Und sage zu ihnen: So spricht G‘tt, der HERR: Seht, ich will die Kinder Israels aus den Nationen, unter welche sie gekommen sind, zurückholen und sie von überallher sammeln und sie in ihr Land führen; und sie im Lande auf den Bergen Israels zu einem einzigen Volke machen; sie sollen alle nur einen einzigen König haben, sie sollen auch hinfort nicht mehr zwei Völker bilden, noch in zwei Reiche zerteilt werden“.

Interessant ist, dass in der jüdischen Philosophie Josef und Jehuda nicht einfach irgendwelche Brüder und Anführer bedeutender Stämme sind, sondern Archetypen. Sowohl Josef als auch Jehuda sind große Anführer, Könige, aber ganz unterschiedliche Typen. Das sieht man schon in der Tora: im Land Kanaan, wo die Familie von Jakow lebt, ist Jehuda der von allen Brüdern respektierte Wortführer. Josef hat da wenig zu melden, und als er durch die Träume Anspruch auf die Führung erhebt, wird er von den Brüdern gehasst und beneidet.

Als Josef verkauft wird, in Ägypten große Karriere macht und zum Vize-König aufsteigt, wendet sich das Blatt. Die Brüder kommen nach Ägypten und verbeugen sich vor Josef auch dann noch, als sie bereits erfahren haben, dass der vermeintliche Vize-König ihr Bruder Josef ist. Als Jakow mit der Familie nach Ägypten zu Josef umsiedelt, hat Josef weiterhin das Sagen – von Jehuda dagegen ist fast nichts mehr zu hören. Deshalb sagen unsere Weisen: Josef ist der König im Galut (Exil) und Jehuda ist der König im Lande Israel (was sich in König David vollständig realisiert hat).

> „Und diese Prophezeiung ist komplett in Erfüllung gegangen: Ägypten wurde nie mehr zu einer Weltmacht, die Ägypter gingen verloren und wurden durch Araber ersetzt.“

Deshalb lehren jüdische Mystiker, dass bevor der Erlöser (Maschiach) aus dem Hause David kommt und die messianische Ära in unserer Welt beginnt, zuerst sein Vorgänger Maschiach aus dem Hause Josef (Maschiach ben Josef) kommen soll. Auch er wird bestimmte Aufgaben erledigen müssen, bevor er stirbt und damit den Platz für Maschiach ben David frei macht.

Interessanterweise gibt es diese Idee auch im religiösen Zionismus und ist dort sehr wichtig. Religiöse Zionisten sind große Befürworter des Staates Israel und nennen den Staat „Reschit Tzmichat Geulotenu“ („der erste Spross unserer Erlösung“). Jedoch müssen sie irgendwie erklären, wie der säkulare Staat mit teilweiser sogar antireligiösen Gesetzen (z.B. „Ehe für alle“, Frauen in der Armee) aus religiöser Sicht Sinn macht. Deshalb wird der aktuelle Staat als erste Etappe nach dem „Josef-Typ“ bezeichnet, als „Vorbote“ für die nächste und letzte Etappe nach dem „Jehuda-Typ“, wenn der jüdische Staat unter Führung von Maschiach ben David religiös und gerecht sein wird.

Jedoch sind sowohl religiöse Zionisten, als auch religiöse Antizionisten in Einem einig: die Worte des Propheten „und (Ich werde) sie im Lande auf den Bergen Israels zu einem einzigen Volke machen; sie sollen alle nur einen einzigen König haben, sie sollen auch hinfort nicht mehr zwei Völker bilden“ sollten so schnell wie möglich in Erfüllung gehen!

Einzigartige Rettung

Im letzten Wochenabschnitt des 1. Buches Mosche „Wajechi“ lesen wir von den letzten Jahren und dem Ableben unseres Patriarchen Jakow. Vor dem Tod segnet Jakow alle seine Söhne und zeichnet damit ihre Zukunft auf.

Passend dazu wird als Haftora zu dieser Parascha über das Ableben von König David und sein Vermächtnis an seinen Sohn (Salomon) aus Königen I (2:2-12) gelesen. Und dieses Testament hat es in sich.

Was sollte ein König vor seinem Abgang seinem Nachfolger mitteilen? Wie man die Finanzen gut führt, wie man Freunde findet und die Feinde richtig einschätzt? Oder vielleicht wie man Kriege richtig führt und strategische Allianzen schließt?

Doch es geht hier um einen jüdischen religiösen König, der dazu auch ein absoluter Tzaddik (Gerechter) war. Welche

Mit dem Schofar sollen einst die Juden aus aller Welt heimgerufen werden.

Anweisungen gibt so ein König seinem religiösen und gerechten Sohn?

Zuerst verlangt David, dass Schlomo so g'ttesfürchtig und gerecht bleibt wie er selbst:

„So sei nun stark und sei ein Mann und beobachte die Verordnungen des HERRN, deines G'ttes, dass du in seinen Wegen wandelst, seine Satzungen, seine Gebote, seine Rechte und seine Zeugnisse hältst, wie im Gesetze Mosches geschrieben steht…".

Das ist durchaus verständlich und nachvollziehbar.

Was aber danach kommt, ist sehr erstaunlich:

„Du weißt aber auch, was mir Joab, der Sohn der Zeruja, getan hat, wie er an den beiden Heerführern Israels, an Abner, dem Sohne Ners, und an Amasa, dem Sohne Jeters, gehandelt hat, wie er sie umgebracht und also Kriegsblut mitten im Frieden vergossen und Kriegsblut an seinen Gürtel getan hat… So handle nun nach deiner Weisheit, dass du seine grauen Haare nicht in Frieden ins Totenreich fahren lässt!".

Trachtet der gerechte David auf seinem Sterbebett nach Rache?

Doch damit ist David noch nicht zufrieden. Er erwähnt später noch einen Menschen, der nicht eines natürlichen Todes sterben sollte:

„Und siehe, du hast bei dir Schimi, den Sohn Geras, den Benjaminiter, von Bachurim, der mir bitter und schändlich fluchte zu der Zeit, als ich nach Mahanaim ging. Als er aber dann an den Jordan herab mir entgegenkam, da schwur ich ihm bei dem HERRN und sprach: Ich will dich nicht mit dem Schwerte töten! Nun aber lass du ihn nicht ungestraft; denn du bist ein weiser Mann und wirst wohl wissen, was du ihm tun sollst, dass du seine grauen Haare mit Blut ins Totenreich hinunterbringest".

Sowas ist natürlich schwer zu verstehen: wenn diese Menschen schuldig sind, warum hat David sie selbst nicht gerichtet und exekutiert? Und wenn sie nicht gerichtet werden können, wie kann David seinen Sohn zum Mord anstiften?

Warum müssen so verdienstvolle Juden wie Joab und Schimi sterben?

Der Kommentar unserer Weisen dazu ist sehr erstaunlich: David hat sich bei diesen Anweisungen um das Wohl dieser beiden Täter gekümmert! Jedoch nicht um das leibliche Wohl in dieser Welt, sondern um ihr seelisches Wohl in der kommenden Welt.

Sowohl Joab, als auch Schimi waren herausragende Persönlichkeiten. Joab war ein großer General, der viel für den Schutz des jüdischen Volkes getan hatte. Schimi war sogar noch wichtigerer! Er war ein großer Gelehrter und war sogar persönlicher Mentor von König Schlomo. Mehr noch: im Talmud (Brachot 8a) steht, dass die ganze Zeit, in der Schimi lebte, König Schlomo die Tochter des Pharaos nicht geheiratet hat (und damit nicht gesündigt)!

Jedoch haben beide schwere Fehler in ihrem Leben begangen: Joab tötete zwei andere Generale (aus seiner Sicht durchaus begründet) und Schimi hat den König(!) verflucht (als David aus seiner Sicht schuldig war). Auch wenn beide Männer mit guten Absichten handelten, waren das große Fehler, die für diese verdiente Menschen eine schwere Strafe von G'tt in Gehinom (der Hölle) bedeuteten. Unsere Weise sagen aber, dass das Leiden oder ein unnatürlicher Tod in dieser Welt schwere Sünden sühnt und großes Leid der Seele nach dem Ableben ersparen kann.

Das war auch die Absicht von David: durch den unnatürlichen Tod sollten schwere Sünden von Joab und Schimi gesühnt werden, damit ihre Seelen in der kommenden Welt ihren Platz in Gan Eden bekommen könnten.

Wenn wir also über solche großen Menschen wie König David lesen, müssen wir aufpassen voreilige Schlüsse zu ziehen, es könnte etwas dahinterstecken, was wir ohne unsere Weisen niemals ahnen würden.

Gute Abstammung ist keine Versicherung

Mit dem Wochenabschnitt „Schemot" wird das 2. Buch der Tora eröffnet, das Buch über die Versklavung der Juden in Ägypten und ihre Befreiung. In diesem Wochenabschnitt gibt es mehrere Themen: Die Versklavung der Juden, die Geburt von Mosche und seine Auserwählung für die Befreiung.

Interessanteweise gibt es zwei verschiedene Traditionen, welche Haftora zu dieser Parascha gelesen wird: während aschkenasische (europäische) Juden die Prophetie von Jesaia (27:6-28:13, 29:22-23) lesen, lesen sephardische (orientalische) Juden den Anfang der Jeremia-Prophetie (1:1-19, 2:1-3).

Beide Abschnitte haben starke Verbindung mit dem Wochenabschnitt. Der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902-1994) zeigt, dass es in der aschkenasischen Version (Jesaia) sogar mehrere thematische Verbindungen gibt.

Unter anderem befindet sich hier die ziemlich berühmte Prophezeiung über die Messianische Ära, in der alle Juden – egal, wohin sie zerstreut wurden – in Israel versammelt werden:

„Und es wird an jenem Tage die große Posaune (Schofar) geblasen werden; da werden heimkommen die Verlorenen aus dem Lande Aschur und die Verstoßenen aus dem Lande Ägypten; und sie werden den HERRN anbeten auf dem heiligen Berge zu Jerusalem!"

Auch in der Prophetie von Jeremia, die von den sephardischen Juden gelesen wird, gibt es eine interessante Verbindung zum Wochenabschnitt. So wie in der Parascha von der Auserwählung von Mosche erzählt wird (und Mosche wurde damit zum größten Propheten aller Zeiten), wird zu Beginn der Haftora auch berichtet, wie Jeremia zum Propheten wurde.

„Reden Jeremias, des Sohnes Hilkias, aus den Priestern zu Anatot im Lande Binjamin, an welchen das Wort des HERRN erging in den Tagen Josias, des Sohnes Amons, des Königs von Jehuda, im dreizehnten Jahre seiner Regierung, und auch in den Tagen Jojakims, des Sohnes Josias, des Königs von Jehuda, bis zum Ende des elften Jahres Zedekias, des Königs von Jehuda, bis zur Gefangenführung Jerusalems im fünften Monat".

Unsere Weisen bemerken, dass die Abstammung von Jeremia hier nicht umsonst genannt wird und dass darin eine starke Botschaft verborgen ist. Laut der Überlieferung stammt Jeremia mütterlicherseits von der Prostituierten Rachaw (Josua 2:1-22) ab. Das war die Angriffsfläche für die Feinde des Propheten, dessen Zurechtweisungen ihnen nicht gefallen haben. Deshalb bringt G'tt die Abstammung von Jeremia von einer großen und geschätzten Priesterfamilie zur Sprache.

Außerdem sehen die Rabbonim hier eine gewisse Ironie von G'tt: „Jeremia, der von einer Hure abstammt, aber ein Gerechter ist, soll kommen und Söhne Israels zurechtweisen, die von den frommen Müttern abstammen, jedoch zu Sündern wurden".

Daran sehen wir, dass eine gute Abstammung noch keine Garantie für ein gerechtes Leben ist. Es ist nur eine gute Voraussetzung, aber jeder Mensch soll sich selbst Mühe geben, um sein Leben unter Kontrolle zu bringen und zum g'ttesfürchtigen, ehrlichen und positiven Menschen zu werden.

Verweigerung der Unterstützung für Israel wird zum Desaster

Im Wochenabschnitt „Waera", der am letzten Schabbat des Januars gelesen wird, beginnen die berühmten Ägyptische Plagen (Wasser zu Blut, Armada von Fröschen, Invasion von Tieren usw.). Deshalb wurde passend dazu auch die Haftora ausgewählt: das ist die Prophezeiung von Jezechiel über die Zerstörung Ägyptens durch den Tyrannen Nebukadnezar (28:25-26, 29:1-21).

Dabei verspricht der Prophet die totale Vernichtung Ägyptens, das nie mehr zu einem großen und bedeutenden Imperium wird: „Und ich will Ägyptenland inmitten anderer verwüsteter Länder zur Wüste machen, und seine Städte sollen unter andern öden Städten vierzig Jahre lang öde liegen. Aber die Ägypter will ich unter die Heiden zerstreuen und in die Länder versprengen". Und diese Prophezeiung ist komplett in Erfüllung gegangen: Ägypten wurde nie mehr zu einer Weltmacht, die Ägypter gingen verloren und wurden durch Araber ersetzt.

Da stellt sich die Frage, womit Ägypten diesen Untergang verdient hat? Die Antwort ist: für seinen Verrat am jüdischen Staat: „Weil sie für das Haus Israel ein Rohrstab gewesen sind. Wenn sie dich in die Hand nahmen, so knicktest du ein und durchstachst ihnen die ganze Schulter; und wenn sie sich auf dich lehnten, so zerbrachst du und machtest ihre Lenden wanken".

Ägyptische Herrscher versprachen Israel lange Zeit Unterstützung im Kampf gegen die Eroberer aus dem Norden. Als es aber ernst wurde, ließ Ägypten jegliche Unterstützung vermissen. Und auch wenn G'tt mit Israel wegen seiner Sünden manchmal zürnt, so bleibt das jüdische Volk ein Volk G'ttes und Verrat an ihm wird von G'tt schwer bestraft. Und wer weiß, ob es der heutigen Weltmacht USA nicht deshalb so gut geht, auch weil sie Israel so stark unterstützt? Und das Schicksal von Ägypten könnte für manch andere Länder eine Warnung sein…

Freie Christliche Schule Ostfriesland (FCSO) – eine erfreuliche Ausnahme in Zeiten des nahezu allgegenwärtigen anti-jüdischen Schulmobbings!

Die FCSO im Landkreis Leer ist die wohl israelfreundlichste Schule Deutschlands. Zudem fördern gern wahrgenommene Austauschprogramme mit dem jüdischen Staat das Verständnis und Sympathie für Israel.

Von Stefan Frank

FCSO-Schüler im Toten Meer

Eine deutsche Schule zu besuchen, in der der Staat Israel sehr präsent und beliebt ist – diese Gelegenheit bietet sich einem Journalisten nicht oft. Das liegt vor allem daran, dass es nicht viele von dieser Art gibt. Setzen sich angehende deutsche Abiturienten anhand von Unterrichtsmaterialien bekannter Schulbuchverlage mit Israel auseinander, bekommen sie in diesen Büchern oft ein extrem oberflächliches, verzerrtes und einseitig antiisraelisches Bild präsentiert. Das hat Gideon Böss vor Jahren in einer Studie gezeigt, die seither von anderen Untersuchungen bestätigt wurde.

Das Gegenteil davon ist die Freie Christliche Schule Ostfriesland (FCSO) in Moormerland im Kreis Leer. Dort gibt es ein Seminarfach Israel, dessen Schüler an einem von der Arbeitsgruppe Ostfriesland der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) gesponserten Jugendaustausch mit der Schule ORT Binyamina bei Haifa teilnehmen. Das Interesse an Israel ist riesig – das durfte ich selbst erleben, als ich am 30. November die Filmemacherin Ilona Rothin in die Schule begleitete. Die Lehrer Esther Aeilts und Fokko Peters, die an der FCSO das Seminarfach Israel unterrichten, hatten sie eingeladen, damit ihre Schüler mit ihr über ihren neuen Film „Gestatten, ich bin ein Siedler! – Wie leben die Menschen in der West Bank?“ sprechen können. Den hatten die Teilnehmer des Seminarfachs Israel einen Tag zuvor gesehen und dadurch einiges über die „Siedler“ genannten Juden erfahren, die im alten jüdische Kernland Judäa und Samaria (in deutschen Medien meist „West Bank“ oder „Westjordanland“ genannt) leben.

Die Botschaft des sehenswerten Films: Die Zeit arbeitet gegen die Anti-Israel-Fanatiker. Arabisch-jüdische Freundschaften sind längst Normalität und werden über die hasserfüllte „Anti-Normalisierungs-Kampagne“ von Fatah und Hamas siegen. „Wir machen hier eigentlich schon den Frieden“, sagt Shaban Amer, der „palästinensische“ Vorarbeiter in einer Süßwarenfabrik, in dem Film.

In der Schule

Im Sekretariat der FCSO, wo ich mich anmelde, stehen auf dem Aktenschrank hinter dem Tresen jeweils eine kleine Israel- und eine Deutschlandfahne. Die israelischen Schüler seien gerade zu Besuch gewesen, erklärt der Sekretär. Auch im Lehrerzimmer steht eine Israelfahne. An der Pinnwand des Lehrerzimmers hängt das offizielle Filmplakat von „Gestatten, ich bin ein Siedler!“. Handschriftlich mit Edding hat jemand das Datum der Vorführung draufgeschrieben, dazu den Veranstaltungsort, die Volkshochschule Aurich. Als Ilona Rothin und ich den Klassenraum betreten, warten dort bereits rund 30 Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 12 und 13 des Seminarfachs Israel. Die Schüler der Jahrgangsstufe 13 haben bereits am Jugendaustausch mit Israel teilgenommen, die anderen reisen am 2. Januar nach Binyamina. Einer der Schüler, erfahren wir später, hat angefangen, Hebräisch zu lernen.

„Warst du in unserem Alter auch schon so interessiert an Israel?“, möchte ein Schüler wissen. Nein, sagt Rothin, das Interesse sei erst viel später erwacht, dann aber sei sie „einfach kleben geblieben“. Sie beschreibt Israel als ein faszinierendes Land mit leidenschaftlichen Menschen, das führend ist auf den Gebieten Software, High-Tech und Medizin, und das sie einfach nicht mehr loslasse.

Andere Schüler wollen wissen, wie es zu der Idee für den Film gekommen sei, oder fragen, ob auch die antiisraelische Berichterstattung in den deutschen Medien dazu führe, dass Juden Deutschland den Rücken kehrten, wie es im Film zu sehen ist.

Ilona Rothin zeigt sich begeistert von der FCSO und ihren Schülern. In Berlin, wo sie herkommt, sagt sie, wäre es undenkbar, dass ihr Film an einer Schule gezeigt würde – und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wäre das schon mal gar nicht möglich. Den Schülern, die schon am Israelaustausch teilgenommen haben, stellt sie die Frage, wie sie die Israelis erlebt hätten. Die israelischen Altersgenossen seien „lebhafter“ als Schüler in Ostfriesland, „unreifer“, „offener“, hätten „andere Vorstellungen“, seien „spontaner“, würden das machen, was ihnen gerade in den Sinn komme – so lauten einige der Charakterisierungen.

Nach der Veranstaltung, die eine Doppelstunde lang ist, habe ich Gelegenheit, die Israelfahnen in der Schule zu fotografieren. Es sind viele. An den Wänden hängen Kunstwerke, die Schüler in Zusammenhang mit dem Jugendaustausch angefertigt haben. Da ist etwa ein Vexierbild, das dem Betrachter aus einer Blickrichtung die deutsche, aus der anderen die israelische Fahne zeigt. Kommt man näher, kann man die Namen der Austauschschüler lesen. In Großbuchstaben steht oben und unten: Student Exchange Program 2016/17 – DIGO/FCSO Moormerland – ORT Binyamina.

Ein anderes Bild von Israel

Fokko Peters (32) ist der Lehrer der Schüler der 12. Klasse, die gerade mit dem Seminarfach Israel begonnen haben. In diesem Wahlfach gibt es pro Jahrgang 15 bis 17 Plätze, das sind etwa 25 bis 30 Prozent der Schüler einer Jahrgangsstufe, erklärt er. „Meistens sind wir das größte Wahlfach.“ Die Beschäftigung mit Israel beginne im Unterricht „mit Abraham“. „Angefangen mit 1. Mose 12 wollen wir zeigen, dass die Geschichte dieses Volkes sehr lang und sehr wechselvoll ist. Wir spannen den Bogen über die Exilzeiten, die römische Besatzung und die Vertreibung und Diaspora, um zu zeigen, dass Israel kein Zufall ist und nicht erst seit 1948 als Staat existiert.“

Die Filmvorführung sei für seinen Kurs eine „erste inhaltliche Annäherung“ daran gewesen, „dass es nicht nur das Bild von Israel gibt, das unsere Medien gemeinhin zeichnen.“ Der Film sei für die Schüler „schon überraschend“ gewesen, „das hatten sie weitgehend so noch nicht gehört“. In der Nachbesprechung des Films habe er festgestellt, dass die Schüler viele Impulse für ihre 15-seitigen Facharbeiten bekommen hätten, die sie in der 12. Klasse zu schreiben haben. „Es gibt eine große Zahl von Schülern, die sich plötzlich mit Antisemitismus in der deutschen Medienlandschaft beschäftigen wollen“, so Peters.

Peters‘ Kollegin Esther Aeilts erzählt, dass sie zum „Israel-Team“ kam, als sie vor fast 30 Jahren mit ihrem Mann für einige Monate in Israel war: „Seit damals schlägt mein Herz für Israel und so bin ich zur Leiterin bzw. Organisatorin der Austauschfahrten und des Seminarfachs Israel geworden.“ Der Jugendaustausch habe Folgen über die Schule hinaus, erklärt sie: „Immer mehr Familien unserer Schule hatten Besuch von Israelis in ihren Familien und viele haben noch guten Kontakt zu ihren Partnern. Fast jedes Jahr sind Jugendliche nach dem Abitur für einige Monate oder sogar ein Jahr nach Israel gegangen, um dort zu helfen, und manche Eltern haben sich im Anschluss auch auf den Weg nach Israel gemacht.“

Das hinterlasse Spuren bei den Jugendlichen, den Familien, an der Schule und auch in Ostfriesland, so Aeilts. Wenn man sich mit dem Thema Israel beschäftige und vor Ort mit Menschen zu tun habe, merke man „schon bald“, dass das Bild, das hier in Deutschland vorherrsche, nicht mit dem übereinstimme, was man dort sehe:

„Gerade in den letzten Wochen, als es in den Nachrichten oft um die Siedlungspolitik ging, war ich sehr genervt, was unsere Nachrichtensprecher einfach so behaupteten und unsere Gesellschaft dann für wahr hält. Da ich das Gegenteil vor Ort erlebe, ist es mir ein Anliegen, meinen Schülern auch eine andere Sicht zu vermitteln und sie zur kritischen Auseinandersetzung mit den uns vorgegebenen Aussagen anzuleiten“.

Gekürzte Version des Artikels, der zuerst bei „Mena Watch“ erschien.